SCHÜSSLER

Österreich und das deutsche Schicksal

*

SCHÜSSLER

WILHELM SCHÜSSLER

Österreich und das deutsche Schicksal



Schüßler
Österreich und das deutsche Schicksal
*

„Daß die Großmächte an dem Kern der Frage der Donaumonarchie vorbeigegangen sind, hat sie den Krieg gekostet"

Friedrich Kleinwächter
Der Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie
Seite 212

Österreich und das deutsche Schicksal

Eine historisch-politische Skizze

von

Dr. Wilhelm Schüßler

Professor an der Universität Rostock



1 · 9 · 2 · 5

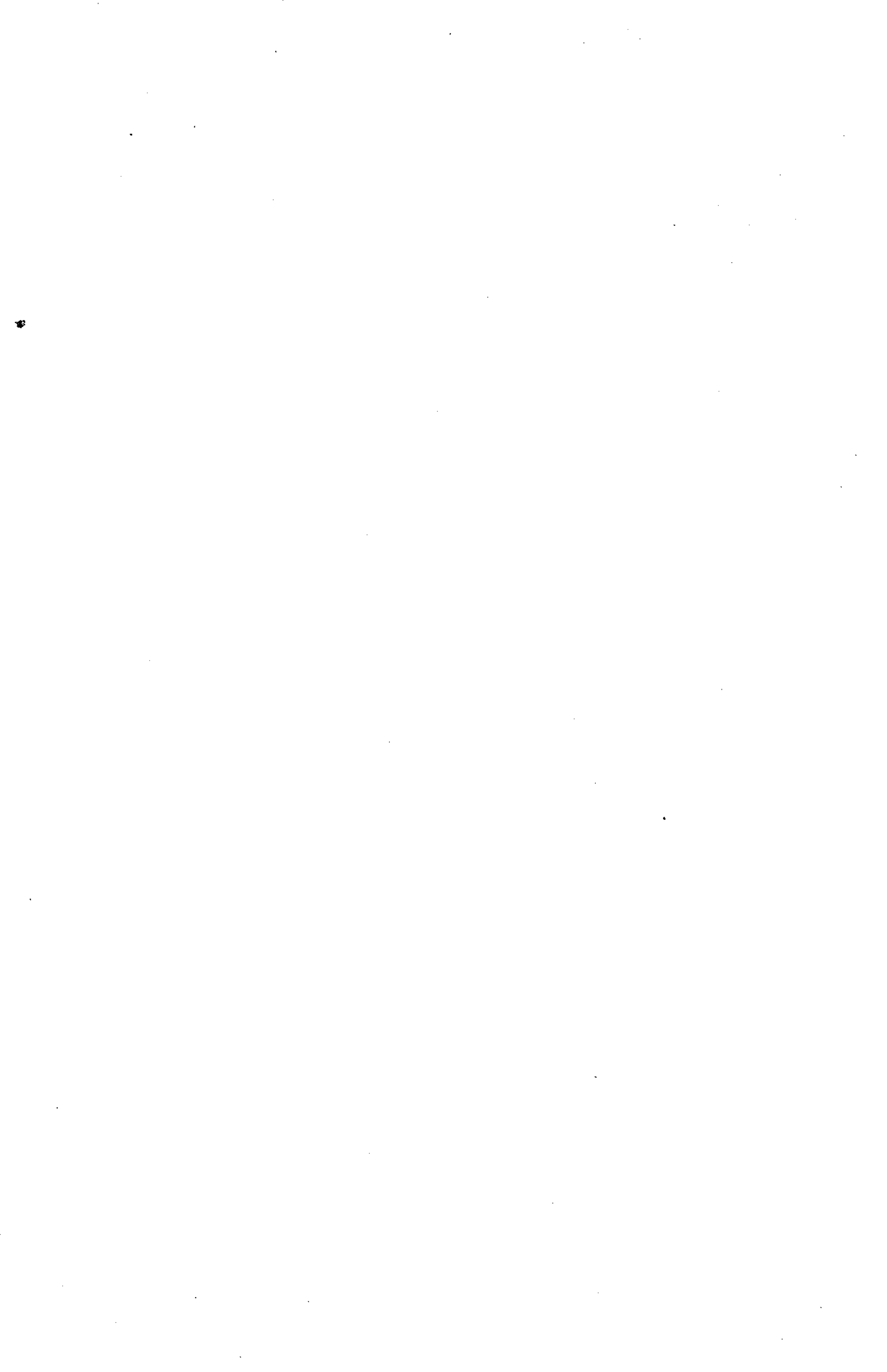
Verlag Quelle & Meyer in Leipzig

Druck von
C. G. Naumann G. m. b. H.
Leipzig

*

Allen
denen gewidmet,
die im Deutschen Reiche,
in Österreich und in Böhmen
an Großdeutschland
glauben!

*



Vorwort

Das vorliegende Buch ist die Erweiterung eines Vortrages, den ich unter demselben Titel anläßlich der Rostocker Universitätswoche am 29. Oktober 1924 in Schwerin gehalten habe.

Die hier dargelegten Zusammenhänge scheinen es mir ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung wegen zu verdienen, einem weiteren Leserkreis bekanntgemacht zu werden.

Meine Absicht war es keineswegs, eine vollständige und lückenlose Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vor dem Kriege zu geben. Darüber werden später noch viele Werke geschrieben werden müssen. Noch weniger konnte es meine Absicht sein, etwa einen Beitrag zu dem unerschöpflichen Thema „Österreichs Untergang" zu liefern. Ich wollte nichts weiter zeigen als die tiefe geschichtlich-politische Verbindung des Deutschen Reiches mit der Habsburger Monarchie kraft der ideellen Einheit der gesamten deutschen Kulturnation. Wenn es mir gelungen sein sollte, diese Schicksalsgemeinschaft Mitteleuropas und dazu seine innere Struktur klarzumachen, so habe ich meinen Zweck erreicht. Dabei war es letzten Endes mein Wunsch, gerade auf Grund dieser geschichtlichen Darlegungen zu helfen, das Bewußtsein der unzerstörbaren nationalen Lebensgemeinschaft aller Deutschen in Mitteleuropa zu stärken und so einen kleinen Stein zu dem zukünftigen Bau Großdeutschlands beizutragen!

Rostock, im Januar 1925. Wilhelm Schüßler.

1. War Österreich dem Tode geweiht?

Wir haben uns für ein zum Tode verurteiltes und lebensunfähiges Staatswesen im Weltkriege selber geopfert. Das ist das allgemeine Urteil über Österreich-Ungarn in Deutschland. Die Ansicht, daß die Habsburger Monarchie nicht mehr zu halten sei, ist nicht nur im Deutschen Reiche, sondern auch im übrigen Europa vor dem Kriege weit verbreitet gewesen. Ja, Rußland, vielleicht der gesamte Dreiverband und seine Anhänger haben mit dem Zerfall des Donaureiches bestimmt gerechnet, und die Erwartung, daß die Stunde der Auflösung bald schlagen würde, hat die europäische Politik weitgehend bestimmt.

Dieses Urteil über die Todeskrankheit der Monarchie ist nach allgemeiner Ansicht durch den Ausgang des Weltkrieges bestätigt worden: das Reich der Habsburger ist völlig vernichtet, in seine nationalen Bestandteile zerfallen. Groß ist die Zahl von Staatsmännern, Politikern, Geschichtschreibern, die alle mehr oder weniger darin übereinstimmen, daß die Monarchie nicht mehr zu retten war. Kein Geringerer als der ehemalige Minister des Auswärtigen Graf Ottokar Czernin sagt: Österreich-Ungarns Uhr war abgelaufen ... In welcher Form sich der Zerfall der Monarchie abgespielt hätte, wenn der Krieg vermieden worden wäre, läßt sich natürlich nicht sagen. Weniger schrecklich als durch diesen Krieg gewiß ... Wir mußten sterben. Die Todesart konnten wir uns wählen, und wir haben uns die schrecklichste gewählt"[1]. Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow schrieb am 18. Juli 1914 an den deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky nach London[2]: „Auch darüber, ob wir bei dem Bündnis mit dem sich immer mehr zersetzenden Staatengebilde an der Donau ganz auf unsere Rech-

[1] Czernin, Im Weltkriege, 41.

[2] Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch I, 99 f.

nung kommen, läßt sich diskutieren ... Österreich zählt schon jetzt kaum mehr als vollwertige Großmacht ... Daß es sich nicht ewig wird erhalten lassen, will ich zugeben." Ganz ähnlich urteilte der deutsche Botschafter in Wien, Herr von Tschirschky, als er im Mai 1914 an den Staatssekretär schrieb: er frage sich oft: „Ob es wirklich noch lohnt, uns so fest an dieses in allen Fugen krachende Staatengebilde anzuschließen ...[1]" Der deutsche Militärbevollmächtigte im österreichischen Hauptquartier, General v. Cramon, der während des Krieges Gelegenheit genug hatte, die Zustände kennen zu lernen, faßt sein Urteil nach der Katastrophe dahin zusammen: Österreich-Ungarn sei im innersten Marke krank gewesen[2]. Ähnlich sagt Johannes Haller in seinem Buche über den Fürsten Eulenburg, daß schon um die Jahrhundertwende die Habsburger Monarchie der Zersetzung und dem Zerfalle entgegengegangen sei[3]. Und Erich Brandenburg faßt in seiner Darstellung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches von 1890—1914 sein Urteil dahin zusammen[4]: „Österreich-Ungarn und die Türkei waren Staatsgebilde, die aus einer vergangenen Entwicklungsepoche stammten, sie waren ohne jede Rücksicht auf die Nationalität und den Willen der in ihnen zusammengeschlossenen Menschen geschaffen worden[5] und erhielten sich mühsam durch die Schwerkraft des einmal Bestehenden ... Wenn das Nationalitätsprinzip die Grundlage des europäischen Staatslebens blieb ... mußten die anachronistischen Staatsgebilde älterer Herkunft zersetzt und schließlich zerteilt werden. Kein Mensch konnte sie vor diesem Schicksal retten. Indem Deutschland unter Verkennung dieser Zusammenhänge sein Geschick gerade mit dem Österreich-Ungarns verband und für die Erhaltung und Stärkung der Türkei eintrat, beging es den — vom entwicklungsgeschicht-

---

[1] Brandenburg, Von Bismarck bis zum Weltkriege, 409.

[2] Cramon, Unser österreichisch-ungarischer Verbündeter im Kriege, 201.

[3] Johannes Haller, Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg, 262

[4] Brandenburg a. a. O. 447.

[5] Was übrigens von der Entstehung der österreichischen Monarchie im Jahre 1526 infolge der Wahl Ferdinands I. nicht ganz richtig ist.

lichen Standpunkt aus gesehen — schwersten und verhängnisvollsten Fehler. Es kettete seine strotzende und frische nationale Kraft an das Schicksal morscher, zum Untergang reifer Überbleibsel einer entschwundenen Zeit und wurde dadurch in ihre Katastrophe mit hineingerissen."

Und in der Tat: haben alle diese Leute nicht recht? Stimmt es nicht, daß das 19. und 20. Jahrhundert die Epoche der Nationalitätenbewegung war? Ist es nicht richtig, daß Österreich in diese Zeit hineinragte als ein gewaltiges, fremdes Überbleibsel einer längst vergangenen Zeit, in der das Schicksal der Völker durch dynastische Erwägungen bestimmt wurde? Ist nicht die Monarchie schließlich durch die Nationen gesprengt worden? Und ist das nicht der beste Beweis dafür, daß diese schon vor dem Kriege nichts anderes erstrebten als volle nationale Selbständigkeit? So daß also die Monarchie aus diesem Grunde schon vor 1914 dem Tode geweiht war?

Alle diese Begründungen sind scheinbar unwiderleglich; für sie spricht ja auch der geschichtliche Verlauf, der Zerfall der Monarchie. Aber bei näherer Betrachtung liegen die Dinge doch verwickelter. Zunächst muß man darauf hinweisen, daß das Habsburgerreich erst zerfiel und zerfallen konnte, als das deutsche Westheer besiegt war. „Die äußeren und inneren Gegner unserer Monarchie", sagt einer der besten Kenner Österreichs, Freiherr v. Wieser, „haben ihren Zusammenbruch schon lange vor dem Kriege vorausgesagt. Für sie alle ist es daher nicht verwunderlich, daß der Zusammenbruch endlich erfolgt ist... Dabei übersehen sie ganz, daß der Zusammenbruch gar nicht in der Weise erfolgt ist, wie sie ihn immer erwartet hatten. Die Monarchie ist nicht an innerem Siechtum eingegangen, wie sie gemeint hatten, sondern sie ist im Kampfe zusammengebrochen, und sie hat in diesem letzten Kampfe dieselbe Zähigkeit und überraschende Kraft bewiesen, wie in den vielen schweren Kämpfen, durch die sie vorher hindurchzugehen hatte"[1]. Er weist mit Recht darauf hin, daß ihre gewaltigen Gegner das Äußerste aufbieten mußten,

[1] Freiherr v. Wieser, Österreichs Ende, 9.

um ihrer Herr zu werden, „und nicht eigentlich im Kriege selbst, sondern in dem Völkerbeben, in welches der Krieg ausging, ist sie endgültig auseinandergefallen“[1]. Ein anderer Minister des Auswärtigen in Österreich-Ungarn, der Vorgänger Czernins, Graf Burian, hat sich in ähnlichem Sinne eingehend ausgesprochen: „Die österreichisch-ungarische Monarchie“, führt er aus[2], „diese letzte Form des Ostreiches in und um das Donaubecken, war kein Zufallsgebilde, sondern ein historisches Produkt geographischer, ethnographischer und wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Die Ursachen, die diese Völkergruppierung schufen und von Zeit zu Zeit umwandelten, hätten ihr auch weiterhin ihr Gesetz der Fortentwicklung vorgeschrieben. Wir, die amtlichen Hüter des altehrwürdigen Staatengebildes, hatten die Überzeugung von dessen Anpassungsfähigkeit an neue Entwicklungen. Krisen, die entstanden, kamen mindestens ebensosehr von einsichtslosen Beharrungsbedürfnissen der jeweiligen Staatsleitung auf eingelebten, aber überlebten und nicht mehr haltbaren Regierungsformen und Machtabgrenzungen, wie vom stürmischen Drängen aufstrebenden Volkstums und Geltung heischender neuer Kräfte. Es war nicht zutreffend, schlechthin vom Siechtum und Verfall Österreich-Ungarns zu sprechen, wie das vielfach innerhalb und außerhalb der Grenzen geschah. Was in der Entwicklung zutage trat, waren keine Verfallserscheinungen, sondern die Exuberanz der Entfaltung und Kräftigung der Teile in dem ausdehnungsbedürftigen Rahmen.“

Auch der deutsche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg teilte die Ansicht von der Todeskrankheit der Habsburger Monarchie nicht. Mit Nachdruck weist er darauf hin[3], daß dieses angeblich sterbende Österreich, wäre es von Deutschland im Stiche gelassen, bei der Entente offene Arme gefunden hätte und sich für die Zwecke der Einkreisungspolitik lebenskräftig genug erwiesen haben würde.

---

[1] Wieser, a. a. O. 10.
[2] Graf Burian, Drei Jahre Amtszeit, 126.
[3] Schreiben Bethmanns an den parlamentarischen Untersuchungsausschuß Heft 1, S. 12 f.

Gegenüber den Pessimisten, die einen nahen Zerfall des Donaureiches erwarteten, betont Wieser mit Recht, daß diesem wirtschaftlich und kulturell gedeihenden Staatswesen von fünfzig Millionen Menschen auf alle Fälle eine gewaltige Kraft der Beharrung innewohnen mußte[1]. Und er wirft die Frage auf, ob denn die Bestrebungen der Völker vor dem Kriege den Reichsrahmen notwendig sprengen mußten? Diese Frage verneint er, ebenso wie Friedjung[2]. Beide sind übereinstimmend der Ansicht, daß in den Massen das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Wille zur Bejahung der Monarchie durchaus überwogen habe. Wenn demgegenüber vor allem auf die Tschechen und ihre Bestrebungen hingewiesen wird — sie haben ja schließlich gegen Ende des Weltkrieges am meisten zur Auflösung Österreichs getan — so ist darauf zu erwidern, daß jedenfalls vor dem Kriege und noch lange im Kriege ihre Hoffnungen und Ziele in Österreich beschlossen waren, daß sie lediglich um die höchstmögliche Geltung in diesem Staate kämpften[3]. Mit Recht hat deshalb der spätere Staatskanzler Renner eine seiner geistvollen Schriften den „Kampf der österreichischen Nationen um den Staat" — nicht gegen den Staat nennen können.

Sieht man die Dinge so an, dann muß man Friedjung darin Recht geben, daß die Habsburger Monarchie bis zum Schlusse den beiden hauptsächlichsten Aufgaben jedes Staates: Schutz gegen äußere und innere Feinde und Förderung der Kultur durchaus nachgekommen ist, hierin keineswegs den Anblick eines sterbenden Gemeinwesens bot. Es ist, sagt der große österreichische Geschichtschreiber, „eine Tatsache der Weltgeschichte, daß es eine eigentümliche österreichische Kultur gab, die alle Volksstämme von den Grenzen der Ukraine und Rumäniens bis zu den Tiroler Bergen und zum Böhmer Wald umschloß und noch umschließt." Und dann weist er auf die höchst wichtige Tatsache hin, die ja auch Wieser betont, daß die Monarchie keines-

[1] Wieser a. a. O. 47.

[2] Friedjung, Historische Aufsätze, Einleitung IX.

[3] Wieser a. a. O. 50.

wegs an Siechtum zugrunde ging, daß sie nicht gleichsam auseinanderfaulte, sondern bis zum Schluß eine Großmacht war. „Es ist," fährt er fort, „eine in der Weltgeschichte fast alleinstehende Erscheinung, daß die Monarchie ihrem Ende als anerkannte Militärmacht entgegenging. Sonst sanken die ehedem großen Reiche, bevor sie aus der Reihe der Lebenden verschwanden, zum Spielball stärkerer Nachbarn herab... Österreich stand trotz der bedenklichen Risse und Sprünge in seinem Gefüge zu Beginn des Weltkrieges noch immer achtunggebietend als Kultur- wie als Machtstaat da"[1].

Man kann freilich in der Geschichte keine Versuche machen, und man kann deshalb auch mit wissenschaftlichen Mitteln die Frage nicht beantworten, ob Österreich-Ungarn auch ohne Weltkrieg und ohne Niederlage Deutschlands zerfallen wäre. Je nach dem Standpunkt wird man diese Frage verneinen oder bejahen. Aber man wird es doch als sicher bezeichnen dürfen, daß — von einem Siege der Zentralmächte ganz zu schweigen — selbst ein Hubertusburger Friede Österreich erhalten hätte. „Wäre der Krieg anders ausgefallen, so hätten sich die Kramarsch, Stanek und Korosec ein Vergnügen daraus gemacht, in die Hände Kaiser Karls den Eid als Minister abzulegen[2]."

Aber ist denn überhaupt der Satz richtig, daß Österreich-Ungarn schließlich „zerfallen" ist? Der Tatbestand ist doch anders: es ist nicht zerfallen, sondern es ist buchstäblich durch die gewaltige Übermacht der Entente zerschlagen worden. Das berühmte Londoner Protokoll vom 26. April 1915 war das eigentliche Todesurteil der europäischen Verbündeten über Österreich. Um Italien zu gewinnen, versprachen England, Rußland und Frankreich implicite die Aufteilung der Monarchie[3]. Die Anerkennung der tschechoslowakischen Legionen als kriegführende und verbündete Macht durch Amerika und die Entente im August und September 1918 bedeutete im Zusammenhang mit

[1] Friedjung a. a. O. XV.
[2] Friedjung a. a. O. X.
[3] Czernin a. a. O. 42.

dem Wanken der deutschen Front im Westen schlechthin das Ende. Nach dem völligen Niederbruch Deutschlands waren dann die Verbündeten stark genug, ihr Werk zu vollenden. Und die Note des Präsidenten Wilson vom 18. Oktober 1918, in welcher er kaltherzig erklärte, daß er sich nicht mehr mit der Monarchie als solcher befasse, strich das Donaureich aus der Reihe der Lebenden.

So sieht es um Österreichs „Zerfall" aus. Ein Staat, der sich vier Jahre hindurch in einem Weltkrieg — allerdings mit deutscher Hilfe — glorreich behauptet, der mit dem Schwert in der Hand zum letzten Kampfe antritt, sich zunächst noch erhält, in allen Ehren den letzten Stoß empfängt und dann nur durch das Zusammenwirken von innerer Revolution und äußerer Gewalt zerrissen ist, kann unmöglich schon vor dem Kriege in einem derartigen Fäulnisprozeß gewesen sein, wie jetzt allgemein behauptet wird. Es muß Leben darin gewesen sein, starkes Leben, anders als in dem alten Polen des 18. Jahrhunderts.

Es ist doch so, wie Friedjung sagt[1]: „Der militärische Untergang eines Staates an sich beweist nicht, daß er lebensunfähig gewesen sei... Besaß das serbische, das bulgarische Volk wirklich kein Daseinsrecht mehr, als das Schwert der Osmanen ihre männliche Jugend fraß und sie aus der Reihe der selbständigen Nationen strich? Nein, die Tatsache der Zerstörung eines Staates infolge eines oder mehrerer unglücklicher Kriege ist noch lange kein Beweis, daß seine Lebenskraft verbraucht war."

2. Deutschland und die Erhaltung der Habsburger Monarchie

Erkennt man nun der alten österreichisch-ungarischen Monarchie überhaupt eigene Lebenskraft zu, so werden auch die Staatsmänner Deutschlands einigermaßen entlastet, die, insoweit in Übereinstimmung mit Bismarck, dieses Staates wegen das deutsche

[1] Friedjung a. a. O. XI.

Volk in die furchtbarste Krise stürzten, weil sie in seiner Erhaltung eine deutsche Lebensfrage erblickten.

Aber gab es, so lautet die heute immer wieder gestellte Frage, denn keine andere Möglichkeit für uns? Weshalb trieb man nicht schon lange energische großdeutsche Politik, die vielleicht unsere Rettung gewesen wäre: Verständigung mit Rußland, Italien, Rumänien, Serbien wegen einer Teilung der Monarchie etwa nach dem Tode des Kaisers Franz Joseph? Warum statt dessen die Politik der Erhaltung Österreichs?

Dafür gibt es zahlreiche Gründe. Vergegenwärtigen wir uns die wichtigsten.

An erster Stelle steht die Überzeugung der Gesamtnation, daß das Dasein der österreichischen Großmacht nicht eine Verengerung, sondern eine Erweiterung der Machtstellung des deutschen Volkes in Europa bedeute. Man muß es immer wieder betonen, daß Österreich gleichsam das fehlende große Kolonialreich der deutschen Nation war, eine zweite deutsche Großmacht, die mit deutschem Blut begründet war — Böhmen ist 1620, Ungarn in den ruhmreichen Türkenkriegen, an denen alle deutschen Stämme teilnahmen, erobert und dauernd gewonnen worden. Es war ein stolzes Bewußtsein für die Nation, daß die alte deutsche Kaiserdynastie mit deutscher Hilfe so zahlreiche Völker beherrschte, daß das deutsche Wien die Hauptstadt dieses großen Reiches war, daß vom Bodensee bis Siebenbürgen, von Böhmen bis Dalmatien die deutsche Kultur in Geltung stand, daß die Magyaren und Slaven des Habsburger Hauses in dem deutsch kommandierten Heere den Interessen der gesamten deutschen Nation dienstbar gemacht wurden. Es war, was von größter Wichtigkeit ist, eine ungeheure Entlastung des deutschen Volkes, daß Böhmen, dieser slavische Keil im Herzen Mitteleuropas, durch die Herrschaft des alten deutschen Kaiserhauses über die Tschechen neutralisiert war.

Vor allem waren es zwingende Gründe der europäischen Politik, die schon Friedrich den Großen und 1866 und später Bismarck zwangen, Österreich als Großmacht zu erhalten. In

klassischen Worten hat dieser in den großen Denkschriften an Kaiser Wilhelm vom Spätsommer 1879 diese Gedanken entwickelt. „Wir können es," schrieb er am 15. September, „niemals darauf ankommen lassen, auf dem europäischen Kontinent zwischen Rußland und Frankreich, neben dem niedergeworfenen und von uns im Stich gelassenen Österreich allein übrig zu bleiben. Wir würden also dann, ohne Gegenseitigkeit, doch so handeln müssen, als ob wir ein Bündnis geschlossen hätten." Und in den „Gedanken und Erinnerungen" sagt er: „Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann"[1].

Bismarck war keineswegs blind gegen die zahlreichen Gefahren, die Österreichs Bestand bedrohten. „Niemand," sagt er in den ‚Gedanken und Erinnerungen'[2], „kann die Zukunft Österreichs an sich mit der Sicherheit berechnen, die für dauernde und organische Verträge erforderlich ist. Die bei Gestaltung derselben mitwirkenden Faktoren sind ebenso mannigfaltig wie die Völkermischung; und zu der ätzenden und gelegentlich sprengenden Wirkung dieser kommt der unberechenbare Einfluß, den je nach dem Steigen oder Fallen der römischen Flut das konfessionelle Moment auf die leitenden Persönlichkeiten auszuüben vermag. Nicht bloß der Panslavismus in Bulgarien oder Bosnien, sondern auch die serbische, die rumänische, die polnische, die tschechische Frage, ja selbst noch heute die italienische im Trentino, in Triest und an der dalmatischen Küste können zu Kristallisationspunkten für nicht bloß österreichische, sondern auch europäische Krisen werden, von denen die deutschen Interessen nur insoweit nachweislich berührt werden, als das Deutsche Reich mit Österreich in ein solidarisches Haftverhältnis tritt."

---

[1] II, 253.

[2] Ebenda.

Wie suchte nun Bismarck die Habsburgische Monarchie zu sichern und zu erhalten? Durch eine sorgsame auswärtige Politik, die ein doppeltes Ziel hatte: einmal die Irredenta-Hypothek auf Österreich-Ungarns Länderbesitz abzuschwächen, indem er mit den für die Hofburg gefährlichen Nachbarn Bündnisse oder Ententen zustande brachte (Italien, Rumänien, Serbien, Rußland im Dreikaiserbund), und ferner, dem Deutschen Reiche durch eine weitschauende Politik jederzeit, wenn Österreich-Ungarn etwa den Frieden bedrohte, die Möglichkeit offen zu halten, sich unter Preisgabe Österreichs eventuell an Rußland anzuschließen. Das ist der Sinn des Dreikaiserbundes, später des Rückversicherungsvertrages.

Diese großartige auswärtige Politik des Fürsten Bismarck ist aber zugleich in ihrer Art eine großdeutsche Politik gewesen. Sein mitteleuropäisches Bündnis von 1879 war für ihn die Erneuerung des alten deutschen Bundes in zeitgemäßen Formen, die Verbindung des gesamten mitteleuropäischen Deutschtums durch das Bündnis der alten mit der neuen Kaiserdynastie. „Ich habe schon bei den Friedensverhandlungen in Nikolsburg 1866", schrieb Bismarck am 31. August 1879 an Kaiser Wilhelm I. „der tausendjährigen Gemeinsamkeit der gesamtdeutschen Geschichte gegenüber das Gefühl gehabt, daß für die Verbindung, welche damals zur Reform der deutschen Verfassung zerstört werden mußte, früher oder später ein Ersatz von uns zu beschaffen sein werde"[1]. Und am 7. September 1879 schrieb er seinem Herrn die denkwürdigen Worte, um das österreichische Bündnis zu motivieren: „Schließlich gestatte ich mir, mit Bezugnahme auf die nationalen Empfindungen im gesamten deutschen Reiche, noch auf die geschichtliche Tatsache ehrfurchtsvoll hinzuweisen, daß „das deutsche Vaterland" nach tausendjähriger Tradition sich auch an der Donau, in Steiermark und in Tirol noch wiederfindet.... Diese Tatsache bleibt für die Haltbarkeit und für die Popularität unserer auswärtigen

[1] Die große Politik der europäischen Kabinette (von jetzt ab zitiert als A. A. — Akten des Auswärtigen Amtes) III Nr. 455, S. 27.

Beziehungen im Parlamente und im Volke von wesentlicher Bedeutung"[1].

Weshalb aber, so fragen die Anhänger des großdeutschen Staates, wurde diese Politik des Fürsten Bismarck gegenüber Österreich — offenbar zum schweren Schaden der deutschen Nation — auch dann beibehalten, als die Voraussetzungen sich wandelten, unter denen der Reichsgründer gehandelt hatte? Mußte nicht mit dem offenbaren Beginn der schweren österreichischen Reichskrise im Jahre 1897, als für ganz Europa der österreichische Staat zu einer Frage geworden war, eine Revision der bisherigen Politik in Berlin erfolgen? Von jetzt ab war doch das österreichische Deutschtum in offenbarer Gefährdung und drohten die Magyaren die Doppelmonarchie zu sprengen. War es auch jetzt noch richtig, sich auf die Erhaltung Österreich-Ungarns festzulegen? Hätte man jetzt nicht, selbst wenn man ihm noch eine Lebenskraft zubilligte, die endliche Herstellung der wahren nationalen Einheit zum obersten Programmpunkt der auswärtigen Politik erheben müssen? Warum kam es jetzt nicht zu einer Revision unserer bisherigen Haltung?

Die Antwort ist, daß man eine Änderung, auch wenn man gewollt hätte, nur mehr unter größten Schwierigkeiten durchführen konnte. Zwei entscheidende Fehler der auswärtigen Politik haben diese Möglichkeit einer Kursänderung so gut wie abgeschnitten: die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland 1890 und das Versanden der englischen Bündnisbesprechungen 1901.

Die Verbindung mit Rußland hatte für Bismarck die Möglichkeit geboten, Österreichs Balkanwünsche zu zügeln, weil er jederzeit auf das russische Pferd hinüberwechseln konnte. Dieses Zurückhalten Österreichs vom Balkan war um so nötiger, als dieser Staat, bis 1866 eine erhaltende Macht, nach dem Verlust seiner italienischen und deutschen Machtstellung glaubte, auf dem Balkan Ersatz für das Verlorene suchen zu müssen; er wurde also offensiv. Insofern führt eine gerade Linie von der Schlacht

[1] A. A. III Nr. 461, S. 58.

bei Königgrätz bis zum Ultimatum an Serbien, da jede Machterweiterung Österreichs nach dem Südosten das südslavische Problem aufrollen mußte. Die von Bismarck fortwährend und mit Glück bekämpfte Absicht der österreichischen Staatsmänner ging nun offensichtlich darauf hinaus, Deutschland als Vorspann ihrer orientalischen Wünsche zu benutzen und damit den rein defensiven Charakter des deutsch-österreichischen Bundes von 1879 — der allein gegen einen russischen Angriff gerichtet war — zu verletzen. Welche Gefahren dem Deutschen Reiche drohten, wenn es nach dem etwaigen Fortfall der deutsch-russischen Verträge Österreichs Zumutungen gegenüber keine Möglichkeit des Kurswechsels mehr besaß, hat der Reichsgründer mit wahrhaft prophetischen Blicke erkannt. Am 9. Mai 1888 entwickelte er in einer für den damaligen Kronprinzen Wilhelm bestimmten Denkschrift diese Gefahren eines Bruches mit Rußland, indem er schrieb: „Jedenfalls würde Österreich, wenn es nach Verbrennung unserer Schiffe in der russischen Richtung unsere alleinige Stütze bliebe und wir Rußland und Frankreich als geborene Gegner uns gegenüber hätten, einen analogen Einfluß auf das Deutsche Reich wiedergewinnen, wie wir ihn 1866 mit Glück beseitigt haben[1]. Die Sicherheit unserer Beziehungen zum österreichisch-ungarischen Staate beruht zum großen Teil auf der Möglichkeit, daß wir, wenn Österreich uns unbillige Zumutungen macht, uns auch mit Rußland verständigen können[2]."

Es ist nun, im Lichte der späteren Ereignisse gesehen, tragisch, daß man sich in Berlin im Jahre 1890 gerade aus falscher Rücksicht auf Österreich und unter völliger Verkennung der Bismarckschen Grundgedanken entschloß, den Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht zu erneuern. Man befürchtete, daß, wenn der geheime russische Vertrag in Wien bekannt würde, der Dreibund auseinanderfalle, und man war stolz darauf, dem österreichischen Bundesgenossen gerade, einfach und ehrlich gegenüberzustehen.

[1] Von mir gesperrt. [2] A. A. Nr. 1341, Band 6. S. 305.

Fragen wir jetzt, welche Folgen diese Abstoßung Rußlands hatte.

Zunächst die, daß der Zar jetzt auch im Deutschen Reiche, nicht mehr allein in Österreich und England, den Gegner seiner orientalischen Wünsche erblicken mußte. Der Rückversicherungsvertrag war für Bismarck das Mittel gewesen, auf Österreichs Balkanwünsche einen zurückhaltenden Druck auszuüben; dieser fiel, wie der russische Außenminister sofort erkannte, jetzt hinweg. Zu Bismarcks Zeiten durchaus in der Hinterhand, wurde Deutschland durch den neuen Kurs in die erste Kampflinie gegen Rußlands orientalische Pläne gerückt.

Ferner mußte der von Bismarck dem Kaiser vorausgesagte Fall eintreten, daß nach dem Abbruch der Brücke zum Zaren die Ansprüche Österreichs an unsere Bundeshilfe wachsen würden. Denn ein Ausweichen, die Freiheit der Entschließung, etwa nach der russischen Seite, gab es nicht mehr; vor allem, da Kaiser Alexander III., der eine völlige Isolierung befürchtete, sich dazu verstehen mußte, mit der französischen Republik eine höchst gefährliche Militärkonvention abzuschließen, aus der sich das Bündnis entwickelte, das auch spätere Staatsmänner Rußlands nicht mehr zu zerreißen vermochten.

Das Ende des russisch-deutschen Bundes hatte aber auch für die österreich-ungarische Monarchie eine verhängnisvolle, und zwar eine doppelte Wirkung. Zunächst eine scheinbar günstige außenpolitische; ihre Macht im Dreibunde stieg, und der Gedanke, das mächtige Deutsche Reich für die eigenen Wünsche zu benutzen, war nicht mehr unausführbar. Sodann eine innerpolitische; das große innere slavische Problem rückte in dem Augenblick in ein ganz neues Stadium, wo die riesige slavische Schutzmacht Rußland sich nicht nur Österreich, sondern auch Preußen-Deutschland entfremdete. Solange der russische Zar und der deutsche Kaiser verbündet waren, mußten die Slaven Österreich-Ungarns sich ducken. Panslavistische Politik auf dem Boden des Habsburger Reiches war nicht gut denkbar, solange der Herrscher von Rußland mit dem Österreich stützenden Deutschen Reiche verbündet war.

Das wurde alles anders, als Rußland sich von Deutschland löste und mit den Franzosen ein Bündnis schloß. Jetzt erst erhielt die slavische Bewegung innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie den vollen Auftrieb. Konnte der weiße Zar — und jetzt die französische Demokratie — die Unterwerfung von Slaven unter Deutsche und Magyaren noch länger dulden? In den neunziger Jahren beginnen die eigentlichen Schwierigkeiten des Habsburger Reiches.

Zwar schien die Annäherung Rußlands an Österreich von 1897 bis 1903 eine Beruhigung zu bringen. Aber gerade in diesen Jahren erfolgte die entscheidende Wendung im Schicksal der Mittelmächte. Die letzte Möglichkeit der freien Hand gegenüber Österreich ging verloren, als man sich in Berlin im Jahre 1901 nicht entschließen konnte, ohne Winkelzüge das von England angebotene Bündnis anzunehmen. Wie 1890 bei der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland war es auch diesmal wieder in erster Linie die Rücksicht auf Österreich, die das große Werk vereitelte. Anstatt klar, einfach und großzügig ein allgemein gehaltenes Abkommen mit England einzugehen, wollte Herr v. Holstein das Deutsche Reich durch einen überaus komplizierten Vertrag für alle nur denkbaren Fälle sichern und verlangte, daß das Bündnis über Wien abgeschlossen würde, während die Engländer, die mit Deutschland ein weltpolitisches Geschäft machen wollten, Österreich nicht für lebensfähig hielten. Holstein aber bestand darauf, daß die Donaumonarchie in den Vordergrund geschoben werde. Angesichts der tschechischen Agitation, die auch nach England hinübergreife, heißt es in einer Aufzeichnung Holsteins, habe die deutsche Politik die Aufgabe, durch die Tat darzutun, daß man weder Erbschaftsgelüste noch den Glauben an nahen Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie habe. Das könne Deutschland am besten dadurch beweisen, daß man Österreich zu den Verhandlungen heranziehe und es in die erste Reihe stelle[1].

Diesem leitenden Grundgedanken des Diktators im Auswär-

[1] A. A. Nr. 5019, Band 17, S. 87.

tigen Amte getreu, wurde dem deutschen Botschafter in London, Grafen Hatzfeldt, zur weiteren Verhandlung über das geplante deutsch-englische Bündnis im April 1901 folgende Weisung erteilt[1]: „Verwerten Sie bei etwaigen Anregungen von Lord Lansdowne über Bündnisfragen den Gedanken, daß gegenwärtig die Feinde des Dreibundes bemüht sind, die österreichische Dynastie und Regierung gegen Deutschland mißtrauisch zu machen, indem sie den Verdacht ausstreuen, daß Deutschland nach dem Tode des Kaisers Franz Joseph eine Teilung Österreichs herbeizuführen beabsichtige. Dieser Verdacht kann durch kein anderes Mittel so wirksam entkräftet werden wie durch die Wahrnehmung, daß der österreichisch-ungarischen Monarchie gerade von deutscher Seite bei der Bildung des projektierten neuen Bündnisses eine Hauptrolle zugedacht ist. Deshalb legen wir so großes Gewicht darauf, daß Wien gewissermaßen der Mittelpunkt der Bündnisverhandlungen werde." Und ganz in demselben Sinne wurde der Botschafter durch den Reichskanzler Grafen Bülow angewiesen[2].

Die englischen Staatsmänner aber dachten anders über Österreich-Ungarn; sie erwarteten nach dem Tode Kaiser Franz Josephs die Auflösung und wollten sich mit diesem Staatswesen nicht verbinden. Diese deutsche Forderung auf Einbeziehung Österreichs war — neben der auf sofortige parlamentarische Genehmigung — der vornehmste Grund für das Scheitern des deutsch-englischen Bündnisses.

Das aber hatte nun wieder entscheidende Folgen für die deutsche Politik gegenüber Österreich. England war abgestoßen, wandte sich Japan und Frankreich zu, und Deutschland ging seiner Vereinsamung entgegen. Im Zusammenhang mit seiner Niederlage in Ostasien drängt Rußland wieder gegen den näheren Orient. Aber nicht wie früher traf es hier auf eine Verbindung von Österreich und England, sondern gewann die Unterstützung des britischen Reiches gegen die Mittelmächte. (Ententen von 1904 und 1907, Revaler Zusammenkunft 1908.)

---

[1] A. A. Nr. 5001, Band 17.

[2] A. A. Nr. 5003.

Wir können die Wirkungen dieses Beitrittes Englands zum russisch-französischen Zweibund gar nicht hoch genug einschätzen. Man muß sich klar machen, daß erst durch die Bildung des Dreiverbandes die österreichische Frage auf die Tagesordnung Europas gestellt wurde. Denn die von dieser Gruppe verkörperte Macht war so groß, daß jetzt unter den Slaven und Romanen der Habsburger Monarchie die Hoffnung erwachen konnte, selbst die für unmöglich gehaltenen nationalen Höchstprogramme zur Durchführung zu bringen. Wenn auch zunächst nur in wenigen Köpfen der Führer lebendig, so waren diese Gedanken doch sehr gefährlich.

Alles hätte noch gerettet werden können, wenn nicht der Bau der deutschen Schlachtflotte jede Aussicht auf eine langsame Auflösung oder Zersprengung des Dreiverbandes unmöglich gemacht hätte. Man darf wohl annehmen, daß sich die englischen Staatsmänner die Entente ursprünglich sehr lose dachten und daß sie im Grunde wünschten, über den Bündnissystemen die freie Hand und damit die Schiedsrichterrolle in Europa wiederzugewinnen. So kann man den Vorschlag an Deutschland von 1908 auffassen, ein Flottenabkommen einzugehen; da der bevorstehende Flottenwettkampf gewaltige Summen erforderte, mußten sie diese durch riesige Steuern erzielen; dazu war dann schließlich der Kampf gegen das Oberhaus und damit die für die Mittelmächte später so gefährliche Demokratisierung Englands notwendig. Diese außen- und innenpolitische Belastung wollten die britischen Staatsmänner offenbar vermeiden.

Aber in Deutschland verstand man diese Politik nicht. In rauhem Tone lehnte Kaiser Wilhelm jede Erörterung von Rüstungsbeschränkungen zur See als gegen die nationale Ehre verstoßend ab (1908). Die Folge waren gewaltige Schiffsbauten in England und Deutschland und zugleich engere Verknüpfung des Londoner Kabinetts mit Rußland und Frankreich. So blieb es bis zum Kriege; je mehr die deutsche Flotte erstarkte, desto fester wurde der Dreiverband. (Briefwechsel Grey-Cambon nach dem Scheitern der Sendung Haldane 1912.) Der Bau der

deutschen Schlachtflotte erschien als der eigentliche Ausdruck des imperialistischen Machtwillens des Deutschen Reiches und wurde zugleich der Angelpunkt in den Beziehungen Deutschlands zur übrigen Welt.

Nun sorgten die Engländer dafür, daß Deutschland und das verbündete Österreich gefesselt wurden durch den Ring der einkreisenden Staaten. Die alten Verbündeten der Mittelmächte — Italien und Rumänien — fielen innerlich ab; die große österreichische Frage kam auf die Tagesordnung und zwang auf der anderen Seite besonders Österreich-Ungarn, seine Lebenskraft trotz der Einkreisung dem Auslande und auch den eigenen Untertanen zu beweisen; mit anderen Worten: die von Österreich ausgehenden Krisen häuften sich in demselben Maße, wie die Einkreisung fester und dichter wurde, oder besser: wie die deutsche Schlachtflotte erstarkte.

So gesehen, ist nicht nur Österreich Deutschlands Schicksal geworden, sondern die deutsche Flotte zugleich das Schicksal des Donaureiches und des Hauses Habsburg.

Die Vereinsamung des Deutschen Reiches war jetzt vollkommen und ebenso die Abhängigkeit des Berliner Kabinetts von den Entschlüssen der Hofburg. Jetzt konnte infolge all der begangenen Fehler schreckliche Wahrheit werden, was Kaiser Wilhelm II. schon 1895 in völliger Verkennung und Umkehrung der Bismarckschen Bündnisgedanken geäußert hatte: „Selbverständlich stehe dem Kaiser Franz Joseph und seiner Regierung das endgültige Urteil darüber zu, ob ein Lebensinteresse der österreichisch-ungarischen Monarchie durch den Eintritt gewisser Ereignisse verletzt sei oder nicht[1].“ In solchem Falle wollte er für Österreich das deutsche Schwert ziehen.

So lag der Grund dafür, daß man 1914 die Waffenmacht des Deutschen Reiches für Österreich lediglich nach dem Gutdünken des Kaisers Franz Joseph und seiner Staatsmänner einsetzte, in der durch die ungeheuren Fehler der auswärtigen Politik hervorgerufenen Zwangslage, die keinen Ausweg ließ. Wir unter-

[1] A. A. Band 10, S. 204. Nr. 2543.

stützten Österreich-Ungarn in seinem serbischen Konflikt, weil wir, wie der Staatssekretär v. Jagow an den Fürsten Lichnowsky schrieb, keinen anderen Verbündeten mehr hatten[1]. „Brach dieser Bundesgenosse zusammen, oder ging er gar in das Gegenlager über," sagt Bethmann Hollweg[2], „dann war Deutschland völlig vereinsamt." Und in einem bemerkenswerten Schreiben des ehemaligen Reichskanzlers an den parlamentarischen Untersuchungsausschuß heißt es: „Eine Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs gefährdete unsere eigene Weltstellung und zwang uns unseren politischen Kurs auf. Es wird nicht nachgewiesen werden können, daß die Wahrung der österreichischen Machtstellung für uns im Jahre 1914 von minderer Bedeutung gewesen wäre als zuvor. Die Anschauung, daß Österreich-Ungarn ein zum Sterben verdammter Staat, ja bereits eine Leiche sei, und daß es Deutschland als Pflicht der Selbsterhaltung betrachten müsse, sein Schicksal von dem seines alten Bundesgenossen zu trennen, ist zwar mehrfach vertreten worden, ließ aber die entscheidenden Momente außer acht. Die Abwendung von Österreich hätte uns keine neuen Freunde verschafft. Der Sassonowsche Wink „Lâchez l'Autriche et nous lâcherons la France" hatte doch nur den Wert eines gelegentlichen Aperçus ohne die Möglichkeit politischer Konsequenzen. Österreich aber wäre in die Lage gekommen, neue Freunde zu wählen, es hätte bei den Westmächten offene Arme gefunden ..." Und zum Schluß heißt es noch einmal: „Für Deutschland gab es keine Möglichkeit von Optionen."

Aber es gab noch einen weiteren, zwar niemals offen ausgesprochenen, aber doch jedenfalls sehr wirksamen Grund zum Verzicht auf eine großdeutsche Politik mit dem Ziel der Gewinnung Deutsch-Österreichs: es war ein innerpolitischer. Österreichs Erhaltung, schrieb Jagow an Lichnowsky am 18. Juli 1914, „ist für uns aus inneren und äußeren Gründen eine Notwendigkeit." War — so muß man fragen — das Deutsche Reich Bis-

[1] Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Band I, S. 99 f.
[2] a. a. O. I, 128.

marcks mit seiner überaus kunstvollen Verfassung — preußische Vormacht, Bundesrat, Verbindung von preußischem Minister-präsidium und Reichskanzleramt, protestantische Mehrheit, Über-gewicht des deutschen Nordens — überhaupt darauf eingerichtet, die österreichischen Länder aufzunehmen? Oder besser, war die Generation der deutschen Staatsmänner nach Bismarck überhaupt fähig, den — schon aus anderen Gründen so wünschenswerten — Umbau der deutschen Reichsverfassung durchzuführen? Sind Hohenlohe, Bülow, Bethmann imstande gewesen, eine solche „re-volutionäre" Politik auch nur auszudenken? Diese Frage muß unbedingt verneint werden.

Die Angliederung der deutsch-österreichischen Länder an das Reich hätte selbst nach glücklich beendeten Erschütterungen Europas, vielleicht großen Kriegen, die preußisch-deutschen Staatsmänner vor fast unlösbare Probleme gestellt. So wie das Reich ge-schaffen war, beruhte es auf dem Übergewicht Preußens, des protestantischen Norddeutschland, über den Süden. Diese Vor-herrschaft und damit die Durchsetzung eines politischen Wil-lens, der ja das Wesen des Staates ausmacht, war aber erst mög-lich geworden, als Preußen durch die Schlacht von Königgrätz den deutschen Süden halbiert hatte: der österreichische Teil wurde ausgeschieden. Nun hätte aber die Aufnahme der deutsch-öster-reichischen Provinzen den deutschen Süden dem preußischen Staate wieder gleichgestellt. So wäre — in dynastischer Form voll-zogen — wahrscheinlich ein Großbayern entstanden, also der alte deutsche Dualismus in neuer Form aufgelebt. Die ganze Reichs-verfassung hätte umgebaut, das Stimmenverhältnis im Bundes-rat zuungunsten Preußens verändert werden müssen, und es wäre außerdem sehr fraglich gewesen, ob die Deutsch-Österreicher sich hätten von Berlin und den protestantischen Hohenzollern auf die Dauer regieren lassen. Die ungeheure Schwierigkeit der kon-fessionellen Frage hätte sich erhoben. Energischer als bisher wäre wohl in solchem Falle die Kurie zur Unterhöhlung des protestantischen Kaisertums geschritten. Die Folgen für die Par-teipolitik — wesentliche Verstärkung des Zentrums — wären

unübersehbar geworden. Vor allem der preußische Staat selber wäre in Deutschland degradiert worden; der mächtige preußische Landtag hätte seine überragende Rolle als Zitadelle der deutschen Festung eingebüßt. Das große Problem der Demokratisierung und „Verreichlichung" Preußens hätte sich gebieterischer als jemals aufgedrängt. Die Verbindung des Reichskanzleramts mit dem preußischen Ministerpräsidium wäre kaum länger haltbar gewesen; kurz Preußen hätte seine ganze herrschende Stellung in einem Großdeutschland preisgeben müssen.

Und alles dies hätte ein unbesiegtes Preußen, dessen Armee der Kern der deutschen Truppen war, über sich ergehen lassen müssen! Man braucht diese Probleme nur kurz zu streifen, um sich zu sagen, daß im eigensten preußischen Staatsinteresse und Hohenzollernschen Hausinteresse sich das Streben nach Großdeutschland schlechthin verbot. Selbstmord kann man von Gesunden nicht verlangen. Die weitere Frage, ob sich hier nicht ein sehr bedeutungsvoller Gegensatz zwischen den Interessen des preußischen Staates und denen der gesamten deutschen Nation auftat, mag hier unerörtert bleiben. Genug, daß wir erkennen, wie wenig sich die preußisch-deutschen Staatsmänner versucht fühlen konnten, das in der Schlacht von Königgrätz eingesargte Großdeutschland von den Toten zu erwecken.[1] So blieb es bis 1914. Aus außenpolitischen Gründen wie aus ebenso zwingenden innerpolitischen mußte man Österreich-Ungarn erhalten. In Auswirkung dieser Sachlage traten im August 1914 die deutschen Divisionen des herrlichsten Heeres der Weltgeschichte für das Haus Habsburg unter die Waffen und bildeten durch vier entsetzliche Jahre mit ihren ausgezehrten oder durch die feindlichen Granaten zerfetzten Leibern einen scheinbar unübersteiglichen Wall gegen die Streiter des ganzen Erdballs, die aufgeboten wurden, um die Reiche der Hohenzollern und der Habsburger zu zerstören und unter ihren Millionentritten zu zermalmen.

---

[1] Was von großdeutscher Seite über die Erhaltung des österreichischen Staates durch Kleindeutschland kritisch gesagt werden kann, hat Kleinwächter S. 284 ff. eingehend ausgeführt.

3. Eine weitere Schuld der deutschen Staatsmänner

Die Beschränkung auf Kleindeutschland aus Gründen nicht nur der europäischen Politik, sondern auch der preußischen Staatsräson, hatte nun eine verhängnisvolle Wirkung auf unser österreichisch-ungarisches Bündnis.

Wenn man in Berlin Kleindeutschland, die preußische Herrschaft über Deutschland, erhalten und damit der Wiederkehr einer großdeutschen Politik Österreichs vorbeugen wollte, so mußte man stets darauf bedacht sein, daß die anderen Nutznießer von Königgrätz: die Magyaren, von ihrem Gewicht innerhalb der habsburgischen Gesamtmonarchie nichts einbüßten. Denn die Magyaren waren immer die Gegner einer großdeutschen, auf die österreichische Vormacht in Deutschland gerichteten Politik der Hofburg gewesen: ein in Deutschland herrschendes, über die Kräfte der deutschen Nation gebietendes Österreich war immer über die ungarische Freiheit hinweggeschritten. Diese Freiheit und Selbständigkeit im Rahmen der Gesamtmonarchie hatten die Magyaren erst durch die Schlacht bei Königgrätz erreicht. Erst an diesem Tage, als Preußen-Deutschland erstand, war Großösterreich, d. h. der von Wien aus geleitete, Ungarn umfassende Zentralstaat, das alte Ziel des Hauses Habsburg, unmöglich geworden und war zugleich der neue magyarische Nationalstaat Ungarn, war die neue dualistische, zweigeteilte österreichisch-ungarische Monarchie geboren. Diese preußisch-ungarische Schicksals- und Kampfgemeinschaft gegen die österreichische Vorherrschaft in Mitteleuropa, gegen „Wien", war alt. Von der Eroberung Schlesiens durch Friedrich den Großen an bis tief ins 19. Jahrhundert hing das Schicksal dieser beiden Flügelmächte Mitteleuropas aufs engste zusammen; ohne das Vorgehen Preußens keine ungarische Freiheit. Es war von Bismarck an bis zum Weltkriege preußische Staatsraison, ein Großösterreich — das seinen Ehrgeiz wieder auf Deutschland richten konnte — zu verhindern durch Ungarn. Bismarck sprach sich gegen die Besei-

tigung des Dualismus durch Hohenwart aus (1871)[1], Hohenlohe und Bülow gegen die antideutschen und antimagyarischen Experimente des Grafen Thun (1898). Denn auch das war ein Motiv für die Schonung Ungarns und seiner Selbständigkeit: durch den Dualismus, der die deutsch-magyarische Herrschaft in der Monarchie begründete, sah man zugleich die Deutschen in Österreich gegen die Slaven gesichert; da das Deutsche Reich für die österreichischen Deutschen, diese eigentlichen Opfer von 1866, nichts tat, wurden die Magyaren als die besten Verbündeten gegen einen etwaigen slavischen Kurs der Habsburger Monarchie geschätzt. Und diese Erhaltung des magyarischen Volkes in seiner Größe und Macht gegenüber den andringenden Slaven war nun wieder zugleich eine sehr starke Sicherung der Bündnispolitik. Je ungebärdiger die Tschechen gegen das deutsche Bündnis tobten, um so höher stieg Ungarns Kurs in Berlin. So war es in jeder Beziehung ein preußisch-deutsches Staatsinteresse, Ungarn als besonderes und autonomes Staatswesen und in diesem das herrschende Staatsvolk der Magyaren als handlungsfähigen und womöglich entscheidenden Faktor innerhalb des Habsburger Reiches zu pflegen und zu erhalten; und zwar um so mehr, als die Deutschen sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen zeigten, ihre Slaven im Zaum zu halten. Das verstand das ostelbische Preußen und die magyarische Gentry besser. Diese Notwendigkeit wurde aber in demselben Maße dringender, wie die außenpolitische Lage der Mittelmächte sich nach Abschluß des Dreiverbandes verschlechterte. Wurde doch dadurch erst das österreichische Problem auf die Tagesordnung gestellt, erhielt doch erst jetzt die tschechische und südslavische Bewegung ihre mächtigsten und letzten Antriebe. Um so höher aber stieg dann für Berlin der Wert der Magyaren. Und so wurde, wenn auch die deutsche Vorherrschaft in Cisleithanien sich immer mehr verflüchtigte, die dualistische Verfassung der Habsburger Monarchie, die dadurch gewährleistete Staatlichkeit und Selbständigkeit Ungarns immer mehr ein preußisch-deutsches Staatsinteresse. Auf

[1] Vergl. dazu die betreffenden Kapitel bei Wertheimer: Andrássy I.

diese Weise mußte dem oberflächlichen Beobachter eine Föderalisierung der Monarchie als ein Sieg des Slaventums, eine Zurückdrängung des deutschen Elements, eine innere und äußere Schwächung Österreich-Ungarns und damit als eine Entwertung des Bündnisses erscheinen.

Man muß es festhalten: zu dem Dogma von der Erhaltung Österreichs als Großmacht — die aus Gründen der europäischen Politik durchaus zu verteidigen und in der Weltlage von 1914 verständlich war — trat das höchst problematische, wenn auch vielleicht nicht voll bewußte Bestreben, dieses dualistische, eine deutsch-magyarische Vorherrschaft garantierende Österreich-Ungarn zu erhalten. Es ist nicht anders: die 70 Millionen Deutschen des Reiches setzten 1914 ihr Leben ein, nicht nur um die österreichische Monarchie überhaupt, sondern auch um dieses so gestaltete dualistische Österreich-Ungarn zu retten, das sich allmählich zu einer magyarischen Zwangsanstalt über alle übrigen Nationen des Habsburger Reiches entwickelt hatte. Deutschland sank herab zum Büttel der 8 Millionen Magyaren, die ihre reichs- und völkerzerstörende Politik mit keinen anderen Mitteln aufrecht erhalten könnten als mit den 25 deutschen Armeekorps. Hätten die Zentralmächte gesiegt, weder in Österreich-Ungarn noch in Deutschland hätte sich ein Staatsmann gefunden, der imstande gewesen wäre, das österreichische Problem, dessen Teil das südslavische war, gegen den Widerstand der Magyaren zu lösen.

Also war Österreich-Ungarn doch unmöglich? Also war die geographische, wirtschaftliche, politische und kulturelle Verbundenheit der vielen Völker zwischen dem Bodensee und dem Schwarzen Meer ein riesiger Irrtum der Geschichte? Also gab es zur Rettung dieses Völkerstaates keine andere Möglichkeit als den Krieg? Also war das österreichische Problem überhaupt nicht zu lösen? Also war die Schuld der deutschen Staatsmänner trotz aller Gründe der europäischen Politik riesengroß, für die Erhaltung dieses Staatswesens ihr Volk zu opfern?

Liegt darin die Schuld? oder gab es doch eine andere Lösung als durch Krieg? War die Erhaltung des alten Österreich als Großmacht auch 1914 noch wie zu Bismarcks Zeit trotz allem im deutschen Interesse gelegen? Bestand die Schuld der deutschen und österreichischen Staatsmänner nicht vielmehr darin, daß sie keine richtige Lösung für das österreichische Problem fanden?[1] Wäre unhaltbar und unmöglich lediglich die dualistische Reichsverfassung Österreich-Ungarns, nicht aber der Staat als solcher gewesen?

Das ist unsere Meinung, und es gab eine Möglichkeit der Rettung. Nicht die schlechtesten Deutschen und Österreicher sahen die Lösung aller bestehenden Schwierigkeiten in einer Föderativverfassung für die Gesamtmonarchie. Schon im Frankfurter Parlament hat es der österreichische Abgeordnete Giskra ausgesprochen: „In der unausweichlichen Notwendigkeit liegt es, daß in einem freien Österreich das Föderativprinzip in seinen Teilen zur Wahrheit werde[2]." Eine solche föderativ gestaltete Habsburger Monarchie hätte zugleich die Balkanfrage im österreichischen Sinne lösen können. Denn wenn Bismarck sich diese Lösung durch bundesstaatliche Vereinigung der Balkanvölker mit Österreich denkt[3], so ist die Voraussetzung, daß Österreich zuerst selber seinen Völkern im Innern freie Entwicklung gewährte.

Also wäre die eigentliche Aufgabe der deutschen Staatsmänner gewesen, nicht Österreich zum Kriege Blankovollmacht zu geben, sondern es vor 1914 zu zwingen, die magyarische Herrschaft zu brechen und eine neue, eine Föderativverfassung für die Monarchie zu geben, die den Krieg dann überflüssig gemacht hätte, weil vor allem durch sie die Lösung der südslavischen und dann der rumänischen Frage im habsburgischen Sinne ermöglicht worden wäre?

---

[1] Vergl. die Bemerkung Kleinwächters a. a. O. S. 212.

[2] Sten. Ber. d. Frankf. Parl. 4656.

[3] Ged. u. Erinn. II, 253.

So ist es[1].

Um aber die ganze Schuld der deutschen Staatsmänner erkennen zu können, die das dualistische, längst unmöglich gewordene Österreich-Ungarn mit allen Mitteln erhalten wollten, müssen wir jetzt einen Blick auf die Entstehung, das Wirken und den Zerfall der dualistischen Verfassung werfen. Und ferner uns die überaus wichtige Frage vorlegen, ob es in Österreich an verantwortlicher Stelle niemanden gab, der das eigentliche Problem der Monarchie erkannte, niemanden, der sie in zwölfter Stunde hätte retten können?

Diesen Mann gab es. Es war der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand.

Darum mußte er sterben.

Aber ihm gegenüber stand, ihm so ähnlich an Willenskraft und Männlichkeit, der mächtigste Vertreter des alten Regimes der dualistischen Monarchie: der ungarische Ministerpräsident Graf Stefan Tisza. Die Idee eines Großösterreich als Bundesstaat vieler freier Völker einerseits und diejenige eines Ungarn-Österreich oder Großungarn — d. h. die ganze Monarchie als Machtgebiet des magyarischen Volkes — anderseits traten sich leibhaftig verkörpert in diesen beiden einzigen und letzten Männern der Habsburger Monarchie gegenüber, die sich fürchteten und haßten.

An dem Ausgang ihres Kampfes hing das Schicksal des alten Reiches und zugleich der großen deutschen Nation — ja das Schicksal der Welt.

[1] Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang auf meinen vor dem Kriege erschienenen Aufsatz „Neudeutschland und Österreich" hinweisen (Preuß. Jahrbuch, Band 153, 1913, S. 400 ff.), in welchem ich ausführlich für die Föderalisierung der Monarchie und für den Ersatz des überlebten Dualismus eintrat.

Entstehung, Wesen und Zerfall des österreichisch-ungarischen Dualismus

*

1. Ungarn und die Monarchie bis zur Reichsteilung von 1867

Drei national scharf geschiedene Ländergruppen ganz verschiedener Kultur und Geschichte sind im Jahre 1526 zur Bildung der österreichischen Monarchie zusammengetreten: die deutschen Alpenländer, das in der Mehrheit tschechische Böhmen mit den Nebenländern Mähren und Schlesien und das von den Magyaren geführte Ungarn. Wie die Todesstunde, so kann man auch die Geburtsstunde dieses Reiches angeben: es ist der Augenblick, wo die Stände von Böhmen und Ungarn den Herrn der deutschen Erbländer, Ferdinand I., zum König, zu ihrem Nationalkönig wählen[1].

Schon in den Jahrhunderten vorher waren immer wieder Versuche gemacht, diese Donauländer, die geographisch eine Einheit bilden, politisch zusammenzufassen; von Böhmen aus (Ottokar II., die Luxemburger), von Österreich her (Albrecht II.), von Ungarn aus (Matthias Corvinus). Aber erst die Wahl des deutschen Ferdinand, der später die römisch-deutsche Kaiserkrone empfing, sicherte den Bestand dieses neuen Staatswesens. Die Überlegenheit an Macht und Kultur war jahrhundertelang unbestritten bei den Deutschen, und von ihnen, besonders von Wien, empfingen diese Länder und Völker ihre Kultur.

Es kann hier nicht auf die Einzelheiten der vielgerühmten Zentralisationspolitik der Habsburger eingegangen werden. Ferdinand I., der die ersten Zentralbehörden für die ganze Monarchie schuf, Ferdinand II., der die Macht der böhmischen Stände brach und die Herabdrückung Böhmens zur Provinz des Einheitsstaates anbahnte, Leopold I., welcher die Erblichkeit der Krone Ungarns durchsetzte, Karl VI., der ganz Ungarn den Türken entriß und durch seine bekannten Maßnahmen die Thronfolge auch in dem neuen Hause Habsburg-Lothringen durchsetzte, sind die

[1] Für das Folgende darf ich auf mein Buch: „Das Verfassungsproblem im Habsburger Reich" (1918) hinweisen.

bedeutendsten Vertreter dieser Politik. Die Pragmatische Sanktion, besonders ihre ungarische Fassung von 1722/23 ist aber deshalb so bedeutungsvoll, weil hier die ungarischen Stände ganz deutlich über die dynastische Politik hinausgehend ein Interesse und eine Pflicht der Länder untereinander betonen, zusammenzubleiben. Man hat diese ungarische Pragmatische Sanktion mit Recht die erste Kodifikation der österreichischen Reichsidee genannt.

Nun aber zeigte sich das ganze künftige Schicksal der Monarchie schon in dieser Pragmatischen Sanktion ausgedrückt. Es war nämlich ein innerer Widerspruch darin, indem sie den Ungarn ihre innere Unabhängigkeit und Freiheit gewährleistete, obwohl diese zu den Lasten des neuen Verbandes doch hätten beitragen sollen und deshalb ihre Selbständigkeit zugunsten der Gesamtmonarchie hätten beschränken lassen müssen. Die künftige Frage war also, in welchem Sinne dieser innere Widerspruch der Pragmatischen Sanktion gelöst werden sollte: ob im Sinne der österreichischen, d. h. der dynastischen Zentralisationspolitik mit ihrer Unterdrückung der verbürgten ungarischen Freiheit, oder aber im Sinne der Magyaren. Für diesen letzteren Fall gab es wieder zwei Möglichkeiten; entweder im Sinne der vollen Wiederherstellung der staatlichen und nationalen Unabhängigkeit, — was im Grunde jeder Magyar erstrebte — oder im Sinne der Anerkennung des weiteren Verbandes, den die Pragmatische Sanktion schuf; aber dann so, daß das Übergewicht bei Ungarn lag und daß der vollkommen souveräne und „unabhängige" Staat Ungarn den übrigen Provinzen Seiner Majestät das Gesetz auferlegte. Ein solches „Großungarn" war, wie wir noch sehen werden, die „Reichsidee" des mächtigsten aller Magyaren, des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza von 1910 bis 1917.

Diese Gefahren der Zukunft wurden aber zunächst von niemandem erkannt. Die Pragmatische Sanktion schien in aller Form Rechtens ein „Reich" begründet zu haben; und die Habsburger besaßen solche Übermacht, daß sie daran denken konnten, nicht nur Böhmen, sondern auch Ungarn einem deutsch geleiteten Einheitsstaat einzufügen.

Es waren tiefgreifende Ereignisse der auswärtigen Politik, die solche Pläne zugleich förderten und hemmten.

Zwar gelang es der Kaiserin Maria Theresia, die nach dem zweiten Schlesischen Kriege den Kampf mit Preußen wieder aufnehmen wollte und dazu weitreichende innere Reformen durchführen mußte, die berühmte Verwaltungsorganisation durchzusetzen, durch die aus den deutschen und böhmischen Ländern ein Einheitsstaat mit deutscher Bürokratie und deutschen Zentralstellen geschaffen wurde. Aber vor Ungarn mußte sie halt machen und so den Grund zum späteren Dualismus legen. Als Preußen ihr 1740 Schlesien entriß und die Bourbonen und ihre Verbündeten das Habsburger Reich zerstückeln wollten, mußte die Herrscherin — ein unerhörter Vorgang — die Magyaren um Hilfe bitten, diese alten Rebellen also bewaffnen. Aber diese ließen sich einen hohen Preis bezahlen: sie mußte ihnen 1741 versprechen, die in der Pragmatischen Sanktion verbürgte Freiheit anzuerkennen, d. h. die bürokratische Zentralisationspolitik und die damit zusammenhängende adelsfeindliche Gesetzgebung nicht auf Ungarn auszudehnen! Die Gewinnung von Schlesien, d. h. die Großmachtstellung Preußens und die Freiheiten der Ungarn, d. h. der Dualismus, stehen so von Anfang an in engster Wechselwirkung[1].

Aber durch geniale politische Erziehungsmethoden gelang es der großen Kaiserin, die Schäden dieses keimhaften Dualismus zu beseitigen. Einmal dadurch, daß sie es verstand, den magyarischen Adel für den Reichsdienst, d. h. für den Dienst der Gesamtmonarchie, heranzuziehen. Diplomaten, Botschafter, Geheime Räte, Generäle, Hofwürdenträger: diese Stellungen im kaiserlichen Dienste, im Dienste des Hauses Österreich, werden jetzt zahlreichen Magyaren eingeräumt und bilden für den ungarischen Adel ein erstrebenswertes Ziel. Und trotz der verbürgten inneren Unabhängigkeit — worunter zunächst nur die ewige

---

[1] In großen Zügen habe ich dies in meiner kleinen Schrift „Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt" behandelt.

Steuerfreiheit des Adels zu verstehen ist — erkennt Ungarn die ältesten zentralistischen Einrichtungen des Reiches an: die auswärtige Politik, das kaiserliche Heer, die gemeinsamen Finanzen. Und es bahnt sich im Reiche etwas höchst Wichtiges an: der hohe Adel aller Länder und Nationen verbindet sich durch Ehen, Interessen, Freundschaften und wird so zu dem eigentlichsten Träger des Reichsgedankens. Im Dienste des Reiches (Hof, Diplomatie, Heer) vollzieht sich tatsächlich das, was die ungarische Magnatenkonferenz schon im Jahre 1712 als erstrebenswert bezeichnet hatte: eine Verbrüderung aller Nationen des Habsburger Reiches, wenigstens in seinen führenden Schichten. Und da wird es klar, aus welchem Grunde sich die magyarische Herrenschicht mit der Existenz des Reiches, des höheren durch die Pragmatische Sanktion errichteten Verbandes abfindet: durch die Überlegung nämlich, daß des Adel ja dadurch, daß er in den Reichs- und Hofsdienst tritt, zugleich das Schicksal dieses Reiches bestimmt.

Dieser aussichtsreiche Gedanke ist aber später nicht in vollem Maße verwirklicht worden; im Gegenteil hat Ungarn sich seit Joseph II. und besonders im 19. Jahrhundert immer mehr auf sich zurückgezogen. Das liegt daran, daß die zweite große Schöpfung Maria Theresias, die deutsche und deutsch amtierende Bürokratie auch Ungarn schließlich zum Gegenstand ihrer Tätigkeit ausersieht, auch die Länder der Stephanskrone genau wie Böhmen, Mähren und zuletzt Galizien „verwalten", d. h. in den bürokratischen „Staat" Österreich — der etwas anderes ist als das „Reich" — einbeziehen will.

Diese deutsch amtierende Bürokratie mit ihrem österreichischen „Staats"-Gedanken aber muß notwendig das magyarische Volk zum Widerstand aufreizen. Zunächst den Adel durch die Verletzung der Privilegien, die Aufhebung der Steuerfreiheit, die soziale Gleichmacherei; dann das gesamte Volk und die übrigen Nationalitäten durch den Sprachenzwang. Das tschechische und slavische Bauernvolk war von seinen adligen Herren nichts anderes gewohnt, als zu dem sozialen noch den nationalen Gegen-

satz zu erfahren; das magyarische Volk erblickte in den Beamten Kaiser Josephs II. und in aller späteren österreichischen Bürokratie zugleich die Fremdherrschaft. Von jetzt ab sahen sich die Magyaren einer feindlichen Macht gegenüber, die „Staat", „Österreich", Deutschtum, Bürokratie hieß und die sie zwang, in die Verteidigung zu gehen und zwar gegen die österreichische, dynastische, bürokratische Auslegung des inneren Widerspruchs der Pragmatischen Sanktion, d. h. gegen den Versuch, die ungarische Freiheit zugunsten des Einheitsstaates zu beseitigen. Der Dualismus wurde vertieft.

Und diese neue Vertiefung hing wieder aufs engste mit Preußen zusammen. Als Kaiser Leopold II. sich (1790) vor den preußischen Krieg gestellt sah, mußte er nachgeben, denn Belgien war in offenem Aufstand, und Ungarn sah bereits nach einem neuen Königshause aus, und zwar dachte es an einen preußischen Prinzen. Mit dem Vertrag von Reichenbach hängt das höchst wichtige und nunmehr entscheidende Versprechen Kaiser Leopolds II. an die Magyaren zusammen (Gesetzartikel X: 1790): Ungarn nie „ad normam aliarum provinciarum" zu regieren. Dieser Gesetzartikel ist die Grundlage für allen künftigen magyarischen Widerstand gegen Wien im 19. Jahrhundert gewesen und der Grund, weshalb sich die ungarischen Stände durch das Zeitalter des Absolutismus hindurchgerettet haben: mit auswärtiger, mit preußischer Hilfe wurde „Wien" besiegt.

Diese innere Freiheit und Selbständigkeit Ungarns wurde durch die Proklamierung des österreichischen Kaisertitels im Jahre 1804 auch keineswegs angetastet, obwohl das neue Kaisertum Österreich — wie entgegen den magyarischen Behauptungen betont werden muß — Ungarn und seine Nebenländer mit umfaßte. Die Idee dieses Kaisertitels war die gleiche wie die des alten weströmischen: es sollte den Herrn nicht eines nationalen, sondern eines universalen, übernationalen Reiches bezeichnen; der Titel „von Österreich" wurde ausdrücklich von der Dynastie genommen, um kein Land und kein Volk zu verletzen. Diese Proklamation des österreichischen Kaisertitels hat man mit Recht die zweite Kodi-

fikation der österreichischen Reichsidee genannt. Nicht mehr ein christliches Grenzreich eng verbundener Völker gegen den Islam, wie hundert Jahre vorher, sondern ein Kaisertum vieler freier Völker — das sollte das Kaisertum Österreich sein.

In diesem Sinne hat Fürst Metternich durch mehr als ein Menschenalter das von ihm geleitete Staatswesen aufgefaßt. Die Anerkennung des Reiches ist den Magyaren möglich, weil als Gegenleistung ihre parlamentarischen Rechte, die ungarischen Stände, der ungarische Reichstag, anerkannt sind. Die Zentralbehörden des Reiches sind unangefochten; der Dualismus besteht in dieser Periode darin, daß in einem Teil des Reiches (dem engeren Österreich) der Absolutismus herrscht, in dem anderen die ständische, quasi parlamentarische Verfassung in Geltung ist.

In dieses, man möchte fast sagen föderalistisch-patriarchalische Staatswesen wird seit den dreißiger und vierziger Jahren die Brandfackel der westeuropäischen revolutionären Ideen geschleudert: Nationalismus und Demokratie verwandeln das Reich und stellen es vor die große Schicksalsfrage, auf die es keine Antwort findet, die Frage, wie trotz des dynastischen Reichsgedankens, wie trotz der von dem deutschen Volke versuchten Germanisierung, wie trotz der Idee des unabhängigen magyarischen Nationalstaats das in der Kaiserproklamation von 1804 angedeutete Reich vieler freier Völker geschaffen werden kann?

Das Problem des übernationalen Staates verquickte sich sofort mit den liberalen Ansprüchen auf Volksrechte, Volksvertretung, konstitutionelle Verantwortlichkeit. Als Ungarn 1847/48 aus einem Ständestaat ein parlamentarischer Staat im modernen Sinne und als aus den alten Ständen eine Volksvertretung wurde, trat das Reichsproblem in ein neues Stadium: wie konnte künftig eine dem Parlament verantwortliche Regierung in Ungarn dem absolutistisch regierten Reiche, d. h. Österreich, gegenüberstehen? Wie war eine parlamentarische Verantwortlichkeit und Einflußnahme Ungarns auf die absolutistisch behandelten Reichsangelegenheiten denkbar? Und wenn die deutsch-slavischen Erblande eine Verfassung erhielten und konstitutionell wurden:

wie war eine parlamentarische Behandlung der gemeinsamen, d. h. der Reichsangelegenheiten — die von Ungarn zusammen mit den übrigen Erbländern hätte getroffen werden müssen — wieder zu vereinigen mit der verbürgten Selbständigkeit der Stephansländer?

Es ist hier nicht nötig, uns den Verlauf der österreichischen und ungarischen Wirren in den Jahren 1848/50 im einzelnen klar zu machen. Es genügt, folgendes festzuhalten. Entscheidend für Ungarns künftige Stellung und Ansprüche wurde das Handschreiben Kaiser Ferdinands I. an den Palatin von Ungarn vom 17. März 1848. Darin wurde den Magyaren ein verantwortliches konstitutionelles Ministerium zugesprochen, dem Lande Ungarn also praktisch der Dualismus der Monarchie zugesichert. Im Laufe der revolutionären Ereignisse kam es schließlich zur vollen Unabhängigkeitserklärung Ungarns im Jahre 1849; Ludwig Kossuth wurde zum Diktator ernannt. In Österreich hatten sich unterdessen zum erstenmal die Nationen erhoben, wobei ein bezeichnender Unterschied zwischen den Deutschen und den Slaven hervortrat; die Deutschen, im Vollbesitz der Herrschaft über den „Staat" Österreich, stellten die verfassungsmäßigen Forderungen, die Freiheitsfragen, in den Vordergrund; die Slaven die nationalen. Schließlich haben sich auf dem ersten cisleithanischen Reichstage zu Kremsier die österreichischen Völker auf eine Verfassung geeinigt, die sehr wohl die Grundlage eines demokratisch-nationalen Föderativstaates hätte werden können. Aber der dynastische Reichsgedanke, aus den verschiedensten Ländern und Völkern einen absolut regierten Staat zu machen, siegte. Mit der Niederwerfung Ungarns und der Verjagung des Kremsierer Reichstages triumphierte der Absolutismus noch einmal über die beiden anderen Tendenzen der Zeit, über Nationalismus und Parlamentarismus, bis dann, wie Renner sich ausdrückt, die Magyaren, 1850 von dem siegreichen Österreich so tief gebeugt, im Jahre 1867 schließlich den großen Treffer zogen: den „parlamentarischen Absolutismus" ihrer Nation! Das heißt aus dem einheitlichen alten Kaisertum Österreich, das absolut

regiert wurde, machten sie die neue, verfassungsmäßige, dualistische Monarchie Österreich-Ungarn.

Wie kam das?

Der Grund liegt vor allem in der unglücklichen auswärtigen Politik der Dynastie, die sich nach der Niederlage in Italien 1859 gezwungen sah, den Absolutismus preiszugeben. Damit wurde dann endgültig die Bahn beschritten, die nach Königgrätz zum Dualismus und schließlich, weil man so keine wahre Lösung des österreichischen Problems fand, zum Präventivkrieg und zur Sprengung des Reiches geführt hat.

Da Ungarn das wichtigste und größte Land des Reiches war, wurde jetzt die drängendste Angelegenheit: die ungarische Verfassung von 1848, die man in Wien durch die Revolution als „verwirkt" betrachtet hatte, aber nach Solferino wieder herstellen mußte, mit dem Dasein des Gesamtreiches in Einklang zu bringen.

Der erste Versuch war das „Oktoberdiplom" von 1860, durch das eine in den Grundzügen föderalistische Reichsverfassung verkündet wurde; aber durch sie wurde Ungarn, da das uralte Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht des Landes dem österreichischen gemeinsamen Reichsrat zugewiesen wurde, zu einer, wenn auch der größten Provinz des Kaiserstaates herabgedrückt. Als die Ungarn diese Verfassung ablehnten, versuchte es der Staatsminister Anton v. Schmerling in den Jahren 1861—65 auf andere Weise, Ungarn in das Reich einzugliedern. Durch das „Februarpatent" von 1861 wurde eine zentralistische, deutsche Verfassung geschaffen; Schmerling, ein Vertreter des deutsch-liberalen Bürgertums in Österreich, sicherte durch einen Wahlzensus den Deutschen die Mehrheit in den Landtagen und im Reichsrat, glaubte — hierbei im Sinne Kaiser Josephs II. handelnd — den widerstrebenden Nationen, vor allem den Magyaren, das „Reich", d. h. die Herrschaft der deutschen Bürokratie und des deutschen Bürgertums aufzwingen zu können. Er meinte, auf den Eintritt Ungarns in den „weiteren" Reichsrat — zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten — warten zu können, ohne zu ahnen,

daß er durch Schaffung eines „engeren“ und „weiteren“ Reichsrates den Dualismus schärfer als zuvor andeutete. Will man diesen letzten Versuch des deutschen Bürgertums in Österreich, das gesamte Habsburger Reich zu einem deutsch geleiteten Einheitsstaat zu machen, verstehen, so muß man sich an die Probleme der auswärtigen Politik erinnern. Die größte außenpolitische Aufgabe, vor der die Dynastie jemals stand, die deutsche Einigung, mußte gelöst werden. Und Schmerling war der Zeitgenosse Bismarcks. Damit man den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland mit Preußen führen könne, mußte man in Wien die deutsche Nation gewinnen. Das Parlament des allgemeinen gleichen Wahlrechtes und den Bundesstaat mit der konstitutionellen Verfassung konnte die Hofburg nicht bieten. Wohl aber konnte sie dem imperialistischen Machttrieb des deutschen Volkes schmeicheln und das gewaltige Österreich vom Bodensee bis Siebenbürgen der Nation als Morgengabe, gleichsam als Kolonialland, als politisches und wirtschaftliches Betätigungsfeld bieten; so hatten es List und Bruck verstanden. Und die Voraussetzung für den Wettkampf mit Preußen war, daß Österreich nach außen hin „deutsch“ erschien. Die tiefsten Gründe der auswärtigen Politik also waren es, nämlich die unbedingte und von allen Staatsmännern Österreichs als unausweichlich erkannte Notwendigkeit, in Deutschland verankert zu bleiben, welche in diesem Falle die innere Politik, vor allem das Verhältnis zu Ungarn, bestimmten. Österreichs Verankerung in Deutschland, die Zugehörigkeit zum Deutschen Bunde, war die Voraussetzung für die zentralistische, Ungarn mitumfassende Reichspolitik Schmerlings und der Dynastie. Wenn in dem Kampfe um die Vorherrschaft in Deutschland etwa Österreich siegte, dann war die Hoffnung der Magyaren auf nationale Freiheit in der Wurzel geknickt. Wieder war das Schicksal Ungarns und seine Freiheit mit dem Siege Preußens über die Hofburg verknüpft. Das bewies die welthistorische Entscheidung der Schlacht von Königgrätz. Als Preußen nach seinem Siege Kleindeutschland begründete, den alten Kaiserstaat aus Deutschland verwies und die tausend-

jährige Gemeinschaft der deutschen Stämme mit Österreich zerriß, da war die ungarische Freiheit und Selbständigkeit gesichert. Nach dem Verluste des gewaltigen Rückhalts an der übrigen deutschen Nation mußten die Deutschen in Österreich einsehen, daß ihre Kräfte nicht mehr ausreichten, auch Ungarn zu bändigen. Die Teilung der Herrschaft in der Monarchie wurde von jetzt ab ihr bescheideneres Ziel. Und die Dynastie, in ihrer europäischen Stellung aufs schwerste erschüttert, nach dem Verlust ihrer Verbindung mit der gesamten großen deutschen Nation nicht imstande, etwa aus den Völkern der westlichen Reichshälfte genügend Hilfstruppen gegen Ungarn zu stellen, dazu auf den Rachekrieg gegen Preußen bedacht, wandte sich nach der Schlacht bei Königgrätz den Magyaren zu. Ungarn rückte jetzt, nach der Vernichtung des alten Deutschen Bundes, automatisch an die erste Stelle in der Monarchie; früher ein Nebenland des Habsburgischen Kaiserhauses, wurde es jetzt das stärkste Bollwerk der Dynastie in dem neuen, von Deutschland getrennten, seiner alten Verbindung mit der deutschen Nation beraubten Staate „Österreich-Ungarn".

Die unmittelbare Folge des preußischen Sieges bei Königgrätz war die Teilung des alten Kaiserstaates. Und niemand in Kleindeutschland konnte ahnen, daß aus dieser Organisierung Mitteleuropas durch Preußen und Ungarn, aus dieser Erhöhung der Magyaren noch einmal das Verderben über die gesamte deutsche Nation hereinbrechen werde.

2. Der „Ausgleich" Ungarns mit Österreich

Was war nun das Wesen und was waren die Hauptbestimmungen dieses „Ausgleichs", dieses neuen Grundgesetzes der Monarchie, das die Magyaren dem Kaiserhause und den österreichischen und ungarischen Völkern nach Königgrätz auferlegten? Ein neues Reichsgrundgesetz war es sicher, obwohl das Ausgleichsgesetz, der Gesetzartikel XII: 1867, sich lediglich als eine den modernen konstitutionellen Verhältnissen angepaßte Er-

läuterung der Pragmatischen Sanktion gibt. Der Grundgedanke ist folgender: Ungarn erkennt im Gegensatz zu der revolutionären Verfassung von 1848 an, daß es gewisse Angelegenheiten gibt, die gemäß der Forderung der Pragmatischen Sanktion auf „Zusammenverteidigung" als mit den übrigen Ländern Seiner Majestät gemeinsam zu betrachten sind: das sind einerseits die auswärtigen Angelegenheiten und andererseits das Kriegswesen. Die wichtigsten Bestimmungen lauten:

„Das eine Mittel der aus der Pragmatischen Sanktion fließenden gemeinsamen und Zusammen-Verteidigung ist die zweckmäßige Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Diese zweckmäßige Leitung erheischt Gemeinsamkeit hinsichtlich jener auswärtigen Angelegenheiten, welche die unter der Herrschaft Seiner Majestät stehenden sämtlichen Länder zusammen betreffen. Infolgedessen gehören die diplomatische und kommerzielle Vertretung des Reiches gegenüber dem Auslande und die Verfügungen, die rücksichtlich der internationalen Verträge auftauchen können, im Einverständnis mit den Ministerien beider Teile und unter deren Zustimmung unter die Agenden des gemeinsamen Ministers des Auswärtigen. Die internationalen Verträge teilt ein jedes Ministerium seiner eigenen Gesetzgebung mit. Diese auswärtigen Angelegenheiten also sieht auch Ungarn als gemeinsame an."

„Das andere Mittel der gemeinsamen Verteidigung", heißt es in § 9, „sind das Heer und die darauf sich beziehenden Verfügungen, mit einem Wort: das Kriegswesen." In dem höchst wichtigen § 11 wird folgendes darüber festgesetzt: „Den in den Kreis des Kriegswesens gehörenden konstitutionellen landesfürstlichen Rechten Seiner Majestät zufolge wird all das, was sich auf die einheitliche Führung, Befehligung und innere Organisation des ganzen Heeres und so auch des ungarischen Heeres als integrierenden Teiles des gesamten Heeres bezieht, als durch Seine Majestät zu verfügend anerkannt."

Diese Festsetzungen hatten insofern eine große Bedeutung, als nach außen hin alles beim alten blieb; der Dualismus war nur eine Angelegenheit des Innern.

Diese beiden gemeinsamen Angelegenheiten ergaben nun ferner, daß die Aufbringung und Verwaltung der Kosten ebenfalls eine Gemeinschaftssache war. Das „Reich" hatte also drei gemeinsame Angelegenheiten: Auswärtiges, Heer, Reichsfinanzen. Die beiden Staaten der Monarchie trugen nach einer festen Quote dazu bei, und zwar Österreich etwa 70 und Ungarn etwa 30 Prozent. Aber halten wir fest: auf die Rekruten- und Steuerbewilligung für den aus Ungarn stammenden Teil des gemeinsamen Heeres verzichteten die Magyaren nicht.

Nun war die große Schwierigkeit die: wie konnten diese gemeinsamen Angelegenheiten gemeinsam parlamentarisch behandelt werden, ohne daß der verhaßte erweiterte Reichsrat, ein gemeinsames Reichsparlament nötig wurde? An zwei Voraussetzungen knüpfte das Ausgleichsgesetz die parlamentarische Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten: erstens daran, daß die volle Verfassungsmäßigkeit auch in den übrigen Ländern eingeführt wurde; zweitens daß die volle Parität Ungarns mit Österreich gesichert blieb. Zu diesem Zwecke wurde ein gemeinsames Ministerium errichtet für Äußeres, Heer und gemeinsame Finanzen. Was nun die parlamentarische Behandlung dieser gemeinsamen Angelegenheiten betrifft, so erfolgte sie durch die sog. „Delegationen": je 60 Abgeordnete aus den beiden Häusern der Volksvertretungen in Cis- und Transleithanien tagten scharf getrennt voneinander abwechselnd in Wien und in Budapest, und diesen Delegationen waren die gemeinsamen Minister verantwortlich.

Aus praktischen Gründen wurde dann, und zwar für die Dauer von jeweils zehn Jahren, ein Zoll- und Handelsbündnis zwischen den beiden Staaten geschlossen; eine Bestimmung, durch welche die Monarchie alle zehn Jahre in die furchtbarste Krise gestürzt wurde und wodurch sie recht eigentlich den Charakter der „Monarchie auf Kündigung" erhalten hat.

Die nächste Folge dieses Ausgleichs war, daß nunmehr die Schmerlingsche deutsch-zentralistische Februarverfassung auf die nichtungarischen Länder der Monarchie beschränkt wurde und daß sich gewisse Änderungen als nötig erwiesen, um sie mit dem un-

garischen Ausgleichsgesetz in Einklang zu bringen; so kam die „Dezemberverfassung" von 1867 zustande, die bis zum Oktober 1918 in Geltung war.

Was war nun die politische Forderung Ungarns gegenüber Österreich? Zunächst die Sicherung seiner vollen Staatlichkeit, der Gleichberechtigung mit Österreich, der Parität, des Dualismus; und zweitens die dauernde Erhaltung der staatlichen Gestaltung Cisleithaniens in der Form von 1867, weil die Magyaren das größte Gewicht darauf legen mußten, mit demselben Partner — schon wegen des Institutes der Delegationen — zu tun zu haben, wie zu Anfang. Die stillschweigende Voraussetzung für Österreich war, daß Ungarn sich seinerseits streng auf dem Boden des 67er Ausgleichs hielt. War doch der Tatbestand der, daß das Ausgleichsgesetz „der Reichseinheitsidee im Interesse der Unabhängigkeit Ungarns gerade nur das Existenzminimum zugestanden" hatte, „daß somit die geringste Abschwächung der beiden, die institutionelle Verkörperung der Untrennbarkeit beider Staaten bildenden Einheiten die Monarchie ihrem Ende zuführen" mußte[1]! Oder, wie Tezner sich ausdrückt: Die Heereseinheit und die Einheit der völkerrechtlichen Persönlichkeit bildeten die „Fundamente eines die Sicherheit und das internationale Ansehen beider Staaten verbürgenden gewaltigen Festungsbaues", der allerdings „durch das Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht und die grundsätzliche Anerkennung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Ungarns unterminiert" war.[2]

Wie kommt es nun, daß dieser dualistische Apparat funktioniert hat, obwohl er zwei souveräne Parlamente mit gleicher Rechtsmacht nebeneinander stellte und den entscheidenden Dritten fehlen ließ, obwohl die gemeinsamen Minister ihre Politik nur im Einverständnis mit beiden Ministerpräsidenten in Österreich und in Ungarn machen durften, obwohl etwa zur Vermehrung des Heeres eine Unzahl von Faktoren im Reich und in Cis- und Transleithanien nötig waren: Kaiser und König, gemeinsamer Kriegsminister, österreichischer und ungarischer Landesverteidi-

[1] Tezner, Ausgleichsrecht und Ausgleichspolitik, 71. — [2] Ebenda.

gungsminister, zwei Ministerpräsidenten, zwei Ministerien, zwei Herrenhäuser, zwei Abgeordnetenkammern, zwei Wehrgesetzdeputationen, zwei Quotendeputationen? Wie kommt es, daß schließlich doch *ein* politischer Wille zur Geltung gelangte?

Die einfache Erklärung ist die, daß tatsächlich *nicht* zwei souveräne Parlamente die gemeinsamen Angelegenheiten bestimmten, nicht zwei Ministerien das Reichsministerium beeinflußten, sondern daß infolge der Schwächung des durch die Nationalitätenkämpfe zerrissenen Österreich und seines durch die nationale Obstruktion gelähmten Volkshauses allein und ausschließlich der national einheitliche ungarische Reichstag und das aus ihm hervorgegangene mächtige ungarische Ministerium *ihren* magyarischen Nationalwillen der ganzen Monarchie, dem Kaiser, dem Staate Cisleithanien, dem österreichischen Ministerium und Parlament, den österreichischen Völkern und den ungarischen Nationalitäten als Gesetz auferlegten!

Wie kam es aber, fragt man angesichts dieser politischen Entwicklung, daß der österreichische Reichsrat sich 1867 auf die Teilung der Monarchie einließ? Warum konnte das damals herrschende deutsch-liberale Bürgertum von den Magyaren auf das engere, westliche Österreich beschränkt werden? Die Antwort ist, daß die Deutsch-Liberalen in Österreich im Dualismus vor allem die festeste Verankerung der konstitutionellen Verfassung auch in Cisleithanien und damit das mächtigste Bollwerk gegen die Wiederkehr des gefürchteten Absolutismus erblickten: hatten doch die Magyaren im Ausgleichsgesetz nachdrücklich die volle Verfassungsmäßigkeit auch für Österreich gefordert! Der zweite Grund liegt darin, daß das deutsche Bürgertum in Österreich durch eine Teilung der Herrschaft in der Monarchie hoffte, nun der Slaven, vor allem der Tschechen, um so sicherer Herr werden zu können. Das deutsche besitzende Bürgertum und die deutsche Bürokratie, die wenigstens für sich und für ihre Kinder den „Staat" Österreich als deutsch verwalteten Einheitsstaat retten wollten, schlossen, schon um einen mächtigen, nichtslavischen Bundesgenossen zu gewinnen, mit dem magyari-

schen Grundadel, dessen Vertretung der ungarische Reichstag war, jenen Reichsteilungspakt, den man den Ausgleich Ungarns mit Österreichs nennt. Dieses deutsche Bürgertum und die magyarische Gentry waren aber im Jahre 1867 die einzigen in der ganzen Monarchie, die eine vollentwickelte Nation mit moderner Klassenschichtung hinter sich hatten und die kulturell zur Leitung eines Staates befähigt waren. Der Dualismus von 1867 ist so gesehen ein Vertrag auf gegenseitige Hilfe, abgeschlossen zwischen den zwei größten, führenden und herrschenden Nationen des Habsburger Reiches, ein Pakt, der unverkennbar nicht nur nationale, sondern auch imperialistische Züge trägt. Renner hat den tiefsten Gedanken dieser Reichsteilung von 1867, dieses Dualismus, so gekennzeichnet[1]:

„Von den zehn Völkern der Monarchie sind zwei souverän und reichsunmittelbar, die Deutschen und die Magyaren. Beide gliedern sich je ein halb-souveränes, reichsmittelbares Volk an: die Deutschen geben den Polen (Sprachenverordnung von 1869) relative Autonomie, die Magyaren den Kroaten (Ausgleich von 1868). Alle Großen sind so an der Reichsgestaltung mit interessiert, die sechs anderen Nationen aber, die Tschechen, Ruthenen und Rumänen, die Slowenen, die österreichischen Südslaven, die Serben und Italiener sind zur Aufsaugung bestimmt, dem geschichtlichen Untergange geweiht; und zwar nehmen an deren Aufsaugung auch die halbsouveränen Völker teil: den Polen sind die Ruthenen, den ungarischen Kroaten die Serben ihres Landes als Beute zugewiesen."

Und damit hängt zusammen, daß der Dualismus, obwohl er, nur von Ungarn aus betrachtet, Ansätze zu einer föderativen Gestaltung der Monarchie in sich barg, doch in Wahrheit weiter nichts war als eine einfache Verdoppelung des Zentralismus, und zwar des alten Schwarzenberg-Schmerlingschen Zentralismus. In dem Augenblick, wo der westeuropäische zentralistische Nationalismus in Deutschland — durch Preußen —

---

[1] Rudolf Springer (Karl Renner), Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie, S. 47.

über das alte föderative Prinzip von Mitteleuropa siegte, ging auch der alte österreichische Kaisergedanke eines Reiches vieler freier Völker zugrunde; und an seiner Stelle erhob sich derjenige des doppelten nationalen Zentralismus; aber in seiner spezifischen und eigentümlichen östlichen Färbung: es wurde ein „deutscher", vor allem aber ein „magyarischer" Nationalstaat errichtet mit allen Attributen eines solchen nach dem Muster Westeuropas, mit Verfassung, Ministerien, Parlamenten, nationaler Bürokratie. Aber — und das ist das eigentlich osteuropäische —[1]: in Wahrheit war die „Nation", das herrschende Staatsvolk, nur ein Teil der im übrigen fremdnationalen Bevölkerung, der es seinen Willen aufzwang. Der alte habsburgische universale Kaisergedanke war verlassen.

Aus dem Reich der vielen Völker war der deutsch-magyarische Doppelstaat geworden, und Kaiser Franz Joseph, anstatt Nationalkönig auch über die Tschechen, Slowaken, Polen, Ruthenen, Kroaten, Slowenen, Serben, Rumänen und Italiener zu sein, wurde immer ausschließlicher der magyarische Nationalkönig, der nur dazu da war, den widerstrebenden Völkern von Ungarn und Österreich das magyarische Gesetz aufzulegen.

„Der König und die Nation" — das war das tiefste Geheimnis des Dualismus und der ungarischen Freiheit. Wenn der König einmal seine mächtige Hand von dem magyarischen Volke abzog — dann finis Hungariae! Das war die dunkle Wolke am Himmel des Magyarentums. Und das Gewitter drohte, als der Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand die berühmten Worte sprach: „Ungarn muß in jedem Jahrhundert einmal erobert werden!"

3. Die Zersetzung des Dualismus und das Werden des Völkerstaates

Die tiefste Berechtigung des österreichischen Kaisergedankens lag in der Notwendigkeit für die vielen Nationen, sich politisch, wirtschaftlich, militärisch zusammenzuschließen, um sich inmitten

[1] Vgl. Harold Steinacker, Österreich-Ungarn und Osteuropa, Hist. Ztschr. Bd. 128. 377 ff.

größerer Mächte zu behaupten und um im Donaubecken überhaupt Kultur, — statt des Krieges aller gegen alle — und zwar eine eigentümliche österreichische Kultur zu ermöglichen und zu pflegen. Aber dieser Staatsgedanke war verfälscht worden zu der Einrichtung einer deutsch-magyarischen Zwangsanstalt. Sagen wir es noch einmal; der Sinn des Dualismus ist: diesseits der Leitha soll das deutsch-liberale Großbürgertum Österreichs durch die Mittel der alten österreichischen Bürokratie in einem zentralistischen Staate Österreich über alle anderen Nationen herrschen (unter Hilfsstellung der Polen), in Ungarn soll die magyarische Gentry, der mittlere und kleinere Adel im Bunde mit den Advokaten der Städte, die Herrschaft führen und den magyarischen Nationalstaat Ungarn herstellen (wobei den Kroaten Autonomie gewährt wird).

Die Voraussetzungen für die Erhaltung des 1867er Reichsverfassung waren aber folgende:

1. Die beiden führenden Völker, Deutsche und Magyaren, erhalten ihre Machtstellung unangetastet und damit auch tatsächlich, nicht nur formell, die beiden zentralistischen Verfassungen in Cis- und Transleithanien.

2. Ungarn erkennt die Bestimmungen des Ausgleichs von 1867 als bindend an, da sie das Existenzminimum für das Gesamtreich bedeuten.

3. In Österreich herrscht volle Verfassungsmäßigkeit wie in Ungarn.

Diese drei Grundvoraussetzungen sind vollständig erschüttert und damit der Dualismus und das Reich selber der Zersetzung preisgegeben worden.

Die Gründe liegen einmal in der unaufhaltsamen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung der österreichischen (und ungarischen) Nationen, die aus dem deutsch-zentralistischen Cisleithanien einen vollkommenen Völkerstaat gemacht haben; und dann in der gerade dadurch entscheidend mitbedingten Abneigung des magyarischen Herrenstaates gegen die

weitere Verbindung mit dem sich immer mehr demokratisierenden Völkerstaate Österreich und in dem jeder Nation, besonders aber den Magyaren innewohnenden Wunsche nach völliger Selbständigkeit. Endlich in der Tatsache, daß die nationale Obstruktion im österreichischen Reichsrat die Rückkehr zum verhaßten Absolutismus nötig machte.

Überblicken wir ganz kurz diesen Prozeß der Zersetzung des Dualismus:

Der erste Schlag gegen die deutsch-liberale zentralistische Dezemberverfassung wurde von seiten der Tschechen geführt; und dabei spielte das „böhmische Staatsrecht" eine große Rolle. Das Schicksal des tschechischen Volkes wurde in der Vergangenheit bestimmt durch die Schlacht am Weißen Berge, die es seines Adels und seiner Führerschicht beraubte, und dann durch die Reformen Maria Theresias, die, angeblich unter Bruch der böhmischen Verfassung, aus den böhmischen Ländern und ihren deutschen Provinzen einen „Staat" Österreich unter der Herrschaft der Deutschen machte. Das Jahr 1848 aber bewies, daß das tschechische Bauernvolk angefangen hatte, sich eine neue Führerschicht zu schaffen, und zwar diesmal eine städtische, national bewußte Intelligenz, die aber noch unfähig, weil zu klein war, ernsthafte Politik ohne die Hilfe des böhmischen Feudaladels zu treiben. Dieses Bündnis zwischen dem böhmischen — national indifferenten, jedenfalls gut österreichischen, dem Liberalismus des deutschen Großbürgertums abgeneigten — Feudaladel (Clam, Schwarzenberg, Thun usw.) und dem langsam aufstrebenden tschechischen Bürgertum beherrschte die Jahrzehnte bis etwa 1890. Unter der Führung der Feudalen erfolgte 1871 der erste Ansturm gegen den Dualismus, d. h. gegen die deutsche zentralistische Verfassung. Konnte Böhmen nicht dasselbe verlangen wie Ungarn? Hatte nicht einstmals Böhmen genau so wie Ungarn die Monarchie erst durch freiwilligen Akt gebildet? Es ist bezeichnend für die Struktur des Habsburger Reiches, daß die Deutsch-Liberalen sich gegen eine föderalistische Umgestaltung Cisleithaniens durch das Kabinett

Hohenwart-Schäffle (1871) nicht aus eigenen Kräften schützen konnten; erst der ungarische Ministerpräsident Graf Julius Andrássy brachte diese Pläne zu Fall. Damals wurde zum erstenmal deutlich, daß dieses Habsburger Reich, von der Natur zu einem Föderativstaat bestimmt, ohne Brechung des magyarischen Widerstandes niemals zu der ihm eigentümlichen und notwendigen Verfassung gelangen könne und werde; denn eine Föderalisierung Österreichs, d. h. das Ende der deutsch-bürokratischen Herrschaft im „Staate" Cisleithanien hätte den Fall der Magyaren nach sich gezogen. Nicht der Deutschen wegen, sondern zur Erhaltung der magyarischen Herrschaft in Ungarn mußte die österreichische zentralistische Dezemberverfassung bewahrt werden. Damit aber sanken die Deutschen, allmählich erkennend, daß ihre Tage gezählt seien, daß sie allmählich selbst in die Verteidigung gedrängt waren, zu Bütteln der magyarischen Herrenkaste herab. Mit diesem Jahre 1871, als Ungarn sein Veto gegen die Föderalisierung Cisleithaniens einlegte, beginnt recht eigentlich die Herrschaft der Magyaren auch über Österreich und seine Völker. Und wenn die Tschechen die Föderalisierung der Monarchie erstreben wollten, — sei es nun nach Ländergruppen, den sog. „historisch-politischen Individualitäten", oder nach Nationen auf Grund des rein ethnischen Programmes — so mußten sie und jeder, der im Föderalismus die einzig mögliche Verfassung für den Völkerstaat sah, zuerst die Magyaren, den Felsen Ungarn, aus dem Wege räumen. Durch die Schlacht von Königgrätz war eigentlich dieser Felsen auf den Weg der Monarchie gelagert; und vielleicht konnten erst Wandlungen der auswärtigen Politik ihn wieder beseitigen. Wieder einmal zeigte sich, 1870, daß die alte Schicksalsgemeinschaft von Preußen und Ungarn weiterbestand: am 18. Juli 1870 setzte der ungarische Ministerpräsident Graf Julius Andrássy im Kronrat die Neutralität der Monarchie durch. Denn eine Niederlage Preußens, die Erneuerung der alten Stellung Österreichs in Deutschland, hätte das Ende der ungarischen Freiheit bedeutet. Preußen und Ungarn hatten Mitteleuropa 1867 organisiert und ließen an dem Geschaffenen nicht

rütteln: Andrássy beseitigte das föderalistische Kabinett Hohenwart, — mit heimlicher Unterstützung Bismarcks — und dieser focht den Kampf mit dem Zentrum und den Demokraten, den Gegnern Kleindeutschlands, rücksichtslos durch. Solange Kleindeutschland unter Preußens Führung aufrecht stand, hatten die Magyaren wenig zu fürchten. Denn die deutschen Staatsmänner erblickten in dem etwaigen Erfolge der Tschechen gegen die zentralistische Dezemberverfassung Österreichs, also in der Föderalisierung der Monarchie, einen Sieg des Slaventums, eine Niederlage des Deutschtums überhaupt. Es war doch so: solange Ungarns Macht kraft der dualistischen Verfassung aufrecht stand, war auch das Tschechentum, war Böhmen gebändigt. Der deutsch-slavische Gegensatz war so gleichsam eine Bürgschaft der dualistischen Verfassung, der herrschenden Stellung Ungarns. Das ist der tiefste Grund, weshalb der Thronfolger Franz Ferdinand den alten Dreikaiserbund wiederherstellen wollte: nur bei Milderung des deutsch-slavischen Gegensatzes ließ sich die Brechung der magyarischen Vorherrschaft erreichen.

Trotz der Niederlage von 1871 konnten die Tschechen ihren Ansturm bald in neuer Stärke wieder aufnehmen. Die zentralistische Verfassung von Cisleithanien wurde seit Beginn der neunziger Jahre immer unhaltbarer, der ganze Staat aus einer Krise in die andere geschleudert.

Das hängt mit dem politischen Erwachen des Kleinbürgertums, der Bauern und der Arbeiterschaft zusammen, sowohl bei den Deutschen wie bei den Tschechen. Dadurch geht aber die Herrschaft des deutschen liberalen Großbürgertums zu Ende, in demselben Maße wie der moderne Kapitalismus durch die Industrialisierung, vor allem der deutschen Alpenländer und Böhmens, die demokratisch gesinnten Massen aufruft und sie der Führung einerseits der Bourgeosie, andererseits der Feudalherren in Böhmen entzieht. Mit dem Eintritt des Kleinbürgertums in die Politik beginnt die eigentliche Erbitterung des nationalen Kampfes, der bei dieser Schicht zugleich ein wirtschaftlicher

Konkurrenzkampf ist. Der große Prozeß der Klassenbildung des tschechischen Volkes vollzieht sich unaufhaltsam und damit auch die völlige Nationalisierung des gesamten Tschechentums. Seine Führer sind Kramarsch und die „Jungtschechen", die seit 1889 im böhmischen Landtag die Mehrheit haben. Und im deutschen Volke Österreichs vollzieht sich derselbe Prozeß; als die Massen der Kleinbürger, Bauern und Arbeiter in die Politik eintreten und — was ihnen die sich folgenden Wahlreformen ermöglichen — sich dort die christlich-sozialen, antisemitischen, demokratischen und sozialistischen Parteien bilden, ist die *eine* tragende Säule des Dualismus, die Herrschaft des deutschen liberalen Großbürgertums im österreichischen Reichsrat gestürzt: deutsche „Volks"parteien und die nationalistischen tschechischen Gruppen sind an ihre Stelle getreten. Immer tiefere Schichten werden durch das erweiterte Wahlrecht erfaßt, bis dann 1906 durch das allgemeine gleiche Stimmrecht das ethnische Bild Österreichs in der Volksvertretung ganz klar zum Ausdruck kommt; ohne Zensusprivilegien stehen sich jetzt in dem neuen demokratischen Völkerstaate Österreich acht Nationen gegenüber; an Stelle des „deutschen" zentralistischen Staates Österreich ist jetzt ein wahrer Völkerstaat getreten, — ein verwandelter Partner des magyarischen Nationalstaates Ungarn! — der mühsam nach einer ihm gemäßen, der Wirklichkeit angepaßten Verfassung ringt, und in dem seine acht Nationen nicht *gegen* den Staat, sondern buchstäblich *um* den Staat kämpfen!

Gegen dreifache Macht streitet vor allem das tschechische Volk; gegen die Herrschaft der deutschen Bürokratie, gegen die wirtschaftliche Übermacht des deutschen Bürgertums und gegen die überlegene Anziehungskraft der deutschen Kultur[1]. Der Kampf um nationale Freiheit ist nun nicht allein ein Ringen im Parlament gegen die fremdnationalen Parteien, besonders gegen die deutsche Übermacht, er ist zugleich ein Ringen um die Ämter im Staat und in der Provinz. Um Nachtwächterposten wird ebenso gekämpft wie um Straßenschilder und Ministersessel.

[1] Otto Bauer a. a. O. S. 25.

Denn das Ziel des Kampfes um den Staat mußte sein, auch die oberste Bürokratie national-tschechisch zu gestalten und einen zahlenmäßigen Anteil am Ministerium zu erhalten. Die Zeit der „Landsmannminister" ist gekommen. Von Kaizl an ist der Weg klar vorgezeichnet, und deutlich hat Kramarsch erklärt, was das Ziel der tschechischen Abgeordneten in dem verhaßten österreichischen, den zentralistischen Staat abspiegelnden Reichsrat sein muß: die Föderalisierung des Habsburger Reiches.

Diese nationalen Kämpfe innerhalb der Bürokratie und innerhalb des Parlamentes lähmen aber schließlich die Staatsmaschine. Seit 1897 ist der österreichische Parlamentarismus eigentlich tot; die nationale Obstruktion ist nicht mehr zu besiegen. Im Jahre 1897 wird der große Prozeß der nationalen Auseinandersetzung und damit die tödliche Krise der deutsch-zentralistischen Verfassung ganz Europa klar. Den Versuch des Kabinetts Badeni, den Slaven durch die Sprachenverordnungen entgegenzukommen, macht der Sturm im deutsch-österreichischen Volke, eine drohende deutsch-österreichische Revolution unmöglich. Seitdem, d. h. seit dem Tode des österreichischen Parlamentarismus, ist Cisleithanien im Grunde nur noch absolutistisch zu regieren; d. h. mit Hilfe des berühmten § 14 der Verfassung, der für den Notfall der Regierung selbständiges Vorgehen gestattet.

Dieser offene oder verkappte Absolutismus der Krone aber ist — das muß man festhalten — nun nicht mehr „österreichisch", auch nicht mehr, wie es noch in dem Bestreben des Ausgleichs gelegen hatte, „deutsch", er ist auch nicht tschechisch, sondern er ist im letzten Grunde magyarisch! Der Wille des Kaisers von Österreich ist in Wahrheit der Wille des tadellos parlamentarisch regierenden magyarischen Nationalkönigs; also der Wille des ungarischen Reichstages und des aus ihm hervorgehenden parlamentarischen Ministeriums.

Damit ist die zweite Grundsäule des Dualismus gestürzt: die volle Verfassungsmäßigkeit in Österreich, in Cisleithanien. Wie erklärt sich diese parlamentarische Übermacht Ungarns?

Aus der 1867 noch nicht vorauszusehenden Schwächung Öster-

reichs durch die volle Entfesselung der nationalen Kämpfe im österreichischen Reichsrat. Welche Gelegenheit nun für die Magyaren, diese Schwäche des dualistischen Partners zu benutzen, um das „Reich" zu schwächen, die Gemeinsamkeiten zu lockern, den Ausgleich im national-magyarischen Sinne auszulegen, jede zehnjährige Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses zur Erpressung nationaler und wirtschaftlicher Zugeständnisse zu benutzen, die Verbindung mit dem jetzt doppelt gehaßten, weil die ungarischen Nationalitäten „aufhetzenden" und die „Nation" gefährdenden Völkerstaate Österreich zu lockern und schließlich — da man die Sprengung der Monarchie aus außenpolitischen Gründen noch nicht wünscht — wenigstens den magyarischen Nationalwillen nicht nur den eigenen unterdrückten Völkern, sondern auch dem Kaiser von Österreich, ganz Cisleithanien und seinen Nationen herrisch aufzuerlegen!

Es ist deshalb kein Zufall, daß mit dem Beginn der nationalen Obstruktion im österreichischen Reichsrat (1897), also seit dem Beginn der nationalen- und Verfassungskrise in Österreich, auch die eigentliche Reichskrise beginnt, d. h. der offene Kampf Ungarns gegen den Ausgleich und die letzten Gemeinsamkeiten mit Österreich. Dabei müssen wir uns klar machen, daß das wahre Ziel des magyarischen Volkes: der vollkommen unabhängige, souveräne magyarische Nationalstaat Ungarn, nur in einem Doppelkampf zu erreichen war; einmal gegen die Krone — die ja auch Österreich und die Gemeinsamkeit verkörperte — und zweitens gegen die eigenen Nationalitäten. Das heißt, die knapp acht Millionen Magyaren mußten, während sie „Wien" wütend bekämpften, niederhalten: die $3^1/_2$ Millionen Rumänen, die 2 Millionen Slowaken, 2 Millionen Deutsche, $^1/_2$ Million Ruthenen, $^1/_2$ Million Serben und dazu die $2^1/_2$ Millionen halb autonomen Kroaten in dem dreieinigen Königreich Kroatien-Slawonien-Dalmatien. Zu dieser Niederhaltung und Magyarisierung der „Nationalitäten" führte aber ein besonderer wirtschaftlich-sozialer Zwang. Im Laufe der Zeit war ein Teil der stolzen magyarischen Gentry wirtschaftlich in Verfall geraten, die Güter

mußten verkauft werden, für die Söhne blieb nichts übrig als das Amt und die Armee. Jede Erweiterung der Rechte der Nationalitäten — etwa nach österreichischem Muster — hätte den Kampf ums Amt, d. h. ums Brot, verzehnfacht; jede Forderung der Rumänen und der anderen Völker galt immer mehr als ein „Attentat" gegen die Nation. Und die Armee? Es gab kein nationales ungarisches Heer, vielmehr nur die eine gemeinsame Armee der österreichisch-ungarischen Monarchie mit deutscher Kommandosprache. Das Fehlen dieses letzten und wichtigsten Attributs eines Staates wurde von den Magyaren schmerzlich empfunden. Ihr ganzes Ziel wurde die Erringung dieses „nationalen" Heeres. Aber nicht nur aus Gründen der Unabhängigkeit, sondern auch deshalb, weil die eigene Armee das letzte noch fehlende Magyarisierungsmittel gegenüber den aufstrebenden Nationalitäten war. Die alte kaiserliche Armee kannte keinen Sprachenzwang und keine Entnationalisierung (mit Ausnahme des deutschen Kommandos). Das Heer war wirklich das Abbild des „Kaisertums vieler freier Völker"; hier war der ungarische Slowake, Rumäne, Deutsche, Serbe, Ruthene, Kroate niemals einem Magyarisierungsdruck ausgesetzt. Die k. u. k. Armee war wirklich die „einzige völkerverbindende Institution der Monarchie". Erinnern wir uns: Heereseinheit und völkerrechtliche Persönlichkeit, das waren die beiden einzigen Fundamente des Reiches und seiner europäischen Geltung.

Dagegen richteten sich die Angriffe der Magyaren. Ihre Stärke war die Zerklüftung Österreichs und die Übermacht ihres Parlaments. Aber sie hatten eine Schwäche, das war ihre doppelte Kampffront gegen Krone **und** Nationalitäten. Wie würde es werden, wenn eines Tages die Krone sich mit den Nationalitäten gegen die magyarische Gentry verband? Konnte ein künftiger Kaiser von Österreich, konnte der Erzherzog Franz Ferdinand nicht eines Tages auf diesem Wege seine Drohung wahr machen, daß Ungarn in jedem Jahrhundert einmal erobert werden müsse?

Ein solcher Gedanke lag um so näher, als Ungarn nicht nur an den Gemeinsamkeiten rüttelte, nicht nur durch die Brüsseler

Zuckerkonvention von 1902 — indem es die gesonderte Unterzeichnung durch Ungarn erzwang — die völkerrechtliche Einheit der Monarchie spaltete, nicht nur einen durch zehn Jahre währenden erbitterten Kampf um die ungarische Kommandosprache, um Fahnen und gegen die so unbedingt nötige Erhöhung des Rekrutenkontingents führte, der schließlich auch in Ungarn zum Ex-lex-Zustand und zur Anwendung militärischer Gewalt gegen den Reichstag zwang (1905); sondern auch deshalb, weil Ungarn im engsten Zusammenhang mit seiner Magyarisierungspolitik im Innern durch offene Verhöhnung des Rechtes in Kroatien und Slavonien die gesamten Südslaven der Monarchie gegen sich aufbrachte und so das schwerste Hemmnis einer erfolgreichen Balkanpolitik der Habsburger Monarchie wurde.

Es war nicht anders: der Dualismus, d. h. die durch die preußisch-ungarischen Siege über Wien bedingte ungarische Freiheit und Selbständigkeit wurde allmählich zur schwersten nicht nur innen-, sondern auch außenpolitischen Belastung der Monarchie und des mit ihr verbündeten Deutschen Reiches, welches das Magyarentum neben den österreichischen Deutschen als Pfeiler der mitteleuropäischen Allianz stützte. In den Zeiten der schlimmsten außenpolitischen Gefährdung und Vereinsamung Deutschlands, damals, als das Magyarentum unter Bruch der ungarisch-kroatischen Unionsverfassung — durch die eine Art Bundesstaatsverhältnis zwischen Ungarn und Kroatien begründet worden war — den magyarischen Militärabsolutismus in Kroatien, dem kaisertreuesten Lande der Monarchie, einrichtete und so gegenüber diesem südslavischen Führerlande die aus allen Völkern der Monarchie gebildete gemeinsame Armee zum Schergendienst erniedrigte — damals rief Lueger, der große Bürgermeister von Wien und Führer der Christlich-Sozialen, das ganze Geheimnis der österreichisch-ungarischen Krankheit in die Welt hinaus: „Die Magyaren sind der Riegel, der Österreich vom Balkan absperrt. Zerbrechen wir ihn!"

Wo aber war der Mann, der stark genug gewesen wäre, das zu tun? Wo war derjenige, der dem österreichischen Völker-

staate die geeignete Verfassung geben, der den zehn Millionen Nationalitäten in Ungarn die Freiheit bringen und die in acht Territorien zerspaltenen sieben Millionen Kroaten und Serben des Habsburger Reiches zu politischer Einheit bringen konnte? Gab es den Mann in der weiten Monarchie, der durch eine Föderativverfassung die große österreichische und zugleich die Balkanfrage — die südslavische, rumänische — lösen und damit der Welt den Krieg — wenigstens im Jahre 1914 — ersparen konnte?

Wenn der Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand dieser Mann war und die Lage der Monarchie und seines Hauses klar erkannte, dann gilt auch von ihm, was Ranke von der Königin Elisabeth von England sagt: „Das Größte, was dem Menschen begegnen kann, ist es wohl, in der eigenen Sache die allgemeine zu verteidigen. Dann erweitert sich das persönliche Dasein zu einem welthistorischen Moment."

Franz Ferdinand und Stefan Tisza

*

1. Franz Ferdinand und Groß-Österreich

Durch das Drama von Meyerling, Ende Januar 1889, wurde Kaiser Franz Joseph seines einzigen Sohnes und die Monarchie zum ersten Male ihres Thronfolgers beraubt. Es ist sehr zweifelhaft, ob Österreich-Ungarn mit dem Hinscheiden des Kronprinzen Rudolph wirklich einen Verlust erlitten hat. Seine veröffentlichten Briefe zeigen ihn als einen der herrschenden liberalen und aufgeklärten religiösen und politischen Richtung angehörigen Mann; seine Vorliebe für Ungarn, wohl von der romantischen Mutter ererbt, läßt vermuten, daß er damals das Grundproblem der Monarchie kaum erkannt hat. Bezüglich der auswärtigen Politik teilte er keineswegs die Überzeugung von der Richtigkeit des deutschen Bündnisses; er hatte Sympathien für Frankreich und verurteilte es, daß Bismarck die Waffenmacht des Deutschen Reiches nicht zur Unterstützung der österreichischen Balkanwünsche herleihe. Kronprinz Rudolph wäre kein würdiger Vertreter des Hauses Habsburg-Lothringen auf dem Throne gewesen; sein sicherlich hoher Intellekt stand in keinem Verhältnis zu seinem Charakter und seiner moralischen Integrität. Er gehört schon derjenigen Generation von Erzherzögen an, die im Taumel eines zügellosen Genußlebens, ohne Ziele und ohne Arbeit, ihre Tage hinbrachten und durch schamlose Skandalaffären das Ansehen nicht nur des Kaiserhauses, sondern auch des monarchischen Prinzips überhaupt aufs schwerste schädigten. Es scheint, als sei das Haus Habsburg in seinen letzten Jahrzehnten, zum Teil wenigstens, der offenbaren Dekadenz verfallen.

Wie war doch diese Dynastie, die vielleicht am reinsten in ganz Europa die Idee der repräsentativen, über allen Völkern und Zeiten hoch und fern wandelnden und sich dennoch im Kern immer gleichbleibenden Monarchie vertrat, in der europäischen

Geltung herabgekommen! Vom 13. Jahrhundert bis ins 16. in immerwährendem Aufstieg, bis dann Kaiser Karl V. das größte Weltreich beherrschte, war das Haus Österreich nach kurzen Versuchen der Wiederherstellung in der Epoche des Dreißigjährigen Krieges langsam in die Verteidigung geworfen — und hierin dann scheinbar unüberwindlich. Kaiser Leopold I., der inmitten aller Schicksalsschläge auf das Mirakel des Hauses Österreich vertraute, Kaiser Karl VI., dann aus dem neuen Hause Lothringen Kaiser Franz II. — sie stellen einen geschlossenen, von der Größe der eigenen Würde und Aufgabe erfüllten Monarchentypus dar, der sich nie und niemals beugen läßt und durch „Temporisieren" Zeit gewinnt, ausgleicht, durch unendlich langsam reifende Entschlüsse und leiseste Vermittlung schließlich doch ans Ziel kommt, wenn die Umgebung und die Völker bereits verzweifeln.

Diese mehr passiven und negativen Tugenden — Unerschütterlichkeit im Unglück, fester Glaube an den Stern des Hauses Österreich, scharfe kritische Begabung, wobei der positive Teil des echten Politikers fehlt, nämlich die schöpferische Phantasie und die Fähigkeit zum Aufbau — hatte Kaiser Franz Joseph als Erbteil seiner Vorfahren erhalten. So erscheint er uns wenigstens in seinen reiferen Jahren, während in der Jugend die andere und seltenere Ausprägung der Habsburger: Aktivität, Wechsel der Entschlüsse, Systeme und Ratgeber vorwaltet. Die Regierungsjahre bis zum Ausgang des unglücklichen deutschen Krieges 1866 und ihre trüben Erfahrungen sind bestimmend für das weitere Leben des Kaisers Franz Joseph geworden. Von 1848—66 neigte der Herrscher dem absolutistischen Systeme zu und gewöhnte sich nur langsam an den Gedanken, den Meinungen der Minister und etwaiger Parlamente folgen zu müssen. Die offenbaren Mißerfolge seiner persönlichen Politik nach innen und außen — Ungarn, Preußen, Italien — haben ihn verwandelt. Seit 1867 bemühte er sich ehrlich, ein tadellos konstitutioneller Herrscher zu sein. Den übereilten Ausgleich mit Ungarn, der das Schicksal der Monarchie wurde, hat

er nicht leichten Herzens geschlossen; aber er übersah damals ebensowenig wie seine Ratgeber, was die Folgen sein mußten. Sein sehr starkes dynastisches Selbstgefühl forderte, wenn auch mit ungarischer Hilfe, die Wiederherstellung seines Einflusses in Deutschland durch einen Rachekrieg. Daß er ihn 1870 dann gegen den ungarischen Widerstand nicht durchsetzen konnte, muß ihn tief geschmerzt haben. Aber der Kaiser besaß wahre Seelengröße: es war ihm oberste Pflicht, seine eigenen persönlichen Wünsche den Interessen seines Staates unterzuordnen. Und diese verlangten, daß er den 1849 in effigie gehängten ungarischen Rebellen, den Grafen Julius Andrássy, zum ungarischen Ministerpräsidenten und dann zum Minister des Auswärtigen machte, daß er mit Preußen und Italien Bündnisse abschloß und daß er (seit 1867) politische Entschlüsse nur mit seinen verantwortlichen Ministern faßte. Aus den Erfahrungen des Zickzack-Kurses früherer Jahre und so vieler unverantwortlicher Einflüsse entnahm der Kaiser hinfort als obersten Grundsatz: Erhaltung des einmal Geschaffenen — also des Dualismus und der österreichischen Dezemberverfassung — und strengste Abweisung jedes unverantwortlichen Ratgebers; diese Beratung allein durch den zuständigen Ressortminister wurde das vornehmste Kennzeichen der Regierung Kaiser Franz Josephs. Dieses streng konservative, zugleich streng konstitutionelle Regiment des Monarchen in Österreich und Ungarn führte im Lauf der Zeit zu ungeahnten Schwierigkeiten. Denn in diesem Nationalitätenstaate, wo die Probleme der äußeren und inneren Politik sich wie sonst nirgends in Europa durchdrangen, erlangte der Kaiser niemals einen Gesamtüberblick, weil er sich nur an den Ressortminister hielt. Auch verhinderte das Festhalten an den allein verantwortlichen Ratgebern, daß jemals — was besonders in Ungarn verderblich wurde — eine andere Stimme als die des verantwortlichen Ministerpräsidenten das Ohr des Kaisers erreichte. Diese Einstellung des Monarchen, die ihm als Pflicht erschien, zeigt aber ganz besonders, daß ihm zum Politiker im wahren Sinn des Wortes die Hauptsache fehlte: die

Möglichkeit des Gesamtüberblicks, Initiative über das bloß Ressortmäßige hinaus, politische Bestimmung statt Verwaltungsarbeit, Anschauung des Lebens statt Aktenkenntnis[1].

Dieses „System", wenn man diese Regierungsweise überhaupt so nennen will, wurde, so segensreich es neben der unbedingten Zuverlässigkeit und Treue in der auswärtigen Politik wirken mochte, in der inneren doch immer mehr zu einem Verhängnis. Und zwar vor allem deshalb, weil der so wohlmeinende Herrscher, der sich bestrebte, allen seinen Völkern der väterlich Fürsorgende zu sein, aus den uns schon bekannten Gründen immer mehr in die Hände der Magyaren geriet und so den unterdrückten ungarischen Nationalitäten und den österreichischen Völkern als der Gefangene der magyarischen Junker erscheinen mußte. Darin lag jedoch eine große Gefahr nicht nur für die Monarchie, sondern auch für das Kaiserhaus, nämlich die, daß die uralte Ergebenheit der österreichischen und ungarischen Völker, besonders aber der Südslaven, künstlich ausgerottet wurde, wenn der Nationalkönig auch dieser Völker nur der Mandatar des magyarischen Nationalwillens wurde. Auch der Herrscher persönlich mußte sich von den Fesseln des Dualismus frei machen. Und der deutsch-magyarische oder besser rein magyarische Kaiser-König mußte der wahre Kaiser des Völkerkaisertums von 1804 werden.

Für das Schicksal nicht nur des Staates, sondern auch der Dynastie und des monarchischen Gedankens — und schließlich damit auch für das Schicksal der Welt — hing unendlich viel von der Persönlichkeit, den politischen Zielen und, in diesem Staatswesen ganz besonders, von der Willenskraft des künftigen Kaisers ab.

Thronfolger von Österreich-Ungarn wurde nach dem Tode des Kronprinzen Rudolph zunächst der Bruder des Kaisers Franz Joseph, der Erzherzog Karl Ludwig; niemals aber trat dieser

[1] Über Kaiser Franz Joseph vergl. vor allem die schönen Aufsätze von Friedjung: Historische Aufsätze (1919) und Oswald Redlich: Neue Österreichische Biographie I (1923).

besonders hervor, und auch sein ältester Sohn Franz Ferdinand (geb. 1863) blieb der Öffentlichkeit auch dann noch lange unbekannt, als er 1896 nach dem Tode seines Vaters die erste Stelle an den Stufen des Thrones einnahm. Kurz vorher war er in der für die Mitglieder des Kaiserhauses üblichen schnellen militärischen Laufbahn Kommandeur der 38. Infanteriebrigade in Budweis geworden. Die Welt lag lachend vor ihm; ein junger Erzherzog, ausgerüstet mit der lückenhaften Bildung der üblichen Prinzenerziehung, des Thrones in der Zukunft gewiß, umgeben von Leuten, die mehr oder weniger offen Vorteile durch ihn zu erlangen hofften, seit vielen Jahren schon im Besitz des ungeheuren Vermögens des Hauses Este, was konnte Franz Ferdinand anders sein und werden als der Durchschnittsprinz des Habsburger Hauses: lebenslustig, willensschwach, oberflächlich, ungebildet, unpolitisch?

Das Schicksal hatte es anders bestimmt. Er sollte im wahrsten Sinn des Wortes der letzte Mann der Dynastie werden.

Drei Aufgaben wurden seinem Willen zur Bewältigung gestellt: aus schwerer Krankheit zu genesen, trotz jahrelangen Sträubens aller maßgebenden Faktoren des Hofes und der Politik eine unebenbürtige Gattin heimzuführen, und schließlich aus dem dualistischen Staat ein Großösterreich zu schaffen.

Ein ernstes Lungenleiden zwang ihn in den besten Jahren der Jugend, sich ganz seiner Gesundheit zu widmen. Es klingt wahrscheinlich, daß der Erzherzog den festen Entschluß zur Gesundung deshalb faßte, weil seine Umgebung ihn bereits aufgab, ihre Schmeicheleien einstellte und sich diensteifrig und kriechend dem neuen Gestirn, dem Erzherzog Otto, zuwandte. Er wollte diesem Geschmeiß nicht den Gefallen tun zu sterben, sondern zeigen, daß er der Herr sei. Vielleicht rührt aus diesen Erlebnissen seine Menschenverachtung und sein Mißtrauen. „Wir stehen", sagte er einmal zu Conrad v. Hötzendorff, „auf verschiedenen Standpunkten. Sie halten jeden Menschen von Haus aus für einen Engel und werden damit schlechte Erfahrungen machen; ich halte jeden, wenn ich ihn das erstemal sehe, für einen gemeinen Kerl

und lasse mir die bessere Meinung erst allmählich abkaufen"[1]. Alle guten Beobachter stimmen darin überein, daß seine Gunst erst errungen werden mußte[2]; aber auch darüber, daß er damit nicht etwa zum guten Menschenkenner wurde; „nur zu oft ließ er sich von persönlichen Sympathien und Antipathien leiten"[3]. Auch in den Beziehungen zu den Menschen zeigte sich seine entscheidende Anlage: die Unausgeglichenheit seines Wesens; er konnte entweder nur lieben oder hassen; „und leider war die Zahl derjenigen," sagt sein Freund Ottokar Czernin, „welche in die zweite Kategorie gehörten, die bedeutend größere"[4].

Die Jahre der Krankheit und der anschließenden Reisen haben den Charakter des Thronfolgers gereift; dazu wußte er durch eisernen Fleiß die Lücken seiner Bildung auszufüllen. Trotzdem gelang es ihm nie, fremde Sprachen wirklich zu lernen. Auch versperrte seine besondere Anlage ihm die Welt der Schönheit in Musik und Dichtung; beides sagte ihm nichts[5]. Sein Ernst und seine Willenskraft offenbarten sich aller Welt, als er um die unebenbürtige Gattin freite und sie allen Widerständen zum Trotz heimführte. Ursprünglich scheint ihm der Gedanke nicht ferngelegen zu haben, durch die Verbindung mit einer alten und mächtigen Dynastie das Ansehen des Kaiserhauses und der Monarchie zu heben[6]. Am Schlusse einer darauf bezüglichen Unterredung mit dem Adjutanten Margutti aber bemerkte er vielsagend und gleichsam sein eigenes Schicksal kennzeichnend: „Auch zu Ihrer Richtschnur möge es dienen, daß im Leben immer alles anders kommt, als man sich's denkt oder ersehnt!" Aber der Erzherzog war weit entfernt davon, einem in diesen Worten vielleicht liegenden Fatalismus zu huldigen; niemand war überzeugter davon, daß Beharrlichkeit des Willens schließlich zum Ziel führt.

Franz Ferdinand hatte die Hofdame der Erzherzogin Isabella, die Gräfin Sophie Chotek — geboren als Tochter des damaligen

---

[1] Conrad, Aus meiner Dienstzeit I, 338.
[2] Margutti, Vom alten Kaiser, 123.
[3] Ebenda.
[4] Czernin, Im Weltkriege, 46.
[5] Ebenda.
[6] Margutti a. a. O. 128.

österreichischen Gesandten in Stuttgart — schon um die Mitte der neunziger Jahre kennengelernt und beschlossen, die Erwählte seines Herzens auch zu heiraten. Kaiser Franz Joseph, streng auf die Würde seines Hauses bedacht, seines einzigen Sohnes auf so skandalöse Weise beraubt, tief gebeugt durch so viele Affären und Mißheiraten unter den Mitgliedern der Dynastie, fühlte sich doch vor allem als Hüter der von Gott gewollten und geheiligten legitimen Thronfolgeordnung und war daher entsetzt über den Gedanken, daß der erklärte Thronerbe diese unebenbürtige Ehe eingehen könne. Zunächst wurde Franz Ferdinand mit Ausschließung aus der Kaiserhause bedroht; seine Geliebte wurde bestürmt, ihm zu entsagen. Trennungsjahre wurden festgesetzt, Bedenkzeiten, durch die man hoffte, den Willen des Thronfolgers beugen zu können. Alles umsonst. Es mag die Kaiserin Elisabeth gewesen sein, die schließlich die Fürbitte für ihren Neffen einlegte. Und so siegte denn Franz Ferdinand endlich auch in diesem zweiten Kampfe: er, der die Erhöhung des Ansehens der Dynastie für so notwendig erklärt hatte, heiratete zum Ergötzen aller „modernen" Menschen eine einfache Gräfin aus altem böhmischen Adelsgeschlecht. Aber unter schweren Bedingungen: er mußte Verzicht leisten auf die Ebenbürtigkeit seiner Gattin und auf die Thronfolge seiner etwaigen Kinder aus dieser Ehe. Am 28. Juni 1900 — seinem Schicksalstage — wurde dieses Renunziation in Wien in Gegenwart des ganzen Hofes und der Würdenträger des Reiches feierlich vollzogen. „Die Schwurleistung", erzählt Ernst von Plener[1], „war sehr eindrucksvoll. Der Kaiser war sehr ernst und mißgestimmt, er verlas mit fast drohender Stimme vor den versammelten Erzherzögen und Hofwürdenträgern eine Ansprache an den Erzherzog, um ihn zur Eidesleistung aufzufordern, worauf dieser die Eidesformel gepreßten Tones nachsprach und den Schwur leistete. Die ganze Zeremonie machte auf uns alle Anwesenden einen peinlichen Eindruck, es war wie eine bitterernste Trauerversammlung, der wir beiwohnten."

Vielleicht beginnt hier an diesem 28. Juni 1900, als Franz

[1] Erinnerungen III, 321.

Ferdinand das Glück zu fassen meinte, die Tragödie seines Lebens. Wenn seine Sendung war, das alte Habsburger Reich zu retten und auf neue Grundlagen zu stellen, so durfte er seiner Herzensangelegenheiten wegen dieses sein Erbe nicht neuen Erschütterungen aussetzen, die gesicherte Thronfolge — das innere Element jeder Monarchie — nicht in Frage stellen und einer Frau wegen in ganz Europa nicht die Meinung aufkommen lassen, daß mit dem Tode des alten Kaisers Franz Joseph nicht nur vonseiten der Nationalitäten, sondern auch des Thronfolgers und künftigen Kaisers verderbliche Wirren um die Krone ausbrechen würden. Hierin liegt vielleicht, wenn man so will, Franz Ferdinands tragische Schuld. Und wir werden noch sehen, wie die Rücksicht auf seine Gemahlin und ihren Ehrgeiz, sich neben ihrem Gatten in voller Öffentlichkeit als ebenbürtig zu zeigen, die Todesfahrt nach Bosnien 1914 mit hervorgerufen hat. Besonders bedenklich und tragisch aber war, daß die Ungarn diese Gelegenheit, nämlich die gesetzliche Inartikulierung der Unebenbürtigkeit der Ehe des Thronfolgers durch den Gesetzartikel XIV: 1900 benutzten, um das staatsrechtliche Fundament des 1867er Ausgleiches und damit das Reich selber aufs schwerste zu erschüttern[1] — dasselbe Reich, dessen Erhaltung und Kräftigung sich Franz Ferdinand zur Lebensaufgabe gemacht hatte!

Um die Wichtigkeit dieses Aktes zu verstehen, müssen wir uns daran erinnern, daß das ungarische Ausgleichsgesetz von 1867 immer von neuem die Pragmatische Sanktion als die Grundlage aller Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn bezeichnet. Um aber im Jahre 1900 die Erklärung des Thronfolgers über die Unebenbürtigkeit seiner Ehe und die Nachfolgeunfähigkeit seiner Kinder in Ungarn gesetzlich sichern zu lassen, mußte man gestatten, daß der ungarische Ministerpräsident Szell eine Erklärung in das Inartikulierungsgesetz aufnahm: „daß die ungarische Pragmatische Sanktion kein mit Österreich gemeinsames Thronfolgerecht begründe (!), daß sie nichts sei als ein für sich bestehendes, sowohl ihrem Ursprung wie auch ihren Bedingungen

[1] Tezner, Die Wandlungen der österreichisch-ungarischen Reichsidee, 81.

nach vollkommen selbständiges ungarisches Verfassungsgesetz, und daß sie für Ungarn die ausschließliche Grundlage des Thronfolgerechtes bilde[1]."

Diese Erklärung — und ihre Duldung durch die Dynastie und Österreich — ist von folgenschwerer Tragweite geworden; sie besagte ganz einfach, daß die im Gesetzartikel XII: 1867 (Ausgleichsgesetz) noch streng festgehaltene Auffassung, daß die Pragmatische Sanktion „eine wechselseitige Rechtsbasis sei für den zwischen beiden Staaten bestehenden, wechselseitige Verpflichtungen begründenden rechtlichen Verband", durch diese einseitige ungarische Auslegung der Pragmatischen Sanktion preisgegeben wurde! Damit aber wurde, wie Tezner mit Recht bemerkt, „das ganze Fundament des Gesetzartikels XII: 1867, welcher von Deák konstruktiv aus der Pragmatischen Sanktion hergeleitet, herauskonstruiert wird, zerstört ... Ungarn hat die Pragmatische Sanktion selbständig gegeben, Ungarn kann sie selbständig wieder nehmen"[2]. Damit wurde zum Ausdruck gebracht: daß die ungarische Theorie völlig gesiegt hatte, wonach es beliebig in Ungarns freiem Willen stehe, den 1867 nicht geschaffenen, sondern neu begründeten Verband mit Österreich jederzeit zu lösen! Mit anderen Worten: das ganze Dasein des „Reiches", d. h. des gemeinsamen Verbandes, schwebte in der Luft; und so war die große Wandlung geschehen, die 1867 niemand voraussehen konnte: es gab, da Cisleithanien durch die inneren Nationalitätenkämpfe zerrüttet, sein Parlament durch die nationale Obstruktion tödlich bedroht war und seine Ministerien, ohne Rückhalt am österreichischen Reichsrat, den magyarischen Ministern gegenüber völlig kraftlos waren, kein Österreich-Ungarn mehr, sondern nur noch — im besten Falle! — ein Ungarn-Österreich, wobei es Ungarn jederzeit freistand, die Verbindung mit Cisleithanien zu lösen und damit das Reich endgültig zu sprengen!

So gestaltete sich, nicht ohne Zusammenhang mit seiner Ehe,

---

[1] Tezner, Die Wandlungen usw. 82.
[2] Ebenda.

die Lage der Dinge, als Franz Ferdinand sein Haus begründete und nun in voller Manneskraft begann, sich mehr und mehr der Politik zuzuwenden.

Es ist, wenn man sich die Persönlichkeit eines Menschen klar machen, seine Stärke und seine Schranken abwägen will, nicht ohne Bedeutung, sich seine Herkunft, seine Ahnen zu vergegenwärtigen. Angesichts der Internationalität dynastischer Ahnentafeln ist es immerhin bemerkenswert, daß, berechnet nach zehn Generationen, also 1024 Ahnen[1], Franz Ferdinand überwiegend deutsche und germanische Vorfahren hatte; zwar ist infolge der Verwandtenheiraten die Zahl der Habsburger Ahnen beträchtlich, aber auch Hohenzollern, Welfen, Wittelsbacher sind vertreten; und es ist interessant, daß unter den Vorfahren des Thronfolgers sich nicht nur Päpste befinden, sondern auch der kalvinistische Winterkönig Friedrich V. von der Pfalz, der Gegner Kaiser Ferdinands II., und schließlich der ganze protestantische schleswig-holsteinische Adel.

Der Erzherzog Franz Ferdinand war nach Wiederherstellung seiner Gesundheit ein ungewöhnlich kräftiger Mann. Sein Antlitz spiegelte, so kann man vielleicht sagen, nicht etwa Geist, — dazu war die breite Stirn nicht hoch und das helle Auge nicht lebhaft genug — aber gesammelte Kraft und eisernen Willen. Dem Fremden erschien er als ein ernster, ungemein höflicher Herr, der viel auf seine äußere Würde gab, auch in der Kleidung den Edelmann verriet. Seine Sprache war die eines echten Kavaliers; er drückte sich gewählt aus und bemühte sich, wenn möglich, seine große Impulsivität im Zaum zu halten[2]. Aber nicht immer gelang es ihm, sich zu beherrschen. Im Laufe der Zeit scheinen sich seine Zornesausbrüche gesteigert zu haben. Wie peinlich und doch wie bezeichnend war nicht die Szene, die er dem Generalstabschef vor Zeugen bei der Feier der Völkerschlacht in Leipzig machte! Auf ausdrücklichen Befehl Kaiser Wilhelms stellte Conrad v. Hötzendorff diesem die unbekannten öster-

[1] Forst-Battaglia, Die 1024 Ahnen des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand.
[2] Margutti a. a. O. 123.

reichischen Obersten vor. Das sah Franz Ferdinand, und er herrschte den ehemaligen Günstling an: „Was geschieht da?" Conrad erklärte die Sachlage, worauf der Thronfolger im heftigsten Tone rief: „Das ist meine Sache! Sind Sie der Armeekommandant? Das werde ich mir ausbitten[1]!" Conrad und andere deuten an, daß diese erhöhte Reizbarkeit und Unberechenbarkeit, über die auch der alte Kaiser klagte, einer körperlichen Indisposition zuzuschreiben war; vielleicht aber verbrauchte sich nur seine Nervenkraft langsam in den Jahren des Wartens. Graf Ottokar Czernin, der dem Thronfolger nahestand, berichtet, daß man sich bei solchen Szenen nur nicht habe imponieren lassen dürfen und daß Franz Ferdinand sein Unrecht und seine Übereilung stets eingesehen habe. Er hatte die vielleicht größte Gabe eines Herrschers: daß er Offenheit und Gradheit ertragen konnte. Nach einer heftigen Auseinandersetzung mit ihm erklärte Czernin einmal — beide waren Gäste auf einem böhmischen Schloß — am nächsten Morgen abreisen zu wollen. Da erschien in der Frühe des folgenden Tages der Thronfolger an Czernins Bett und bat wegen seiner Haltung um Verzeihung[2]. Diese Größe besaß er, obwohl es seiner ausgesprochenen Herrennatur schwer ankommen mußte.

Aus dieser Natur entsprang wohl wenigstens teilweise der Wunsch nach festerer Zusammenfassung der Donaumonarchie in einer Hand und die Neigung, auch in der Politik Gewalt anzuwenden. Wie selbstherrlich er fühlte, beweisen die Worte, die ihm einmal im Gespräch mit Conrad entschlüpften, als dieser ihm von dem pflichtgemäßen direkten Verkehr mit dem Minister des Auswärtigen Grafen Aehrenthal berichtete; über diese scheinbare Ausschaltung seiner Person war er sehr erregt: „Wenn ich Armee-Oberkommandant werde, dann mache ich, was ich will; wehe, wenn jemand etwas anderes tut; die lasse ich alle füsilieren[3]." Aus diesem beleidigtem Herrengefühl heraus haßte er

[1] Conrad a, a. O. III. 470.
[2] Czernin a. a. O. 50 f.
[3] Conrad I, 158.

auch seine offenen oder vermeintlichen Gegner: die Schönaich, Aehrenthal, Tisza und so viele andere.

Aber wie es solchen Naturen bisweilen geht, im eigenen Hause sind sie keineswegs allmächtig, wenn eine kluge und ehrgeizige Frau sie zu lenken weiß. Und die Fürstin, später Herzogin von Hohenberg, besaß offenkundig nicht nur einen himmelstürmenden Ehrgeiz[1], sondern auch einen gewaltigen Einfluß auf den Thronfolger. Vielleicht meinte sie den, wenn sie sagte, daß ihr persönlich von der Vorsehung eine große Sendung für das Habsburger Reich zugedacht sei[2].

Dieser Einfluß hing zusammen mit Franz Ferdinands besonders stark ausgeprägtem Familiengefühl; die abgöttische Liebe zu Frau und Kindern war vielleicht der hervorstechendste Zug an ihm. Auf Reisen war sein Salonwagen mit den Bildern der Seinigen geschmückt; und dieser Familiensinn Franz Ferdinands ließ im Gedanken an die Thronfolgeordnung manche Politiker vor der Zukunft grauen. Aus seinem Nachlaß aber wissen wir, daß er seiner Frau lediglich den Titel „Kaiserin-Gemahlin" zulegen und den Erzherzog Karl zum Thronfolger proklamieren wollte[3]. Dieses Familiengefühl aber beschränkte sich auf die allernächsten Angehörigen; dem weiteren Kreise des Hauses Habsburg stand er offensichtlich kühl gegenüber. Im Verkehr mit dem alten Kaiser, dessen innere Politik er aufs schärfste verurteilte, hatte sich Franz Ferdinand ein System kalter Schroffheit zurechtgelegt[4], sodaß der alte Herr den Neffen förmlich fürchtete. Dabei ging der Thronfolger nicht immer geschickt vor; er ließ die Dinge zunächst gehen und beliebte oft erst nachträglich mit seinem Zorn dreinzufahren, so daß alles wieder geändert werden mußte[5].

---

[1] Weihbischof Marschall zu Margutti. 141.
[2] Margutti ebenda.
[3] Margutti 160.
[4] Kaiser Franz Joseph und sein Hof. Erinnerungen und Schilderungen aus den nachgelassenen Papieren eines persönlichen Ratgebers (1920) S. 67.
[5] Ebenda S. 85.

Seine wirklich großen Eigenschaften: Großzügigkeit, Ernst, Willenskraft und Pflichttreue konnten ihn zu einer geradezu unerbittlichen dämonischen Konsequenz führen. „Wahrgenommene Verstöße oder Unzukömmlichkeiten — die er rasch und sicher entdeckte — konnte er mit einer oft an Härte grenzenden Strenge öffentlich tadeln und auch exemplarisch ahnden[1].“ Man erzählte sich, daß ein Stallknecht wegen eines einzigen gestohlenen Riemens ins Gefängnis gesteckt sei und daß Franz Ferdinand auf der Jagd eine alte Frau, die in seinem Forst verbotenerweise Holz sammelte, erschossen habe. Aber diesen großen, wilden Zügen standen auch andere gegenüber. Wie allzu menschlich klein er sein konnte, erfuhr Prinz Ludwig Windischgrätz, den der Erzherzog haßte, weil er national-magyarische Ideen vertrat. Er wurde ausdrücklich zum Stapellauf des Schlachtschiffes Tegethoff eingeladen, aber nur, um dabei durch den Thronfolger in unerhörter Weise brüskiert zu werden[2]. Von seinem und seiner Gemahlin Geiz wurden viele Beispiele erzählt. Diese Knausrigkeit und Schmutzigkeit war um so erstaunlicher, als sein riesiges von den Este ererbtes Vermögen und seine unerhörte Sammelleidenschaft bekannt genug war; seine Schlösser, vor allem das Belvedere in Wien und Konopischt in Böhmen, wurden zu wahren Museen ausgestaltet. Aber Franz Ferdinand gab nichts auf die öffentliche Meinung oder die Liebe des Volkes; danach strebte er am allerwenigsten. Das hing mit seiner absoluten Furchtlosigkeit zusammen. Eine Zigeunerin hatte ihm prophezeit, daß seinetwegen der Weltkrieg ausbrechen werde[3]; die Warnungen vor der Reise nach Bosnien konnten seinen Entschluß nicht umstoßen. Die Kugel, die ihn treffen solle, meinte er, sei schon lange gegossen[4].

---

[1] Margutti 123.

[2] Prinz Ludwig Windischgrätz, Vom roten zum schwarzen Prinzen. 18.

[3] Czernin 57.

[4] Victor Naumann in: Beilagen zu den stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses (der deutschen Nationalversammlung) Heft 1, S. 47 (1919/20).

Er war in erster Linie Soldat; aber nicht so, daß er den Dienst als Selbstzweck aufgefaßt hätte. Diese Vorliebe für die Armee hing mit seinem ausgeprägten dynastischen Machtwillen zusammen. Das Bewußtsein, dem vornehmsten und mächtigsten deutschen Herrschergeschlecht entsprossen zu sein, die Erinnerung daran, daß das Haus Habsburg dereinst die Herrschaft über Europa besessen hatte, verließ ihn nie. Er kannte den Verfallsprozeß und Niedergang seines Hauses, und er beschloß, dem Schranken zu setzen. Dazu aber war das Heer die unbedingte Voraussetzung, schon um die Monarchie überhaupt zu erhalten. Und zwar die einheitliche, gemeinsame Armee. Nur in ihr sah er die Vorbedingung für die Erhaltung der Großmachtstellung des Reiches und der Dynastie. Er wollte ein Kaiser von Österreich sein, der bei den großen Entscheidungen der Welt mitzusprechen hätte; seine Seele war erfüllt von den Bildern der Größe seines Hauses. Diese dynastische Machtpolitik ist der vornehmste Grund, weshalb er die Bestrebungen der Magyaren, Ungarn eine eigene Armee zu verschaffen, mit so unversöhnlichem Hasse verfolgte. Die Zeit, wo unter der Leitung Beck-Krieghammer so gut wie nichts für das Heer geschah, nannte er bitter die babylonische Gefangenschaft der Armee[1]. Wie ein Gewittersturm bereitete er im Jahre 1906 dem alten System in der Armee ein Ende und forderte in den härtesten Ausdrücken die Beseitigung des Schlendrians. Damals brachte er den General Conrad v. Hötzendorff an die Spitze des Generalstabes.

Sein Grundsatz war, daß in der Armee das nationale Gefühl des Soldaten geschont werden müsse; hier sah er am lebendigsten die Idee des österreichischen Kaisertums gegenüber den magyarischen Bestrebungen verkörpert. Anders dachte er über die konfessionelle Schonung. Sein Katholizismus war echt und seine Anhänglichkeit an die römische Kirche tief. Als Politiker konnte er die das Reich und die vielen Völker zusammenfassende Kraft der katholischen Kirche nicht verkennen. Schon im Jahre 1899

[1] Kaiser Franz Joseph und sein Hof . . . 130.

sagte er in Berlin dem Breslauer Fürstbischof Dr. Kopp: „Ich halte fest an der Einheit Österreichs, zu den Einigungsmitteln seiner Völker rechne ich die Dynastie, die katholische Religion und insbesondere die deutsche Sprache als Kulturträgerin und allgemeine Verkehrssprache[1]." Er liebte es, diesen Katholizismus zu betonen. Bei der Feier des eucharistischen Kongresses in Wien war er die Hauptperson; sein geschichtliches Ideal war Kaiser Ferdinand II., der Kaiser der Gegenreformation; bei der Bestellung des großen Bildes für das Sitzungszimmer im Kriegsministerium verlangte er als Vorwurf den Einzug Tillys in Magdeburg. Seine Sympathie mit dem katholischen Element in den südslavischen Ländern gegenüber dem griechisch-orthodoxen Serbentum war bekannt. Bisweilen drohte seine katholische Gläubigkeit in Unduldsamkeit umzuschlagen. Er hatte, wie Conrad berichtet, eine unverkennbare Abneigung gegen Nichtkatholiken auch in der Armee; es kam vor, daß tüchtige Offiziere von gewissen Stellen ausgeschlossen wurden, weil sie Protestanten waren[2]. Vergebens stellte Conrad ihm vor, daß religiöse und philosophische Anschauungen Privatsache jedes einzelnen seien. Der von Conrad empfohlene Gedanke eines Bündnisses mit der Türkei war ihm zunächst unsympathisch, weil man sich mit Ungläubigen doch nicht verbünden könne. Zu der inneren Entfremdung Franz Ferdinands von Conrad trug nicht nur dessen offenbare Kriegslust bei, sondern auch die Warnung des Generalstabschefs vor der staatsfeindlichen Agitation des tschechischen Klerus in Böhmen[3] und seine oft wiederholten Vorstellungen, daß man Staaten im Staate nicht dulden, sondern daß es nur e i n e in der Hand des Monarchen zusammengefaßte Staatsgewalt geben dürfe und daß jede internationale Macht ausgeschlossen sei, „daher auch jede, die ihr Zentrum außerhalb des Reiches hat"[4]. Für solche, man möchte sagen protestan-

[1] A. A. Band XIII, 170 f. Nr. 3510.
[2] Conrad I, 328.
[3] Conrad III, 96.
[4] Conrad II, 405.

tischen Gedankengänge war der Thronfolger nicht zu haben. Ein Mann nach seinem Herzen war der Bürgermeister Lueger von Wien mit der Parole: gut katholisch, gut österreichisch, gut deutsch. Dieser bewußte Katholizismus Franz Ferdinands trug auch nicht wenig dazu bei, ihm den streng calvinistischen, national-magyarischen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza unsympathisch zu machen, selbst wenn er dessen Politik hätte billigen können.

Die katholisch-dynastisch-habsburgische Grundeinstellung färbte natürlich auch seine Geschichtsauffassung, die uns Margutti so interessant überliefert. Bei diesen Betrachtungen Franz Ferdinands zeigt sich Schiefheit und Einseitigkeit des Urteils seltsam gepaart mit Tiefe des Blickes; immer aber sind seine Anschauungen originell.

In den neunziger Jahren geriet Franz Ferdinand einmal mit Margutti in ein Gespräch über die neuere Geschichte Mitteleuropas und verfocht da die Ansicht, daß die Hypertrophie von Preußen und Ungarn den Mittelmächten nicht zum Segen gereichen werde. Die übertriebene Größe Ungarns bezeichnete er geradezu als den Tod der Habsburger Monarchie. Aber auch das Übergewicht Preußens sei nicht günstig, weder für Deutschland selber, noch auch für Österreich-Ungarn. Preußen habe zwar Deutschlands Größe angebahnt, aber sei auch ein Faktor der Beunruhigung für alle Nachbarn; er entwickelte das aus dem Charakter der Preußen. Die Hegemonie Österreichs würde eine stetige und sichere Entwicklung Deutschlands weit besser verbürgt haben; dieser Verlust der österreichischen Vorherrschaft sei das größte Unglück für beide Staaten. Als Hauptschuldigen an dieser Entwicklung bezeichnete er nicht Bismarck, sondern Metternich. Durch das Bündnis vom Sommer 1813 habe er Preußen gerettet und sich selbst den Strick um den Hals gelegt; das Eintreten für Napoleon würde Österreichs Vorherrschaft gesichert haben. Und im Jahre 1913 entwickelte er, jedenfalls eingehendes Nachdenken über das mitteleuropäische Problem verratend, in einem weiteren Gespräch mit Margutti noch einmal,

daß das Jahr 1866 nicht nur für Österreich, sondern auch für Deutschland ein Unglück gewesen sei: Königgrätz grub auch den Hohenzollern das Grab, der Sieg Österreichs würde den Sieg des Föderativprinzips in Deutschland, aber auch in Österreich-Ungarn zur Folge gehabt haben; und dann sprach er seine Grundüberzeugung aus: „Ich bin und bleibe für den habsburgischen Föderativstaat. Der Dualismus ist ein Unsinn, ein Verlegenheitsbehelf, eine Anomalie." Mit dem Föderativstaat sei auch eine Lösung der südslavischen Frage gegeben[1]. In demselben Sinne bemerkte er 1909 zu dem Grafen Bombelles: „Sagen Sie Ihren Kroaten, sie mögen nur noch diesmal ihre traditionelle Treue bewahren, sobald ich auf den Thron komme, werde ich all das Unrecht, das ihnen widerfahren, gutmachen[2]."

In immer neuen Variationen hat der Thronfolger dieser seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die wahre Lösung des großen österreichischen Problems in der Beseitigung des Dualismus, in der gewaltsamen Brechung der magyarischen Herrschaft und in der Errichtung eines alle österreichischen und ungarischen Völker gleichmäßig umfassenden und fördernden Bundesstaates liege. Die Frage erhebt sich, ob er der Mann war, diese Pläne auch in die Tat umzusetzen. Hätte er die Befähigung zum wahren Staatsmann? Wie dachte er über die Voraussetzungen einer gewaltsamen Umgestaltung des Reiches, vor allem über die auswärtige Politik und das Problem des Krieges? Welche Pläne eines großösterreichischen Bundesstaates fand er vor, wie weit veränderte er sie, was sollte der Weg zum erstrebten Ziele sein? Und vor allem: wer waren seine eigentlichen Gegner in Ungarn und welche Aussichten hatten sie?

Die Frage nach seiner Tatkraft ist leicht zu bejahen; sie stand ihm reichlich zu Gebote, und darin war er ein Typus der Habsburger, der selten ist; darin war er den Kaisern Maximilian I., Joseph I. und Joseph II. ähnlich. Daß er einen staatsmännischen Blick besaß, beweisen seine Äußerungen über den Dualismus,

[1] Margutti a. a. O. 136.

[2] V. Bibl, Der Zerfall Österreichs II, 422.

die Folgen der magyarischen Vorherrschaft und seine Ideen einer Lösung der südslavischen Frage im großkroatischen Sinne. Daß sein Charakter und seine Denkweise seinen Plänen auch hinderlich hätten werden können, ist ebenso gewiß. Vor allem darf man zweifeln, ob er seiner Denkweise und seinem Charakter nach den Umbau des Reiches unter stärkster Anteilnahme der Völker selber zugelassen hätte; er hätte sich mit dem großen Problem der Demokratie so oder so auseinandersetzen müssen. Er dachte wohl, das Glück seiner Völker von oben her zu begründen; und der letzte Zweck des Umbaus der Monarchie sollte doch die Macht und die Erhöhung des Hauses Habsburg sein. Mit den Mitteln des 20. Jahrhunderts, könnte man sagen, wollte er die dynastische Politik des 18. und 19. Jahrhunderts weiterführen. Ob die Völker nicht über seinen Kopf hinweg und gegen seinen Willen und seine Absicht die Grenzen überschritten hätten, die er ihnen ziehen wollte — wer kann es wissen. Es ist seit Prinz Heinzens Zeit immer mißlich gewesen, vom Thronerben auf den späteren Herrscher zu schließen. Gegenüber allen diesen Fragen kann man nur eines sagen: wenn überhaupt die Dynastie und das Reich gerettet werden konnten, so war Franz Ferdinand der einzige Mann, der das Werk zu beginnen vermochte.

Die Schwierigkeit bestand auch darin, daß er aus Rücksicht auf den Kaiser und seine eigene Stellung zurückhaltend sein mußte, sich nicht offenbaren durfte. Aber im Lauf der Zeit hat es Franz Ferdinand dennoch verstanden, dem alten Kaiser die Entscheidungen immer mehr aus der Hand zu winden. Die Errichtung einer eigenen Militärkanzlei unter der Leitung des Obersten Dr. Bardolff, schließlich die Betrauung mit dem Oberbefehl über die gesamte bewaffnete Macht schufen die Möglichkeit, immer entschiedener in die Politik einzugreifen; man sprach davon, daß es zu den zwei Ministerien und zwei Parlamenten der Monarchie jetzt auch noch zwei Kaiser gäbe. Es wird von Kennern als das Verdienst des Majors Brosch von Ahrenau, des Schöpfers der Militärkanzlei, geschildert, daß der Thronfolger so auf ein höheres Piedestal gestellt und zu freierer Auf-

fassung der Dinge angeleitet wurde.[1] Und da zeigte sich, daß der Erzherzog, der es mit seiner Pflicht so überaus ernst nahm, in einem Punkte weit über den Kaiser und die übrigen Habsburger hinausragte: daß er sich nämlich von der aktenmäßigen Behandlung der Staatsgeschäfte freimachen[2] und den Blick wirklich auf die großen Angelegenheiten richten konnte. Er ließ „die Dinge nicht an sich herankommen, sondern griff seinerseits Probleme initiativ auf." Er klammerte sich, wenn er sich Rat erteilen ließ, nicht an ressortmäßige Befugnisse, sondern appellierte an Klugheit und Erfahrung, wo er sie fand. „Diese Praxis," sagt Margutti, „geübt von der disziplinierten Intelligenz eines Franz Ferdinand, hätte herrliche Früchte zeitigen müssen, wenn er in die Lage gekommen wäre, seines Oheims Erbe anzutreten"[3]. Diese Art der Belehrung durch alle möglichen Vertrauensmänner der verschiedensten Nationen und Berufe barg natürlich die Gefahr, daß auch Hintertreppeneinflüsse sich breit machen, Intriganten ihr Wesen treiben und daß Interessenten mit angeblichen Wünschen des Thronfolgers Geschäfte machen konnten. Aber nicht nur persönliche Belehrung holte Franz Ferdinand bei allen Kreisen ein, er studierte auch sehr eifrig die Politik, las alle erreichbaren Schriften und gab sich die redlichste Mühe, die großen Fragen seines Reiches wirklich zu ergründen[4].

Ein Mann wie er, der die größten Pläne für die Zukunft hegte, mußte völlig im Klaren sein über die außenpolitische Schicksalsfrage der Monarchie, vor allem darüber, ob sie es zum Kriege kommen lassen dürfe.

Ursprünglich war der Thronfolger nicht sehr für das deutsche Bündnis eingenommen; seine Neigung gehörte vielmehr dem autokratischen Rußland; daran wird man den Niederschlag seiner ursprünglich so stark slavenfreundlichen Gesinnung erkennen dürfen. Und noch lange hielt er an dem Idealbild des Dreikaiserbundes fest, den er schon um der monarchischen Interessen willen

---

[1] Margutti, 142.
[2] Ebenda
[3] Ebenda.
[4] Margutti 126.

wünschte. Besonders erhoffte er sich von Kaiser Nikolaus II. in den neunziger Jahren Einfluß auf Kaiser Franz Joseph, um seine Eheschließung zu ermöglichen. Erst der deutsche Botschafter in Wien, Graf Philipp Eulenburg, hat es dann verstanden, Franz Ferdinand dem deutschen Kaiser zu nähern[1]. Und die mächtige Fürsprache Kaiser Wilhelms II. — der später die Herzogin von Hohenberg ostentativ auszeichnete — brachte dann die ersehnte Wandlung; damit erfolgte eine brüske Schwenkung des Thronfolgers auf die deutsche Seite.

Diese persönliche Verpflichtung und Dankesschuld Franz Ferdinands gegenüber Kaiser Wilhelm hatte aber auch eine Wirkung auf die auswärtige Politik. Es wäre wahrscheinlich richtig gewesen, wenn Kaiser Franz Joseph die in den Jahren 1903—08 fortgesetzten Werbungen König Eduards von England nicht so schroff abgelehnt hätte; wäre dann doch vielleicht eine Brücke von der Entente zum Dreibund und zu Deutschland möglich gewesen. Und für Österreichs Erhaltung bot ein gutes Verhältnis zu England unleugbare Vorteile. Hätte Franz Ferdinand damals seine Stimme für die Annäherung an Großbritannien erhoben, so wäre es dem alten Kaiser jedenfalls nicht möglich gewesen, ganz abzulehnen und so, wie die Engländer damals vielsagend und in mitleidigem Ton bemerkten „die größte Chance seines Lebens preiszugeben". So aber fand er sich in völliger Übereinstimmung mit dem Thronfolger, der nach den Versicherungen des Grafen Paar sich dem deutschen Kaiser viel zu tief verpflichtet fühlte, als daß er auch die leiseste Schwenkung von Deutschland fort hätte unterstützen mögen[2].

Insofern stand Franz Ferdinands Ehe auch in Beziehung zu seiner auswärtigen Politik; ob zum Heile Österreich-Ungarns und der Mittelmächte darf bezweifelt werden.

Später nannte der Thronfolger die Behauptung des Professors Lammasch, das englische Bündnis sei eine Notwendigkeit für Österreich, Studierstubenweisheit; er glaubte die Wirkung eines

---

[1] Haller, Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg, S. 27.

[2] Margutti a. a. O. 127 und 354.

solchen Bündnisses voraussagen zu können, nämlich sofortige Verbindung Deutschlands mit Rußland; dabei wies er auf die Erfahrungen des Rückversicherungsvertrages hin, wonach Deutschland den Weg zum Zarenreiche auf Österreichs Kosten jederzeit finden könne[1]. Trotz dieser Ablehnung eines englischen Bündnisses liebte er die Briten; und trotz seiner Bündnistreue beurteilte er die Kraft des Deutschen Reiches und auch den Charakter seines Freundes Kaiser Wilhelms II. erstaunlich nüchtern und richtig. Es sei geradezu ein Verhängnis, bemerkte er, daß der deutsche Kaiser die von ihm zwar richtig erkannten neuzeitlichen Fortschritte mit mehr als antiquierten Mitteln aus der Rüstkammer des tiefsten Mittelalters dem gegenwärtigen Geschlechte Deutschlands zugänglich machen wolle. Das könnte fatale Folgen haben und eines Tages dartun, daß ein mit so verschiedenartigem Material aufgeführtes Gebäude, bei welchem die Traditionen bloß eine blinkende Vergoldung darstellten, einem schweren Ungewitter nicht standhalten würde[2]. Daß er trotzdem am deutschen Bündnis aus Überzeugung festhielt, ist kein Zweifel, wenn er auch in seinen letzten Jahren sich wohl eine größere Bewegungsfreiheit der Monarchie gegenüber Deutschland wünschte[3]. Daß er das Bündnis mit Italien skeptisch betrachtete, machte seinem politischen Blick alle Ehre; aber daß er je den Gedanken gefaßt, den von Conrad v. Hötzendorff empfohlenen „Räuberkrieg", wie er ihn nannte, mitzumachen, und etwa Norditalien zu annektieren, muß als unmöglich betrachtet werden[4]. Den Franzosen begegnete er mit größter Abneigung und sah in ihnen die eigentlich Schuldigen an dem Niedergange der Monarchie (1859—66)[5].

Nun erhebt sich die Frage, ob die Vorwürfe berechtigt sind,

---

[1] Margutti a. a. O. 358.

[2] Margutti a. a. O.

[3] Prinz Ludwig Windischgrätz a. a. O.

[4] Verschiedene Äußerungen zu Conrad lassen zwar darauf schließen; aber man muß bedenken, daß Franz Ferdinand dem drängenden Generalstabschef, um ihn zu beruhigen, scheinbare Zugeständnisse machen wollte.

[5] Margutti 377.

wonach Franz Ferdinand als der eigentliche Vertreter des Militarismus und Imperialismus im Kriege das einzig mögliche Mittel zur Heilung der inneren Schäden der Monarchie gesehen hat und ob er wirklich der eigentliche Kriegstreiber gewesen ist? Diese Frage muß unbedingt verneint werden. Aus den zahlreichen Äußerungen, die von ihm überliefert sind, geht hervor, daß er den Krieg, besonders den mit Serbien, nicht gewollt hat; sondern daß er glaubte, daß die dualistische Monarchie der Last eines Krieges nicht gewachsen sei; erst nach der staatsrechtlichen Neuordnung in seinem Sinne glaubte er diese Möglichkeit ins Auge fassen zu dürfen. Das beweist am besten seinen politischen Blick. Nicht daß er etwa Pazifist gewesen wäre; doch nur im Falle, daß die Ehre des Reiches in Frage stand, hätte er sich zum Kriege entschlossen. Nichts ist bezeichnender für sein Verhältnis zu Conrad v. Hötzendorff, als daß er dessen kriegerische Politik fortwährend bremste und daß Conrad diesen vergeblichen Kampf, die maßgebenden Faktoren, besonders den Thronfolger, für seinen Gedanken des Präventivkrieges zu gewinnen, immer von neuem aufnehmen mußte.

Einige Beispiele mögen das beleuchten. Im März 1909, als Serbien durch sein Verhalten die Monarchie tatsächlich aufs schwerste beleidigte, als demnach der Ehrenpunkt berührt wurde, war Franz Ferdinand allerdings einen kurzen Augenblick für den Krieg, wenn dies Land nicht unter russischer Bürgschaft das Versprechen seines Wohlverhaltens gebe. Aber er war sich zugleich klar darüber, daß auch im Falle eines Sieges in Serbien wenig oder nichts zu holen sei[1]. Als im Spätherbst und Winter 1912—13 der Konflikt infolge der Ausdehnung Serbiens auf Kosten der Türkei und Albaniens von neuem drohte, konnte Conrad auf die Frage des deutschen Militärattachés, ob Franz Ferdinand nun zum Kriege entschlossen sei, nur die Achseln zucken[2]. Der Generalstabschef witterte deutsche Einflüsse und beschwerte sich, daß der deutsche Kaiser

[1] Brandenburg, Von Bismarck bis zum Weltkriege, 282.
[2] Ebenda. 372.

dem österreichischen Bundesgenossen wieder in den Arm falle wie 1909. Es machte dem Thronfolger sichtlich Eindruck, daß Kaiser Wilhelm ihm schrieb (Dezember 1912), jetzt bedürfe es eines Mannes in Europa, der für die friedliche Beilegung der Konflikte eintrete[1]. Den auf Krieg drängenden General Conrad ließ er durch Oberst Bardolff auffordern, den Minister des Äußeren nicht zur Aktion zu drängen[2].

Aus den wichtigsten politischen Erwägungen heraus war Franz Ferdinand gegen den Krieg mit Serbien, der so leicht zum Weltkrieg werden konnte. Einmal, wie wir schon wissen, weil er die Monarchie erst nach Bereinigung der inneren Fragen für fähig hielt, den Krieg zu führen; vor allem aber hängt seine Abneigung gegen einen serbischen Krieg mit seinen großkroatischen Plänen zusammen. Wenn er die katholischen Kroaten ausersehen hatte, der Führerstamm der südslavischen Einigung zu werden und wenn er zunächst innerhalb der Monarchie, unter Ausschluß Serbiens und Montenegros, einen besonderen südslavischen Staat bilden wollte, dann war ein Krieg mit Serbien oder gar eine Einverleibung seiner griechisch-orthodoxen Bevölkerung in die Monarchie ein Wahnsinn. Seinen friedlichen Standpunkt entwickelte der Thronfolger dem Chef des Generalstabs, z. B. in der Audienz vom 26./27. Februar 1913. Auf den Hinweis Conrads, daß das Prestige der Monarchie am Balkan in Frage stehe, auf die südslavische Frage usw. erwiderte Franz Ferdinand: „Tut nichts; ich weiß, daß Sie mit dem nicht übereinstimmen; seien Sie versichert, später, wenn unsere innerpolitischen Verhältnisse besser sein werden als jetzt — dann ja." Und ungefähr gleichzeitig erläuterte der Erzherzog dem deutschen Militärattaché Grafen Kageneck: ein Krieg gegen Rußland sei ein Unding, es gäbe keinen Siegespreis, der solchen Einsatzes wert sei. Auch gegen Serbien gewaltsam vorzugehen, sehe er keinen Grund, und sei stets Gegner einer Politik gewesen, die zu derartigen Konflikten führen könne. Die innerpolitischen Probleme seien seiner An-

[1] Conrad II, 413.
[2] Conrad III, 169.

sicht nach für die Monarchie dringender als die außenpolitischen[1].

Ein weiterer Grund für diese Friedenspolitik des Thronfolgers war auch noch die ihm wahrscheinlich von Kaiser Wilhelm übermittelte Erwägung, daß schon aus monarchischen Gründen ein Zusammengehen Deutschlands und Österreichs mit Rußland wünschenswert sei. „Der Krieg gegen Rußland," sagte er zu Conrad, „muß vermieden werden, weil er von Frankreich geschürt wird, und zwar von den französischen Freimaurern und Antimonarchisten, die einen Umsturz herbeiführen wollen, wodurch die Monarchen vom Thron gestoßen werden sollen"[2]. Er kannte jedenfalls auch die Ansichten des Ministeriums des Auswärtigen von dem dringenden Interesse Österreich-Ungarns an der Erhaltung des Zarismus[3]. Endlich aber war für den Thronfolger, der in diesem einen Punkte mit dem Grafen Stefan Tisza übereinstimmte, noch eine Erwägung maßgebend, um gegen den Krieg zu sein, der doch in einer höchst ungünstigen Weltlage lebensgefährlich werden konnte: er wünschte keinen Präventivkrieg, weil man die Zukunft nicht vorausbestimmen könne. Der Thronfolger, berichtete Dr. Bardolff dem Generalstabschef im Winter 1912—13, wolle keinen Krieg: er rechne mit einem günstigen Umstand in der Zukunft. Bismarck pflegte zu sagen: man könne der Vorsehung nicht in die Karten sehen.

Diese Friedensliebe machte nicht nur den Chef des Generalstabes mißmutig, der den Präventivkrieg für unvermeidlich hielt, um die Monarchie zu retten — weil sie sonst „einer Lage entgegentreibe, in der ihr Schicksal nur mehr durch den Willen ihrer Feinde entschieden werde[4] — sondern auch den Minister des Auswärtigen Grafen Berchtold, der unter dem steigenden

---

[1] Brandenburg, 372. Diese Ansicht Franz Ferdinands ist auch in einem Briefe an seinen Schwager, Herzog Albrecht von Württemberg, vom Februar 1913, ausgedrückt, der an Bethmann übermittelt wurde. Siehe Graf Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 52.

[2] Conrad III, 156.

[3] Siehe die interessante Denkschrift bei Conrad III, 115 ff.

[4] Conrad II, 375.

Einfluß Conrads stand. Er finde, sagte er am 2. März 1913 zu diesem, nur beim Militär Unterstützung, und setzte vielsagend hinzu: „Der Kaiser hat ja noch das Monarchengefühl und würde sagen: jetzt ist es mir zu viel." Aber der Thronfolger stehe auf der Friedensseite[1]. Daß Franz Ferdinand das stärkste Hindernis einer kriegerischen Politik war, erkannte Conrad v. Hötzendorff selber im Oktober 1913 in einem Gespräch mit Berchtold und Czernin an. Auf des letzteren Äußerung: er hält starr an dem Frieden, ließ sich Conrad das vielsagende Wort entschlüpfen — durch das er zugleich feststellte, daß an der Person des Erzherzogs der Friede hänge — „man kann schließlich den Kaiser dazu bringen"[2].

Wozu?

Zum Kriege, und zwar zum Präventivkrieg gegen Serbien und — wahrscheinlich — damit zugleich gegen Rußland, ja zum Weltbrand.

Warum? Um nach der Meinung des Generalstabschefs die Monarchie vor der langsamen oder schnellen Zerstörung zu retten. Denn nach dem deutschen und italienischen Einheitsproblem erhob sich seit der Jahrhundertwende das südslavische Problem und stellte die Monarchie vor die Frage des Sein oder Nichtsein. Diese Frage der südslavischen Einigung wurde aber für das Reich so lebensgefährlich und unlösbar wegen der dualistischen Verfassung, wegen des Übergewichtes der Magyaren, wegen ihrer Bestrebungen, ihren nationalen Willen auch den Südslaven des Reiches aufzuerlegen und in ihrem eigenen national-magyarischen Interesse die Einigung der Südslaven Österreich-Ungarns und damit die Entstehung eines dritten Staates innerhalb der Monarchie und also eine Verletzung der „Parität" und des Ausgleichs von 1867 zu verhindern.

Der magyarische Block lag auf dem Wege Österreichs.

Das hatte der Thronfolger klar erkannt; den Dualismus oder doch wenigstens die magyarische Herrenstellung in Ungarn als

---

[1] Conrad III. 160.

[2] Ebenda.

das wahre Hemmnis der Monarchie und ihrer Völker zu beseitigen, hatte er sich zum eigentlichen Ziel seines Lebens gesetzt.

Mit Offenheit sprach er zu seiner Umgebung von den Gefahren, die von Ungarn drohten. Einer so ausgesprochenen Herrennatur und einem von solchem dynastischen und persönlichen Machtwillen erfüllten Manne mußte die Reichsteilung von 1867, die dauernde Gefährdung der Monarchie durch die Magyaren und ihre Bestrebungen unerträglich sein. Wenigstens die völkerrechtliche Persönlichkeit der Monarchie und die Einheit des Heeres gegen alle Angriffe aufrecht zu erhalten, mußte ihn zunächst die Hauptaufgabe dünken. Wenn wir Margutti glauben dürfen, so hat Franz Ferdinand schon im Jahre 1895, noch ehe die eigentliche Reichskrise vonseiten Ungarns und der österreichischen Völker begann, und noch ehe die Sozialdemokratie Österreichs mit ihrem Programm eines Nationalitätenbundesstaates hervortrat, den Gedanken der Zerschlagung des Dualismus und der Errichtung eines föderalistischen Großösterreich erwogen. Schon damals offenbarte er seine felsenfeste Überzeugung, daß die Monarchie an den Magyaren zugrunde gehen müsse, wenn kein Wandel eintrete. Er haßte dieses Volk „mit einer an Verstocktheit grenzenden blinden Voreingenommenheit[1].“ Seine Gedanken bewegten sich um die Frage, wie ihre politische Macht zu brechen und wie der Gesamtstaat bei seinem Regierungsantritt auf völlig neue Grundlagen zu stellen sei. Er plante, wie Margutti versichert, ursprünglich einen Föderativstaat Großösterreich, gebildet aus den Nationen, die auf ihr Siedlungsgebiet beschränkt sein und die dann durch eine überaus starke Zentralregierung und ein einheitliches Heer zusammengefaßt werden sollten. Die Folgerung war eine einheitliche, die deutsche Staatssprache — auch für Ungarn, das er in vier oder fünf Teile zerlegen wollte. Sein Ideal war die nordamerikanische Union. Auf den naheliegenden Einwand Marguttis, daß dieses Staatssystem mit legislatorischen Mitteln nicht zu errichten sei, entgegnete der Erzherzog: „Dann eben mit

[1] Margutti 129.

Gewalt[1]!" Denn Franz Ferdinand war seiner ganzen Natur nach von vornherein zu der Ansicht geneigt, die Kaiser Franz Joseph als Erfahrung seines überlangen Lebens dem Chef des Generalstabes wiederholt äußerte: „Glauben Sie mir, die Monarchie läßt sich konstitutionell nicht regieren[2]."

Aber nicht nur die Gefährdung des Reiches durch die Sonderbestrebungen der Magyaren brachten ihn gegen dieses Volk auf; es war zugleich die Unterdrückung und Magyarisierung der ungarischen Nationalitäten, die ihn in tiefster Seele verletzte. Denn keiner erkannte so klar wie er, daß das österreichische Kaisertum im 20. Jahrhundert mit der Anerkennung der nationalen Freiheit im Donaubecken stehe und falle, und daß die unsinnige Unterdrückungspolitik der Magyaren vor allem gegen Rumänen und Südslaven, die Balkanvölker gegen die Monarchie aufbringe und ihren Haß gegen Habsburg schließlich zur Siedehitze treibe. „In Österreich", charakterisierte er einmal sehr richtig die Lage des Reiches, „herrscht nichtdeutsche Anarchie, in Ungarn magyarische Despotie[3]." Und zum Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber äußerte er: „Weg mit allen diesen Prärogativen der Magyaren, sie sind eine Nationalität wie jede andere. Sie haben die gleichen Rechte und nur zu erwarten, was auch den Tschechen, Kroaten, Polen, Rumänen und Slowenen gebührt."

Wie hätte nun ein solcher großösterreichischer Bundesstaat aussehen? Gab es überhaupt denkbare Möglichkeiten für eine Lösung des Problems?

Da muß man darauf hinweisen, daß kein Mangel, sondern eine Überfülle an Vorschlägen herrschte; und unter diesen sind es besonders drei Richtungen, die ernsthafteste Beachtung verdienten. Man konnte die Monarchie föderalisieren entweder nach ihren großen historischen und geographischen Ländergruppen, den sog. historisch-politischen Individualitäten" (also Böhmen,

[1] Alles nach Margutti 129/130.

[2] Conrad I, 49.

[3] Kaiser Franz Joseph und sein Hof usw., S. 17.

Galizien, Ungarn usw.) oder zweitens nach Nationen — auf Grund des radikalen ethnisch-territorialen Programms; oder drittens konnte man ohne Rücksicht auf ihre Wohnsitze die Angehörigen jeder Nation gleichsam landlos zusammenfassen durch nationale Matrikelführung, alle eingetragenen Volksgenossen vereinigen zur sog. Nationsuniversität" und diese dann zur juristischen Person erheben. Alle drei Möglichkeiten fanden Anhänger; alle drei Programme sind zugleich Geschöpfe einer bestimmten Klasse und einer bestimmten Zeit.

Das Programm der historisch-politischen Individualitäten gehört dem Adel und zugleich der nationalen Mehrheit in dem betreffenden Kronlande. Ungarn, Böhmen, Galizien usw. waren Länder, in denen der historische Adel sich erhalten hatte und führen wollte; andererseits Territorien, in denen eine Nation in der Mehrzahl war und mit einer nationalen Minderheit zusammenwohnte. Daher kam es, daß die Tschechen in Böhmen, die Polen in Galizien, die Magyaren in Ungarn, die Deutschen in Tirol und in den Alpenländern die „Einheit" ihres Kronlandes verteidigten; bedeutete doch die Verewigung der Kronlandsgrenzen zugleich die dauernde nationale Herrschaft über die anderssprachige Minderheit.

Das Programm der ethnisch-territorialen Föderalisierung ist ursprünglich tschechisch, — solange die Tschechen die deutsche Herrschaft fürchteten — dann aber besonders von den nationalen Minderheiten in den Kronländern begrüßt worden; die Deutschen in Böhmen, die Ukrainer in Galizien, die Rumänen und Nationalitäten in Ungarn, die Südslaven und Italiener in den deutschen Alpenländern sahen in der Durchführung des ethnisch-territorialen Programms ihre Rettung und Befreiung. Es ist kein Zufall, daß sein eifrigster Vorkämpfer ein ungarländischer Rumäne Aurel Popovici war, dem der Thronfolger sein Vertrauen schenkte. Er verfaßte das von den Magyaren sofort auf den Index gesetzte, groß angelegte Werk „Die Vereinigten Staaten von Großösterreich", in welchem er nicht weniger als 16 Nationalstaaten forderte (Deutsch-Österreich, Deutsch-Böhmen,

Deutsch-Mähren und -Schlesien, Tschechisch-Böhmen, das magyarische Ungarn, Rumänisch-Siebenbürgen, Kroatien, Polnisch-Westgalizien, Ukrainisch-Ostgalizien usw.). Er entwirft das genaue Programm eines echten Bundesstaates mit einem Bundesrat, in welchem die Nationalstaaten nach ihrer Größe mit verschiedenem Stimmrecht ausgestattet sind, einer Bundesregierung und einer starken Zentralgewalt. Daß jene Nationen, die in den Kronländern die Mehrheit hatten, das so gestaltete Groß-Österreich ablehnten, braucht nicht gesagt zu werden.

Vielleicht noch wichtiger als dieses ethnisch-territoriale Programm, das wieder einer bestimmten Klasse, nämlich vor allem den Interessen des seßhaften Bauerntums entspricht, war das der Sozialdemokratie, die vor dem Problem stand, wie angesichts des Fluktuierens des modernen Proletariats die Angehörigen verschiedener Nationen vor Entnationalisierung geschützt werden konnten. Zwar leugnete die österreichische Sozialdemokratie und ihr geistreicher Führer und Denker Karl Renner nicht die Notwendigkeit, die Monarchie territorial einzuteilen; aber er betonte, daß das territoriale Moment nicht mehr allein ausschlaggebend sein dürfe. Auf Grund des Personalitätsprinzips, unter Anlegung von nationalen Matrikeln, auf Grund genossenschaftlicher Organisation, sollten die einzelnen Völker konstituiert werden; jeder Angehörige sollte so an dem Leben seines Volkes teilnehmen, ohne Rücksicht auf seinen Wohnsitz. So konnten auch die unendlich vielen verstreuten Siedlungen der ganzen deutschen Nation vom Bodensee bis Siebenbürgen, von Böhmen bis nach Bosnien in die deutsche Nationsuniversität aufgenommen und somit gerettet werden. Es sollten die einzelnen Nationsuniversitäten, d. h. die zu juristischen Personen erhobenen Völker des Habsburger Reiches, ihre nationalen Angelegenheiten selbständig und frei verwalten; dann war es einerlei, wie die Monarchie sich territorial gliederte, d. h. wie die einzelnen geographisch zusammengehörigen Ländergruppen ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigten und förderten; dann war es einerlei, ob im Rahmen des Dualismus, des Trialismus oder eines Sechzehn-

staatenstaates. Das Reich als solches war von der obersten Stelle bis zur untersten international, wie der Staat ja auch auf Grund der modernen Entwicklung schon interkonfessionell ist.

Man sieht, daß Programme genug vorhanden waren. Aber nicht danach vollzieht sich die politische Entwicklung, sondern nach den Machtverhältnissen. Vorbedingungen für alles weitere war die Brechung der magyarischen Herrschaft in Ungarn; dann gehörte die Zukunft unter allen Umständen dem neuen Großösterreich.

Hatte nun Franz Ferdinand überhaupt Aussicht, aus der Monarchie mit Einschluß von Ungarn — denn daß ein Bundesstaat Österreich, d. h. Cisleithanien allein ein Wahnsinn sei, wußte er natürlich — einen Föderativstaat Großösterreich zu schaffen? Vor allem: hatte dieses föderative, die nationale Freiheit seiner Glieder verbürgende Donaureich einen Sinn? Wer in der Geschichte mehr als Zufallsgeschehen annimmt, wer glaubt, daß die großen im Laufe der Zeit errichteten staatlichen Gründungen sinnvoll waren, der darf auch noch für unsere Epoche die Berechtigung eines Donaureiches zugeben. Seit langen Jahrhunderten hatten die zahlreichen kleinen Völker des Donaubeckens den politischen Zusammenschluß gesucht. Durch die deutsche Nation schließlich staatlich geeinigt, durch die deutsche Kultur herangezogen zu lebendigen Gliedern der europäischen Völkergemeinschaft, waren die Nationen langsam mündig geworden. Nicht ihr politischer und wirtschaftlicher Zusammenhalt, durch den überhaupt der Bestand einer Kultur und eines fortschrittlichen Lebens im Donaubecken verbürgt wurde, weil sonst der Kampf aller gegen alle die Folge sein mußte, stand in Frage, sondern nur die Form ihres Zusammenlebens. Wer waren denn die Interessenten am Reiche? Die Antwort lautet: von den Deutschen Österreichs angefangen alle Nationen der Monarchie — mit Einschluß der Magyaren, die sich bei ruhiger Besinnung sagen mußten, daß nur ihre Zugehörigkeit zu einer europäischen Großmacht ihr Dasein sichere.

Von den Deutschen Österreichs war ein kleinerer Teil nicht immer ohne irredentistische Hoffnungen und Wünsche geblieben.

die mächtige Entwicklung des Deutschen Reiches, andererseits das Andrängen der slavischen Flut, die langsame Umwandlung des „deutschen" Cisleithanien in den Völkerstaat hatte bei manchen den Wunsch nach dem Anschluß an Deutschland erweckt. Aber die alldeutsche Gruppe (Schönerer, Wolf) hatte niemals die Mehrheit der Deutschen gewinnen können. Es trat vielmehr im engsten Zusammenhang mit der auswärtigen Politik, mit der Bildung der Entente gegen Deutschland, also mit seiner Bedrohung, und je stärker die imperialistischen Gedankengänge in Deutschland selber erwachten, eine folgenreiche Wandlung ein: die bürgerlichen Deutschen aller Parteischattierungen mit Einschluß der Alldeutschen wurden wieder schwarz-gelb, sie näherten sich der Dynastie — was Bismarck ihnen immer geraten hatte. Und zwar deshalb, weil ihnen jetzt ihre geschichtliche Aufgabe erst ganz klar wurde: die Vorposten der großen deutschen Nation im Südosten zu sein, das von ihnen begründete Donaureich auch festzuhalten im gesamtdeutschen Interesse! Dadurch wurden die Deutschen in Österreich aber aufgefordert, sich der Frage der nicht mehr länger zu umgehenden Neugestaltung der Monarchie zuzuwenden[1]. Da zeigte sich eine innere Unsicherheit, die für Franz Ferdinand unter Umständen hätte bedenklich werden können. Die streng katholischen, kleinbürgerlich-bäuerlichen und antisemitischen Christlich-Sozialen, die vom Wiener Bürgermeister Lueger aufs tiefste beeinflußt waren und die von Franz Ferdinand die größten Erfolge gegen die liberalen Deutschen und die „Judäo-Magyaren" erhofften, waren Großösterreicher. Versprach sich doch auch das Kleinbürgertum der Kaiserstadt materielle Erfolge von einer Umgestaltung der Monarchie, durch welche Wien wieder zur alleinigen Hauptstadt wurde. Von den liberalen Deutschen blieben viele Anhänger des Dualismus; — diese Kreise stammten vor allem aus den gemischt-slavischen Ländern und sahen in den Magyaren die besten Verbündeten gegen die verhaßten Slaven und träumten sogar von einer Überlieferung Galiziens und Dalmatiens an Un-

[1] Die politische Haltung der Deutsch-Österreicher von 1866—1918 bedarf einer eingehenden Darstellung.

garn, um dann der Tschechen im engsten „Österreich“ um so besser Herr werden zu können. Aber das Reich als solches bejahten sie unbedingt; nur faßten sie ihre deutsche Aufgabe mehr provinziell auf. Gegen die Unterstützung einer föderativen Reichsgestaltung nach dem ethnisch-territorialen Programm sprach bei den Deutschen vor allem die Überlegung, daß auf diese Weise die zahlreiche deutsche Diaspora in Böhmen, Mähren, Schlesien, Kärnten, Krain, Küstenland, Ungarn und Bosnien verloren gegangen wäre. Für diese hatte nur das Reich in seiner Gesamtheit einen Sinn. In diesem Zusammenhang betrachtet hätte es im deutschen Interesse gelegen, das Programm der Sozialdemokratie — nationale Matrikelführung, Personalitätsprinzip, Föderierung der Nationsuniversitäten — anzunehmen.

Von den übrigen österreichischen Völkern kamen vor allem die Tschechen in Betracht. Vor dem Kriege gab es bei ihnen nur wenige, die den Gedanken gefaßt hatten, den Reichsverband gänzlich zu lösen und die volle nationale Selbständigkeit zu erringen. Ihre eigentliche Aufgabe sahen sie, — nach dem Rat von Kramarsch — darin, Österreich zu föderalisieren, wobei eine seltsame Mischung zwischen dem ethnisch-territorialen Programm, wonach sie auch die ungarischen Slowaken beanspruchten, und der Idee der historisch-politischen Individualitäten zutage trat; auf Grund des böhmischen Staatsrechtes wollten sie auch die Deutschen in Böhmen ihrer Herrschaft unterwerfen. Da sie nach allen Erfahrungen der Geschichte wußten, daß Ungarn eine solche Umgestaltung der Monarchie verhindere, und da sie ja die zwei Millionen ungarischer Slowaken an sich ziehen wollten, hätte Franz Ferdinand bei seiner antimagyarischen Politik vor allem auf ihren Beifall zählen dürfen. (Ein Grund übrigens für die Unsicherheit vieler Deutscher gegenüber dem großösterreichischen Föderativstaat.) Daß die Südslaven der österreichischen Reichshälfte, daß die Kroaten der ungarischen dem Thronfolger zugefallen wäre, wenn er aus den sämtlichen südslavischen Gebieten des Reiches einen besonderen Staat gegenüber Ungarn gebildet hätte, ist ja selbstverständlich.

Wie stand es nun mit Ungarn? Hatten die Magyaren Aussicht, auch diesmal, wie 1848—49 eine Revolution gegen die großösterreichische Dynastie zu entfesseln? Diese Frage darf wohl verneint werden. Die ganze magyarische Herrlichkeit beruhte seit 1867 darauf, daß die Dynastie mit den Magyaren einverstanden war und ihre ganze Macht — einschließlich der Finanzkraft und der militärischen Machtmittel Österreichs — für die Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des „magyarischen Nationalstaats" herlieh. In dem Augenblick, wo der Kaiser von Österreich sich mit den ungarischen Nationalitäten gegen das herrschende Volk verbündete, mußte dessen Machtstellung, der wichtigsten Stütze beraubt, zusammenbrechen. Dieser Augenblick war 1905/6 sehr nahe. Vielleicht sah der Thronfolger nicht ungern, daß die Gefahr noch einmal vorüberging. Denn er hatte ein gewisses Interesse daran, daß bis zu seiner Thronbesteigung die Dinge in Ungarn immer schlechter gingen; um so mächtiger konnte er später als Kaiser-Befreier den Kroaten und den ungarischen Völkern erscheinen[1]. Das Mittel aber, um die Herrschaft der Magyaren zu brechen, sie im eigenen ungarischen Reichstag in die Minderheit zu bringen, alle die großösterreichisch gesinnten Nationalitäten Ungarns, — die Mehrheit der Bevölkerung! — die alle mit ihren Konnationalen in Österreich vereint zu werden wünschten, zur Herrschaft zu bringen — dies Mittel war nicht etwa Gewalt oder Krieg, sondern lediglich die Verleihung oder Oktroyierung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Ungarn.

Daß dieses Mittel wahrscheinlich genügt hätte, um Franz Ferdinands Pläne zu verwirklichen, scheint doch die große ungarische Krise von 1905/6 zu beweisen; schon die bloße Drohung mit diesem im Ernstfall natürlich nur durch Oktroy zu verwirklichenden Wahlrecht genügte, um die rabiatesten Unabhängigkeitspolitiker Ungarns reichsfromm zu machen. Selbst der Sohn des ehemaligen Gubernators von Ungarn, des „großen" Ludwig

[1] Auffenberg, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, 93.

Kossuth, wurde jetzt Minister und Geheimer Rat Seiner Majestät. Seit dieser Zeit, besonders seit in Österreich (1906) das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bestand, hing über dem magyarischen Volke die Gefahr, daß die Tage seiner absoluten Herrschaft gezählt seien und daß die Krone im Bunde mit Demokratie und Nationalitäten die Grundfesten des „Nationalstaates" erschüttern würde. Das Aufgehen in einem großösterreichischen Nationalitätenbundesstaate mußte das Schicksal dieses tapferen, freiheitsliebenden, aber politisch kurzsichtigen Volkes sein.

Diese Gefahr mußte abgewendet werden! Das sah die Mehrheit der Nation ein; sie erkannte, daß der Doppelkampf gegen die Krone **und** gegen die eigenen Nationalitäten zu schwer war. Die Magyaren betraten andere Wege. Sie unterbrachen den Kampf gegen das Reich, gegen das gemeinsame Heer, d. h. gegen die Großmachtstellung der Dynastie, bewilligten dem Kaiser schließlich die Rekrutenvermehrung und erlangten dafür als Gegengabe der Dynastie die nochmalige und endgültige Überantwortung der ungarischen Nationalitäten und der Südslaven des Reiches an den „magyarischen Nationalstaat".

Das ist der tiefere Sinn der Politik des Grafen Stefan Tisza, der mächtigsten Persönlichkeit, die das Magyarentum vor seinem Sturz hervorgebracht hat.

2. Stefan Tisza und seine dynastisch-nationale Politik (Großungarn)

Also Aufschub der Wahlrechtsfrage, Überlieferung der Südslaven und der übrigen Nationen der Stephanskrone an die Magyaren und dafür Bewilligung der Mittel für die Aufrechterhaltung der Machtstellung der Dynastie in Europa: das war die Parole des Grafen Stefan Tisza. Mit anderen Worten: er suchte in letzter Stunde den Dualismus zu retten und zu erneuern, die furchtbare Gefahr von seiner Nation abzuwenden und, geschützt

vonseiten der wiederversöhnten Krone, in wahrhaft weltgeschichtlicher Stunde die Lösung des Reichsproblems im Sinne Franz Ferdinands zu verhindern.

Mit dieser Wiederherstellung des Dualismus, der ungarischen Vorherrschaft in der Monarchie, machte er erst die Lösung der südslavischen Frage unmöglich und zwang damit das Habsburger Reich auf die Bahn des Präventivkrieges, ohne daß er ihn wollte. Damit ist Stefan Tisza der größte und erfolgreichste Gegner Franz Ferdinands geworden, und mit ihm zusammen nicht nur die mächtigste, sondern auch die weltgeschichtlich bedeutsamste Persönlichkeit des Habsburger Reiches und — da er schließlich in eigenen Fesseln gefangen war — ebenfalls eine wahrhaft tragische Gestalt. Um die Wirkung dieses Mannes auf das Schicksal der Habsburger Monarchie, Mitteleuropas und damit der Welt zu verstehen, müssen wir uns seine Persönlichkeit und seine Ziele im einzelnen vergegenwärtigen.

Österreichs Geschick war dadurch bestimmt, daß im Jahre 1526 zu den deutschen Alpenländern — Teilen der großen deutschen Gesamtnation — zwei ehemals selbständige, geschichtlich bedeutsame und auf diese ihre Geschichte und Macht stolze Länder kamen, die sich nur schwer und widerstrebend in den Dienst des dynastischen Hausmachtgedankens und des „Gesamtstaates" zwingen ließen: Ungarn und Böhmen. Die Tschechen wurden besiegt, weil sie der deutschen Nation näherlagen, und sie blieben es vor allem, weil sie ihren historischen Adel, den eigentlichen Vertreter des Landes, durch die Schlacht am Weißen Berge (1620) verloren hatten.

Ungarn aber ist für die Dauer nie eine wirkliche „Provinz" des Gesamtstaates geworden wie Böhmen, d. h. es hat niemals seine inneren Einrichtungen von den Zentralstellen in Wien empfangen. Der Grund ist zunächst der, daß Ungarn nicht unmittelbar im Machtbereich des deutschen Volkes und seiner Kaiser lag, nicht von allen Seiten umfaßt werden konnte; ferner daß im 17. und 18. Jahrhundert, in der entscheidenden Zeit der Großstaatsbildung, das Land nicht wie Böhmen etwa von dem Kaiser nach

einer Rebellion niedergeworfen, sondern daß es nach 150jähriger Türkenherrschaft von den kaiserlichen Truppen befreit wurde; und endlich, daß Ungarn, d. h. sein magyarisches Kernvolk, niemals seinen alten, stolzen, waffenfrohen Adel einbüßte, dieser vielmehr in allen Stürmen und Gefahren der wahre Führer seines Volkes blieb.

Unter den Ländern des Habsburgerhauses nahm Ungarn aber auch in konfessioneller Beziehung eine Sonderstellung ein: die Magyaren und Slowaken waren etwa zu einem Drittel protestantisch geworden, calvinistisch; das Haus Habsburg hatte also im Zeitalter der Gegenreformation hier nicht durchdringen können, zum Teil weil die Türkenherrschaft jede Einmischung verbot, zum Teil weil in Ungarn genau wie im übrigen Europa sich der Protestantismus von früh an mit dem ständischen Gedanken verband und beide sich wechselseitig stützten. England und Ungarn sind unter den großen Ländern Europas diejenigen, wo diese beiden Prinzipien sich weltgeschichtlich am wirksamsten vereinigten, wo der — katholische — Absolutismus der Dynastie (Stuart und Habsburg) nicht siegen konnte und wo das Parlament, sei es ganz protestantisch oder gemischt-konfessionell wie in Ungarn, schließlich den Hort der Nation gegenüber dem Absolutismus der Krone bildete. Diese erfolgreiche Sicherung der ungarischen Landesautonomie trotz Annahme der Pragmatischen Sanktion (1722—23) verbürgte den Ständen des ungarischen Reichstages, d. h. dem ungarischen Adel, die führende Stellung im Staate weit in das 19. Jahrhundert hinein.

Die Geschichte Ungarns ist die Geschichte seines Adels; und es ist wohl zu beachten, daß alle Kämpfe gegen „Wien", d. h. gegen Absolutismus, Katholizismus, Zentralismus, deutsches Beamtentum, nicht nur nationalen, sondern im stärksten Maße zugleich sozialen Charakter tragen. Der von Wien vordringende, unter Maria Theresia angedeutete, unter Joseph II. zum eigentlichen Schlag ausholende Zentralismus und Absolutismus wird vom ungarischen Reichstag nicht nur bekämpft, weil eine landfremde, deutsch amtierende Bürokratie droht, sondern weil der Absolutis-

mus, wie überall in Europa, die Adelsprivilegien, vor allem die Befreiung von den Steuerlasten und die Hörigkeit der Bauern antastet. Und so gesehen, ist der Sinn des berühmten Gesetzartikels X: 1790, Leopold II. solle Ungarn niemals nach der Art der übrigen Provinzen regieren, lediglich die Verbürgung der ewigen Steuerfreiheit des ungarischen Adels.

Dieser Adel von Ungarn ist magyarisch oder, sofern er anderen Ursprungs ist, er magyarisiert sich schnell (Kroaten, Deutsche, Slowaken). Allerdings ist das ungarische Oberhaus, die Magnatentafel, wo der hohe Adel sitzt, schon seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr kernmagyarisch. Die Kaiser verleihen als ungarische Könige manchem deutsch-österreichichem, reichsdeutschem oder böhmischem Geschlechte die ungarische Magnatenwürde; und ungarische Große erhalten andererseits Reichsstandschaft des heiligen römischen Reiches, wie z. B. die Esterhazy. Ja, Maria Theresia versteht es, wie wir schon sahen, sich aus den großen ungarischen Geschlechtern, um sie mit dem Dasein eines Gesamtreiches zu versöhnen, Generäle, Diplomaten, Staatsmänner zu erziehen, die ihre Blicke mehr nach Wien als nach Preßburg gerichtet halten. Aber der zahlreiche Kleinadel, die sog. Gentry — nach englischem Vorbild so genannt — ist der eigentliche Kern der „magyarischen Nation"; er ist auf dem Reichstage versammelt, verwaltet die Komitate, lebt auf seinen Gütern, mehr oder weniger verschuldet, und verachtet die sog. „Nationalitäten", die auf seinem Lande Tagelöhner und Bauern sind: die Rumänen, die Slowaken, die Serben, Ruthenen, Kroaten und die deutschen Ansiedler.

Als im Laufe des 19. Jahrhunderts das — durch Kaiser Josephs II. germanisierende Politik erst recht erweckte, im Zusammenhang mit der Romantik gesteigerte — nationale Empfinden auch das magyarische Volk ergreift, als schließlich, während gleichzeitig die magyarische Sprache statt der bisher üblichen lateinischen auf dem Reichstage und in der Verwaltung eingeführt und den Nationalitäten aufgezwungen wird, aus der Ständeversammlung eine Volksvertretung mit beschränktestem Wahlrecht wird, als Ungarn sich also in einen konstitutionellen Staat

verwandelt, da steigen auch neue Schichten aus dem magyarischen Volke auf „die Schanzen der Verfassung"; d. h. neben die Gentry tritt langsam der Stand der Advokaten und der Gebildeten aus den wenigen, zunächst noch deutschen, später sich magyarisierenden Städten. Diese „Nation" ist es, geführt von klugen Juristen und dem politisch denkenden Adel, die 1867 den Ausgleich mit Österreich schließt, mit heißem Herzen, aber kühlem Kopfe einsieht, daß Ungarn, d. h. die verhältnismäßig kleine magyarische Nation, auf die Dauer gegen Habsburg und Österreich ihre volle Unabhängigkeit nicht erhalten kann, daß die über alles geliebte 1848er Verfassung, die höchstens die Personalunion mit Österreich ließ, revidiert werden muß, um der Dynastie die Großmachtstellung zu bewahren. Diese resignierende, auf die letzten Ziele jedes Magyaren: die vollständige Unabhängigkeit, verzichtende Generation von 1867 läßt sich genügen an dem Siege, den sie errungen hat — durch Preußens Waffenmacht.

Aber auf die Dauer kann der heiße Wunsch nach voller Unabhängigkeit nicht schweigen. Wenn der Blick über die endlose Ebene schweift und die Vorstellung eines ungeheuren, durch den Willen der magyarischen Nation erfüllten staatlichen Raumes erweckt, wenn zu den Klängen der Zigeunermusik das magyarische Herz schwillt und der unbändige Stolz auf seine Rasse und Geschichte den Magyaren ergreift; wenn er aber zugleich die Söhne und Brüder, erfüllt von demselben Stolz, in einer Armee dienen sieht, die nicht die eigene ist, die deutsch kommandiert wird, in derselben Armee, in welcher die verachteten Knechte seiner Scholle, die rumänischen und slavischen Bauernjungen in ihrer Sprache verkehren dürfen, wenn er statt der heiligen Trikolore, diesem Symbol einer einstmals stolzen und ruhmreichen Geschichte, die kaiserlichen, d. h. die alten deutschen Farben auch über ungarischen Truppen flattern sieht, wenn er weiß, daß die an Zahl immer zunehmenden Nationalitäten nach Österreich als ihrer Hoffnung vor dem Druck der Magyarisierung blicken, wo durch immer folgende Wahlreformen schließlich alle nichtdeutschen Völker politisch mündig

werden; wenn er sieht, daß die alte Adelsschicht der Gentry sich langsam zersetzt, daß die verarmten ehemaligen Herren jetzt mit ihren Söhnen in steigender Zahl die Ämter füllen und deshalb vor Wut erstarren, wenn es heißt, daß auch die Nationalitäten ins Amt kommen sollen — nach dem Vorbild und auf Geheiß von „Wien" —; wenn, um den sich rasch vermehrenden Nationalitäten ein Gegengewicht zu schaffen, immer neue Juden für 50 Kreuzer magyarisiert und in die „Nation" aufgenommen werden müssen; wenn diese selber schließlich sozial zersetzt wird durch die Bildung eines zunehmenden Proletariates in den wachsenden und sich industrialisierenden Städten, und zugleich die Grundherren bedroht werden durch die sich immer lauter gebärdenden und immer gefährlicheren Landarbeiter — dann gerät der Magyare in eine Stimmung der Verzweiflung, und für alle Schäden und Gefahren gibt es nur eine Erklärung: Wien! Fort von Wien, los von Österreich! Das empfindet jeder echte Magyar, mag er mit dem Verstande auch noch so sehr für den Ausgleich sein, mag er sich nach außen hin 1867er nennen; im Grunde seines Herzens ist er „48er", d. h. für die Unabhängigkeit!

So steht die Entwicklung Cisleithaniens zum demokratischen Völkerstaat, das Aufstreben der ungarischen Nationalitäten und der gegen sie immer verstärkte Magyarisierungsdruck in Schule und Amt, sowie andererseits die soziale Zersetzung der magyarischen Herrenkaste im engsten Zusammenhang mit dem immer heftiger werdenden Kampf Ungarns gegen den Ausgleich von 1867, gegen die gemeinsame Armee, gegen die letzten Erinnerungen an das Dasein eines Gesamtreiches. Auch hier steigert sich der nationale Gedanke, einst defensiv, zum Nationalismus, ja zum Imperialismus.

Wenn man die verhältnismäßig geringe Zahl der magyarischen Gentry bedenkt, die die eigentliche Trägerin dieser nationalen Politik war, wenn man sich vergegenwärtigt, gegen welche Faktoren ihr Kampf sich richtete: gegen die Dynastie, gegen Österreich, gegen die ungarischen Nationalitäten, gegen die Südslaven des

Reiches und dazu gegen das eigne aufstrebende Kleinbürger- und Bauerntum nebst Proletariat, so fragt man erstaunt, woher die Kraft stammte, diese Politik durchzusetzen? Die Antwort ist, daß zwei Voraussetzungen vorlagen, eine innerpolitische und eine ebenso wichtige außenpolitische. Die erste haben wir wiederholt besprochen: es ist das Bündnis mit der Krone. Solange Kaiser Franz Joseph streng konservativ am Dualismus und an der in Ungarn üblichen parlamentarischen Behandlung der politischen Dinge festhielt, solange er als Kaiser von Österreich die gemeinsame Armee herlieh, um die Ruhe des Landes gegen Nationalitäten und Proletarier besonders bei den Wahlen zu sichern, solange er vor allem das allgemeine gleiche Wahlrecht nur androhte, nicht wirklich oktroyierte, waren die Magyaren ihrer Sache sicher.

Die zweite, die außenpolitische Voraussetzung, war das Bündnis mit Deutschland. Niemand wußte besser als die Magyaren, daß ihre Machtstellung mit der des verbündeten Deutschen Reiches stehe und falle. Da ihre innere Politik sich vorwiegend gegen die Slaven richtete, da vor allem ihr starres Festhalten am Dualismus die Tschechen der deutschen Mehrheit in Cisleithanien unterwarf, galten sie als die besten Verbündeten Deutschlands, als der sichere Hort vor der Slavisierung der Monarchie. Im Innern schon ganz brüchig, blieb so der Dualismus außenpolitisch am Leben; und eine Sorge der deutschen Staatsmänner im Reiche war immer wieder eine etwaige künftische slavenfreundliche, d. h. antimagyarische und zugleich antidualistische Politik des Thronfolgers. Der gemeinsame Sieg Preußens und Ungarns über Wien, über das föderalistische Prinzip der Hofburg überhaupt, d. h. der Sieg des zentralistischen Nationalismus, wirkte eben immer noch weiter.. Um diese Sachlage und um die Struktur des von Bismarck und Andrássy geschaffenen Mitteleuropa in der Tiefe zu erkennen, müssen wir jetzt einen Blick auf zwei bedeutsame Versuche lenken, den österreichisch-ungarischen Dualismus und die deutsch-magyarische Herrschaft in der Monarchie anzutasten. Nichts ist

bezeichnender, als daß beide an dem Widerstand nicht nur Ungarns und der Deutsch-Österreicher, sondern auch Preußen-Deutschlands gescheitert sind: es ist der Versuch des Kabinetts Hohenwart-Schäffle 1871, Cisleithanien nach den Wünschen der Tschechen zu föderalisieren, und andererseits das Experiment des Grafen Thun 1898, einen slavischen Kurs gegen die Deutschen in Österreich zu steuern.

Als das Kabinett Hohenwart im Jahre 1870 mit seinem föderalistischen Programme zustande kam, fühlten sich die Deutschliberalen in Österreich schwer bedroht. Einer ihrer Führer, der oberösterreichische Reichsratsabgeordnete Freiherr von Weichs, benutzte seine Beziehungen, um dem Grafen Herbert Bismarck die Gefährlichkeit dieser auch gegen den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 gerichteten Anschläge darzutun. Er wies darauf hin, daß ein Erfolg des neuen Ministeriums die österreichischen Deutschen in Opposition gegen den Staatsgedanken treiben müsse, während es doch klar sei: „daß die Erhaltung eines Österreich unter deutsch-magyarischer Führung im Interesse des Deutschen Reiches wohl begründet ist[1]."

Es bedurfte dieser Warnung bei Bismarck nicht; er sah ganz klar, daß das Ministerium Hohenwart sich nicht nur gegen die Deutsch-Österreicher, sondern auch gegen die Magyaren richte, und er fand es kaum glaublich, daß man das in Ungarn nicht merken sollte[2]. Er konnte darauf vertrauen, daß Andrássy eingreifen würde, und andererseits, daß das Schwergewicht der auswärtigen Politik sich in den innerösterreichischen Verfassungsfragen durchsetzen werde. Hierauf den Kaiser Franz Joseph hingewiesen zu haben, ist das Verdienst des Ministers des Auswärtigen Grafen Beust. In einer für den Monarchen verfaßten Denkschrift vom 13. Oktober 1871 machte er darauf aufmerksam, daß die Bewilligung der tschechischen Wünsche, die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes, für das Verhältnis zu Deutschland verderblich sein würde. Durch die soeben — Sommer

[1] Wertheimer, Andrássy I, 562.
[2] Ebenda 565.

1871 — erfolgte Annäherung beider Reiche sei der deutschnationalen Propaganda in der Monarchie der Boden entzogen. Nach Annahme der böhmischen Fundamentalartikel aber müßten die „Schmerzensschreie“ der Deutschen weit nach Deutschland vernehmbar sein und die Beziehungen zwischen Wien und Berlin vergiften[1]. In demselben Sinne äußerte sich Andrássy zu Kaiser Franz Joseph: wenn er nach dem Willen der Tschechen gegen die Deutschen regiere, werde das Berliner Kabinett nicht imstande sein, den Lauf der Dinge zu hemmen; die österreichischen Deutschen würden sich an die Demokratie wenden, die dem Fürsten Bismarck die nationale Fahne entwinden werde, um sie weiterzutragen bis zur Einigung des ganzen Deutschen Reiches[2]. Der ungarische Ministerpräsident verschaffte dann in der entscheidenden Beratung dem Dualismus gegenüber dem föderalistischen System den Sieg; eben war ein Aufstand in Kroatien niedergeschlagen, das Deutschtum der Monarchie in höchster Erregung. Kaiser Franz Joseph, der durchaus das Gefühl hatte, sich mit dem Dualismus, d. h. dem verdoppelten Zentralismus, von der eigentlichen österreichischen Idee entfernt zu haben, und der froh gewesen war, nun endlich „echt österreichisch“ regieren zu können, mußte nachgeben. Gegen Ungarn, gegen die Deutschösterreicher und — gegen Bismarck konnte er nicht kämpfen. Die deutschliberale zentralistische Verfassungspartei, die Verkörperung des deutsch-österreichischen Bürgertums, jubelte; vollkommen erkannte sie die Verdienste des ungarischen Ministerpräsidenten um die Erhaltung der deutschzentralistischen Verfassung an. „Ihr Organ verkündete es lauthin aller Welt, daß sie nun erst mit dem Jahr 1867 versöhnt sei, dessen Schöpfung sie vom Untergang rettete[3].“

Hielt sich Bismarck bei diesen Fragen durchaus im Hintergrunde, weil er der Dynamik der 1866/67 geschaffenen Verhältnisse trauen konnte, so scheute sich fast ein Menschenalter

[1] Denkschrift Beusts in seinem Werk: Aus drei Vierteljahrhunderten II, 501 ff.
[2] Wertheimer I, 590.
[3] Wertheimer I, 611.

später die Regierung Kaiser Wilhelms II. nicht, in die österreichische innere Politik einzugreifen. Nichts ist bezeichnender für das Fortwirken der geschichtlich-politischen Kräfte Mitteleuropas als diese Intervention gegen die Regierung Thun, die im Grunde eine abgeschwächte Parallele zu der Hohenwart-Krisis von 1871 ist. Wieder kam es auf eine Stützung des Dualismus, in diesem Falle auf die Erhaltung der deutschen Vorherrschaft in Cisleithanien heraus. Und zwar in einer Epoche, wo der Dualismus, d. h. die deutsch-magyarische Herrschaft bereits gründlich unterhöhlt war. (Entwicklung der österreichischen Nationen, der ungarischen Nationalitäten, Obstruktion im österreichischen Reichsrat, Eröffnung des magyarischen Kampfes gegen die Gemeinsamkeiten.)

Kaiser Franz Joseph und einflußreiche Kreise am Hofe hatten in den neunziger Jahren schon das deutliche Gefühl, daß die Entwicklung der slavischen Völker nicht aufzuhalten sei und daß deren steigende Bedeutung politisch zum Ausdruck kommen müsse. Der erste Botschaftssekretär bei der deutschen Botschaft in Wien, Prinz von Lichnowsky, warnte schon im Oktober 1895 den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe vor den Zielen eines solchen slavischen Kurses. Das Programm einflußreicher Hof- und Gesellschaftskreise, des Feudaladels und der erzherzoglichen Thronfolger (Franz Ferdinand und Vater) schilderte er so: Rückverlegung der Gesetzgebung in die Landtage, Delegierung in den Reichsrat wie ehedem, Auslieferung Böhmens, Mährens und Schlesiens an das Tschechentum, Begünstigung der Kroaten, Serben, Slowaken, Rumänen in Ungarn, vor allem aber Niederwerfung des Magyarentums, Verzicht auf jede Orientpolitik, wenn nötig auch auf Bosnien und Dalmatien, engster Anschluß an Rußland, kurz eine slavische Politik nach innen und außen[1]. Er glaubte nicht, daß die auswärtige Politik Österreichs sich auf die Dauer dem Druck der 17 Millionen Slaven würde entziehen können, die sich jetzt in der Richtung der deutsch-magyarischen Interessen bewegen müßten.

[1] A. A. Nr. 2490 Bd. X, S. 146.

Diese Haltung der österreichischen Regierung flößte in Berlin um so größere Besorgnisse ein, als die Deutschen Österreichs dadurch in eine der deutschen Reichsregierung höchst unbequeme und gefährliche Richtung einer deutschen Irredenta getrieben wurden. Was sollte aus der österreichischen Monarchie werden, wenn die deutsch-nationale Partei Schönerers und Wolfs immer steigenden Einfluß gewann, die Dynastie dadurch Rußland und den Slaven in die Arme trieb und Deutschland bedrohte? Was aber sollte vor allem aus Preußen und seiner deutschen Reichsverfassung werden, wenn diese deutsche Irredenta die Monarchie sprengte und dann Anschluß an das Reich verlangte? Das mußte verhindert werden!

Wir besitzen eine höchst lehrreiche Weisung des damaligen Staatssekretärs Bernhard v. Bülow vom Juni 1898 an den Prinzen Lichnowsky, welcher sich offenbar in deutschnationalen Gedankengängen bewegte. In denkwürdigen Worten zog er die Summe der preußischen Staatsinteressen gegenüber dem deutsch-nationalen Problem in Mitteleuropa. „... So sehr wir wünschen müssen, daß die österreichische Regierung rechtzeitig einsehen möge, ein wie gefährliches Spiel sie für die Zukunft Österreich-Ungarns spielt, indem sie dem Slaventum zum Siege über das Deutschtum verhilft, so sehr müssen wir alles vermeiden, was uns als offen zur Schau getragene Parteinahme für die Deutschnationalen ausgelegt werden könnte. Durch ein Aufgeben dieser Haltung würden wir das Mißtrauen der maßgebenden österreichischen Kreise — der Dynastie, der Regierungsorgane, der Armee — erwecken. Wir würden aber dadurch nicht nur selbst zu seiner Erschütterung beitragen, sondern auch Gefahr laufen, die Velleitäten derjenigen deutschen Kreise in Österreich zu unterstützen, welche sich nicht scheuen, neuerdings offen von der Notwendigkeit einer Angliederung der deutschen Bestandteile an das Deutsche Reich zu sprechen.

Unser politisches Interesse, dem sich alle platonischen Sympathien unterordnen müssen, und welches einen der tra-

ditionellen Grundsätze der preußischen Politik[1] gerade seit der vor 32 Jahren erfolgten historischen Auseinandersetzung mit Österreich bildet, geht dahin, daß Österreich-Ungarn in seiner selbständigen Großmachtstellung erhalten bleibt. Dieses Interesse verlangt von uns, daß wir uns davor hüten, zersetzende Tendenzen in Österreich, mögen dieselben von tschechischer, polnischer oder deutscher Seite kommen, zu ermutigen. Die Deutschösterreicher dürfen nicht im Zweifel darüber sein, daß, solange es sich bei ihrem Kampfe für die deutsche Sache darum handelt, das Deutschtum als Kitt für den inneren Zusammenhang und ferneren Bestand des österreichischen Staates in seiner jetzigen Gestalt[2] zu retten, wir ihre Bestrebungen mit vollster Teilnahme verfolgen, daß aber, sobald dieser Kampf als letztes Ziel eine Lostrennung der deutschen Landesteile von Österreich und damit die Rückkehr zu dem status quo ante 1866 im Auge hat, die Deutschnationalen nicht auf eine Förderung ihrer Pläne von hier aus zu rechnen haben."

Diese Gedanken, heißt es zum Schluß, beruhen nicht auf momentanen Erwägungen, sondern ergeben sich „aus dem Gang der deutschen und preußischen Geschichte während der letzten zweihundert Jahre" und entsprechen „den dauernden Interessen des neuen Reiches wie des hohenzollernschen Kaiserhauses[3]."

Das heißt also: Preußens Interesse verlangt, daß die jetzige, d. h. die 1867 geschaffene dualistische Verfassung der Monarchie (der doppelte Zentralismus) gegen alle Anfechtungen auch der Deutschösterreicher erhalten bleibe; es ist nicht nur magyarisches, sondern auch preußisches Staatsinteresse, die Deutschen in Österreich an ihre Herrscheraufgabe über die cisleithanischen Slaven zu erinnern. Diese Haltung Deutschlands kam klar zum Ausdruck, als der neue österreichische Ministerpräsident Graf Thun sich im Interesse der Tschechen und Polen in heftigen Ausfällen gegen die preußische Polenpolitik erging. Es ist kein Zweifel, daß Kaiser Franz Joseph sich vor allem aus Rücksicht auf die

[1] und [2] von mir gesperrt.
[3] A. A. Nr. 3475 Bd. XIII, 120 f.

antislavische Haltung der Berliner Regierung und ihre Warnungen vor Erschütterungen des Bündnisses hin entschloß, den slavischen Kurs zu verlassen[1]. Es ist nicht weiter überraschend, daß die Magyaren in ihrem eigentlichen staatlichen und nationalen Interesse die deutsche Regierung in ihrem Kampf gegen den Slavenkurs wirksam unterstützten. Der ungarische Ministerpräsident Herr von Széll brachte dem Monarchen während dieser Wochen die Grundidee des Ausgleichs von 1867 in Erinnerung: Cisleithanien an die Deutschen, Transleithanien an die Magyaren[2]. In Budapest beeilten sich die magyarischen Politiker, dem deutschen Vertreter eifrigst zu versichern: „unter allen Umständen werde immer Ungarn die verläßlichste Stütze des Bundes innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie bleiben, da man hier wisse, was man Deutschland zu verdanken habe[3]."

Preußen und Ungarn zusammen erhielten durch gemeinsamen Druck die durch die Entwicklung der österreichischen und ungarischen Völker brüchig gewordene Verfassung von 1867. Wenn die Hofburg eine den veränderten Verhältnissen angepaßte Staatsordnung innerhalb der Monarchie errichten wollte, mußte sie nach den Erfahrungen von 1871 (Hohenwart) und 1898 (Thun) den Widerstand nicht nur Ungarns, sondern auch Preußen-Deutschlands besiegen.

Ist es, so gesehen, ein Wunder, daß Kaiser Franz Joseph seitdem aufs strengste am Dualismus und der durch ihn begründeten Ordnung in Österreich und Ungarn festhielt und daß die magyarischen Staatsmänner damit ebenso sicher rechnen konnten wie mit der moralischen Unterstützung ihrer Politik durch Preußen-Deutschland?

Das war allerdings auch der einzige Aktivposten für das magyarische Volk seit dem Beginn der großen Reichskrise. Es

[1] Siehe vor allem Bericht des Botschafters Grafen Eulenburg an den Reichskanzler Hohenlohe vom 11. März 1899. A. A. Nr. 3503 Bd. XIII, 156.
[2] Ebenda.
[3] Der Generalkonsul in Budapest Prinz Hans von Hohenlohe-Oehringen an das Auswärtige Amt 24. Dez. 1898, A. A. Nr. 3495. Bd. XIII, 145.

ließ sich nicht leugnen, daß seitdem die Flut trotz aller Gegenmittel stieg und stieg.

In einer sehr gespannten inneren, von sozialen und nationalen Problemen überlasteten Lage, als der Schatten des künftigen großösterreichischen Kaisers über Ungarn fiel; in einer außenpolitisch nicht weniger bedrohlichen Gestaltung der Dinge, als die europäischen Randstaaten sich unter der Parole der Demokratie und nationalen Freiheit gegen die Mittelmächte zusammentaten, ergriff also Stefan Tisza als letzter und größter Vertreter der magyarischen Gentry die Macht in Ungarn und versuchte die Herrschaft seiner Klasse und seiner Nation allen Gefahren zum Trotz für die Gegenwart und für die Zukunft zu sichern.

Im April 1861 wurde Stefan Tisza geboren; sein Vater war Koloman von Tisza, der, ursprünglich Gegner des Ausgleichs von 1867, später durch dreizehn Jahre hindurch Ministerpräsident von Ungarn war, und dessen Sturz schließlich allgemein als Befreiung empfunden wurde, so wie einst in England derjenige Walpoles. Er stammte von jenem ungarischen Magnaten und Staatsmann Michael Teleki, der von Kaiser Leopold I. zum Grafen des Heiligen Römischen Reiches erhoben ward.

Stefans Mutter übermittelte ihrem Sohne[1] Tropfen deutschen Blutes; sie entstammte dem Hause Degenfeld-Schönburg; ihr Ahnherr war der große Feldherr Schomberg. So vereinigte Tisza, ein so ausgeprägter Vertreter der magyarischen Gentry er durch die väterlichen Vorfahren war, doch in seiner Person zugleich die geschichtlichen Elemente, die das moderne Ungarn schufen: die magyarische Herrenkaste und den weiteren Verband mit dem deutschen Volke in Mitteleuropa und seiner Kultur.

Das dritte bestimmende Element war seine Zugehörigkeit zum calvinistischen Glauben. Auch er ist ein Repräsentat des Calvinismus im großen geschichtlichen Sinne, in seiner Art erinnernd an die Hugenotten in Frankreich, die Holländer mit ihrem Kampf gegen die spanisch-katholische Uni-

[1] Über Tisza unterrichtet neuestens David Angyal: Neue österreichische Biographie. 1815–1918, S. 55 ff.

versalmonarchie, vor allem doch an die englischen Puritaner und Cromwell. Auch ihm wurde der religiöse zugleich zum historischen Prädestinationsglauben, d. h. zum Glauben an eine Bestimmung, der sich umsetzt in rastlose Tätigkeit und der keinen Raum läßt für Menschenfurcht.

Graf Stefan Tisza hat einmal bekannt, daß er seinen Glauben „gegen alle diejenigen Versuchungen, welche das moderne Leben auch auf dem Gebiet der Kultur dem Christen in den Weg legt", habe erkämpfen müssen, daß aber sein Glaube die Feuerprobe bestanden habe[1]. Aus dieser Gesinnung heraus war er jederzeit bereit, mit seiner Person für seine Überzeugung einzustehen; seinem König, seinen politischen und persönlichen Gegnern gegenüber und auch seiner geliebten Nation zum Trotz; sei es, daß er ehrerbietig, aber fest an den Stufen des Thrones seine Meinung sagte, daß er bei der Krönung des gesalbten Königs als Palatin-Stellvertreter im Augenblick der Segenserteilung durch den Erzbischof unbeweglich stehen blieb, während der ganze Hof und seine Umgebung niederknieten, sei es, daß er infolge seiner politischen Haltung ungezählte Duelle ausfocht, Attentate über sich ergehen ließ und schließlich seinen Mördern mit voller Fassung und Ergebung gegenübertrat. Immer war er ein ganzer Mann, jederzeit bereit, mit dem Leben zu zahlen.

Zu Tiszas größten Jugendeindrücken gehörte der Anblick der ungeheuren Stärke des Bismarckschen Reiches. Im Alter von 16 Jahren verließ er seine Heimat, um in Heidelberg und Berlin zu studieren; und er nahm Abschied von Deutschland in der festen Überzeugung, „daß die Macht des Deutschen Reiches allen Stürmen widerstehen werde, und daß die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie durch das Bündnis mit Deutschland als gesichert gelten könne"[2].

Vielleicht ist dies die politisch wichtigste Anschauung seines Lebens; ihre Bedeutung werden wir noch kennen lernen.

Dieser Glaube steht in Beziehung zu seiner mächtigsten Liebe,

---

[1] Angyal a. a. O. 56.

[2] Angyal a. a. O. 57.

ja Leidenschaft: der Liebe für sein Volk und sein Land. Obwohl er, der hochgewachsene Aristokrat mit dem dunklen Haupt- und Barthaar, mit der großen Brille vor den ernsten Augen und mit seinem gemessenen Schritt keineswegs als die Verkörperung des eigentlichen magyarischen Volkes gelten konnte, fühlte er sich doch eins mit den Söhnen der Pußta, der unendlichen Tiefebene, deren Schönheit er enthusiastisch pries![1] Er sprach mit wahrem Entzücken von der unerreichten poetischen Anmut der ungarischen Volksmusik, und stets ergriff ihn nationale Leidenschaft im Gedanken an die braunen Künstler seiner Jugend. Mit Recht bemerkt sein Biograph, daß im Grunde doch auch er, trotz seiner vornehmen Herkunft, zu diesem Volk gehörte, „wenn wir seine stählernen Nerven, seine frische, liebenswürdige Unmittelbarkeit und seinen ursprünglichen Humor in Betracht ziehen".

Wie bezeichnend ist nicht die Szene, die Prinz Ludwig Windischgrätz überliefert. Der Prinz, der den Ministerpräsidenten, den großen starkschultrigen Mann mit seiner schlechten Kleidung und seinem saloppen Auftreten einem Kantor ähnlicher findet als einem Staatsmann, sieht in dem herben, stiernackigen Calviner trotz allem die Verkörperung des Ungartums. „Es war", erzählt er, „vor einer der Reisen in die Provinz, die wir gemeinsam unternehmen sollten. Wir trafen uns in einem Separee des Hotels Hungaria in Budapest, wo Tisza mit einigen seiner Getreuen speisen wollte, natürlich bei Zigeunermusik. Als ich hinkam, stand Tisza in Hemdsärmeln vor dem Primas, der mit seinen Leuten wild darauf losgeigte — und tanzte. Es waren keine Frauen zugegen, niemand, nur wir paar Herren; aber Tisza, der angegraute alte Herr — er war damals weit über fünfzig, höchster Würdenträger, Ministerpräsident — tanzte stumm, in sich gekehrt, hob die Beine, von den Rhythmen, die ungarischer Odem sind, gebannt und angefeuert. Wir saßen in einer Ecke und aßen und tranken und diskutierten endlos, nur Tisza tanzte, allein, vier volle Stunden, ohne Unterbrechung, mit seinen Gedanken beschäftigt, die ihm Zigeunerweisen in den

[1] Angyal, 59.

ungarischen Schädel trieben. Hier und da sah er mit seinen großen Augen den Primas an — der braune Kerl erriet sofort, was nun von ihm verlangt wurde — änderte die Tonart — strich ein anderes Lied und noch ein anderes, das immer wieder ein ungarisches Lied war[1]."

Diese Liebe zu seinem Volk und Land erstreckte sich auch auf die verfassungsmäßigen Einrichtungen. Von allen Ländern Europas sagte ihm England mit seinem Parlament am meisten zu; dessen politische Sitten schwebten ihm als Muster für sein ungarisches Vaterland vor. „Die nationale Idee", schrieb Tisza 1911, „in ihrer über alle niedrigen, selbstsüchtigen Instinkte siegreichen Hoheit kann nirgends in so glänzender und edler Weise zur Erscheinung kommen." Er war stolz auf das uralte parlamentarische Leben seiner Nation; die parlamentarische Debatte, der lebhafte Kampf, immer im Gefühl der höchsten Verantwortung, war das Element, das seiner großen, tapferen und stolzen Seele entsprach.[2] Dem parlamentarischen System, wie es sich in England und Ungarn ausgebildet hatte, gab er vor allen anderen den Vorzug. „Es ist", meinte er, „diejenige Form des nationalen öffentlichen Lebens der Neuzeit, welche Freiheit und Ordnung, Ungestörtheit der individuellen Bewegung und organisierte nationale Kraft in der vollkommensten Weise in sich vereinigt[3]."

Nationale Kraft: das ist das, was er liebt, dem er dient, das er aber auch meistern will zugunsten seines Volkes. Diejenigen Beurteiler haben sicher recht, die Stefan Tisza den ganz großen Staatsmännern nicht zuzählen. Dazu war sein Verstand vielleicht zu trocken; ihm fehlte die eigentlich schöpferische Phantasie, die der große Staatsmann, „der für die Zukunft baut, besitzen muß." Auch die hohe dämonische Kraft der Seelenkenntnis wird bei ihm vermißt. Er überschätzte, urteilt sein Biograph weiter, „die Macht des gesunden Menschenverstandes

---

[1] Prinz Ludwig Windischgrätz a. a. O. 20.
[2] Angyal 60.
[3] Angyal 58.

und zeigte wenig Verständnis für das Irrationelle in den Leidenschaften der Massen"[1]. Auch hinderte ihn seine ungewöhnlich vornehme Denkungsart „die Kniffe der gemeinen menschlichen Klugheit zu erkennen"[2]. Aber ihm fehlte noch mehr. Er ließ nur zu oft die Fähigkeit vermissen, sich den wechselnden Zeitideen anzupassen und die Folgerungen aus einer neuen Lage zu ziehen. In so mancher Hinsicht war er das Gegenteil seines Vaters. Der jüngere Andrássy, der beide gut kannte, schildert die Gegensätze von Vater und Sohn folgendermaßen: „Sein Vater vermied die Schwierigkeiten, er suchte sie. Sein Vater war behutsam, er war kühn und waghalsig. Bei dem Vater war Leidenschaft oder Zorn niemals wahrzunehmen, er war niemals verletzend, niemals sagte er etwas anderes, als was er sagen wollte; der Sohn ließ sich unzählige Male von der Hitze des Kampfes fortreißen und wurde selbst dann beleidigend, wenn dies nicht seine Absicht war. Tisza der Ältere war ein parlamentarischer Taktiker, der Jüngere ein politischer Athlet. Die Individualität des Vaters erleichterte die Funktion seines Systems, die Persönlichkeit des Sohnes erschwerte sie. Beide wollten ihre Partei und ihr Kabinett unbedingt beherrschen, vertrugen keine Einwendungen und konnten selbständige Persönlichkeiten schwer neben sich dulden. Beide wollten die Partei, die sie vollständig beherrschten, nach englischem Muster allmächtig im Staate machen"[3]. Aber des jüngeren Tiszas Hand lastete schwerer auf dem Lande, weil er von vornherein gegen die tiefsten Instinkte der Nation regieren mußte.

Was ihn vor allem auszeichnete, war eine grandiose Starrheit und Unbeugsamkeit, eine Unerschütterlichkeit und ein Mut, — ein moralischer Mut — der seinen Feinden Furcht einjagte und seinen Freunden das Rückgrat steifte. Gewisse politische Ideen hegte er mit Sorgfalt, er entwickelte sie mit Logik, aber ohne dialektische Schärfe. „Diese Art seiner Logik und die Heftigkeit

---

[1] Ebenda.

[2] Angyal 58.

[3] Graf Julius Andrássy: Diplomatie und Weltkrieg. 244.

seiner Leidenschaft erhoben manche Ideen in seinem Geiste auf einen Platz, auf dem sie, gleichsam in einen Heiligenschrank eingeschlossen, vor der rauhen Berührung des Lebens geschützt[1] waren." Eine dieser Grundideen Tiszas war das deutsche Bündnis, die Erkenntnis seiner unbedingten Notwendigkeit und die Willigkeit, sich ohne Murren dem stärkeren Genossen unterzuordnen. Er hatte Interesse für große Politik, Kenntnis und Instinkt für die europäischen Situationen, und darin lag ein großer Vorzug vor den meisten übrigen Magyaren. Aber eine Einschränkung gilt hier: sein Blick war wohl frei für Europa nördlich und westlich des Habsburger Reiches. Sowie aber das eigentliche Ungarn in Frage kam, so gegenüber Rumänien und Serbien, war er befangen in nationaler Leidenschaft, ja verblendet. Das meinte wohl Kaiser Franz Joseph, wenn er urteilte, daß Tisza trotz aller seiner Gaben doch kein überragender Geist sei, und wenn er sagte: „Allen Respekt vor Tisza; er ist der tüchtigste Ungar unserer Tage! Aber bitte: Ungar! mehr kann ich schließlich von ihm nicht verlangen"[2]. Wohl möglich, daß der alte Koloman Tisza über Stefan geäußert hat: „Er ist ein gefährlicher Narr, er wird noch Ungarn ruinieren[3]."

Seine zweite Grundidee betraf das Wesen der Monarchie, das Verhältnis Ungarns zu Österreich.

Sein Axiom war: die 48er Unabhängigkeitsbewegung zu unterstützen, ist eine Sünde an der Nation. Der Ausgleich von 1867, d. h. das Gesamtreich muß bejaht werden, weil das Magyarentum sonst in die größte Gefahr gerät. Von allen seinen Landsleuten hat wohl er am schärfsten die tatsächliche Schwäche der eigenen nationalen und sozialen Machtstellung erkannt. Und er sah die Aufgabe seines Lebens darin, die Nation von dem Abgrund zurückreißen, an den der Kampf mit der Dynastie sie geführt hatte, Ungarn mit der Krone wieder zu versöhnen, indem man ihre Großmachtpolitik unterstützte. Denn

---

[1] Angyal 59.

[2] Kaiser Franz Joseph und sein Hof usw. 113.

[3] Prinz Windischgrätz a. a. O. 24.

er wußte, was sonst folgen müsse: der Bruch zwischen der Dynastie und dem magyarischen Volk, die Vereinzelung der magyarischen Nation und der Sturz seiner Gentry durch das Mittel der Demokratie, das allgemeine gleiche Wahlrecht. Er war fest davon durchdrungen, daß das magyarische Volk den Doppelkampf gegen Krone (und Österreich) und die eigenen Nationalitäten nicht auf die Dauer führen könne; und deshalb beschloß er mit dem Aufgebot aller Willenskraft, das Ruder des Staates zu ergreifen und herumzuwerfen, damit das ungarische Staatsschiff nicht am Felsen der Dynastie zerschelle.

Diese Überzeugung von der Schädlichkeit der Unabhängigkeitsbewegung hat er von früher Jugend auf gehegt. Schon im Alter von 15 Jahren schrieb er an einen Freund über das Verhältnis von Ungarn zu Österreich „mit solcher Klarheit und solcher politischer Einsicht, daß manche grauhaarige Landesväter von ihm hätten lernen können"[1]. Es war zu Ende der achtziger Jahre, als die Magyaren ihren Kampf für die Erweiterung des Ausgleichs, für die eigene ungarische Armee begannen. Schon damals zeigte sich Stefan Tisza im tiefsten erschüttert über die Gefahr der Lage und wurde nicht müde, zu betonen, daß Ungarn verloren sei, wenn es nicht aus diesem Wahn erwache[2]! Sein Gedankengang war: „Wir verlieren den wesentlichsten Wert des Ausgleiches durch die Jagd nach den nationalen Errungenschaften ... Denn indem wir an dem Bündnis mit der Dynastie, an der Einheit der gemeinsamen Armee festhalten, sichern wir der ungarischen Nation die freie, ungehinderte Machtentfaltung in der Monarchie. Wenn wir aber die Bande des Ausgleichs, das Gefüge der gemeinsamen Armee lockern, so werden die Feinde der ungarischen Nation in der Monarchie ermutigt, das alte Mißtrauen der Dynastie wird wieder lebendig und die Nation wird aus ihrer Position gedrängt." Und im Januar 1889, in seinem 28. Jahre, als die Frage der eigenen ungarischen Armee in denkwürdigen Debatten erörtert wurde,

[1] Angyal, 58.
[2] Angyal, 61.

äußerte er: „Der dunkelste Zug unseres öffentlichen Lebens ist die systematische, verblendete Agitation, welche die Armee und die Nation in feindliche Lager teilt.“ Er sagte voraus, daß in einem künftigen Kriege leicht die ganze Existenz der ungarischen Nation auf dem Spiel stehen könnte[1].

Mit diesen Sätzen ist Stefan Tiszas ganze politische Wirksamkeit umrissen: sein Kampf für die Großmachtstellung der Dynastie, für die Verstärkung des gemeinsamen Heeres, gegen die Politik der nationalen Errungenschaften!

Und doch war es kein anderer als dieser selbe Stefan Tisza, der im Jahre 1903 ein großes Loch in den Ausgleich schlug. Damals begann eine neue Epoche in dem Kampf der Magyaren für das eigene Heer — das wichtigste noch fehlende Attribut der eigenen Staatlichkeit. Die 48er Unabhängigkeitspartei, nicht mehr allein eine Richtung innerhalb der Gentry, sondern auch aus Advokaten, magyarisierten Juden, Literaten und Kleinbürgern bestehend, gewählt vor allem durch die magyarischen Bauern des Alföld, nationalistisch und aggressiv, tobte gegen die Forderung der längst nötigen Erhöhung des Rekrutenkontingents und stürzte die Monarchie in einer Zeit der wachsenden außenpolitischen Gefahren von einer Krise in die andere, legte durch die Obstruktion das Parlament lahm und offenbarte die Reichskrankheit erst vollständig den Augen Europas.

Konnten die Ansichten Franz Ferdinands glänzender gerechtfertigt werden?

Stefan Tisza, von Kaiser Franz Joseph als Vertrauensmann zur Entwirrung der Lage berufen, kurz darauf zum ersten Male (November 1903 — Juni 1904) Ministerpräsident von Ungarn, war entrüstet. Er sah die schweren Gefahren, sah, daß die Obstruktion den von ihm so geliebten und geachteten Parlamentarismus unmöglich mache, Ungarn gegenüber Österreich und den föderalistischen Plänen des Thronfolgers unheilbar schwäche und wußte, daß die Obstruktion nur die neue Form einer alten Krankheit sei, daß der Geist der Disziplinlosigkeit

[1] Angyal, 62.

die Nation von neuem erfaßt habe. Da beschloß er, alles an die Beseitigung dieser Krankheit zu setzen: zur Rettung der Nation und — seiner Kaste! Er wußte auch, daß ohne Gewalt nicht auszukommen und daß sein Weg von Gefahren aller Art bedroht sei. Aber er war, ein echter Führer, entschlossen, sich in diesem Kampf rücksichtslos einzusetzen. „Ich würde mich eher hundertmal durch die Ereignisse zermalmen lassen," rief er aus, „als daß ich meinem Gewissen den Vorwurf der Schlaffheit oder der Feigheit aufbürdete!"[1] Was jetzt folgt, ist ein einziger Kampf Tiszas gegen die tiefsten, auf die volle Selbständigkeit gerichteten Instinkte seiner Nation; der Kampf für die Herstellung der „Harmonie zwischen König und Nation", für die Abwendung eines demokratischen Staatsstreiches der Krone zugunsten der Nationalitäten und der unteren magyarischen Klassen. Er fühlte sicherlich, daß sein ganzes Ringen nur Sinn hatte, solange Kaiser Franz Joseph lebte; der Zufall dieses langen Lebens kam ihm zu Hilfe; und er wird sich gesagt haben, daß auch dem künftigen Könige von Ungarn gegenüber die Lage wesentlich anders sein werde, wenn die unbedingte Anerkennung des Reiches, der gemeinsamen Armee, der Großmachtstellung der Dynastie, im magyarischen Volke im Lauf der Zeit zur Selbstverständlichkeit geworden sei. Und gab es wirklich dem kommenden Manne gegenüber keine Mittel? Doch nicht nur die Kenntnis, daß Preußen-Deutschland im magyarischen Volke einen unentbehrlichen Damm gegen die slavische Flut sah. Es konnte einem künftigen Kaiser, vorausgesetzt, daß die Magyaren ihm etwas zu bieten hatten, nicht ganz gleichgültig sein, ob er dieses tapfere Volk für oder gegen sich hatte. Waren die Magyaren nicht die einzige Nation innerhalb der Monarchie, die von Natur keine Irredentisten sein konnten, weil sie keine Brüder jenseits der österreichischen und ungarischen Grenzpfähle wohnen hatten? Und konnte man den künftigen Herren nicht auch menschlich, vielleicht an seiner empfindlichsten Stelle packen? Schon bei der Inartikulierung der Unebenbürtig-

[1] Angyal, 61.

keit der Ehe Franz Ferdinands und seiner etwaigen Kinder war es in Ungarn offen ausgesprochen, daß die Magyaren den Begriff der Unebenbürtigkeit nicht kennen und daß der Thronfolger, würfe er sich diesem Volke in die Arme, der Erfüllung seiner geheimsten Wünsche und Hintergedanken sicher sein könne. Ja, war der Gedanke so absurd, daß Ungarn noch einmal, wie Maria Theresia schon hatte versprechen müssen, „das vornehmste Reich" der Dynastie wurde, der Mittelpunkt und gleichsam die Zitadelle der großen habsburgischen Festung, wie es Preußen in Deutschland war? Mußte Ungarn, in dem die Obstruktion gebändigt und das Parlament zur alten Machtfülle gekommen war, die Monarchie nicht schließlich in ein Ungarn-Österreich oder Großungarn verwandeln? Wurde dann nicht die ungarische Idee der Pragmatischen Sanktion verwirklicht und der innere Widerspruch gelöst, daß Ungarn frei sein, aber zugleich im Verbande mit dem jetzt zerbröckelnden Österreich stehen sollte?

Wie dem auch sei. Stefan Tisza ging an die Arbeit seines Lebens. Das erstemal scheiterte er. Und zwar, obwohl er der nationalen Bewegung weit entgegenkam. Durch das berüchtigte Neunerprogramm der liberalen 67er Partei von 1903, durch das er der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen suchte, schädigte er den Geist des Ausgleichsgesetzes aufs tiefste. Er behauptete, daß die dem Kaiser 1867 ausdrücklich belassenen souveränen Herrscherrechte über die Armee (z. B. Bestimmung der Dienst- und Kommandosprache) tatsächlich dem konstitutionellen Einfluß der ungarischen Regierung und des Reichstages unterstünden und leugnete, angestachelt durch die Dialektiker seiner Partei, daß der Ausgleich einen zweiseitigen Vertrag, also auch mit Österreich, darstelle. Allerdings erklärte er, diese Rechte der Nation aus wichtigen politischen Gründen vorläufig ruhen zu lassen — weil der berühmte Armeebefehl von Chlopy eine Warnung des Kaisers gewesen war, nicht an die gemeinsame Armee zu rühren. Aber mit eisiger Verachtung erwiderte er im Reichstage dem österreichischen Ministerpräsidenten v. Koerber, der sich gegen die Verletzung des Ausgleichs verwahrt hatte, und be-

lehrte ihn, daß er in ungarischen Dingen nur als distinguished foreigner zu betrachten sei[1]. Durch dieses Tiszasche Neunerprogramm wurde tatsächlich der ungarische Teil des gemeinsamen Heeres aus dem alten Rahmen herausgepreßt — indem der Absolutismus des Kaisers bezüglich dieses Teils der Armee beseitigt wurde — und das Dasein des gemeinsamen Heeres in der Schwebe gelassen; aber vorläufig wurde von Ungarn keine Folgerung daraus gezogen „aus wichtigen politischen Gründen".

Man kann sich vorstellen, mit welcher Entrüstung der Thronfolger diese Streitigkeiten verfolgte, mit welcher Erbitterung es ihn erfüllen mußte, daß Tisza und seine Partei als weiteres nationales Zugeständnis vom Kaiser erpreßten, daß künftig in jenen ungarländischen Regimentern, die 20% Magyaren umfaßten, die Regimentssprache, d. h. die Sprache im außerdienstlichen Verkehr mit der Mannschaft, magyarisch sein sollte!

Aber durch solche Mittel konnte Tisza die Obstruktion nicht brechen. Im Sommer 1904 trat er zurück; und nun begann der ex-lex-Zustand. Schließlich mußte Militär aufgeboten und der ungarische Reichstag durch ein vorwiegend aus Rumänen bestehendes Honved-Bataillon auseinandergejagt werden. Ein Kabinett aus Vertrauensmännern der Krone, unter dem Vorsitz des treuen alten Freundes des Kaisers, des Generals v. Fejerváry, suchte die Ordnung herzustellen; und der Minister des Inneren, Joseph v. Kristoffy, in dem man den besonderen Vertrauensmann des Thronfolgers sah, schüchterte die Opposition mit dem Schreckgespenst des von der Krone zugunsten der Nationalitäten oktroyierten allgemeinen Wahlrechts dermaßen ein, daß Franz Joseph sogar aus den Reihen der Unabhängigkeitspartei einzelne Ministerposten besetzen konnte. Gegen das Versprechen, die Armeefragen ruhen zu lassen, die Erhöhung des Rekrutenkontingentes zu bewilligen, überließ der Kaiser der Opposition die Aufgabe, ihrerseits ein modernes Wahlrecht einzuführen. Bis 1910

[1] Vgl. dazu Theodor v. Sosnosky: Die Politik im Habsburger Reich II, 184 und Zolger: Ungarns Ausgleich mit Österreich 157 f., auch Kolmer: Parlament und Verfassung in Österreich VIII, 516.

dauerte diese Komödie. Das Koalitionsministerium war zu schwach, die Gegensätze der Parteien und Klassen lähmten es, die Obstruktion wurde nicht besiegt, die Heeresreform ging nicht durch. Und das in dem Augenblick der größten außenpolitischen Gefährung der Monarchie (1908 ff.).

Da griff Stefan Tisza wieder ein. Die Gefahr für seine Nation und seine Klasse wuchs und wuchs. Das Gift des versprochenen demokratischen Wahlrechts schwärte fort und fort. Die 48er Unabhängigkeitspartei, gegen Österreich und die Verstärkung der verhaßten gemeinsamen Armee festgelegt, geriet ins radikale Fahrwasser, aus Rücksicht auf ihre demokratisch gesinnten bäuerlichen Wählermassen. Im Hintergrunde wartete der Thronfolger auf seine Stunde. In dieser Zeit der außen- und innenpolitischen, der nationalen und sozialen Gefahr stampfte Stefan Tisza durch alle Mittel der Agitation, der Drohung, der Wahlrechtsfälschung, der Einschüchterung, der Gewalt, im Jahre 1910 die „Nationale Arbeitspartei" (eine Wiederholung der alten 67er) aus dem Boden; der Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervåry gab nur seinen Namen her.

Jetzt endlich konnte die Heeresleitung daran denken, die seit 1903 obstruierten Wehrvorlagen wieder vorzulegen (Mai 1911). Aber die Opposition im ungarischen Abgeordnetenhause begann das alte Spiel; die Regierung Khuen-Hedervåry war ratlos. Um die „Nation" zu beschwichtigen, und andererseits um neue Dämme gegen den Thronfolger aufzuführen, entschloß sie sich zu einem sehr gewagten Schritt: sie versuchte, auch jetzt noch vom Kaiser nationale Errungenschaften zu erpressen. Und zwar waren diese sehr weittragender Natur. Bisher war die Regierung berechtigt gewesen, „wenn besondere Verhältnisse es erfordern, die Mannschaften des ersten Jahrganges der Reserve des gemeinsamen Heeres und der drei jüngsten Assentjahrgänge der Ersatzreserve... auch im Frieden zur ausnahmsweisen aktiven Dienstleistung" heranzuziehen. Nun hatte Graf Khuen-Hedervåry mit der Opposition eine „Resolution" vereinbart, worin diejenigen Fälle aufgezählt waren, in denen die Regierung zur Einziehung jener Jahr-

gänge nicht berechtigt sein sollte; nämlich wenn der Reichstag das jährliche Rekrutenkontingent verweigert hätte, wenn der Reichstag geschlossen oder aufgelöst und wenn die Vorlage über das Rekrutenkontingent noch nicht eingebracht wäre. Was das hieß, war klar; es sollte der Regierung in dringenden Fällen unmöglich werden — etwa in einem durch das Parlament herbeigeführten ex-lex-Zustand — die bewaffnete Macht zu erhalten, und es sollte dadurch das Parlament und vor allem die Opposition noch weiter gestärkt werden; ihr sollte es künftig freistehen, die Krone jederzeit in die furchtbarste Zwangslage zu versetzen. Daß Kaiser Franz Joseph, der schon so weitgehend unter dem Einfluß seines Neffen stand, diesem Verlangen nicht nachgeben konnte, war klar. In der Audienz des Ministerpräsidenten vom 29. März 1912 lehnte Kaiser Franz Joseph das unerhörte Ansinnen Ungarns entschieden ab und schloß die Auseinandersetzung mit den drohenden Worten: „Wenn die Resolutionsfrage nicht beseitigt wird, so bleibt mir — sie kennen ja die Verhältnisse — nichts anderes übrig, als ..." Dabei machte der Kaiser eine Handbewegung, die nicht zu mißdeuten war. Graf Khuen-Hedervány unterbrach ihn mit dem erschreckten Ausruf: „Gott verhüte!", worauf der Herrscher fortfuhr: „Das ist nicht der Moment für Sentimentalitäten. Das ist einmal so. Und ich spreche nach reiflicher Überlegung. Wenn Sie das nicht wollen, so muß die Resolutionsfrage aus der Welt geschafft werden, und zwar muß das rasch geschehen, es muß gleich geschehen[1]."

Der ungarische Ministerpräsident begriff, daß eine große Gefahr über dem Magyarentum schwebe, daß der Kaiser nicht, wie er es sofort in der Presse darstellte, mit Abdankung, sondern mit dem Staatsstreich und dem Säbelregiment gedroht hatte.

Das erkannte niemand besser als Stefan Tisza, der Präsident des Abgeordnetenhauses. Jetzt galt es kein langes Besinnen, es mußte gehandelt werden, um den König mit der Nation zu versöhnen; die Wehrvorlagen mußten endlich angenommen und dazu die Obstruktion gewaltsam niedergeworfen werden!

[1] Sosnosky a. a. O. II, 201 und 207.

Und nun beginnt der verzweifelte Kampf mit der Opposition. Es kommt zu furchtbaren Szenen im Reichstage; es wird auf Tisza geworfen, gespieen, geschossen. Der Sitzungssaal wird von der Opposition zertrümmert, der Sohn des alten Koloman als Hochverräter, als bezahlter Agent von Wien verdächtigt. Er greift endlich zur List und Gewalt. Es ist im Sommer 1912, als er mit seiner Partei, der Mehrheit, verabredet, die seit zehn Jahren obstruierte Wehrvorlage in einer einzigen Sitzung anzunehmen. Wenn er, der Präsident, sich erhebt und mit dem Taschentuch winkt, — dreimal hintereinander — steht ebenso oft auch seine Partei auf und die Vorlage gilt als durch dreimalige Lesung angenommen. Es geschieht unter dem furchtbarsten Toben der Opposition. Kein Wort ist zu verstehen. Stefan Tisza, ein unerschütterlicher Fels in dieser parlamentarischen Brandung, erhebt sich, seine Partei mit ihm. Die Opposition rast. Tisza ist bereit; die Gegner werden endlich gewaltsam aus dem Saale entfernt. Das Parlament ist unterworfen und homogen. Die Nation, d. h. die magyarische Herrenkaste, hat der Dynastie mit der Rekrutenvorlage endlich gegeben, wofür sie bereits im Jahre 1906 ihren Lohn erhalten hatte: die nochmalige Opferung der Rumänen und Slaven an die Magyaren, der unteren Klassen an die Gentry. Die „homagiale Treue" der magyarischen Nation ist dem alten Kaiser von neuem offenbart, und Tisza wird nicht müde, in Reden und volkstümlichen Leitartikeln seinem Volke einzuhämmern, daß der Ausgleich von 1867 nicht die Verleugnung, sondern die Krönung von 1848 ist[1].

Und nun, nachdem eine Karrikatur von erweitertem Wahlrecht durchgezwungen, nach kräftig unterdrückten Arbeiterunruhen in Ungarn eine Art von Kirchhofsruhe eingetreten ist und das Parlament, durch eine gewaltsame Hausordnung vom Gift der Obstruktion gesäubert, in alter Machtfülle dasteht, wird Tisza zum zweitenmal Ministerpräsident (Juni 1913). Jetzt kann er daran denken, sein anderes Ziel zu erreichen: eine festgefügte ungarische Gesellschaft, eine wahre Staatsnation aus

[1] Angyal 60.

allen das Land bewohnenden Völkern und Klassen zu bilden. Aber diese Aera der „Versöhnung" der Nationalitäten, besonders der Rumänen, fängt bedenklich an. Gerade rüstet sich Rumänien zum Eingriff in den Balkankrieg; in Bukarest verweisen die Gesandten der Entente auf Siebenbürgen, wo dreieinhalb Millionen Rumänen leben, wo aber die Hoffnung auf Franz Ferdinand noch wach ist; denn man glaubt von ihm zu wissen, daß er Siebenbürgen an Rumänien abtreten wird, wogegen Großrumänien als Bundesstaat in die Monarchie eintritt — in diesem Augenblick errichtet die ungarische Regierung ein neues Bistum in Siebenbürgen für die griechisch-unierten Rumänen. Nichts natürlicher, und auch der Thronfolger erwartet es, daß ein Priester rumänischer Nationalität an die Spitze dieses Bistums kommt; aber die ungarische Regierung setzt es beim Papste durch, daß ein Magyare ernannt wird! Franz Ferdinand schäumt vor Wut. In diesem Augenblick ist sein Haß gegen die Magyaren stärker als seine Ergebenheit gegen Rom. Er schreibt (April 1913) an den päpstlichen Nuntius einen drohenden Brief — dessen Entwurf Margutti uns überliefert — in dem es heißt: „Ich bin gewiß ein guter Sohn der römischen Kirche, aber wo es sich darum handelt, die elementaren Rechte der Völker zu gewährleisten, deren Geschicke ich einmal — so Gott es will — zu lenken berufen sein könnte, kenne ich keine Rücksicht und scheue mich durchaus nicht, auch mit dem Heiligen Vater meine Beziehungen zu lösen, wenn er seine Machtbefugnisse in einer Richtung betätigt, die meinen, nur dem Wohl meiner zukünftigen Landeskinder geweihten Intentionen diametral entgegenläuft[1]."

Wie stark war Ungarn durch Stefan Tisza geworden, daß nicht einmal der dem päpstlichen Stuhl so ergebene Thronfolger den magyarischen Willen in Rom brechen konnte! Kein Zweifel, der ungarische Ministerpräsident war jetzt der mächtigste Mann der Monarchie. Mit Bitterkeit bemerkte Franz Ferdinand, daß die österreichischen Minister und alle Höflinge auf dem Bauche lagen,

[1] Margutti a. a. O. 135 f.

wenn Tisza von Budapest kam[1]. Wie mühsam hatte der Erzherzog zu ringen, um das Schlimmste zu verhüten; welche Reibungen gab es fortwährend zwischen seiner Militärkanzlei und der des Kaisers! Welche Widerstände auf Schritt und Tritt! Die außenpolitische Gefahr stieg und stieg. Und Stefan Tisza, als ob keine Einkreisung drohe, als ob keine Freiheit der Völker, keine Demokratie, keine soziale Frage die Grundfesten des Baues erschüttere, hielt nicht nur Ungarn und seine Nationen, sondern auch Österreich unter seiner eisernen Faust! Ja, nachdem der elende österreichische Reichsrat, dessen Obstruktion niemand bändigen konnte, sich selbst ausgeschaltet hatte, und damit der von Tisza gereinigte ungarische Reichstag die einzige parlamentarische Tribüne der weiten Monarchie geworden war — konnte jemand zweifeln, daß sich jetzt tatsächlich Großungarn an Stelle der alten dualistischen Monarchie, an Stelle des künftigen Großösterreich, vor ganz Europa erhob? Gewiß, Tisza und die magyarische Gentry erkannten die Pragmatische Sanktion an; aber da Ungarn nun machtpolitisch unzweifelhaft das Hauptland der Monarchie geworden war, sanken die österreichischen Länder und Völker zu der Rolle geduldeter, auf Grund eben der Pragmatischen Sanktion für die Magyaren zur Waffenhilfe verpflichteter Bundesgenossen herab; allein von Pest hatten sie das Gesetz zu empfangen.

Wo waren die Aussichten auf Zerschlagung des Dualismus, auf Einigung der habsburgischen Südslaven in einem dritten, besonderen, von Ungarn losgelösten Staate Großkroatien? Welche Aussichten hatten die Südslaven, von den mächtigen Magyaren, von Stefan Tisza ihre Freiheit zu ertrotzen?

Franz Ferdinand ließ sich nicht erschrecken. Im Falle seiner Thronbesteigung, so bestimmte er gegenüber Conrad v. Hötzendorff, sei sofort ein höchstkommandierender General in Ungarn zu ernennen[2]. Allen Widerständen zum Trotz erklärte — sicher-

---

[1] Franz Ferdinand zu Kaiser Wilhelm in Konopischt bei Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage. S. 192 f.

[2] Conrad II, 19.

lich in seinem Auftrag — Fürst Karl Schwarzenberg in der österreichischen Delegation (Mai 1912), daß die südslavische Frage der Monarchie im Sinne des Trialismus gelöst werden müsse. Ein Jahr später, als Tisza Ministerpräsident wurde, schickte der Erzherzog, nunmehr Oberbefehlshaber der gesamten bewaffneten Macht, seinen Freund, den Grafen Ottokar Czernin, als Gesandten nach Rumänien — ein deutlicher Wink an die Adresse der Magyaren.

Und so standen sich denn endlich die beiden mächtigsten Persönlichkeiten des Habsburger Reiches kurz vor der Katastrophe Aug' in Auge gegenüber — in bedeutungsvoller Stunde! Ein denkwürdiger Gegensatz, diese beiden Männer, von denen das Schicksal der Welt so tief bestimmt wurde! In bester Manneskraft beide, jeder getragen von dem Glauben an seine Sendung, seinen Auftrag von Gott. Der eine erfüllt von den uralten Machttraditionen des Hauses Habsburg, voll Willen und Tatendurst, als Erbe des alten universalen Kaisergeschlechts ein treuer Sohn der römischen Kirche, die Dinge unter universalen Gesichtspunkten auffassend. Die Freiheit der Völker, die er wünschte, sollte nicht Selbstzweck sein, nicht mit den Kräften der Tiefe sollte das neue großösterreichische Kaisertum gebaut werden! Von oben, vom Throne her sollten die Nationen des Reiches ihre Freiheit empfangen, um dann um so fester diesen Thron zu schützen. Dynastisch-übernationale Politik war doch der letzte Grund aller dieser Pläne und Entwürfe. Um dieses neue Großösterreich zu schützen, sollte das Heer in fester Hand vereinigt bleiben; eine straffe Verwaltung sollte die Durchführung des obersten Willens sichern.

Und dem Thronfolger gegenüber Stefan Tisza, trotz einzelner deutscher Ahnen so ganz die Verkörperung seiner Nation, seiner Kaste, seines calvinistischen Glaubens, so tief verwurzelt in seinem Heimatboden, den er liebte! Kein Mann der Pläne, des Wartens, sondern der Tat, des Mutes, des nationalen Instinkts. Man würde irren, wenn man sich ihn als Gewaltmenschen dächte. Seine Seele war empfänglich für alles Gute

und Große und Schöne. Sein heroischer Sinn war den Heldentaten des Geistes und des Krieges zugewandt. Er liebte die Musik, vor allem Beethoven. Franz Ferdinand war ein guter Hasser, Stefan Tisza nicht. „Mich bewegt nicht die Leidenschaft des Hasses; durch Gottes Gnade ist in meiner Seele viel Platz frei für Liebe und sehr wenig für den Haß," äußerte er einmal[1]. Er war ein treuer und aufrichtiger Freund. Czernin und Burian haben Briefe von ihm veröffentlicht, die sein warmes Herz und seine Freundschaft in hellem Lichte zeigen. Sein Neujahrsbrief an Burian vom 31. Dezember 1915 möge hier Platz finden, weil er charakteristisch zugleich für sein natürliches Selbstgefühl und seine politischen Ideale ist:

„Lieber Freund, ich empfinde das Bedürfnis, am letzten Tage des Jahres Dich mit einem warmen Händedruck aufzusuchen, um Dir meine Freude auszudrücken über die bisherigen Erfolge unserer vereinten Tätigkeit und meine zuversichtliche Hoffnung, daß es unserer ehrlich angewandten und mit gegenseitigem vollen Vertrauen gepaarten Kraft gelingen wird, den Enderfolg zu erringen. Mit Beiseitesetzung aller falschen Bescheidenheit glaube ich, daß es Deiner und meiner bedarf, um die Monarchie aus dem Labyrinthe der sie umgebenden äußeren und inneren Komplikationen, Gefahren und Feinde an das sichere Ufer zu bringen und die einzige mögliche Gewähr unserer künftigen Sicherheit und Größe zu verwirklichen: die volle Geltung des ungarischen Staates im Dienste der Großmachtinteressen der Monarchie, und ich bin der Vorsehung unendlich dankbar, daß wir einander gefunden haben[2]."

Wo nicht die Interessen seines Volkes in Frage standen, war von seinem Starrsinn nichts zu spüren. Ja, er glaubte sogar den Nationalitäten Ungarns entgegenkommen zu können; er war — theoretisch — für die Schonung ihrer Gefühle und hielt sich ernsthaft für einen Liberalen; er unterstützte die soziale Gesetzgebung aufs lebhafteste, und seine Richtschnur war „Achtung

---

[1] Angyal 67.

[2] Burian a. a. O. 190.

vor allen Rechten und praktische Anwendung der christlichen Ethik[1]."

Aus diesem lebendigen Christentum heraus war er Gegner des Krieges, des Blutvergießens, obwohl er, der auf dem Fechtboden und im Duell sein Leben oftmals aufs Spiel gesetzt hatte, ein gebildeter Militärschriftsteller und begeisterter Soldat war; noch im Alter von 57 Jahren ging er als Honved-Oberst in den Schützengraben. Genau wie Franz Ferdinand war er gegen den Präventivkrieg mit Serbien und rechnete genau wie jener auf eine günstige Wendung in der großen Politik, die man nicht voraussehen könne. Die Früchte seiner dynastisch-nationalen Politik sollten erst noch reifen; wir wissen schon, daß er eben erst begonnen hatte, eine „festgefügte ungarische Gesellschaft" zu schaffen. Das Tragische ist, daß niemand mehr als er eine außenpolitische Gefährdung der österreichisch-ungarischen Monarchie und damit des Deutschen Reiches herbeiführte; vor allem durch die von ihm vollendete Umwandlung des Habsburger Reiches in ein Ungarn-Österreich oder Großungarn; dann durch seine verfehlte Rumänenpolitik und schließlich durch die in Europa allmählich zum Tagesgespräch werdende Kampfstellung gegen die nach nationaler Einheit strebenden Südslaven der Monarchie.

Franz Ferdinand, der hier einen weit besseren außenpolitischen Blick bewies als der ungarische Ministerpräsident, wußte, daß die zwölfte Stunde für das Reich geschlagen habe, um die südslavische Frage in habsburgischem Sinne zu lösen; und daher vor allem seine Entrüstung über das Regiment Tiszas gegenüber Kroatien. Seine Stimmung gegen Ungarn verbitterte sich immer mehr. Als Conrad ihn (1913) aufforderte, sich dort einmal zu zeigen und den Übungen der Honveds beizuwohnen, lehnte er ab und blieb bei seinem Satze: „In Ungarn wird nicht Ordnung sein, bis die ungarische Frage in meinem Sinne gelöst ist[2]."

---

[1] Angyal 63.
[2] Conrad III. 81.

3. Die südslavische Frage und der Mord von Sarajewo

Diese ungarische Frage war aber im Laufe der Zeit zu der eigentlichen Kernfrage der Monarchie geworden; denn der Schlüssel zur Lösung des Reichsproblems lag nicht in Wien, auch nicht in Agram, sondern in Budapest. Das, was man die südslavische Frage zu nennen pflegt, ist auch nur ein Teil des großen österreichisch-ungarischen Problems, aber sie ist wegen ihrer weltpolitischen Tragweite erster Ordnung dennoch die wichtigste von allen; sie wollen wir uns jetzt in großen Umrissen vergegenwärtigen.

In folgenden Territorien des Südostens lebten die etwa 10 bis 11 Millionen Südslaven: Slowenen in Steiermark, Kärnten, Krain, Istrien, Küstenland (1400000), Kroaten in Kroatien, Slavonien, Dalmatien, Istrien, Bosnien-Herzegowina, Ungarn (3500000), Serben (d. h. griechisch-orthodoxe Südslaven) in Dalmatien, Kroatien, Slavonien, Bosnien-Herzegowina, Ungarn, Serbien und Montenegro (5400000), mohammedanische Südslaven in Bosnien-Herzegowina (650000).

Von einem Gefühl der Einheit war unter diesen Stämmen verschiedenen Glaubens (römisch-katholisch, griechisch-orthodox, mohammedanisch) und deshalb verschiedener Kultur und Geschichte, bis tief ins 19. Jahrhundert hinein keine Rede. Die Slovenen in den südlichen Provinzen der deutschen Alpenländer Österreichs waren seit Jahrhunderten ein Bauernvolk, das sich gegenüber den deutschen Herren in den Landtagen und dem deutschen Bürgertum im Wiener Reichsrat langsam durchsetzte und endlich, nachdem sich auch unter ihm ein Bürgertum und eine Literatur zu entwickeln begann, ein voll bewußtes Nationalgefühl zeigte.

Nachdem das Königreich Serbien 1389 in der Schlacht auf dem Amselfeld (Kossowo) vernichtet und eine türkische Provinz geworden war, blieb nur Kroatien-Slavonien-Dalmatien, das dreieinige Königreich, als selbständiges südslavisches Staatswesen

bestehen. Seiner geographischen Lage nach war es aber höchst gefährdet: Dalmatien ging an die Venetianer verloren, in der Türkennot bot nur das deutsche Kaiserhaus der Habsburger Schutz; aber die alte, durch die Machtverhältnisse bedingte Verbindung mit Ungarn blieb; nach ungarischer Auffassung war Kroatien-Slavonien nur eine pars adnexa der Stephanskrone.

Da trat zu Ende des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts in den Geschicken der Südslaven eine Wendung ein. In den Kriegen Rußlands und Österreichs gegen die Türken boten der weiße Zar und der römische Kaiser die Serben gegen die Osmanen auf. Es kam zum serbischen Aufstand gegen den Sultan, der den Serben in Altserbien Autonomie verschaffte; im Frieden von Adrianopel (1829), den Kaiser Nikolaus von Rußland erkämpft hatte, wurde Serbiens Staatlichkeit anerkannt. Diese Erfolge wirkten tief auf die ungarischen Serben ein; hier im Süden Ungarns wurde die serbische Schriftsprache erst geschaffen. Und im Laufe des 19. Jahrhunderts errang Serbien nicht nur volle Unabhängigkeit von den Türken (1878), sondern schuf sich auch ein national-bewußtes Bürgertum, eine nationale Literatur, eine ausgebildete Verwaltung.

Die Anfänge des Nationalgefühls der römisch-katholischen Kroaten gehen auf Napoleon zurück. Er schuf das Königreich „Illyrien" aus den südslavischen Gebieten Österreichs, ein nationales Staatswesen mit slavischer Schulsprache.

Diese Erinnerung an das (1813) von Österreich aufgehobene Illyrien ist nie verschwunden. Illyrien, diese kostbare Erinnerung der Kroaten und Slowenen, wurde das Ideal der Jugend, die nun unter dem immer stärker werdenden Magyarisierungsdruck zu leiden hatte. Im Jahr 1840 wurde Magyarisch die Verhandlungssprache des gemeinsamen ungarischen Reichstages, 1843 ausschließliche Sprache der Gesetze, Regierung, Ämter und des Unterrichts in Ungarn; Magyarisch wurde in allen Schulen Kroatiens Pflichtgegenstand. Unter dem nationalen Führer Ljudevit Gay erstarkte die illyrische Bewegung immer mehr. Der kroatische Landtag erklärte Kroatisch für die Staatssprache des

dreieinigen Königreiches. Darüber kam es 1847 zum Bruch mit den Magyaren. In der Periode der ungarischen Revolutionskämpfe haben die Kroaten unter ihrem Banus Jellachich die wirksamsten Dienste gegen die Magyaren geleistet. Aber anstatt ihnen dafür zu danken, sie vollständig von Ungarn zu lösen, ihnen Dalmatien zu geben, opferte die Dynastie diese selben kaisertreuen Kroaten schließlich den Magyaren! (1867/68). Das war der schwerste Fehler des Hauses Habsburg gegenüber den Südslaven des Reiches. Nun konnten die Magyaren, diese alten Rebellen von 1848, nach der Schlacht von Königgrätz die begünstigte Stütze der Dynastie, den hilflosen Kroaten einen „Ausgleich" (1868) aufzwingen. Durch ihn wurde eine Art Bundesstaatsverhältnis zwischen Ungarn und Kroatien begründet. Danach besaßen die Kroaten im Innern Autonomie; die Staatssprache, die Justiz, das Schulwesen war national-kroatisch.

Aber dennoch war diese Regelung unbefriedigend. An der Spitze der Landesregierung stand ein Banus, der dem kroatischen Landtag verantwortlich war; andererseits aber wurde er auf Vorschlag des ungarischen Ministerpräsidenten vom Kaiser ernannt. Mit dem Herrscher durfte dieser Banus über kroatische Angelegenheiten nur durch den Minister für Kroatien verkehren, der wieder ein Mitglied des ungarischen Kabinetts war. Also konnte sich tatsächlich auf dem Posten des Banus nur ein „Exponent" des ungarischen Ministerpräsidenten, d. h. des magyarischen Nationalwillens halten; und die ganze Verantwortlichkeit des Banus gegenüber dem kroatischen Landtag war bei jedem Konflikt zwischen Ungarn und Kroatien tatsächlich illusorisch. Es stand also wahrhaftig „eine Doppelmauer zwischen Kroatien und der Krone, und seine Wünsche und Forderungen wurden vor dem Könige ausschließlich von zwei Ernannten der Magyaren vertreten"[1].

Die Konflikte zwischen Ungarn und Kroatien blieben nicht aus. Der „Ausgleich" von 1868 war aufgezwungen; und da ein Zensuswahlrecht mit öffentlicher Abstimmung dem Banus jeder-

[1] Seaton-Watson, Die südslavische Frage, 90.

zeit ermöglichte, ganz nach ungarischem Muster einen ergebenen Landtag zusammenzusetzen, so war der Sabor tatsächlich kein Mandatar des kroatischen Volkes. Die magyarische Herrschaft beruhte nun lange Zeit darauf, daß die ungarische Regierung den Gegensatz zwischen den katholischen Kroaten und den griechisch-orthodoxen Serben des Landes klug benutzte und schürte, um so zwischen den streitenden Parteien, indem sie sich aber auf die serbische Minderheit stützte, die Schiedsrichterrolle zu spielen.

Das ging aber nur bis zum Jahre 1903, das eine Epoche bedeutet. Es begann die jugoslavische Revolution[1]: der alte Bändiger Kroatiens, Graf Khuen-Hedervàry wurde gestürzt; der serbische Aufstand in Mazedonien war das erste Anzeichen künftiger serbischer Kriege um volle Freiheit; in Serbien wurde die nach dem Absolutismus schielende, bei Österreich-Ungarn Schutz suchende Dynastie Obrenowitsch ermordet.

Dieses Ereignis hatte weitreichende Folgen. Die politische Verbindung Serbiens mit Österreich wurde dadurch gelöst; im Innern erlangte der kleinbürgerlich-bäuerliche Radikalismus — national bewußt — die Herrschaft und gab dem Lande eine demokratische Verfassung. Diese neuen Staatslenker Serbiens waren es, die ihr Land, das von Österreich-Ungarn, d. h. in erster Linie von den magyarischen Agrariern wirtschaftlich gedrosselt wurde, in den Kampf gegen Habsburg führten.

Dieser wirtschaftliche, politische und nationale Gegensatz gegen die Monarchie wurde dadurch so bedenklich, daß sich unter den Südslaven Österreich-Ungarns das Gefühl der nationalen Einheit immer mehr verbreitete und bald zur offenen Auflehnung gegen Wien und Pest wurde. Eine magyarische Aufschrift auf einem öffentlichen Gebäude Agrams war der Anlaß zur Entfachung eines nationalen Sturmes gegen die Magyaren. Die Erkenntnis, daß die Dynastie die Südslaven des Reiches schließlich trotz aller Konflikte mit Ungarn der magyarischen Herrenkaste opfere, vollendete die Entfremdung vom Reiche. Auch in diesem Punkt hat die Politik des Grafen Stefan Tisza weltge-

[1] Vgl. dazu Otto Bauer, Die österreichische Revolution, 7 ff.

schichtliche Folgen gehabt. Eine Episode aus diesen Kämpfen der Südslaven war besonders bedeutungsvoll. In einem Augenblick, wo der offene Kampf der Krone mit dem magyarischen Parlament zur Katastrophe zu führen schien (Oktober 1905) wandten sich die Südslaven nicht mehr wie früher hilfebietend und -suchend an die Dynastie, sondern an die Magyaren! In der berühmten „Fiumaner Resolution" wurde zum erstenmal öffentlich die Einheit der Kroaten und Serben proklamiert; sie hätten das Recht, wie jede andere Nation „frei und unabhängig über ihre Existenz und ihr Schicksal zu entscheiden."

Aber die Hoffnung der Südslaven, mit den Magyaren auskommen zu können, erlosch bald. Kurze Zeit nach der Fiumaner Resolution setzte die ungarische Regierung die magyarische Dienstsprache auf den kroatischen Eisenbahnen fest; ein Ereignis, das die Einheitsbewegung der Südslaven nur verstärkte. Und kurz darauf erfolgte die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn, südslavischer Länder, in denen der von Habsburg ernannte kommandierende General die tatsächliche Herrschaft ausübte.

Wir wissen jetzt, daß Ahrental mit der Annexion nichts Geringeres bezweckte, als die Lösung der südslavischen Frage im habsburgischen Sinne anzubahnen. Er verkannte die Kraft der südslavischen Einheitsbewegung nicht und sah, „daß die Förderung dieser Bewegung und die Durchsetzung ihrer Ziele vom Standpunkte der Monarchie und Ungarns aus gesehen auch das einzige Mittel war, um unser Verhältnis zum Königreiche Serbien auf friedlichem Wege zu klären und die großserbische Gefahr für die Monarchie aus dem Wege zu räumen, ohne daß an die Gewalt der Waffen appelliert werden müsse"[1]. Der Minister des Äußeren hoffte, daß nach der Annexion Bosniens und und der Herzegowina die großkroatische Lösung auch den Magyaren durch die Gewalt der Umstände abgerungen werden würde, „daß ein innerpolitischer Umwandlungsprozeß in den südslavischen Provinzen der Monarchie uns die Notwendigkeit eines be-

[1] Musulin, Das Haus am Ballplatz, 206.

waffneten Vorgehens gegen Serbien ersparen und daß die politische, kulturelle und wirtschaftliche Anziehungskraft der einmal geeinten südslavischen Provinzen der Monarchie es möglich machen würde, das Verhältnis der Monarchie zu dem benachbarten serbischen Königreich auf friedlichem Wege zu liquidieren"[1].

Die Erfüllung dieser auch von Franz Ferdinand geteilten Hoffnung war um so notwendiger, als die außenpolitische Lage sich für die Zentralmächte auch deshalb verschlechtert hatte, weil erst nach der Annexion Bosniens Rußland ganz ins englische Fahrwasser kam, jetzt erst die Entente wirklich gefährlich wurde. Daß diese Hoffnungen — erklärlich in einer Zeit, wo in Ungarn die schwache Koalitionsregierung und ihre Nachfolgerinnen am Ruder waren, denen die Drohung mit dem allgemeinen Wahlrecht noch in den Knochen steckte, — sich nicht erfüllten, nicht erfüllen konnten, war ein verhängnisvolles Schicksal; es hieß Stefan Tisza. Nachdem dieser durch seine dynastisch-nationale Politik die Herrschaft der magyarischen Gentry erneuert und gefestigt hatte, blieb den Südslaven der Monarchie keine Hilfe mehr als der Thronfolger. Im Ministerium des Auswärtigen am Wiener Ballplatz wurde bekannt, daß die Kroaten ihn als die allerletzte Hoffnung bezeichneten[2].

Die Annexion Bosniens versetzte die Südslaven Österreich-Ungarns und Serbiens in die heftigste Erregung. In Kroatien hörte seitdem das verfassungsmäßige Leben so gut wie ganz auf; kein Banus konnte mit dem Landtag fertig werden. Da führte, nachdem Rußland sich mit Frankreich und England zur Entente verbunden hatte und der Gegensatz zu den Mittelmächten zum Kriege zu führen drohte, als alle Slaven von London und Petersburg ihr Heil erwarteten, als die Serben des Königreichs sich zum Kampf gegen die Türken rüsteten, um dann zum entscheidenden Waffengang gegen Österreich anzutreten — das Magyarentum einen verzweifelten Streich gegen die Südslaven: die Budapester Machthaber gingen in Kroatien zum offenen Abso-

[1] Musulin a. a. O. 171.
[2] Musulin a. a. O. 210.

lutismus über. Im April 1912 wurde die kroatische Verfassung außer Wirksamkeit gesetzt und Herr Cuvay als königlicher Kommissar nach Agram geschickt. Das war um so bedenklicher, als gleichzeitig Stefan Tisza in Ungarn jenes Wahlrecht durchsetzte, durch das die ungarischen Nationalitäten für ewige Zeiten aus dem ungarischen Reichstag ausgeschlossen werden sollten; als gleichzeitig der Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervárÿ höhnte, ein von südslavischen Abgeordneten aller Länder der Monarchie dem Kaiser und Thronfolger überreichtes Memorandum mit der Forderung des Trialismus sei in den Papierkorb gewandert; als ein allgemeiner Schulstreik der südslavischen Jugend offenbarte, daß sie der Monarchie — wenn kein Wunder geschah — verloren sei.

Das war zu viel, selbst für das geduldige Österreich. Sogar der Ministerpräsident Graf Stürgkh fand den Mut, im Reichsrat die Frage aufzuwerfen, ob nicht der Ausnahmezustand in Kroatien die gesamten Interessen der Monarchie nach innen und außen in Mitleidenschaft ziehe. Und kurz darauf (2. Mai 1912) erfolgte jene — höchst wahrscheinlich von Franz Ferdinand veranlaßte — Rede des Fürsten Karl Schwarzenberg in der österreichischen Delegation über den Trialismus.

Was hieß Trialismus? Er bedeutete die Vereinigung aller Südslaven des Habsburger Reiches in einem Staatswesen; und zwar die Bildung eines Großkroatien mit der Hauptstadt Agram gegenüber den Bestrebungen Serbiens, ein Großserbien mit der Hauptstadt Belgrad zu schaffen[1]. Dieses römisch-katholische Großkroatien aber wäre dann, wenn es sich erst eingelebt hätte, der Kern für das spätere, alle Südslaven umfassende, aber föderalistisch aufgebaute Staatswesen geworden. Diese Lösung, also die Einigung der Südslaven im Rahmen der Habsburger Monarchie, faßte der Erzherzog-Thronfolger schon lange ins Auge. Deshalb wünschte er keinen Krieg mit Serbien, denn zunächst mußte Großkroatien als erste Etappe der Einigung geschaffen

[1] Wie richtig diese großkroatischen Pläne waren, beweist die jetzige Opposition der Kroaten gegen den heutigen serbischen Zentralismus.

werden und sich festigen. Ob dann später die Serben des Königreiches sich diesem dritten Staate der österreichisch-ungarischen Monarchie angegliedert hätten, oder ob es zum Kampf um die Vorherrschaft zwischen Agram und Belgrad gekommen wäre, kann man nicht wissen. Sicher ist nur, daß die Aussichten Agrams in diesem Fall die besseren waren.

Wie dachte sich nun Franz Ferdinand diesen großkroatischen Staat, wie die Organisierung des Gesamtreiches bei Herstellung des Trialismus? Die Rede des Fürsten Schwarzenberg gibt vielleicht seine Gedanken am besten wieder. Darin heißt es u. a.: „Nach meinem Dafürhalten kann es zu einer ersprießlichen und dauernden Konfiguration der Gesamtmonarchie und zu einer entsprechenden Angliederung von Bosnien und der Herzegowina an die Monarchie nicht anders kommen als im Wege des Trialismus, aber nicht eines Trialismus, der eine Vervielfältigung des Dualismus bedeuten würde, sondern eines Trialismus, den ich mir als Kompromiß zwischen Föderalismus und Zentralismus vorstelle, und den ich mir als den uns vielleicht einzig noch übrigbleibenden Weg vorstelle, um die Zusammenfassung der gemeinsamen Angelegenheiten und deren Behandlung in einem gemeinsamen parlamentarischen Körper anzubahnen... Ich begreife auch vollkommen, daß die Idee und Erinnerung an den Trialismus jenseits der Leitha nicht sympathisch ist und daß man dort nicht gerne darüber sprechen hört. Aber andererseits begreife ich nicht, wie ernste Männer hüben und drüben glauben können, früher oder später um diese Frage herumkommen zu können. Denn, meine Herren, offen gestanden, stecken wir ja schon zum Teil in diesem Trialismus. Bosnien und die Herzegowina ist ja ein dritter Körper, und mein Wunsch geht nur dahin, ihn nicht ähnlich, wie es bei dem Dualismus geschehen ist, zu einem ganz separaten Körper sich entwickeln zu lassen, weil ich darin nur eine Gefahr und eine Quelle der Gefahr erblicke, sondern dahin, eine Art und Weise zu finden, welche es möglich macht, ihn organisch an die übrige Monarchie anzugliedern."

Natürlich war sich Franz Ferdinand darüber klar, daß dieser Umbau der Monarchie nur gegen die Magyaren, in einem Kampfe auf Leben und Tod herbeigeführt werden könne.

Verweilen wir einen Augenblick bei den Aussichten, die sich hier eröffneten. Das Reich war angesichts der unaufhaltsamen südslavischen Einheitsbewegung an dem entscheidenden Wendepunkt angelangt. Der Kampf um die Beseitigung des Dualismus, um die Brechung der magyarischen Vorherrschaft in Ungarn, das Ringen um die Föderalisierung der Monarchie war schlechterdings nicht mehr aufzuschieben; höchstens bis zum bald zu erwartenden Tode des alten Kaisers. Daß dieser Umbau, diese Entfesselung des inneren Kampfes die schwersten außen- und innenpolitischen Gefahren bot, wird sich der Erzherzog nicht verhehlt haben. Ja, es konnte sogar ein südslavisches, großkroatisches Staatsgebilde einmal den Lockungen Belgrads erliegen. Was die Monarchie und was er selber brauchte, war einerseits Bewahrung des Friedens bis zum Äußersten und andererseits Verständnis für die Größe dieser Probleme und die Bedeutung dieses Kampfes vor allem bei dem deutschen Bundesgenossen. Noch in den Unterredungen von Miramar und Konopischt (Mai und Juni 1914) hat er versucht, dem deutschen Kaiser die ganze Gefährlichkeit der magyarischen Despotie in Ungarn klarzumachen. Der Gesandte am kaiserlichen Hoflager v. Treutler hat dem Auswärtigen Amt über diese Gespräche berichtet. Es ist wichtig genug, sich die hier entwickelten Anschauungen des Thronfolgers — genau 14 Tage vor seinem Tode — noch einmal vor Augen zu führen.

„Das Gespräch," berichtet Treutler nach den Mitteilungen des Kaisers, „ging dann auf Ungarn über, und hier soll der Thronfolger noch schroffer und mit ungemein deutlichen Ausdrücken seiner Abneigung Ausdruck gegeben haben. Er hat die ungarischen Zustände als vollständig anachronistisch und mittelalterlich hingestellt.

Ungarn sei der Tummelplatz des Kampfes einzelner Familien, und die oligarische Regierungsform bedeute geradezu eine Ver-

gewaltigung aller nichtungarischen Elemente, die weit mehr als 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. Die Zahl der Magyaren sei immer falsch angegeben worden, in Wirklichkeit seien es vielleicht zweieinhalb Millionen. Wie der Mann an der Spitze heiße, sei meist Nebensache; jeder Ungar strebe mehr oder weniger offen danach, für Ungarn auf Kosten Österreichs und zu Ungunsten der Gesamtmonarchie Vorteile zu erlangen. Er, der Erzherzog, wisse wohl, daß der Kaiser einen sehr guten Eindruck von Tisza gewonnen habe. Das sei aber vielleicht nicht ganz zu Recht geschehen, denn Tiszas Taten (Entgegenkommen an die ungarischen Rumänen) entsprächen nicht Tiszas Worten. In Wahrheit sei Tisza schon Diktator in Ungarn und strebe danach, auch in Wien als solcher aufzutreten. „Schon jetzt zittere Wien, wenn Tisza sich auf die Reise mache, und alles läge auf dem Bauch, wenn er in Wien aussteige." Dabei sei es besonders bedenklich, daß Tisza sich offen dazu bekannt habe, er sehe die Selbständigkeit der ungarischen Armee als ein zu erstrebendes Ideal an[1].

Seine Majestät hat den Thronfolger unterbrochen, um ihm zu sagen, daß er selbstverständlich Tisza mißbillige, wenn er höre, daß er unbotmäßig sei und danach strebe, zu Ungunsten Österreichs das Schwergewicht der Monarchie zu verlegen. Er halte ihn aber für einen so kräftigen, seltenen Mann, daß er nur empfehlen könne, ihn nicht über Bord zu werfen, sondern ihn unter eiserner Faust zu halten und dann seine schätzenswerten Gaben auszunutzen.

Ich habe den Eindruck, daß Seine Majestät bei dieser Gelegenheit mit Erfolg beabsichtigte, dem Erzherzog entgegenzukommen, ohne ihn durch zu rasches Aufgeben seiner bekannten guten Ansichten über Tisza mißtrauisch zu machen. Andererseits hat der Thronfolger von seinem Standpunkt aus offenbar sehr geschickt betont, daß gerade Tisza daran schuld sei, wenn die Dreibundinteressen schlecht gewahrt würden, indem er es sei, der entgegengesetzt zu seinen Schönbrunner Versprechungen die unga-

[1] Damit ist wohl das Neunerprogramm von 1903 gemeint.

rischen Rumänen drangsaliere. Der Erzherzog hat schließlich sogar Seine Majestät gebeten, ob er nicht Tschirschky anweisen lassen könne, Tisza bei jeder Gelegenheit ins Gedächtnis zu rufen, er solle die notwendige Gewinnung der Rumänen durch angemessene Behandlung der in Ungarn lebenden Stammesbrüder nicht aus den Augen verlieren. Seine Majestät hat das mit den Worten versprochen, er wolle Tschirschky auftragen, Tisza immer wieder zuzurufen: „Herr, gedenke der Rumänen." Damit war der Erzherzog sehr einverstanden.

Zur Beleuchtung dieses Teils der Unterhaltung darf ich vielleicht auch anführen, daß kurz vorher Oberst Bardolff mich auf Tisza angeredet und sehr vorsichtig der „in Konopischt bestehenden Befürchtung" Ausdruck gegeben hatte, wir hätten durch die jahrzehntelange Vertretung der Doppelmonarchie in Berlin durch ungarische Botschafter die Verhältnisse durch ungarische Brillen zu sehen gelernt. Ich wies ihn darauf hin, daß wir ja auch durch unsere eigenen Vertretungen informiert würden, man brauche dies nicht zu besorgen; ich wisse schon, daß die Befürchtung daher käme, daß mein allergnädigster Herr sich offen und vorteilhaft über Tisza ausgesprochen habe. Dies liege aber viel einfacher, als man anzunehmen scheine. Tisza sei ein so tatkräftiger, energischer Mann, daß es ganz natürlich sei, wenn er einen starken Eindruck auf den Kaiser gemacht habe; im übrigen werde sich Seine Majestät sicher dem nicht entziehen, wenn der Erzherzog ihm die Gründe für eine gegenteilige Beurteilung mitteilen würde.

... Über Böhmen und die Mißerfolge des Fürsten Thun sprach der Erzherzog ebenfalls mit großer Offenheit und betonte erfreulicherweise die Notwendigkeit des Schutzes der Deutschen, die das „Ferment" bilden müßten. „Ein Ausgleich" könne nicht mehr von den Parteien erhofft, er müsse vielmehr von Wien aus oktroyiert werden[1]."

So warb Franz Ferdinand für sein Werk. Er wußte, was

[1] Bericht des Gesandten v. Treutler vom 14. Juni 1914 bei Montgelas Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, 192 f.

auf dem Spiele stand, er wußte, daß die Monarchie bei Fortdauer des Dualismus einem Kriege kaum gewachsen sei; nicht lange mehr konnte nach menschlichem Ermessen das Leben Kaiser Franz Josephs währen, und dann war er bereit, mit ganzer Kraft für die Neugestaltung seines Reiches zu kämpfen. Er wird sich über die weiteren Folgen dieses Ringens, über die Konsequenzen des Trialismus ebenfalls nicht im unklaren gewesen sein. Wenn die Monarchie diese Umbildung ertrug — und ohne dieses Risiko des inneren Kampfes ging sie sicher an Magyaren und Südslaven zugrunde — wenn Großkroatien und der Trialismus geschaffen wurden, dann konnte auch diese Verfassung schließlich nur ein Übergang zu weiterer Föderalisierung sein. Denn was dann den Serbo-Kroaten recht war: die nationale Freiheit auf ihrem Siedlungsgebiet, das mußte dann auch den Tschecho-slowaken, den Ruthenen, den Deutschböhmen, den Rumänen in Ungarn und Siebenbürgen billig sein. Und so wäre dann doch logischerweise der große Nationalitätenbundesstaat erstanden. Ein Staatswesen, das wohl auch, wie er plante, dem rumänischen Volke diesseits und jenseits der transsylvanischen Alpen die volle nationale Einheit hätte bieten können. Ein mit Siebenbürgen vereintes Großrumänien wäre dann ebenso wie der südslavische Staat — später um Serbien vergrößert — in die Monarchie eingetreten. Einen späteren Kampf gegen Rußland hätte Franz Ferdinand unter der Parole der Freiheit aller Völker führen können, hätte andererseits den Hoffnungen Belgrads auf Großserbien den Boden entzogen. Der ganze Südosten Europas wäre im Sinne des österreichischen Kaisergedankens endlich befriedet worden.

Diese Pläne waren zu groß, die Vorteile für Österreich und das verbündete Deutschland wären zu gewaltig gewesen, als daß die Gegner es dazu hätten kommen lassen können. Franz Ferdinand mußte vor seiner Thronbesteigung fallen. Es war das dringendste Staats- und Nationalinteresse Serbiens, daß er rechtzeitig beseitigt wurde.

In welcher Lage befand sich das Königreich, als der Erzherzog-Thronfolger sich entschloß, den Manövern in Bosnien

beizuwohnen und am 28. Juni 1914 mit seiner Gemahlin in die Hauptstadt Sarajewo einzuziehen?[1]

„Der 28. Juni ist der serbische Jahrestag der Trauer, Hoffnung und nationalen Schwüre", der St. Veitstag, der Vidovdan; vor 525 Jahren erlag das Serbien des Mittelalters auf dem Amselfeld den Scharen des Sultans Murad; aber noch am selben Abend ward der Sieger von einem Serben erdolcht. Der St. Veitstag wurde 1914 in gehobenster Stimmung begangen; das Land konnte stolz auf seine Erfolge blicken. Die letzten unter türkischem Joche schmachtenden Brüder waren befreit, Bulgarien lag am Boden, ein Siegestaumel hatte die ganze Nation erfaßt. Und dies im Übermaß gesteigerte Selbstgefühl wendete sich gegen das Habsburger Reich, wo die Millionen unerlöster Brüder wohnten. Das Vereinsorgan der Narodna Odbrana, der nationalen Organisation, lehrte: „Es ist ein Irrtum, zu glauben, Amselfeld, Kossowo sei gewesen und vorüber. Wir befinden uns mitten in Kossowo. Die Gründe des neuen Kossowo leben an den Grenzen im Norden und Westen: die Deutschen, Österreicher und Schwabas mit ihrem Vordringen gegen unseren serbischen und slavischen Süden." In der Sonntagsnummer des serbischen Amtsblattes standen zum Vidovdan folgende Sätze: „Ebenso weit und breit wie die Gebiete sind, in denen unsere Volkssprache gehört wird, die serbische, kroatische und slovenische, von Kikinda im Banat bis Monastir, von Triest bis zur Südspitze Dalmatiens, ebenso weit und breit ist die Bedeutung des St. Veitstages und des Kossowo. So viel nationale Seelen auf diesem Gebiete weinen, so viel Ketten unserer Brüder knirschen, so viel ist zu leisten, so viel haben wir noch zu opfern."

Angesichts dieser überhitzten nationalistischen Stimmung in Serbien wird die Anwesenheit des Thronfolgers bei den Manövern in Bosnien, wird sein Einzug in Sarajewo gerade an diesem heiligen Vidovdan als Beleidigung der Nation empfunden. Aber die „Rächer" sind schon bereitgestellt. Seit dem Mai ist das

[1] Vergl. dazu den Aufsatz „Sarajewo" von F. Kern. Preuß. Jahrb. 197, Heft 3, Sept. 1924, S. 229 ff.

Attentat in Vorbereitung; bosnische Jünglinge sind durch den Obersten im serbischen Generalstab Dragutin Dimitrejewitsch und den Major Tankositsch mit Waffen aus dem Armeearsenal von Kragujewatz versehen, im Schießen ausgebildet und nach Bosnien entsandt. Dimitrejewitsch ist einer der Mörder des Königs Alexander von 1903; ein geborener Verschwörer und Blutmensch, dem, wie seinen Genossen von der „Schwarzen Hand", jeder Mord recht ist, wenn er nur im Namen der serbischen Nation erfolgt. Die Lage der Welt ist so, daß ein einziger Funke genügt, um das Pulverfaß zur Explosion zu bringen; „das patriotische Triebleben serbischer Offiziere diktiert Europa das Gesetz des Handelns ...[1]"

Schon bald war das bevorstehende Attentat Gesprächsstoff, sogar auf der serbischen Gesandtschaft in Wien. Der serbische Ministerpräsident, Herr Pasitsch, wußte darum, und um sich und seine Regierung für alle Fälle zu decken, erteilte er am 18. Juni seinem Wiener Gesandten den Auftrag, die österreichische Regierung zu warnen. Aber diese Warnung, lau ausgeführt, nicht an die richtige Stelle geleitet, verhallte ohne Wirkung. Und konnte überhaupt eine Regierung einer anderen Mordanschläge mitteilen, ohne die Tat selber unmöglich zu machen und der Täter habhaft zu werden?

Das aber war in diesem Falle unmöglich, denn das amtliche Serbien wollte den Tod des Erzherzogs!

Nicht ungewarnt, nicht ohne Zögern hat Franz Ferdinand die Reise angetreten. Noch in seiner letzten Audienz bei Kaiser Franz Joseph ließ er anklingen, daß er nicht gern zu den Manövern nach Bosnien, seiner Gesundheit wegen, gehe[2]; ob er die Reise nicht doch unterlassen solle[3]? Wartete, hoffte er vielleicht auf einen Gegenbefehl des Oheims? Konnte hier vielleicht noch einmal die alte Abneigung des Monarchen gegen die unebenbürtige Gemahlin des Thronerben — diesen retten? Denn

[1] Kern a. a. O. 240.

[2] Conrad III, 700. Nach einer Mitteilung des Fürsten Montenuovo.

[3] Kaiser Franz Josef zu Conrad IV, 37.

vielleicht war das Hauptmotiv der bosnischen Fahrt trotz aller Bedenken, daß die Herzogin von Hohenberg ihren Gatten begleiten sollte und sich bei dieser Gelegenheit zum erstenmal offiziell als Gemahlin des künftigen Kaisers feiern lassen konnte[1]. Kaiser Franz Joseph aber gab keinen Gegenbefehl[2], sondern entgegnete, der ewigen Streitigkeiten müde: „Mache es wie du willst," und bewilligte dann die Anwesenheit der Herzogin von Hohenberg in Bosnien[3].

Damit war dem Erzherzog-Thronfolger die Möglichkeit eines Ausweichens abgeschnitten. Jetzt, wo die Entscheidung: ob reisen oder nicht, in seine Hände gelegt war, gab es für ihn als Soldaten kein Zurück. Durfte der Armeeoberkommandant vor Warnungen erbeben?

Und so erfüllte sich sein Schicksal. Am 28. Juni fand der feierliche Einzug in Sarajewo statt. Auf der Fahrt zum Rathaus explodierte die erste Bombe, die einen Begleitoffizier verwundete. Blaß, aber rasch gefaßt, herrschte der Erzherzog — die Gemahlin am Arm — den wartenden Bürgermeister ob dieses Geschehnisses an; aber dann ließ er ihn seine Rede halten. Beim Einsteigen in das Auto, das die Herrschaften in den Konak zurückbringen sollte, will man bemerkt haben, daß ihn ein leiser Frost geschüttelt habe und daß die Herzogin bleich wie eine Tote gewesen sei. Eine Rettung gab es kaum mehr. Oberst Dimitrejewitsch und seine Helfer hatten zu gut vorgesorgt: der kaiserliche Prinz sollte seinem Schicksal nicht entgehen! Ein unsinniger Zufall unterstützte die lauernden Mörder. Der Lenker des Erzherzogs irrte sich im Weg, der große schwere Wagen mußte in einer engen Gasse halten und umwenden — ein sicheres Ziel selbst für ungeschulte Schützen, die nicht von serbischen Offizieren ausgebildet waren. Der Gymnasiast Princip hob den Armeerevolver aus dem serbischen Staatsarsenal, zielte und traf.

In diesen Sekunden entschied sich das Schicksal der Welt!

---

[1] Margutti 145.

[2] Der Herrscher machte sich später darüber Vorwürfe. Conrad IV, 37.

[3] Conrad III, 700.

Der Schuß, der Franz Ferdinands Herzblut verströmen ließ, löste zugleich die Lawine des Weltkrieges, die schließlich auch die Habsburger Monarchie in den Abgrund riß. Denn jetzt gab es keine Möglichkeit mehr, den Frieden und das Reich zu retten.

Der stärkste Mann der Monarchie, der einzige, der ihr neues Leben hätte einhauchen können, der einzige, der Stefan Tisza und dem Magyarentum gewachsen war, derjenige, der den Präventivkrieg gegen Serbien verhindert hatte und verhindern konnte — er war dahin! Gefallen auf dem Felde der Ehre als der Blutzeuge für eine große Menschheitsaufgabe, für die Idee der Überwindung des Nationalismus, der Vereinigung vieler Völker in einem höheren Verbande. Als er verblich, rasten alle Orgien des Nationalismus über die alte Welt dahin, wurden alle Stürme entfesselt, die er noch zu beschwören gedachte und wurden die grausigsten Hekatomben gleichsam zu seiner fürchterlichen Leichenfeier hingeopfert.

Bei seiner und seiner Gemahlin einfacher Bestattung in Artstetten an der Donau — denn auch im Tode wollte er noch mit der unebenbürtigen Frau verbunden sein — fügten die Elemente diesem unersetzlichen Leben „den letzten Schlußakkord mit Donner und Blitz und Hagelschauern und Windgebrüll" bei. „Es war," sagt Margutti[1], „als ob das Weltall zürnen würde ob dieses Geschehnisses, welches als erste Sturzwelle die grauenhafte Sturmflut ankündigte, die unmittelbar darauf mit Feuer und Eisen, mit Blut und Tränen über die entsetzte Menschheit hereinbrechen sollte."

[1] Margutti, 152.

Die österreichische Frage und der Krieg

*

1. Die dualistische Verfassung und der Präventivkrieg (Conrad von Hötzendorff)

Als die Kunde von der Ermordung des Thronfolgers nach Budapest kam, atmete man in allen politischen Lagern, besonders in der Nationalen Arbeitspartei, wie von einem Alpdruck befreit auf. Ganz unverhohlen äußerte man seine Freude[1], daß diese seit Jahren über Ungarn und der magyarischen Nation hängende Gefahr beseitigt war. Auch Stefan Tisza konnte aufatmen. Nun endlich schien er am Ziel seines Lebens: die Opposition war besiegt, der ungarische Reichstag seinem Willen untertan und bildete, seit die österreichische Volksvertretung wegen Obstruktion vertagt war, die einzige parlamentarische Tribüne für die 50 Millionen der Monarchie. Im ganzen Reiche gab es jetzt niemanden mehr, der ihm hätte widerstehen können; das österreichische Kabinett unter Stürgkh war schwach und jedes parlamentarischen Rückhalts beraubt. Kein österreichischer Staatsmann hätte es jetzt noch wagen können, von der notwendigen Föderalisierung der Monarchie zu reden. Die Monarchie war Ungarn, und Ungarn war Graf Stefan Tisza.

Das erkannten die Feinde der Magyaren sofort. Kaiser Franz Joseph war zu alt, der neue Thronfolger Erzherzog Karl zu jung und zu schwach, als daß jetzt noch der magyarische Block durch die Dynastie hätte hinweggeräumt werden können. In diesem Augenblick wurde eigentlich erst das letzte Band zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien und zwischen der Hofburg und den Kroaten gelöst. In Bukarest hatte Franz Ferdinand die größten Sympathien genossen; man kannte in ihm den Feind der Magyaren, den wärmsten Freund nicht nur des rumänischen Königreichs, sondern auch der siebenbürgischen Rumänen; viele Bukarester Politiker hatten sich in den Gedanken gefunden, die

[1] Prinz Ludwig Windischgrätz a. a. O. 50.

volle nationale Einheit dereinst im Verbande eines von ihm errichteten föderalistischen Großösterreich zu finden. Diese nationalen Hoffnungen wurden durch den Mord von Sarajewo mit einem Schlage zerstört, als Stefan Tisza nunmehr als der mächtigste Mann der Monarchie dastand. Von diesem Augenblick an verzweifelte auch König Karol an der Zukunft Österreich-Ungarns[1]. „Seiner Majestät," berichtete der österreichische Militärattaché in Bukarest, Major Randa, „entschlüpfte die Äußerung, er habe im Gespräch mit Bratianu, Take Jonesku und Marghiloman seine eigene Anschauung widergespiegelt gefunden, daß nach der Ermordung des Thronfolgers die Zukunft der Monarchie völlig dunkel sei und zu dem größten Pessimismus Anlaß gebe"[2]. Männer wie Filipescu beweinten den toten Erzherzog, als sie dem österreichischen Gesandten Grafen Czernin ihr Beileid aussprachen.

Eine katastrophale Wirkung hatte die Ermordung Franz Ferdinands auf die Südslaven der Monarchie.

„In Kroatien mußte man," erzählt Freiherr v. Musulin, selbst ein Kroate, „darüber hatte ich keinen Zweifel, die Beseitigung des Erzherzogs, des Thronfolgers und künftigen Kaisers und Königs, als einen schweren Schlag für die südslavische Sache empfinden; es mußte in meinem Heimatlande die Empfindung entstehen, daß auf eine von der Monarchie ausgehende Lösung der südslavischen Frage im Sinne der Einigung der Südslaven in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen sei. Es mußte zudem auch der Gedanke entstehen, daß die Macht der Dynastie zu wanken beginne"[3].

Aber nicht nur in Rumänien, Serbien und Kroatien sah man die österreichische Frage nunmehr auf die Tagesordnung gestellt. Das Problem der Zukunft Österreich-Ungarns hatte auch die russische Regierung schon lange beschäftigt. Es ist nicht zweifelhaft, daß Rußlands Zukunftsprogramm die Teilung Öster-

[1] Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch I, 59, Nr. 39.

[2] Conrad IV, 86.

[3] Musulin a. a. O. 214.

reich-Ungarns war; unsicher ist nur, ob man sie in Petersburg sofort herbeiführen, oder ob man den Tod Kaiser Franz Josephs abwarten wollte. Das letzte ist wahrscheinlich. Denn man glaubte bestimmt, daß sich nach diesem Ereignis eine vollständige Umwandlung der staatlichen Verhältnisse im Donaubecken vollziehen werde, welche die Gelegenheit zum Eingreifen bieten mußte. Es ist also klar, daß sowohl Rußland, als auch das von ihm zum Teil bereits gewonnene Rumänien, daß ferner Serbien, welches der Zar und seine Minister mit der sicheren Aussicht auf österreichisches Land trösteten, und endlich Italien, das seit 1909 sich dem Zarenreich angenähert hatte, nach dem Tode des Thronfolgers die Zustände im Habsburger Reich mit noch gespannterer Aufmerksamkeit als bisher verfolgten und nunmehr erst ihrer Sache ganz sicher zu sein glaubten.

Dieser lähmende Pessimismus wegen der Zukunft wurde aber jetzt, nachdem der einzige starke Mann gefallen war, auch in der österreichischen Öffentlichkeit allgemein. Man hielt die Monarchie keiner Kraftanstrengung mehr für fähig[1]. Ein Krieg, etwa mit Serbien, mußte nach allgemeiner Ansicht die slavische, vor allem die tschechische Frage aufrollen und zur schwersten Gefährdung des Reiches führen.

In diesem Augenblick der Kopflosigkeit und Verzweiflung griff ein starknerviger Mann mit allen Kräften ein. Von dem Gedanken ausgehend, daß ein alter und ruhmwürdiger Staat sich nicht wehrlos seinen Feinden ausliefern dürfe, riet er zum sofortigen Krieg gegen Serbien, ja scheute sich nicht, den Waffengang gegen Rußland und Italien, ja den Weltkrieg zur Rettung der Monarchie kaltblütig ins Auge zu fassen: es war der Chef des Generalstabes, General der Infanterie Franz Freiherr Conrad v. Hötzendorff.

Der Erzherzog-Thronfolger lernte den aus einer deutsch-mährischen Soldatenfamilie stammenden ideenreichen, beweglichen, modern denkenden, von stürmischen Temperament erfüllten

[1] Bericht des deutschen Botschaftsrats Grafen Stolberg in Wien. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch I, 113, Nr. 87.

genialischen Mann im Jahre 1901 bei den Manövern in Ungarn kennen, wo Conrad als Schiedsrichter tätig war. Die Art, wie ihre erste nähere Bekanntschaft zustande kam, ist bezeichnend. Conrad bewohnte ein höchst einfaches Zimmer; ein Bett, zwei Stühle und ein Tisch waren der ganze Hausrat. Er war in diesem Quartier gerade beim Umkleiden, als der Erzherzog gemeldet wurde. Trotz aller Proteste des Generals, daß er ihn unmöglich empfangen könne, trat Franz Ferdinand doch herein und forderte ihn auf, sich ruhig fertig zu machen. Auf der anschließenden Spazierfahrt wurden alle möglichen Fragen erörtert, militärische und politische. Es war des Thronfolgers Art, die Leute so auf die Probe zu stellen. Die inneren Zustände wurden besprochen, die südslavische Frage, wobei Conrad für die großkroatische Lösung eintrat; die staatsrechtliche Stellung Ungarns, alle sich ergebenden Konsequenzen. Sie waren einig in der Ansicht, daß alle Kräfte des Reiches zusammengefaßt werden müßten, daß alle auflösenden Tendenzen zu bekämpfen seien, daß man allen Sonderbestrebungen entgegenzutreten habe[1]. Conrad bezeichnete seine politischen Ansichten dahingehend: daß eine gesunde Verfassung des Gesamtreiches nur dann gewährleistet sei, wenn die Monarchie unter einer für alle Teile gleichen Zentralregierung stünde. „Von ihr wären die Agenden zu versehen, die nur gemeinsam behandelt werden konnten, den einzelnen Teilen aber ansonsten nationale und politische Autonomie zu lassen gewesen"[2].

Man kann sich denken, daß diese Ansichten den vollen Beifall des Erzherzogs fanden und daß er in Conrad den Mann sah, dessen er bedurfte.

Im Herbst 1906 wurde der General, der sich ein Jahr zuvor durch die von ihm geleiteten Manöver in Tirol ausgezeichnet hatte, ins Belvedere berufen, und hier eröffnete ihm der Thronfolger, daß er ihn zum Chef des Generalstabes vorgeschlagen habe. Conrad, dem sein Instinkt vielleicht sagte, daß er zum Korpskommandanten besser passe, weigerte sich zunächst. Als aber Franz Ferdinand wiederholt an sein militärisches Gewissen

[1] Conrad I, 37. [2] Conrad I, 48.

appellierte, an die Pflicht jedes Offiziers, alle aufgetragenen Dienste zu übernehmen, fügte er sich. Am 18. November 1906 wurde er vom Kaiser zum Chef des Generalstabes ernannt.

Leicht war es ihm nicht, als erklärter Vertrauensmann des Thronfolgers ein Verhältnis zum alten Kaiser zu gewinnen, dem er doch aufgedrängt war. Auch betrachtete Franz Joseph mit Mißtrauen die sich ununterbrochenen folgenden Reformen im Generalstab und im Heere; seinem konservativen und nüchternen Sinne sagte dies hastige und ideenreiche Wesen nicht zu. Aber der Notwendigkeit ordnete er seine persönlichen Empfindungen unter, wenn er auch mit seinem scharfen kritischen Blick die Schwächen des neuen Chefs erkannte und einmal ausrief: „Ich ärgere mich immer, wenn ich Ihre Denkschriften lese!" Es ehrt beide, den Kaiser und den General, daß Conrad bei Antritt seines Amtes dem Monarchen eine Bitte unterbreitete, nämlich die, ihm stets unumwunden seine Ansichten und Meinungen, sowie offen die Wahrheit sagen zu dürfen; worauf Franz Joseph echt kaiserlich erwiderte: „Ich gestatte Ihnen dies nicht nur, sondern ich mache es Ihnen auch zur Pflicht"[1]. Es lag in der Natur der Dinge, daß Conrad, dieser von mannigfachen Ideen erfüllte Geist, der, ein echtes Produkt der k. u. k. Armee, nur den Dienst des Kaiserhauses und die Größe der Habsburger Monarchie kannte, sich auf das Gebiet der auswärtigen Politik begab. In immer neuen Denkschriften suchte er zu erweisen, daß militärisch die Gelegenheit gekommen sei, zuerst mit Italien, später mit Serbien den Präventivkrieg zu eröffnen. Die Rolle des Generalstabes im modernen Staate ist schwierig. Auch Bismarck hielt es aus seinen Erfahrungen und Kämpfen heraus für natürlich, daß ein Chef des Generalstabes über sein Ressort hinausgreife; aber die Staatsleitung habe ihm die Schranken zu setzen. In einem monarchischen Staate hat der Souverän die Aufgabe, den Einklang zwischen der politischen und der militärischen Leitung herzustellen. Daß sich weder Kaiser Franz Joseph noch der Thronfolger auf den Gedanken Conrads

[1] Conrad I, 35.

einließen, einen Präventivkrieg gegen Italien — Franz Ferdinand nannte das Räuberpolitik — und gegen Serbien zu entfesseln, haben wir schon gesehen. Vielleicht hängt die spätere Entfremdung zwischen dem Erzherzog und Conrad wenigstens zum Teil mit diesen Differenzen zusammen.

Welche Ziele für seine Heimat dem Generalstabschef vorschwebten, kann man aus einem Essay entnehmen, den er im Oktober 1912 für sich verfaßte. Als Programm für Österreich-Ungarn wird da aufgestellt[1]:

Beitritt der Monarchie zum Balkanbund. Dabei fällt den kleinen Balkanstaaten die Rolle zu, die Bayern im Deutschen Reiche spielt.

Wenn das nicht erreichbar, wenigstens Gemeinsamkeit der Wirtschaftspolitik auf Grund eines Zoll- und Handelsbündnisses.

Lösung aller gemeinsamen Fragen im Bundesrat, wozu jeder Staat seinen Minister des Äußeren, Kriegsminister, Chef des Generalstabes und Finanzminister delegiert.

Als gemeinsame Fragen sind zu behandeln: äußere Politik, Kriegsvorbereitungen, Handelsentwicklung- und Organisation, Finanzpolitik (gemeinsames Münzwesen), Verkehrspolitik. Wenn möglich: Kaiser von Österreich als Bundesherr. Sonst nur Bundesrat. Zu diesem Verbande sollen nach Conrad zunächst gehören: Serbien, Montenegro, Griechenland.

Eine weitere Konsequenz dieses erweiterten Balkanbundes ist die Selbständigkeit Kroatiens und Slavoniens, sowie die Befriedigung der Ruthenen.

Ob dieses große Programm durch einen allgemeinen Krieg oder durch friedliche Verhandlungen durchzusetzen war, darüber schwankte Conrad. Aber er glaubte, sich auf die Dauer doch nicht verhehlen zu können, daß die südslavische Frage, falls die dualistische Monarchie als solche erhalten blieb, nur durch gewaltsame Niederwerfung Serbiens vorläufig zu „lösen" war. Aus diesem Grunde hielt er an dem Plan des Präventivkrieges gegen

[1] Conrad II, 314 ff.

diesen Nachbarn fest. Wie er dachte, geht am besten aus einer Denkschrift an Kaiser Franz Joseph vom 20. Januar 1913 hervor[1]. Darin heißt es:

„Eingekeilt zwischen Rußland, dann einem mächtig gewordenen Serbien und Montenegro und einem auf die Dauer kaum verläßlichen Italien wird die Monarchie zur politischen Ohnmacht und damit zum sicheren Untergang verurteilt sein.

Dies zu vermeiden, muß also der Kern des Übels erfaßt werden, d. h. die Monarchie muß durch eine militärische Kraftäußerung ihr Prestige, besser gesagt ihre politische Geltung, wiederherstellen.

Am wirksamsten wäre dies der Fall, wenn es gelänge, in einem Kriege gegen Rußland Sieger zu sein . . . Wenn Deutschland nur etwas in die Zukunft blicken wollte, so müßte es zu analogen Schlüssen kommen... Es ist also auch für Deutschland nur von Vorteil, wenn die Kraftprobe zwischen Dreibund und Triple-Entente möglichst bald zum Austrag kommt; also durchaus keine einseitige Belastung Deutschlands, wenn es zu diesem Kriege genötigt werden sollte.

Scheut es aber den ersten Schritt hierzu, will es diesen Krieg möglichst vermeiden, muß also die Monarchie zunächst mit einer anderen Lösung rechnen, so kann diese nur der Krieg gegen Serbien sein, um diese Macht zu zertrümmern, damit

1. das Prestige der Monarchie wiederhergestellt,

2. die selbständige Entwicklung dieses für die Monarchie so gefährlichen aggressiven Nachbarstaates im Keime erstickt und damit

3. den Feinden der Monarchie dieser stets bereite Verbündete genommen wäre.

Die Chancen für diesen Krieg nehmen mit jedem längeren Hinausschieben ab...

Ich verkenne gewiß nicht das Schwerwiegende dieser Entschlüsse, aber ich bin der Ansicht, daß dies der einzige Weg ist, welcher dazu zu führen vermag, daß die Monarchie ihre Machtstellung wiedergewinnt und auch dauernd aufrecht erhält...

[1] Conrad III, 12 ff.

Die Kräftevereinigung der Triple-Entente schließt . . . um Deutschland einen Ring, der immer fester und fester wird, welchen Deutschland daher je früher desto besser sprengen muß, wenn es von ihm schließlich nicht dauernd beengt, vielleicht zerdrückt sein will.

Ich bin der Ansicht, daß für Deutschland die Stunde zu dieser entscheidenden Tat geschlagen hat und daß es dieselbe nicht versäumen sollte, solange es ein Österreich-Ungarn an der Seite hat, in dessen Armee jetzt wohl noch das traditionelle Gefüge die Oberhand besitzt, ein Gefüge, an welchem aber in Hinkunft um so erfolgreicher gerüttelt werden wird, je mehr dermalen einer Kraftprobe mit den aggressiven Gegnern ausgewichen wird."

Daß Conrad im Lager des kriegerischen Annexionismus stand, ist klar. Damit stellte er sich nicht nur in schärfsten Gegensatz zu Tisza, der keine Südslaven in die Monarchie aufnehmen wollte, weil die Magyaren das einfach nicht vertragen hätten, sondern auch zu seinem Gönner Franz Ferdinand. Denn dieser vertrat, wie wir wissen, die trialistische Lösung des Reichsproblems, und zwar zugunsten eines Großkroatien. Diesen kroatischen Trialismus anzustreben, war, obwohl höchst gefährlich, doch keine Utopie; Voraussetzung war dabei, daß der Friede nach außen gewahrt blieb. Wohl aber war der Gedanke Utopie, durch Niederwerfung, Aufteilung und restliche Annektierung Serbiens eine „Lösung" des südslavischen Problems erzielen zu können. Diese „Lösung" erscheint um so utopischer, als Conrad die Rolle des verstümmelten Serbien in der Monarchie mit derjenigen Bayerns im Deutschen Reich in Parallele stellt.

Worin lag der schwere Rechenfehler Conrads und der Annexionisten[1]?

Darin, daß, solange Franz Ferdinand nicht den Dualismus beseitigt und den Föderalismus eingeführt, also Ungarn tief gebeugt hatte, also bei Erhaltung der dualistischen Verfassung, eine „Lösung" der südslavischen Frage gar nicht denkbar war!

[1] Vgl. dazu F. Kern, Die südslavische Frage und die Wiener Kriegspartei 1913/14. Schmollers Jahrbuch, Jahrgang 48, Heft 1 und 2.

Im Falle des Sieges gegen eine ganze Welt — denn Conrad faßte kaltblütig auch den Krieg des gesamten Kontinents ins Auge — wäre die staatliche Ordnung, die dann im Südosten hätte geschaffen werden können, im besten Falle ein Provisorium à la Bosnien geworden[1]. Denn ein siegreiches Ungarn hätte nie und nimmer in die geringste Erschütterung des Dualismus, also etwa in die Aufnahme neuer Slaven in die Monarchie gewilligt! Das Ergebnis eines siegreichen Krieges wäre also, wie Kern sehr richtig bemerkt, die völlige Anarchie gewesen, da dann 11 Millionen Südslaven Habsburgs ohne staatliche Gestaltung und Zusammenfassung unter der Militärdiktatur oder dem verstärkten Regiment der Magyaren hätten leben müssen! So kann man wirklich sagen[2], daß die Conradsche Lösung eine Scheinlösung war und die wirkliche verbarrikadierte, nämlich den Föderalismus. „Statt an die Herkulesarbeit der Föderalisierung, die mißlingen konnte," bemerkt Kern mit Recht, „begab sich Conrad an die Sisyphusarbeit der Annexionspolitik, die mißlingen mußte."

Diese war aber deshalb so ungeheuer gefährlich, weil sie in der augenblicklichen europäischen Lage notwendig zugleich Bestandteil eines siegreich durchgeführten Weltkrieges war[3].

Wir sehen also: bei Erhaltung der dualistischen Verfassung, des magyarischen Übergewichts in der Monarchie, war Conrads Präventivkrieg ein Wahnsinn, weil er selbst im besten Falle keine Lösung des südslavischen Problems gestattete. Weil Franz Ferdinand das einsah und weil seine großkroatische, föderalistische Lösung nur denkbar war bei Erhaltung des Friedens, entzog er sich immer wieder dem mächtigen suggestiven Einfluß des Generalstabschefs.

Man hätte nun denken sollen, daß des Erzherzogs Gedanke (Erhaltung des Friedens) gerade nach seinem Tode endgültig hätte triumphieren müssen. Wenn Conrad und die Gewalt-

---

[1] Kern a. a. O. 249.

[2] Kern a. a. O. 254.

[3] Kern a. a. O. 255.

politiker hätten logisch denken können, würden sie in dem Augenblick, da Franz Ferdinand ermordet wurde, also der Dualismus und das ungarische Übergewicht sicherer als jemals war, endgültig auf ihre Annexionspolitik verzichtet haben. Aber das gerade Gegenteil trat ein. Mit dem Thronfolger war der Damm gegen die Kriegspolitik gebrochen. Die dualistische Verfassung, gerade weil sie keine „Lösung" des südslavischen Problems gestattete, schuf erst recht den Boden für eine Verzweiflungspolitik der Conrad und Berchtold. Vielleicht glaubte der General nach der Ermordung des Erzherzogs, eine siegreiche kaiserliche Armee könne auch dem von Tisza geführten Magyarentum eine wahrhafte Lösung schließlich aufzwingen.

Vor allem aber meinte Conrad die Gewißheit zu haben, daß jetzt, nach Franz Ferdinands Tode, das feindliche Ausland, daß Rußland, Italien, Rumänien, Serbien und Montenegro die Stunde dieses dualistischen, von den Magyaren geleiteten Ungarn-Österreich gekommen sähen. Die Gewißheit der Dauer des Dualismus, die völlige Unmöglichkeit der Föderalisierung der Monarchie nach des Thronfolgers Ausscheiden, zeigte ihm jetzt die ungeheure, drohende Gefahr. Daß die fremden Mächte etwa den Tod des alten Kaisers abwarten würden, glaubte Conrad nach dem Attentat nicht mehr, oder wenn ja, dann hielt er gerade deswegen den Zeitpunkt für gekommen, daß die Monarchie von sich aus in der ihr einigermaßen günstigen Lage die Stunde des Entscheidungskampfes bestimme.

Halten wir fest: die Ermordung des Thronfolgers gab den letzten Anstoß zum Kriege, der jetzt nicht mehr als ein Präventivkrieg wie von dem 28. Juni, sondern als ein Verteidigungskrieg erscheinen konnte. Gerade weil Freund und Feind in dem ermordeten Erzherzog die einzige Persönlichkeit gesehen hatten, welche die Monarchie durch entsprechenden inneren Umbau hätte retten können, und weil nunmehr aus der verfahrenen Lage — drohende Sprengung durch die Südslaven von außen und innen — niemand mehr einen Ausweg wußte, triumphierte die Kriegspartei. Nachdem durch die Bluttat von Sarajewo die österreichische Frage

unwiderruflich auf die Tagesordnung Europas gesetzt war, schien nur eine Tat der Verzweiflung übrig zu bleiben.

Denn auf dem wahren Weg zur Rettung — Föderalisierung des Reiches — lag der magyarische Felsen.

Wie kam es nun, daß Conrad den Kaiser Franz Joseph, den Minister des Auswärtigen, daß er schließlich sogar den widerstrebenden ungarischen Ministerpräsidenten, diesen mächtigsten Mann des Reiches, für seine Kriegspolitik, die Politik der Verzweiflung, gewinnen konnte?

Das Problem liegt verhältnismäßig einfach bei Kaiser Franz Joseph. Schon 1913 hatte ja, wie wir schon wissen, Graf Berchtold zu Conrad geäußert: der Kaiser hat ja noch das Monarchengefühl und würde sagen: jetzt ist es zuviel! Die Tat von Sarajewo hat dieses Gefühl jedenfalls zum vorherrschenden in der Seele des Greises gemacht. Überdies war er niemals der bedingungslose Gegner eines Krieges gegen Serbien gewesen, war vielmehr der Überzeugung, daß dieser doch einmal kommen müsse, wie er gelegentlich zu Conrad bemerkte. Für den Herrscher waren zwei Tatsachen entscheidend, um seine Bedenken gegen den Krieg zu verringern: einmal, daß auch seine verantwortlichen Ratgeber ihn für unvermeidlich erklärten, wobei die Bluttat von Sarajewo unzweifelhaft als eine Angriffshandlung Serbiens betrachtet werden konnte; und dann die Gewißheit der deutschen Bundeshilfe in der sich ergebenden Krisis[1]. Dafür besitzen wir in Conrads Aufzeichnungen ein klassisches Zeugnis[2].

Am 5. Juli 1914, an demselben Tage, wo der österreichische Botschafter ein die deutsche Bundeshilfe heischendes Handschreiben seines Monarchen dem deutschen Kaiser übergab, hatte Conrad Audienz in Schönbrunn. Er fand Franz Joseph ganz klar über den Ernst der Lage, aber unsicher, ob er auf seinen Verbündeten werde rechnen können. Der Chef des Generalstabes äußerte seine Ansicht über die Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Serbien. Der Herrscher erwiderte: „Ja, das ist ganz richtig, aber wie

[1] Darüber siehe weiter unten.

[2] Conrad IV, 36.

wollen Sie Krieg führen, wenn alle dann über uns herfallen, besonders Rußland?"

Conrad: „Wir haben doch die Rückendeckung durch Deutschland?" Der Kaiser blickte ihn fragend an und sagte: „Sind Sie Deutschlands *sicher*?" Er habe dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand aufgetragen, in Konopischt vom deutschen Kaiser die Erklärung zu verlangen, ob Österreich auch in Hinkunft unbedingt auf Deutschland rechnen könne? Wilhelm II sei dieser Frage ausgewichen und die Antwort schuldig geblieben.

Conrad erfuhr dann, daß am Abend vorher eine Note an Deutschland abgesandt sei, in der klare Antwort verlangt werde. Darauf fragte der Generalstabschef: „Wenn die Antwort lautet, daß Deutschland auf unserer Seite steht, *führen* wir dann den Krieg gegen Serbien?" Der Kaiser entgegnete: „Dann ja." Nach kurzem Nachdenken fuhr er fort: „Wenn Deutschland uns diese Antwort aber nicht gibt, was dann?" Worauf Conrad nur entgegnen konnte: „Dann stehen wir allerdings allein." Am anderen Tage konnte er seinen Gesamteindruck über des Kaisers Haltung dem Grafen Berchtold in die Worte zusammenfassen: „Wenn Deutschland zustimmt, wird Seine Majestät für den Krieg gegen Serbien sein." Am 7. Juli erfuhr er dann vom Minister des Äußeren, daß Deutschland unbedingt auf Österreichs Seite stehen würde, „auch wenn unser Vorgehen gegen Serbien den großen Krieg auslösen sollte. Deutschland riete uns zum Losschlagen"[1].

Verwickelter als bei Kaiser Franz Joseph liegen die Dinge bei Berchtold. Wie kam es, daß ein Kavalier mit leichter Hand, ein Mann, der sich erst nach langem Bedenken und erst auf wiederholten Wunsch des Kaisers entschlossen hatte, das schwere Amt des Ministers des Äußeren anzunehmen, dazu eine mehr weiche und bestimmbare Natur, ohne das feste Selbstvertrauen und die überlegene Geste des Grafen Ahrenthal, sich schließlich zu dem Ultimatum entschließen und das Risiko des Weltkrieges auf sich nehmen konnte?

---

[1] Conrad IV, 42.

Die Erklärung liegt in seiner Schwäche. Was dem drängenden Generalstabschef bei dem härteren Ahrenthal nicht gelungen war, ihn zum Präventivkrieg zu gewinnen, das gelang ihm bei dem schwächeren Berchtold. Auf Grund der Conradschen Aufzeichnungen können wir genau verfolgen, wie er den schwankenden Minister des Äußeren zu sich hinüberzog[1].

Es ist schon bezeichnend, daß Graf Berchtold ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger von vornherein wünscht, mit dem Chef des Generalstabes gute Beziehungen zu pflegen. Im Laufe der Zeit wird Conrads Einfluß stärker, und Berchtold hält es für gut, ihm gegenüber die Rolle des starken Mannes zu spielen, — wie es Schwache gern tun — der nur leider durch friedliebende stärkere Faktoren (Kaiser, Thronfolger, Deutschland, Italien) gehemmt ist[2]. Dadurch steigert er nur bei dem tatkräftigen Soldaten das Gefühl, daß er ganz anders wie Ahrenthal, doch noch ins Schlepptau zu nehmen sei[2].
Kern weist mit Recht auf die bedenkliche Tatsache hin, daß die überaus zahlreichen Krisen und Kompromisse des Jahres 1913 bei der Wiener politischen Leitung einen unterdrückten Groll ansammelten und „die Neigung erzeugen mußten, bei guter Gelegenheit einmal zu zeigen, daß die Duckmäuserei ihre Grenzen habe."

Von großer Bedeutung — wegen der Zukunft — gestaltete sich die Krisis im März 1913. Serbien und Montenegro hatten das selbständige Albanien besetzt. König Nikolaus, der König der schwarzen Berge, weigerte sich, Skutari zu räumen. Conrad hoffte, die große Stunde sei gekommen, und betrieb mit Feuereifer das kriegerische Vorgehen der Monarchie. Am 23. März richtete er ein bedeutsames Schreiben an Berchtold, in dem es heißt[4]:

„Ich glaube, daß es für alle rein diplomatischen Pressions-

[1] F. Kern hat darüber sehr belehrend gehandelt in dem Aufsatz „Conrad und Berchtold", Europäische Gespräche. März/April 1924, S. 97 ff.
[2] Kern, Europäische Gespräche a. a. O. 100.
[3] Ebenda 101.
[4] Conrad III, 182.

mittel zu spät und daß die Monarchie schon längst in die Notwendigkeit versetzt ist, zu handeln, sowie daß jedes Hinausziehen einer dezidierten Aktion die Lage nur verschlimmert.

Meiner Ansicht nach wären unsere Forderungen präzise zu formulieren, vor allem: Einstellung der Feindseligkeiten in Albanien und Räumung des albanesischen Gebietes seitens Serbiens und Montenegros; diese Forderung wäre unter ein kurz befristetes Ultimatum zu stellen, und wenn dieselbe nicht voll und ganz berücksichtigt wird, die für den Kriegsfall B, also gegen Montenegro *und* Serbien gerichtete Mobilisierung anzuordnen; gleichzeitig damit hätte die Flottenaktion einzusetzen...

Ich muß diese Notwendigkeit des Handelns im großen Stile vom militärischen Standpunkte als einzig Richtiges hervorheben und mich gegen alle mit halben Mitteln oder im Wege kleinlicher Unternehmungen gedachten Schritte aussprechen..

Die Gefahr, welche aus der Haltung Rußlands droht, muß in Kauf genommen werden, aber eine dezidierte Haltung Deutschlands vermöchte eine Gefahr von dieser Seite wohl abzuwenden."

Am 24. März wurde Conrad noch um 10 Uhr abends in das Palais am Ballplatz berufen; ein alarmierendes Telegramm aus Cetinje war eingetroffen. Der Chef des Generalstabes bemerkte mit Erstaunen unter den Anwesenden — Kriegsminister Krobatin, Berchtold, Graf Szapáry vom Ministerium des Auswärtigen — auch den Obersthofmeister Fürsten Montenuovo. Es kann kaum ein Zweifel sein, daß der Kaiser diesen Vertrauten, wohl auf Berchtolds Wunsch, zu dieser Konferenz abgeordnet hatte, um Unheil zu verhüten und die Friedenspartei gegen Conrad zu unterstützen.

Dieser vertrat[1] die sog. B.-Mobilisierung, d. h. gegen Montenegro *und* Serbien, wogegen Fürst Montenuovo und Graf Szapáry sofort mit aller Energie auf den zu erwartenden Sturm in Europa und das geradezu unvermeidliche Eingreifen der Russen hinwiesen. Berchtold hielt sich zurück und freute sich gewiß im stillen, daß Conrad allein blieb.

[1] Das Folgende nach Conrad III, 183 ff.

Solche Krisen wiederholten sich im Laufe des Jahres 1913. „Es bildet sich der", wie Kern sagt[1], „für den leitenden Staatsmann einer Großmacht gewiß aufreibende Dauerzustand heraus, der auch im Juli 1914 besteht: Österreichs Prestige den Verhöhnungen der balkanischen Kleinstaaten ausgesetzt, und wenn Österreich sich aus eigener Kraft — was es so leicht könnte — dagegen wehren will, sofort über Petersburg Gefahr des Weltkrieges und weiterhin Abhängigkeit von dem guten Willen und dem Geschick Deutschlands und Englands, Remedur auf friedlichem Wege zu schaffen." Und doch kann diese die Monarchie nicht vor weiterem Sinken ihres Ansehens und der Möglichkeit künftigen Krieges retten. So gewinnt Conrad im Ministerium des Auswärtigen immer mehr an Anhang. Es ist so, wie Kern treffend bemerkt: „Wenn Berchtold keine Erfolge hat, mit denen er Conrad beschwichtigen kann, wenn die Reizungen der Südslaven nicht aufhören, dann wird in Wien eine Stimmung entstehen, die es den augenblicklichen Hütern des europäischen Friedens, Bethmann und Grey, nicht leicht machen wird, die Zügel in der Hand zu behalten. Denn wenn die Serben und die Russen das Privileg haben, ungebärdig zu sein, von Österreich-Ungarn aber verlangt wird, daß ihm die Geduld niemals reiße, wer bürgt denn schließlich noch dafür, daß die Wiener nicht falsch werden und der schmale Damm bricht, der jetzt noch die Politik des Ballplatzes von der des Stubenrings scheidet?"

In den Sommer des Jahres 1913 fällt ein Schreiben Conrads an Berchtold, das — im Hinblick auf den Juli 1914 — weltgeschichtliches Interesse beanspruchen kann. In dem Brief vom 30. Juli 1913 heißt es: „es dürften weiterreichende militärische Maßnahmen nicht eines geringfügigen, praktisch bedeutungslosen Zweckes wegen erfolgen, sondern es müßten dieselben für das große Ziel der Wiedergewinnung, bzw. Erweiterung unserer Balkanposition aufgewendet werden; *dabei dürfte Deutschland nicht wieder so, wie es im Jahr 1909 geschah, gefragt werden*, da dieses unsere

[1] Kern a. a. O. 102.

Machterweiterung am Balkan schon deshalb zu hintertreiben trachtet, weil es in den dortigen selbständigen Staaten ein fruchtbares Gebiet für seine kommerziellen Bestrebungen erblickt"[1].

„Was ist das für ein weltpolitisch enger Horizont", bemerkt Kern mit vollstem Recht dazu, „der den Bundesgenossen, dessen Stärke allein die Rettung bringen kann, über die eignen letzten Ziele täuschen will, um durch solche Hintergehung ihn zu dem „rettenden" Opfer zu vermögen!"[2]

Damit ist das Programm aufgestellt, nach welchem sich im Juli 1914 das Drama abspielen wird. Auch aus Gesprächen mit dem immer weicher werdenden Grafen Berchtold[3] konnte Conrad entnehmen, daß seine Saat reife. Es konnten einmal die Hemmungen und Mißerfolge eine Zahl und einen Grad erreicht haben, „daß für Berchtold eine Art innerer Kabinettsfrage als Vorgefühl einer äußeren eintrat: entweder vom Schauplatz abzutreten, oder endlich mit den hemmenden Faktoren, heißen sie Kaiser, Deutschland oder Italien, fertig zu werden!"[4]

Sehr charakteristisch ist auch das Gespräch Conrads mit dem Minister des Auswärtigen vom 29. September 1913[5]. Nach dem siegreichen Ausgang des bulgarischen Krieges war Serbien geschwellt von Kraft und Hoffnung, sodaß der General von jetzt ab auch die letzte Möglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung für geschwunden erachtete und eine Lösung jetzt nur mehr gewaltsam für denkbar hielt. Bei dieser Unterredung wies Berchtold auf die Konsequenzen einer Mobilisierung hin.

„Aber das Furchtbare dabei sind die gewissen drei Wochen vom Beginn der Mobilisierung bis zum Losschlagen! Wenn man das so haben könnte: Ultimatum und Einmarschieren.

Conrad: Das geht bei einem Cadreheer nicht.

Berchtold: Die Mächte werden in dieser Zeit Einspruch erheben.

---

[1] Conrad III, 410.

[2] Kern, Conrad v. Hötzendorff und der Krieg, Ztschr. f. Pol., XIV, H. 1, S. 55.

[3] Kern, Europäische Gespräche a. a. O. 105.

[4] Ebenda.

[5] Conrad III, 443.

Conrad: Dann muß man hart bleiben!"

Aus einem weiteren Gespräch läßt sich deutlich erkennen, daß Berchtold, der, wie er selber sagt, „mit dem Herzen bei Conrad ist, mit dem Kopfe nicht — sich mehr hinter die maßgebenden Faktoren verschanzt: Kaiser und Thronfolger. Ihnen überläßt er es, die Einwände gegen Conrads Kriegspolitik zu einem Veto zu verdichten"[1]. Diese zwiespältige Haltung des Ministers des Auswärtigen kam auch in dem gemeinsamen Ministerrat vom 3. Oktober 1913 zum Ausdruck, in dem Graf Tisza mit allem Nachdruck gegen eine Einverleibung Serbiens sprach[2]. Da ein Stärkerer sein Veto gegen den General einlegte, konnte Berchtold selber ungefährdet den Energischen spielen. Und so blieb seine Haltung bis zum Mord von Sarajewo.

In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, in welcher Richtung sich seine politischen Gedankengänge kurz vor dem Attentat bewegt haben.

Gerade am Vorabend der Katastrophe ließ die österreichisch-ungarische Regierung eine Denkschrift für Berlin ausarbeiten, in welcher die leitenden Gesichtspunkte der Hofburg zusammengefaßt waren. Im Grunde handelte es sich für die Monarchie darum, wie entweder das seit 1883 verbündete Rumänien — das durch die magyarische Nationalitätenpolitik in Ungarn erbittert, von Rußland im Frühjahr 1914 halb gewonnen war — an die Zentralmächte wieder näher angeschlossen, oder wie ein Ersatz dafür in Gestalt Bulgariens gewonnen werden könne. Rußland, hieß es in der Denkschrift, arbeite auf die Wiederherstellung des Balkanbundes mit Einschluß Rumäniens hin; Österreich-Ungarn könne diesen Vorgängen nicht länger tatenlos zusehen. Da Rumänien doch nicht wieder zu gewinnen sei, müsse man in Bulgarien Ersatz dafür suchen; mit ihm und der Türkei wurde ein Bündnis vorgeschlagen.

Zum Schluß wurde Deutschland gebeten, diese Politik zu unterstützen, ja man hoffte, durch Heranziehung Griechenlands

[1] Kern, Europäische Gespräche, 107.

[2] Protokoll bei Conrad III, 724 ff.

vielleicht auch Rumänien zu den Zentralmächten zurückführen zu können.

In dieser kurz vor dem Attentat von Sarajewo entworfenen Denkschrift ist also keine Rede von einem Präventivkrieg. Man will nur eine neue Balkanpolitik beginnen — Bündnis mit Bulgarien und der Türkei —, um angesichts der russischen Pläne die eigene Lage zu verbessern.

Da geschah, bevor noch diese Denkschrift abgesandt wurde, der Mord vom 28. Juni. Und sofort wurde der Satz aufgenommen: Serbiens Unversöhnlichkeit sei jetzt neuerdings erwiesen. „Um so gebieterischer tritt an die Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner über ihrem Haupte zu einem Netze verdichten wollen." Da alles darauf ankam, den deutschen Verbündeten angesichts der neuen Lage zu klarer und eindeutiger Stellungnahme zu zwingen, weil man ohne die deutsche Unterstützung und Rückendeckung natürlich nicht vorgehen könnte, wurde Kaiser Franz Joseph veranlaßt, an Kaiser Wilhelm ein Handschreiben zu richten, das sein Botschafter am 5. Juli übergab, gleichzeitig mit jenem Memorandum. „Das gegen meinen armen Neffen verübte Attentat," heißt es in jenem allerhöchsten Schreiben[1], „ist die direkte Folge der von den russischen und serbischen Panslavisten betriebenen Agitation, deren einziges Ziel die Schwächung des Dreibundes und die Zertrümmerung meines Reiches ist.

Nach allen bisherigen Erhebungen hat es sich in Sarajewo nicht um die Bluttat eines Einzelnen, sondern um ein wohlorganisiertes Komplott gehandelt, dessen Fäden nach Belgrad reichen, und wenn es auch vermutlich unmöglich sein wird, die Kompliziät der serbischen Regierung nachzuweisen, so kann man wohl nicht im Zweifel sein, daß ihre auf die Vereinigung aller Südslaven unter serbischer Flagge gerichtete Politik solche Verbrechen fördert, und daß die Andauer dieses Zustandes eine dauernde Gefahr für mein Haus und meine Länder bildet...

[1] Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch I, Nr. 13, S. 19 f.

Das Bestreben meiner Regierung muß in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein. Die erste Etappe auf diesem Wege wäre in einer Stärkung der Stellung der gegenwärtigen bulgarischen Regierung zu suchen, damit Bulgarien, dessen reelle Interessen mit den unsrigen übereinstimmen, vor der Rückkehr zur Russophilie bewahrt bleibt."

Nach weiteren Auseinandersetzungen über die politische Gestaltung am Balkan heißt es dann zum Schluß: „Dies (die Sicherung des Friedens) wird aber nur dann möglich sein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den Angelpunkt der panslavistischen Politik bildet, als politischer Machtfaktor ausgeschaltet wird.

Auch Du wirst nach den jüngsten furchtbaren Geschehnissen in Bosnien die Überzeugung haben, daß an eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist und daß die erhaltende Friedenspolitik aller europäischen Monarchen bedroht sein wird, solange dieser Herd von verbrecherischer Agitation in Belgrad ungestraft fortlebt."

Ja, Graf Hoyos, der Überbringer des Handschreibens, erklärte mündlich eine Aufteilung Serbiens für notwendig.

Dabei waren die Herren am Ballplatz so weitsichtig, sich trotz allem die Frage vorzulegen, ob die innere Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie ein energisches Auftreten nach außen überhaupt gestatte. Und sofort machten sich Bedenken geltend. Zunächst das Alter des Kaisers, dann die Schwäche der österreichischen Regierung, die sich des Rückhalts am Parlament beraubt hatte; dann die wenig verlockenden Erfahrungen mit den „Erfolgen" der letzten Jahre. Aber es sprachen doch viele und wichtige Gründe für die Einleitung einer Aktion: vor allem, daß diesmal das Recht auf Österreichs Seite sei, daß man der Sympathien Europas in dieser Angelegenheit gewiß sein könne; ferner, daß gerade die Ermordung des Thronerben die öffentliche Meinung in einem Gefühl der Empörung geeinigt habe. Endlich überlegte man, daß zwei Persönlichkeiten von außergewöhnlichen Maßen in diesem Augenblick an der Spitze standen: in Conrad v. Hötzendorff ein militärischer Führer, der das allgemeine

Vertrauen genoß, und in Stefan Tisza ein so kraftvoller Politiker[1].

Also gerade die Tatsache, daß Tisza und Conrad so ungewöhnliche Männer waren, hat den leitenden Köpfen des Ballplatzes den Entschluß zum Kriege erleichtert!

Ja, der suggestive Einfluß des Generalstabschefs war schon so groß, daß selbst die Einzelheiten des Vorgehens Conrads Absicht entsprachen. Es kam so, wie er in jenem Schreiben an Berchtold vom 30. Juli 1913 gefordert hatte: man beschloß, den deutschen Verbündeten möglichst wenig einzuweihen.

Das Schlimmste bei allem war, daß sich in diesen Überlegungen keine Spur von dem Gedanken einer wirklichen Lösung der südslavischen Frage in irgendeinem Sinne zeigte. Die kriegerisch-annexionistische Politik des Generalstabschefs hatte bei Kaiser und Minister vollständig triumphiert.

Und doch müssen wir fragen, ob Freiherr v. Conrad anders handeln konnte und durfte, ob er nicht in einen unüberschreitbaren tragischen Kreis gebannt war?

Ein Darsteller der jüngsten deutschen Geschichte[2], welcher der alten österreichischen Monarchie allerdings jede Lebenskraft abspricht, sagt mit Recht: „Conrad v. Hötzendorff ist die tragische Figur des Weltkrieges. Wir Reichsdeutsche hätten in bezug auf das verbündete Österreich-Ungarn eine doppelte Politik haben dürfen — sofern wir gescheit genug dazu waren. Wir mußten die Donaumonarchie erhalten wollen, solange sie zu erhalten war, und wir mußten sie mit beerben wollen, wenn sie um keinen vernünftigen Preis mehr zu erhalten war. Der Deutsch-Österreicher Conrad durfte in bezug auf die Donaumonarchie, deren letzter Feldherr er war, nur eine Politik kennen: er mußte sie erhalten wollen, mit den Mitteln, die seines Amtes waren, auch wenn sie um keinen vernünftigen Preis mehr zu erhalten war. Das war Conrads Tragik.

Wenn das deutsche Reichsheer einer bankerotten Politik aus der Patsche helfen sollte, so war es noch eine viel bankerottere

---

[1] Musulin a. a. O. 222.

[2] Paul Harms: Vier Jahrzehnte Reichspolitik. 206 f.

Politik, der Conrad mit den „anderen Mitteln" der Gewalt neues Leben einhauchen sollte. Die Aufgabe ging über Menschenkraft; einen Sterbenden zu neuem Leben zu erwecken, ist keiner irdischen Geistes- und Arbeitskraft gegeben, und wäre sie schier so unerschöpflich wie die des letzten, wahrhaften Generalstabschefs der ruhmreichen k. u. k. Armee".

2. Stefan Tisza und das Ultimatum

Nun aber hatte der Dualismus von 1867 gegen plötzliche und übereilte Schritte des gemeinsamen österreichisch-ungarischen Ministers in Wien einen mächtigen Damm aufgerichtet. Nach den Bestimmungen des Ausgleichsgesetzes führte dieser seine Politik im Einverständnis mit den Ministerien beider Staaten, was angesichts des vollkommen magyarischen Übergewichts nur hieß: im Einverständnis mit dem kgl. ungarischen Ministerpräsidenten. Ohne Stefan Tisza konnten weder Graf Berchtold noch Conrad den Kaiser im Sinne des Krieges beraten. Das Schicksal der Welt hing also in diesen furchtbaren Tagen von den Entscheidungen des ungarischen Ministerpräsidenten ab.

Und Stefan Tisza erklärte sich sofort gegen den Präventivkrieg! Als er von dem Berchtoldschen Entschluß hörte, die serbische Frage mit Gewalt zu bereinigen, war er überrascht; sein christliches Gefühl sträubte sich in dem Gedanken an das kommende Blutvergießen[1], und sein richtiger politischer magyarischer Instinkt sagte ihm, daß auch ein siegreicher Ausgang des geplanten Abenteuers höchst gefährlich sein müsse; eine wenn auch kleine Annexion serbischen Gebietes mußte die Schwierigkeiten und Gefahren des „magyarischen Nationalstaates" Ungarn ins Ungemessene steigern; neue Slaven konnte weder die Monarchie noch auch insbesondere Ungarn brauchen. Und vor allem erwog er sofort, in welcher Art man sich denn eigentlich — bei Innehaltung des Dualismus, auf der er bestand, d. h. unter strengster

[1] Angyal 65.

Ausschließung der Föderalisierung der Monarchie — die dauernde Ausschaltung Serbiens dachte? Darauf gab es keine Antwort. Und vor allem: die oberflächlichste Betrachtung der europäischen Lage mußte zur höchsten Vorsicht mahnen; kein Zweifel, die Gegenwart war trübe. Aber konnte es nicht eine Besserung in der Zukunft geben?

In diesem Sinne war ein Memorandum gehalten, das Stefan Tisza am 1. Juli für den Kaiser aufsetzte und in welchem er seine Auffassung der Lage darlegte. Der Inhalt war folgender[1]: Er könne, sagte da der ungarische Ministerpräsident, der Absicht des Grafen Berchtold, die ihm dieser soeben persönlich eröffnet habe, die Greueltat in Sarajewo zum Anlaß der Abrechnung mit Serbien zu machen, nicht beipflichten. Er habe ihm kein Hehl daraus gemacht, daß er dies für einen verhängnisvollen Fehler halte und die Verantwortung keinesfalls teilen würde. Erstens hätte die Monarchie bisher keine genügenden Anhaltspunkte, um Serbien verantwortlich machen zu können und um trotz etwaiger befriedigender Erklärungen der serbischen Regierung einen Krieg mit diesem Staate zu provozieren. Die Staatsmänner der Monarchie würden den denkbar schlechtesten locus standi haben, würden vor der ganzen Welt als die Friedensstörer dastehen und einen großen Krieg unter den ungünstigsten Umständen anfachen. Zweitens halte er diesen Zeitpunkt, in dem die Monarchie Rumänien so gut wie verloren habe und Bulgarien, der einzige Staat, auf den sie rechnen könne, erschöpft darniederliege, überhaupt für recht ungünstig.

Bei der jetzigen Balkanlage wäre es sein geringster Kummer, einen passenden casus belli zu finden. Sei einmal der Zeitpunkt zum Losschlagen gekommen, so könne man aus den verschiedensten Fragen einen Kriegsfall aufrollen. Vorher müsse jedoch eine politische Konstellation geschaffen werden, die das Kräfteverhältnis für die Monarchie weniger ungünstig gestalte.

[1] Gooß a. a. O. 62 ff. Der Text in: Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum österreichisch-ungarischen Rotbuch, I. Teil 1919. Seite 16 ff.

Der definitive Anschluß Bulgariens in einer Weise, welcher keine Spitze gegen Rumänien habe und zu einer Verständigung sowohl mit diesem Staate wie mit Griechenland die Türe offen halte, werde von Tag zu Tag dringender; es müßte demnach ein letzter Versuch mit Deutschland gemacht werden, um den offenen Anschluß Rumäniens an den Dreibund durchzuführen. Wolle oder könne Deutschland diese Mission nicht erfüllen, so müsse es hinnehmen, daß Österreich-Ungarn wenigstens Bulgarien dem Dreibunde sichere.

Versäume die Monarchie dies Rumänien zuliebe noch länger, so würde nur sie die Schuld tragen, wenn Bulgarien — von ihr verlassen — eines schönen Tages sich dem gegen sie gebildeten Bündnisse anschließe und Österreich-Ungarn ausplündern helfe, um ein Stück mazedonisches Land zu erhalten. Schließlich glaubte er, ein Bündnis der Monarchie mit Bulgarien biete die einzige Möglichkeit, Rumänien zurückzugewinnen. Bei allem Größenwahn der Rumänen sei nämlich die entscheidende Triebkraft in der Psyche dieses Volkes die Angst vor Bulgarien. Würden die Rumänen sehen, daß sie die Monarchie vor einem Bündnis mit Bulgarien nicht zurückhalten konnten, so würden sie vielleicht suchen, in den Bund aufgenommen zu werden, um auf diese Weise vor bulgarischem Angriff geschützt zu werden.

Dies seien die Hauptgesichtspunkte, welche ein energisches Handeln seines Erachtens zu einer dringenden Notwendigkeit machten. Und da der bevorstehende Besuch Kaiser Wilhelms[1] möglicherweise Gelegenheit hierzu bieten werde, so habe er sich für verpflichtet gehalten, an den Monarchen mit der Bitte heranzutreten, die Anwesenheit des deutschen Kaisers in Wien dazu benützen zu wollen, „um die Eingenommenheit dieses hohen Herrn für Serbien an der Hand der letzten empörenden Ereignisse zu

---

[1] Man erwartete ursprünglich den deutschen Kaiser zu der zunächst geplanten feierlichen Beisetzung des Thronfolgers in Wien.

bekämpfen" und ihn zur tatkräftigen Unterstützung der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik zu bewegen"[1].

Eine leise Änderung in dieser Haltung Tiszas machte sich im Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 7. Juli 1914 bemerkbar[2]. In dieser denkwürdigen Sitzung der höchsten Beamten des Reiches unter Leitung des Grafen Berchtold wurde über das notwendig gewordene Vorgehen gegen Serbien beraten. Der Minister des Auswärtigen legte seine Ansicht dar, daß angesichts der Gefahren, die bei fortdauernder Untätigkeit die südslavischen und rumänischen Teile der Monarchie bedrohten, die Abrechnung mit Serbien trotz der Möglichkeit eines russischen Krieges jetzt erfolgen müsse. Er konnte darauf hinweisen, daß die Besprechungen in Berlin (Überreichung der Denkschrift und des kaiserlichen Handschreibens) zu einem sehr befriedigenden Ergebnis geführt hätten, indem sowohl Kaiser Wilhelm als Herr von Bethmann Hollweg der Monarchie für den Fall einer kriegerischen Verwicklung mit Serbien die unbedingte Unterstützung Deutschlands mit allem Nachdruck zugesichert hätten.

Diesen Ausführungen gegenüber gab Stefan Tisza zu, daß allerdings durch die bisher gerichtlich festgestellten Tatsachen und durch die Haltung der serbischen Presse die Lage verändert sei und daß auch er die Möglichkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien für nähergerückt halte, als er es gleich nach dem Attentat vom 28. Juni geglaubt habe. Aber niemals würde er einem überraschenden Angriff auf Serbien ohne vorherige diplomatische Aktion zustimmen; die Monarchie würde in diesem Fall in den Augen Europas einen sehr schlechten Stand haben! Österreich-Ungarn müsse unbedingt Forderungen an Serbien formulieren, aber erst nach ihrer Ablehnung durch Serbien ein Ultimatum stellen. Diese Forderungen müßten hart, aber nicht unerfüllbar sein. Bei Ablehnung

[1] Damit ist nicht der Krieg, sondern lediglich die Unterstützung Deutschlands bei der Gewinnung Bulgariens gemeint.

[2] Gooß a. a. O. 50 ff.

sei auch er für eine kriegerische Unternehmung. Diese aber dürfe, wie er jetzt schon betonen müsse (was er übrigens bereits im Ministerrat vom 3. Oktober 1913 energisch gegen Conrad verfochten hatte)[1], nicht zur Vernichtung, sondern nur zur Verkleinerung Serbiens führen, weil Rußland dies ohne Kampf auf Leben und Tod nicht zugeben würde, und weil er als ungarischer Ministerpräsident es niemals gestatten könne, daß die Monarchie einen Teil von Serbien annektiere. Es sei nicht Deutschlands Sache, zu beurteilen, ob Österreich-Ungarn jetzt gegen Serbien losschlagen solle oder nicht. Ein Krieg brauche in diesem Augenblick nicht geführt zu werden. Er sprach von der Zukunftsmöglichkeit eines Anschlusses von Bulgarien an den Dreibund.

Der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh wies dann ganz im Sinne Berchtolds den Grafen Tisza darauf hin, wie wichtig es sei, daß Deutschland rückhaltlose Bundestreue zugesagt und überdies nahegelegt habe, sofort zu handeln. Durch eine Politik der Schwäche und des Zauderns laufe man Gefahr, in einem späteren Zeitpunkt der unbedingten Unterstützung Deutschlands nicht mehr sicher zu sein. Aber dennoch erklärte allen kriegerischen Argumenten der übrigen Teilnehmer zum Trotz Graf Tisza noch einmal, daß durch den Anschluß Bulgariens an den Dreibund eine erfolgreiche Balkanpolitik der Monarchie ermöglicht würde. Er verwies auf die furchtbare Kalamität eines europäischen Krieges unter den gegenwärtigen Umständen und bat, die mancherlei Zukunftsmöglichkeiten einer besseren Gestaltung der politischen Verhältnisse nicht zu übersehen. Schließlich bekämpfte er nochmals die Ansicht der übrigen Konferenzteilnehmer, daß man an Serbien unannehmbare Forderungen stellen solle, um den Krieg unvermeidlich zu machen.

Diesen seinen Sonderstandpunkt hat Stefan Tisza dann in einer Denkschrift vom 8. Juli 1914 gegenüber dem Kaiser Franz Joseph entwickelt.[2] „Die allerdings sehr erfreulichen Nachrichten aus Berlin," schrieb er, „verbunden mit der sehr gerechten Ent-

[1] Conrad III, 730. [2] Diplomatische Aktenstücke usw. S. 41 ff.

rüstung über die Vorkommnisse in Serbien, haben bei allen anderen Teilnehmern der gestrigen gemeinsamen Ministerkonferenz die Absicht gereift, einen Krieg mit Serbien zu provozieren und mit diesem Erzfeinde der Monarchie endgültig abzurechnen.

Ich war nicht in der Lage, diesem Plane in vollem Umfange zuzustimmen. Ein derartiger Angriff auf Serbien würde nach jeder menschlichen Voraussicht die Intervention Rußlands und somit den Weltkrieg heraufbeschwören, wobei ich — trotz allem Optimismus in Berlin — die Neutralität Rumäniens für wenigstens sehr fraglich halten müßte. Die dortige öffentliche Meinung würde den Krieg gegen uns leidenschaftlich fordern, und diesem Drucke würde die jetzige rumänische Regierung gar nicht und auch König Karol sehr schwer widerstehen können. Bei diesem Angriffskriege aber müßte die russische und rumänische Armee ins feindliche Lager gezählt werden, was die Chancen des Krieges sehr ungünstig für uns gestalten würde.

Einer Aktion, welche den Krieg unter solchen Konstellationen provoziert, könnte ich um so weniger beipflichten, weil wir gerade jetzt den langersehnten vollen Erfolg in Berlin auch in jener Richtung erzielt haben, daß einer konsequenten, aktiven, erfolgversprechenden Politik am Balkan von dort aus kein Hindernis mehr im Wege steht, und wir somit gerade jetzt die Mittel in die Hände bekommen haben, einen maßgebenden Einfluß auf die Entwicklung am Balkan auszuüben und eine uns günstigere Konstellation daselbst durchzuführen. Dies berechtigt zu der Hoffnung, daß wir, wenn uns der Entscheidungskampf später aufgenötigt würde, denselben mit besseren Chancen aufnehmen könnten.

Auf meine Frage, wie sich die Kräfteverhältnisse bei den Großmächten infolge der überall vorgenommenen Rüstungen im Laufe der nächsten Jahre verschieben würden, hat der Chef des Generalstabes nach einigem Nachdenken geantwortet: „*Eher* zu unsern Ungunsten.“ Aus dieser Antwort kann wohl mit Recht gefolgert werden, daß diese Verschiebung keine allzu wesentliche sein und durch die günstigere Ausgestaltung der Verhältnisse am Balkan mehr als wettgemacht würde.

Es wäre wohl müßig, die oft besprochene Aktion wiederum näher zu erörtern, welche diese Besserung der Balkananlage bewerkstelligen sollte. Der Anschluß Bulgariens ist der erste Schritt und gleichzeitig der archimedische Punkt, wo angesetzt werden muß, um die russische Position aus den Angeln zu heben. Gleich darauf hätten wir einerseits auf eine dauernde Klärung des bulgarisch-griechischen Verhältnisses hinzuarbeiten, wo trotz mancher Schwierigkeiten die Chancen des Erfolges durchaus nicht ungünstig liegen, andererseits vereint mit Deutschland einen Druck auf Rumänien auszuüben. Trotz allen Lärms, den der Anschluß Bulgariens in Bukarest gewiß hervorrufen wird, wird diese Tatsache zweifellos sofort einen sichtbaren Einfluß auf die Haltung Rumäniens ausüben. Die Sache kann also weitaus günstiger für uns ausfallen, aber selbst für den schlimmsten Fall kann wohl vorausgesetzt werden, daß im Laufe weniger Jahre die wohlwollende Neutralität Griechenlands gesichert, Rumänien durch ein wiedererstarktes Bulgarien im Schach gehalten und durch eine bulgarische Aktion in Mazedonien ein beträchtlicher Teil der serbischen Armee lahmgelegt werde.

Ich resümiere das bisher Gesagte dahin, daß ein unsererseits provozierter Krieg wahrscheinlich unter sehr ungünstigen Bedingungen durchgefochten werden müßte, während eine Verschiebung der Abrechnung auf spätere Zeit, wenn wir diese diplomatisch gut ausnutzen, eine Besserung der Kräfteverhältnisse hervorrufen würde.

Wenn ich noch zu diesen politischen Gesichtspunkten die Lage der Staatsfinanzen und der Volkswirtschaft in Betracht ziehe, welche die Kriegführung kolossal erschweren und die mit dem Krieg verbundenen Opfer und Leiden beinahe unerträglich für die Gesellschaft machen würde, so kann ich nach peinlich gewissenhafter Überlegung die Verantwortung für die in Vorschlag gebrachte militärische Aggression gegen Serbien nicht mittragen.

Es steht mir fern, eine energielose und untätige Politik Serbien gegenüber empfehlen zu wollen. Wir können nicht indolente Zu-

schauer dessen bleiben, wie in diesem Nachbarlande gegen uns geschürt wird, wie unsere eigenen Untertanen zum Landesverrat aufgehetzt und Mordanschläge vorbereitet werden. Erklärungen nicht nur der serbischen (auch der offiziösen) Presse, sondern im Auslande akkreditierter Vertreter des Staates fördern solch einen Haß und solch einen Mangel jedes internationalen Anstandes zutage, und der Eindruck all dieser Erscheinungen im In- und Auslande ist von solcher Wirkung auf die Einschätzung der Macht und der Tatkraft der Monarchie, daß die Rücksichten sowohl auf unser Prestige wie auf unsere Sicherheit ein ernstes und energisches Vorgehen in Belgrad gebieterisch erheischen.

Ich plädiere daher keineswegs dafür, daß wir diese Provokation einstecken sollen, und bin bereit, die Verantwortung für alle Konsequenzen eines durch die Zurückweisung unserer gerechten Forderungen verursachten Krieges zu tragen. Es muß aber meines Erachtens Serbien die Möglichkeit gegeben werden, den Krieg im Wege einer allerdings schweren, diplomatischen Niederlage zu vermeiden, und wenn es doch zum Krieg kommt, soll vor aller Welt Augen bewiesen werden, daß wir uns auf dem Boden gerechter Notwehr befinden.

Es wäre also eine in gemessenem, aber nicht drohendem Tone gehaltene Note an Serbien zu richten, in welcher unsere konkreten Beschwerden aufzuzählen und präzise Petita mit denselben zu verbinden wären. Als solche kann ich beispielsweise auf die Äußerungen der serbischen Diplomaten Spalajković in Petersburg und Joanović in Berlin, auf die Kragujevacer Herkunft der in Bosnien aufgefundenen Bomben, auf die Tatsache, daß kompromittierte Angehörige der Monarchie mit von serbischen Behörden erhaltenen Pässen über die Grenze zurückkommen, auf hoffentlich nächstens festzustellende feindliche und aufwieglerische Erklärungen serbischer Beamten und Offiziere, endlich auf die allgemein bekannten Mißstände in bezug auf Presse-, Vereins- und Schulwesen hindeuten, welche zum Gegenstand unserer Beschwerde gemacht werden und für welche für jeden betreffenden

Fall die entsprechende Remedur und Genugtuung gefordert werden sollte.

Sollte Serbien eine ungenügende Antwort geben oder die Sache verschleppen wollen, so wäre mit einem Ultimatum und sofort nach Ablauf desselben mit Eröffnung der Feindseligkeiten zu antworten. In diesem Falle aber hätten wir es einerseits mit einem uns aufgenötigten Kriege zu tun — einen solchen aber muß eine jede Macht unverzagt durchkämpfen, wenn sie überhaupt eine staatliche Existenz fortführen will — andererseits hätten wir die Schuld des Krieges auf Serbien gewälzt, welches die Kriegsgefahr dadurch auf sich gezogen hätte, daß es sich selbst nach der Sarajewoer Greueltat geweigert habe, die Pflichten eines anständigen Nachbarn ehrlich zu erfüllen.

Ein solches Vorgehen unsererseits würde die Chancen der deutschen Aktion in Bukarest jedenfalls stark vermehren und vielleicht auch Rußland von einer Beteiligung am Kriege abhalten. Es ist vorauszusehen, daß England aller Wahrscheinlichkeit nach einen Druck in diesem Sinne auf die übrigen Ententemächte ausüben, und der Gedanke auch bei dem Zaren in die Wagschale fallen würde, daß es kaum seine Aufgabe sei, anarchistische Wühlereien und antidynastische Mordanschläge unter seinen Schutz zu nehmen.

Um jedoch Verwicklungen mit Italien aus dem Wege zu gehen und die Sympathien Englands zu sichern und es Rußland überhaupt zu ermöglichen, Zuschauer des Krieges zu bleiben, müßte unsererseits in entsprechender Zeit und Form die Erklärung abgegeben werden, daß wir Serbien nicht vernichten, noch weniger annektieren wollen. Nach einem glücklichen Kriege nämlich wäre meines Erachtens Serbien durch Abtretung seiner eroberten Gebiete an Bulgarien, Albanien und Griechenland zu verkleinern, für uns aber höchstens strategisch wichtige Grenzregulierungen zu fordern. Freilich hätten wir Anspruch auf Entschädigung der Kriegskosten, was uns die Handhabe bieten würde, Serbien für lange Zeit in fester Hand zu behalten.

Das wäre die Ausgestaltung der Verhältnisse, auf die im Kriegsfalle hinzuarbeiten wäre. Sollte Serbien nachgeben, so müßten wir freilich auch diese Lösung bona fide hinnehmen und ihm den Rückzug nicht verlegen. In diesem Falle hätten wir uns mit einer starken Knickung des serbischen Hochmutes und einer schweren diplomatischen Niederlage dieses Staates zu begnügen und die bewußte, intensive Aktion in Bulgarien und den anderen Balkanstaaten um so energischer in die Hand zu nehmen, da der soeben erreichte diplomatische Erfolg jedenfalls günstig auf das Ergebnis dieser Verhandlungen wirken würde.

Ich habe mir erlaubt, meine alleruntertänigste Anschauung Eurer Majestät eingehend vorzulegen. Ich bin der schweren Verantwortung bewußt, welche in diesen kritischen Zeiten ein jeder zu tragen hat, der die Ehre hat, das Vertrauen Eurer Majestät zu besitzen. Im vollen Bewußtsein dessen, daß die Last dieser Verantwortung dieselbe bleibt, ob man sich fürs Handeln oder fürs Unterlassen entscheidet, habe ich nach peinlicher Erwägung aller einschlägigen Momente die Ehre, den in diesen Auseinandersetzungen beschriebenen Mittelweg anzuraten, welcher einen friedlichen Erfolg nicht ausschließt, und die Chancen des Krieges — sollte er doch unvermeidlich sein — in mancher Beziehung bessert.

Es wird meine Pflicht sein, in dem für morgen einberufenen Ministerrate die Stellungnahme des ungarischen Kabinetts zu veranlassen; einstweilen kann ich nur im eigenen Namen die Erklärung abgeben, daß ich, trotz meiner Hingebung an den Dienst Eurer Majestät, oder besser gesagt gerade infolge derselben, die Verantwortung für die ausschließlich und aggressiv kriegerische Lösung nicht mittragen könnte."

So stemmte sich Stefan Tisza dem unbedingt auf Krieg gerichteten Willen Berchtolds und Conrads entgegen; einen einfachen Einmarsch in Serbien ohne vorherige diplomatische Verhandlung und ohne Ultimatum wünschte er also nicht; ebenso-

wenig, daß die Bedingungen an Serbien von vornherein unannehmbar sein sollten, um den Krieg unvermeidlich zu machen.

Es ist klar, daß der Minister des Auswärtigen, der seinerseits vom Generalstabschef abhängig war, alles tun mußte, um den Widerstand des mächtigsten Mannes der Monarchie zu brechen.

Wie kam es, daß Stefan Tisza schließlich doch für den unbedingten Krieg gewonnen wurde?

Ein Mittel Berchtolds war der Hinweis auf die Unterstützung und die Wünsche Deutschlands. Die amtliche Berliner Antwort auf die Denkschrift der österreichischen Regierung und das Handschreiben Kaiser Franz Josephs ist nicht die mündliche Versicherung Kaiser Wilhelms, auch jetzt hinter Österreich zu stehen, sondern die Weisung Bethmanns an den Botschafter in Wien vom 6. Juli. Darin heißt es bezüglich Serbiens, daß der Kaiser in „den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen könne, da sie sich seiner Kompetenz entzögen. Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß S. M. im Einklang mit seinen Bündnispflichten und seiner alten Freundschaft[1] treu an Seite Österreich-Ungarns stehen werde."

Diese Nachrichten aus Deutschland waren dem Grafen Berchtold hochwillkommen; er konnte sie verwerten, um auf seinen kaiserlichen Herrn und vor allem den Grafen Tisza einzuwirken und sie der kriegerischen Politik mit dem Hinweis auf Deutschlands Unterstützung gefügig zu machen. Trotzdem blieb Stefan Tisza am 7. und 8. Juli seiner Ansicht getreu; im gemeinsamen Ministerrat und in seiner zweiten Denkschrift an Kaiser Franz Joseph brachte er sie zur Geltung. An diesem letzten Tage hatte Graf Berchtold eine Besprechung mit dem deutschen Botschafter, die er dem ungarischen Ministerpräsidenten gegenüber sofort in seinem Sinne und — wie man annehmen darf — entsprechend verändert verwertete. In einem Briefe Berchtolds an Tisza vom 8. Juli wird die Stimmung der deutschen Regierung so dargestellt, als habe Kaiser Wilhelm den Botschafter beauftragt, in

[1] Das „unter allen Umständen" des Entwurfs ist von Bethmann gestrichen.

Wien zur Aktion zu drängen. „Soeben verläßt mich Tschirschky", beginnt das Schreiben, „der mir mitteilte, ein Telegramm aus Berlin erhalten zu haben, wonach sein kaiserlicher Herr ihn beauftragt, hier mit allem Nachdruck zu erklären, daß man in Berlin eine Aktion der Monarchie gegen Serbien erwarte und daß es in Deutschland nicht verstanden würde, wenn wir die gegebene Gelegenheit vorübergehen ließen, ohne einen Schlag zu führen ...

Aus den weiteren Äußerungen des Botschafters konnte ich ersehen, daß man in Deutschland ein Transigieren unsererseits mit Serbien als Schwächebekenntnis auslegen würde, was nicht ohne Rückwirkung auf die Stellung der Monarchie im Dreibund und die künftige Politik Deutschlands bleiben könnte.

Vorstehende Ausführungen Tschirschkys scheinen mir von solcher Tragweite, daß sie eventuell auch von Einfluß auf Deine Schlußfassungen sein könnten, daher ich Dir ungesäumt davon Mitteilung machen wollte, und Dich bitten möchte, mir, wenn Du es für gut findest, diesbezüglich nach Bad Ischl zu telegraphieren (chiffriert) wo ich den morgigen Tag zubringe und mich zum Interpreten Deiner Auffassung bei Seiner Majestät machen könnte".[1]

Ob diese Argumente von entscheidendem Eindruck auf Tisza gewesen sind, läßt sich nicht nachweisen; gleichgültig haben sie ihn gewiß nicht gelassen. Sicher ist nur, daß sich bei ihm in den folgenden Tagen bis zum 14. Juli ein Gesinnungswechsel vollzog, und zwar so entschieden, wie es seinem Charakter entsprach; er trat jetzt dem Grafen Berchtold und Conrad an die Seite; nur daß überhaupt ein Ultimatum vor dem Beginn der Feindseligkeiten gestellt werde, hatte er durchgesetzt.

Was geschah an diesem 14. Juli?

Graf Tisza war nach Wien gekommen, um an einer Besprechung teilzunehmen, in der Graf Berchtold mit den beiden Ministerpräsidenten und dem ungarischen Minister am Allerhöchsten Hoflager die Formulierung der an Serbien zu stellenden Forderungen besprach. Wie der Minister des Äußeren noch am

[1] Diplomatische Aktenstücke usw. S. 39 f.

gleichen Tage dem Kaiser berichten konnte, gab der ungarische Ministerpräsident jetzt seine Bedenken gegen ein kurzfristiges Ultimatum auf; Berchtold wies nämlich auf die militärischen Schwierigkeiten hin, die sich aus einer Verzögerung ergeben würden. Ja, Stefan Tisza billigte jetzt, daß das Ultimatum so gut wie unannehmbare Forderungen enthalte. Allerdings stellte er noch eine für Ungarn sehr wichtige Bedingung für seine Zustimmung: er verlangte, in dem bevorstehenden gemeinsamen Ministerrat solle beschlossen werden, daß die Monarchie keinen Landerwerb aus dem Kriege gegen Serbien anstrebe[1]. Wahrscheinlich glaubte er dadurch die Einmischung Rußlands verhindern zu können und andererseits eine Sicherung des Dualismus im Falle des Sieges erreicht zu haben.

Nach dieser Besprechung bei Berchtold hatte Tisza eine Unterredung mit dem Chef des Generalstabes Baron Conrad, begab sich dann zum deutschen Botschafter und unterrichtete ihn von der Änderung seiner Ansichten.

„Er sei bisher stets derjenige gewesen, der zur Vorsicht ermahnt habe," sagte der ungarische Ministerpräsident, „aber jeder Tag habe ihn nach der Richtung hin mehr bestärkt, daß die Monarchie zu einem energischen Entschluß kommen müsse, um ihre Lebenskraft zu beweisen und den unhaltbaren Zuständen im Südosten ein Ende zu machen. Die Sprache der serbischen Presse und der serbischen Diplomaten sei in ihrer Anmaßung geradezu unerträglich. „Ich habe mich schwer entschlossen, zum Kriege zu raten, bis aber jetzt von dessen Notwendigkeit überzeugt und ich werde mit aller Kraft für die Größe der Monarchie einstehen."

Glücklicherweise herrsche jetzt unter den maßgebenden Persönlichkeiten volles Einvernehmen und Entschlossenheit. Seine Majestät Kaiser Franz Joseph beurteile... die Lage sehr ruhig und werde sicher bis zum letzten Ende durchhalten. Die bedingungslose Stellungnahme Deutschlands an der Seite der Monarchie sei entschieden für die feste Haltung des Kaisers von großem Einfluß gewesen.

[1] Gooß a. a. O. 86.

Die an Serbien zu richtende Note sei heute noch nicht in ihrem letzten Wortlaut festgestellt, dies werde erst Sonntag geschehen. Inbetreff des Zeitpunktes der Übergabe an Serbien sei heute beschlossen worden, lieber bis nach der Abreise Poincarés aus Petersburg zu warten, also bis zum 25. Dann würde aber, sofort nach Ablauf der Serbien gestellten Frist, falls dieses nicht unbedingt alle Forderungen annehmen sollte, die Mobilmachung erfolgen. Die Note werde so abgefaßt sein, daß deren Annahme so gut wie ausgeschlossen sei. Es komme besonders darauf an, nicht nur Versicherungen und Versprechungen zu fordern, sondern Taten...

Baron Conrad habe bei der letzten Besprechung auf ihn einen sehr guten Eindruck gemacht. Er habe ruhig und sehr bestimmt gesprochen. In nächster Zeit müsse man sich freilich darauf gefaßt machen, daß die Leute wieder darüber klagen werden, man sei hier unentschlossen und zögernd. Es komme darauf aber wenig an, wenn man nur in Berlin wisse, daß dies nicht der Fall sei."

Zum Schluß drückte Tisza dem deutschen Botschafter warm die Hand und sagte: „Wir wollen nun vereint der Zukunft ruhig und fest ins Auge sehen"[1].

So war denn Stefan Tisza für den Krieg gewonnen und damit das letzte große Hindernis für Conrads Bestrebungen hinweggeräumt. Es blieb ihm nur übrig, in dem entscheidenden gemeinsamen Ministerrat vom 19. Juli den magyarischen Standpunkt noch einmal scharf zu vertreten: es sollten keine Eroberungspläne verfolgt werden, höchstens dürfe man eine Grenzberichtigung in Serbien anstreben. Eine Einigung der anwesenden Minister — Berchtold, Tisza, Stürghk, Krobatin, Bilinski — kam über diesen Punkt nicht zustande. Die Mehrheit wünschte trotz des ungarischen Votums eine entschiedene Verkleinerung, ja Aufteilung Serbiens. Aber darüber brauchte sich Tisza nicht zu grämen; ein siegreiches Magyarentum würde stark genug sein, wie bisher, so dann erst recht der übrigen Monar-

[1] Bericht des Botschafters v. Tschirschky vom 14. Juli 1914, Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch I, 74, Nr. 49.

chie seinen Willen aufzuerlegen. Und dann stimmte auch er gemäß seinem Entschluß vom 14. Juli zu, daß ein Ultimatum an Serbien gestellt werde, das **unannehmbare** Forderungen enthalten sollte, um so den Krieg unvermeidlich zu machen.

Fragen wir noch einmal, was den ungarischen Ministerpräsidenten veranlaßt haben mag, entgegen seinem richtigen politischen Instinkt und seiner ursprünglichen Überzeugung für den Krieg zu stimmen.

Folgende Erwägungen dürften maßgebend gewesen sein: die nähere Untersuchung über den Mord von Sarajewo ergab zum mindesten die intellektuelle Mitschuld hoher serbischer Beamter. Insofern ist das Attentat eine Art Kriegserklärung an die Monarchie, die sich schon lange gegenüber den großserbischen Bestrebungen im Stande der Notwehr befindet. Ein ruhiges Dulden dieser Agitation, der Serbien 1909 feierlich zu entsagen versprochen hatte, würde eine Abdankung Österreich-Ungarns als Großmacht bedeuten, und, indem es überall den Zweifel an der Lebensfähigkeit des Habsburger Reiches steigert, schließlich zu unmöglichen politischen Konsequenzen in Kroatien (Serbien!) und in Siebenbürgen (Rumänien!) führen. Diese innerpolitischen Bedenken sind so zwingend, daß ihnen gegenüber die außenpolitischen zurücktreten. Ja, nachdem es sich klar erwiesen hat, — worauf Tisza ursprünglich sicher gar nicht gerechnet hatte — daß das mächtige Deutsche Reich bedingungslos hinter der Monarchie steht, ja sie sogar zu einer energischen, ihre Lebenskraft beweisenden und sie also vielleicht noch rettenden Tat anfeuert, ist das Unternehmen so gut wie gefahrlos, selbst wenn es darüber zum europäischen Kriege kommen sollte.

Dazu kam dann noch die weitere, höchst wichtige Überlegung, daß das Magyarentum die Dynastie und ihr Reich in der Stunde der Gefahr nicht verlassen dürfe! Es hätte für Tisza geheißen, seine dynastisch-nationale Politik aufgeben, das Magyarentum und damit den Dualismus aufs schwerste gefährden, wenn er jetzt, wo er seinen Kaiser zum Kriege fest entschlossen fand, seine, d. h. des magyarischen Volkes, Mitwirkung an der Erhaltung

des Reiches versagt hätte. Die ganze dualistische Verfassung beruhte ja mit auf dem Gedanken, daß die Selbständigkeit Ungarns die Kraft der Monarchie nach außen steigern, nicht schwächen sollte. Unter diesem leitenden Gesichtspunkt hatte ja Kaiser Franz Joseph seinerzeit den Dualismus bewilligt! So betrachtet mußte die dualistische Verfassung der Monarchie in dem Augenblick ihrer außenpolitischen Gefährdung für weiterblickende ungarische Staatsmänner geradezu ein Antrieb sein, zur Aktion zu raten. Denn ein siegreiches Österreich — und war infolge des deutschen Bündnisses am Siege zu zweifeln? — konnte über ein dem Kriege widerstrebendes Ungarn später hinwegschreiten. Je kräftiger das Magyarentum selber zum Handeln drängte, um so mächtiger mußte nach dem Kriege seine Stellung im Gesamtstaat sein.

Insofern ist die durch die Schlacht bei Königgrätz bedingte dualistische Verfassung in doppelter Hinsicht „schuldig“ am Kriege. Einmal, weil sie die Lösung der südslavischen und auch der rumänischen Frage verhinderte — indem sie den Weg zum Föderalismus verbarrikadierte — und damit die österreichische Frage überhaupt auf die Tagesordnung Europas setzte und statt der politischen Mittel die Anwendung kriegerischer Gewalt erzwang; sodann aber auch, weil das Magyarentum, um sich in der Zukunft zu sichern, für die Großmachtstellung der Monarchie und der Dynastie fechten mußte und sich einer politischen Zwangslage im eigensten Interesse nicht entziehen durfte.

In diesem Sinne, d. h. indem er durch seine dynastisch-nationale Politik in letzter Stunde eine demokratische Wahlreform und eine Befreiung der ungarischen Nationalitäten und Kroatiens und zugleich eine Föderalisierung der Monarchie verhinderte und so den Anhängern der kriegerisch-annexionistischen Verzweiflungspolitik erst die Gelegenheit zum Eingreifen bot, insofern ist Graf Stefan Tisza „schuldig“ am Kriege. Und deshalb hat ihn die große Masse der Bevölkerung mit dem Vorwurf beladen, den Krieg in erster Linie herbeigeführt zu haben; sie fühlte, daß er als der mächtigste Mann des Reiches den Frieden hätte sichern können,

wenn er gewollt hätte, d. h. wenn er nicht in den Fesseln seiner eigenen Politik gefangen gewesen wäre!

Ja, man kann sagen, daß ein weniger dualistisch, d. h. dynastisch-national gesinnter Mann, etwa ein 48er Politiker, den kriegerischen Wünschen der maßgebenden Faktoren sehr viel kühler gegenübergestanden hätte als der mächtige Führer der Nationalen Arbeitspartei. Aber er vertraute auf seine Rechnung. Daß sie falsch war, ist ein furchtbares Verhängnis für die Mittelmächte geworden. Als Stefan Tisza sich an jenem 14. Juli 1914 für den Krieg entschloß, besiegelte er nicht nur sein eigenes, sondern auch das Schicksal der verbündeten Kaiserreiche. Er ahnte an jenem Tage nicht, daß er wenig später als vier Jahre danach, als er die furchtbare Kunde vom Wanken der deutschen Front vernahm, in vollster Verzweiflung über den Abgrund, der sich ihm auftat, über diesen Zusammenbruch aller Hoffnungen und Anschauungen seines Lebens, im ungarischen Reichstag als erster ausrufen würde: Wir haben den Krieg verloren! Und auch das nicht ohne seine Schuld!

Seine Unbeweglichkeit, seine Starrheit und sein Mangel an Anpassungsfähigkeit sollten während des vierjährigen Ringens zum Verhängnis Ungarns werden. Das gilt von der südslavischen Frage, von dem Verhältnis zu den Nationalitäten, von dem Wahlrechtsproblem, von den Beziehungen Ungarns zu Österreich, vom Dualismus. „Der mächtigen Individualität Tiszas fehlte jene geistige Elastizität, welche die Anpassung an neue Situationen erleichtert... In den meisten Fragen blieb er dort stehen, wohin er in seiner Jugend gelangt war.“ So urteilt Graf Julius Andrássy[1], der im Verein mit so vielen Staatsmännern versuchte, Tisza umzustimmen. Das erwies sich bei der Frage des Anschlusses Polens an die Monarchie, wovon er eine Erschütterung des Dualismus befürchtete[2], ebenso wie in der dringenden Wahlrechtsfrage als vergeblich. Als die Verschlechterung der Kriegslage die Abfallsgelüste der Nationalitäten und die Gefahr der

[1] Diplomatie und Weltkrieg 164.

[2] Andrássy a. a. O. 163.

sozialen Revolution steigerten, beschwor ihn Prinz Windischgrätz, das allgemeine Wahlrecht zuzugeben. „Das ist der Niederbruch des Ungartums," fuhr Tisza auf, der nach seinem erzwungenen Rücktritt vom Amt als Führer der stärksten Partei immer noch der eigentliche Regent des Landes war, „niemals werde ich das neue Wahlrecht tolerieren!"[1] Ein andermal redete der Prinz zwei Stunden auf ihn ein und stellte ihm die Notwendigkeit der Wahlreform vor — bis zur Erschöpfung. Aber Stefan Tisza, der noch nicht an die Niederlage des Deutschen Reiches glauben wollte und konnte, ging auf den Steinfliesen der Halle seines Hauses auf und ab, auf und ab; endlich kam er auf seinen Gast zu, mit Tränen in den Augen, und sagte: „Ich kann nicht!" Aber dann war das Wanken der deutschen Westfront nicht länger zu verheimlichen. Selbst Tisza erkannte nun, daß alle Stützen seines Lebens dahinsanken. Am 16. Oktober 1918 hatte Kaiser Karl in einem Manifest die westliche Reichshälfte zu einem Nationalitätenbundesstaat erklärt; das hieß aber, daß Ungarn seine Freiheit wiedererlangte, das bedeutete die Personalunion, die eigene nationale Armee; das war das Ende des Dualismus! Am 18. Oktober 1918 war die denkwürdige Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher der Ministerpräsident Wekerle die nationalen Errungenschaften darlegte, wo die Wogen der sozialen Revolution schon brandeten und in der endlich Stefan Tisza sich erhob — auf den Trümmern seines Lebens! Damals entrangen sich seiner Brust die verhängnisvollen Worte, die eigentlich erst Ungarn und die Monarchie zu einem Scherbenhaufen machten: Wir sind geschlagen! Jeder fühlte, daß etwas Ungeheuerliches im Innern dieses Mannes vorgegangen sein mußte, der nach seiner Rede apathisch auf seiner Bank mehr lag als saß — „ein schweres, großes Edelwild, das den Genickstich erhalten hatte"[2].

Was mußte in seiner Seele vorgegangen sein! Aber das Größte, was dieser starrköpfige Mensch tun konnte, hat er dann noch zwei Tage vor seinem grauenhaften Ende getan: er bekannte

---

[1] Prinz Ludwig Windischgrätz a. a. O. 266.
[2] Prinz Windischgrätz a. a. O. 331.

sich nicht nur geschlagen, sondern gestand, daß er politisch im Unrecht gewesen sei! Dem Prinzen Ludwig Windischgrätz ließ er nach Wien telephonisch folgendes übermitteln: „Sagen Sie dem Prinzen, daß ich ihm zu seiner schweren Arbeit viel Glück wünsche. Daß er in sehr, sehr vielen Sachen recht hatte und alles voraussah. Ich stelle ihm meine Partei und mich selbst vollkommen zur Verfügung, nicht als Führer, sondern als Mann, als einfacher Soldat. Wir alle müssen zusammen arbeiten, um den verfahrenen Karren des Landes in die richtige Bahn zu lenken[1]."

Aber dazu war es zu spät. Mit seinem geliebten Volke wurde auch die Dynastie und das Deutsche Reich in den entsetzlichen Sturz hineingerissen. An demselben 31. Oktober 1918, als die Monarchie, für die Tisza zeitlebens gefochten hatte, schon nicht mehr bestand, wurden die Insignien der tausendjährigen königlichen Würde Ungarns auf die Gasse geworfen und er selber von gekauften und fanatisierten Horden erschlagen, aber nicht als Verzweifelter und Furchtsamer, sondern als ein Held, der mit alterprobtem Stolz und zugleich mit der Ruhe des christlichen Weisen den Todesstreich empfängt[2].

Das war Stefan Tisza, dessen Namen so viele Jahre hindurch Ungarn trug. Und das alles lag im Schoße der Zukunft beschlossen, als er an jenem 14. Juli 1914 auf Conrads und Berchtolds Seite trat.

„Tisza", sagt Graf Ottokar Czernin zusammenfassend über ihn, mit dem er heftige Konflikte hatte, den er aber trotzdem wahrhaft verehrte, „war ein Mann, dessen kühner, männlicher Charakter, dessen harter, entschlossener Sinn, dessen Furchtlosigkeit und Lauterkeit ihn hoch über den Alltag erhoben. Er war ein ganzer Mann mit glänzenden Eigenschaften und großen Fehlern, ein Mann, wie es wenige in Europa gibt — trotz seiner Fehler. Große Gestalten werfen lange Schatten, aber groß war er und aus dem Holz geschnitzt, aus dem die Helden der Antike gemacht waren, jene Helden, die zu kämpfen und zu sterben ver-

[1] Prinz Windischgrätz a. a. O. 376.

[2] Angyal, 69.

standen. Wie oft habe ich ihm vorgeworfen, daß er durch seinen unglücklichen Pußta-Patriotismus sich selbst und uns allen das Grab grabe. Er war nicht zu ändern, er war starr und unbeugsam wie nur einer, und sein größter Fehler war der, daß er zeitlebens in dem Banne dieser kleinlichen Kirchturmpolitik gefangen blieb. Keinen Quadratmeter wollte er hergeben, weder seinerzeit an Rumänien, noch an die Tschechen, noch an die Südslaven. Eine furchtbare Tragik liegt in dem Leben dieses seltenen Menschen. Er hat gekämpft und gerungen wie nur einer für sein Volk und sein Land; durch Jahre ist er auf der Bresche gestanden und hat die Seinen und sein Ungarn geschützt mit seiner breiten männlichen Brust, und doch war seine Politik der starren Unnachgiebigkeit einer der Hauptgründe für den Zerfall Ungarns, das er so heiß geliebt, den Zerfall, den er noch sterbend sah, als eine ewig verfluchte Mörderbande ihr feiges Werk vollbrachte[1]."

Kaiser Wilhelm hatte ein volles Gefühl für diesen Herrenmenschen, als er auf jenen schicksalsschweren Bericht des deutschen Botschafters vom 14. Juli 1914 über die entscheidende Wendung Tiszas die Worte setzte: „Na, doch mal ein Mann!"

3. Deutschland als Werkzeug des Hauses Habsburg

Die bedingungslose Stellungnahme Deutschlands an der Seite der Monarchie, sagte der ungarische Ministerpräsident dem deutschen Botschafter, sei für die feste Haltung Kaiser Franz Josephs — und damit seine eigene, hätte er hinzufügen können! — entschieden von großem Einfluß gewesen.

Wie erklärt sich diese Politik? Wie kam es, daß Deutschland gleichsam in voller Waffenrüstung in den Abgrund sprang?

In großen Zügen haben wir die Gründe der deutschen Abhängigkeit von Österreich entwickelt und müssen für die letzten Jahre noch genauer auf Einzelheiten eingehen.

[1] Czernin a. a. O. 186 f.

Der Ausgangspunkt für alles weitere war die Auflösung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland. Dadurch rückte das Deutsche Reich, indem es den Russen Konstantinopel und Bulgarien nicht mehr überlassen wollte, selbst in die vorderste Reihe der russenfeindlichen Balkanpolitik und machte sich so mit Österreich solidarisch. Es trat das ein, was Bismarck so lange und so meisterhaft verhütet hatte: es konnten sich seitdem die Ansprüche Österreichs an Deutschland weit über den Vertragstext hinaus steigern und es wurde so wenigstens, was die auswärtige Politik betrifft, der alte Einfluß der Hofburg in Deutschland wiederhergestellt. Angesichts dieser Gefahr, und um das Deutsche Reich zugleich vom französischen Druck zu entlasten, jagte Kaiser Wilhelm zehn Jahre dem Phantom eines Kontinentalbundes von Rußland, Deutschland und Frankreich nach. Um ihn zu ermöglichen, d. h. um den russisch-österreichischen Gegensatz auf dem Balkan möglichst lange auszuschalten, ermunterte die deutsche Regierung den Zaren fortwährend, nach Ostasien zu gehen. Diese moralische Bindung an Rußland verhinderte 1901 zum Teil mit das Zustandekommen eines deutsch-englischen Bündnisses.

Diese Wendung ist für die Mittelmächte katastrophal geworden; die österreichische Frage kam erst jetzt, wie wir schon sahen, auf die Tagesordnung Europas. Denn nach dem Abschluß des Dreiverbandes meinten die österreichischen und ungarischen Slaven und Rumänen, daß die von England geführte Gruppe — der ja auch Italien von selber zufiel — so übermächtig sei, daß sie an die Verwirklichung ihrer kühnsten nationalen Träume und Hoffnungen denken könnten. Dagegen sahen aber die österreichischen Staatslenker nur e i n Mittel: durch eine starke auswärtige Politik die Lebensfähigkeit der Monarchie den eigenen Nationen, aber ebenso auch den auf den Zerfall des Reiches lauernden Gegnern zu beweisen. Damit stieg die Gefahr zugleich für Deutschland.

In diesem Zusammenhang gesehen ist es kein Zufall, daß in derselben Zeit, wo der Dreiverband durch den Beitritt Rußlands erst seine wahre Gestalt erhielt, wo also die österreichische

Frage als innen- und außenpolitisches Problem aktuell wurde, eine Bewegung in Österreich einsetzte, die diesen Zerfallstendenzen und -hoffnungen durch starke Politik nach außen und innen ein Ziel setzen wollte. In diesem weltpolitischen Zusammenhang beginnt die Einflußnahme des Erzherzog-Thronfolgers auf die Haltung des Donaureiches; er bringt Ahrenthal, Schönaich, Conrad v. Hötzendorff ins Amt. In ihm und seinen Vertrauten ist — zum letzten Male — der uralte Machtwille des Hauses Habsburg verkörpert.

Daß Franz Ferdinand den Krieg vor der notwendigen inneren Umgestaltung der Monarchie nicht wollte, haben wir schon gesehen. Aber ein starkes Auftreten, Prestigegewinn wünschte auch er — aus Gründen äußerer und innerer Staatsrettung. Und so begann Aehrenthal seine aktive Balkanpolitik. „Er war überzeugt davon," sagt Musulin, „daß eine Bejahung unserer Existenz nach außen hin auch belebend auf das Zusammengehörigkeitsgefühl der einzelnen Teile der Monarchie wirken und daß es möglich sein würde, durch innere Reformen das vorhandene Gefühl der Reichsverdrossenheit zu bekämpfen und zu beseitigen"[1]. Zuerst trat er mit dem Plan der Sandschak-Bahn hervor, durch das die alten Befürchtungen der Serben und Russen vor „Österreichs Marsch auf Saloniki" wieder lebendig wurden. Das Schlimmste war, daß diese aktive Balkanpolitik in dem Augenblick aufgenommen wurde, — man kann vielleicht sagen: werden mußte, angesichts der Dynamik der Welt — wo einerseits Deutschland auf der Konferenz von Algeciras von allen Mächten im Stich gelassen, gar nicht mehr anders konnte, als diesen Verbündeten zu unterstützen; wo andererseits Rußland, in Ostasien geschlagen, voll Ingrimm gegen den schlechten deutschen Ratgeber, der für diese ganze mandschurische Politik verantwortlich gemacht wurde, sich mit aller Kraft dem näheren Orient und den alten russischen Plänen in der Richtung auf den Balkan und Konstantinopel zuwandte, also mit Österreich zusammenstoßen mußte.

[1] Musulin a. a. O. 159.

Dieser Plan Ahrenthals, die Sandschak-Bahn zu bauen, — Prestigepolitik nach innen und außen angesichts der sich bildenden Entente — ist für Rußland der tiefere Grund gewesen, bei der Zusammenkunft von Reval 1908 das Band mit England nun erst eigentlich festzuknüpfen, die lose Vereinbarung von 1907 zu einem Programm für eine neue orientalische Politik auszubauen.

Daß diese russisch-englische Entente, hervorgegangen aus der deutsch-englischen und der russisch-österreichischen Feindschaft, auch für Deutschland eine furchtbare Gefahr sei, erkannten selbst die deutschen Staatslenker. Aber obwohl der russische Minister des Auswärtigen Iswolski in Berlin warnte: Rußland werde ganz zu England gehen, wenn Deutschland sich mit Österreich identifiziere und in Konstantinopel gegen den Zaren arbeite[1], faßte der Reichskanzler Fürst Bülow die Leitsätze der deutschen Politik in einer für den Kaiser bestimmten Denkschrift in die schicksalsschweren Worte zusammen: „Wenn es erlaubt ist, unsere Haltung gegenüber der gegenwärtigen Phase der Orientpolitik in eine Formel zu kleiden, so würde sie lauten: Für unsere Haltung in allen Balkanfragen sind in erster Linie die Bedürfnisse, Interessen und Wünsche Österreich-Ungarns maßgebend[2]." Und an den deutschen Botschafter in Wien schrieb er: man rechne auf den Zerfall der Donaumonarchie. „Treues Zusammenstehen mit Österreich-Ungarn soll und muß auch in Zukunft der oberste Grundsatz der deutschen auswärtigen Politik bleiben[3]."

Das war also die Antwort der deutschen Staatsmänner auf die — selbstverschuldete — Einkreisung. Die letzten in der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages liegenden Antriebe für die österreichische Politik waren jetzt zu voller Wirksamkeit gelangt.

Ahrenthal konnte es nunmehr wagen, das Deutsche Reich vor vollendete Tatsachen zu stellen, als habe die Hofburg über die Streitkräfte der deutschen Nation frei zu verfügen.

---

[1] Brandenburg a. a. O. 267

[2] Brandenburg ebenda.

[3] Brandenburg 268.

Die Krise, die aus der Annexion Bosniens entstand, ist eine volle Parallele zu derjenigen, die den Weltkrieg hervorrief. Vor allem, daß Deutschland von dem geplanten Schritt — der im engsten Zusammenhang mit der durch die Revaler Zusammenkunft hervorgerufenen jungtürkischen Revolution stand — vorher nicht unterrichtet wurde, obwohl man in Wien die vollste Bundeshilfe erwartete, ist kennzeichnend für die Verschiebung des Schwerpunktes innerhalb des mitteleuropäischen Bundes. Dahin war es jetzt gekommen, daß das Bismarcksche Reich für die österreichische Expansions- und Prestigepolitik voll eingesetzt wurde. Kaiser Wilhelm war zunächst empört darüber, daß er von der bevorstehenden Annexion nicht benachrichtigt war, und sprach bitter vom „Dank des Hauses Habsburg"[1]. Aber Fürst Bülow verstand es in seiner glatten Art, dem Monarchen über diese peinliche Empfindung hinwegzuhelfen. Bosnien, so stellte er dem Kaiser vor, sei in gewisser Weise als Ersatz für die verlorenen italienischen Provinzen und die frühere Stellung der Habsburger in Deutschland zu betrachten[2].

Mit diesen Worten erkannte der deutsche Reichskanzler und preußische Ministerpräsident einen tiefen Sachverhalt der mitteleuropäischen Geschichte an, nämlich die Tatsache, daß die Habsburger Monarchie, aus Deutschland verdrängt, wo sie eine defensive Macht dargestellt hatte, nach der Schlacht bei Königgrätz eine offensive geworden war, um sich einen Ersatz für die verlorene Geltung in Europa zu verschaffen. Daß sie dadurch in tötlichen Konflikt mit den Südslaven geraten war, — und weiter mit Rußland — daß als einzige Rettung aus dieser höchst gefährlichen Lage die Föderalisierung des Reiches blieb, die aber unmöglich war, wenn man den durch dieselbe Schlacht bei Königgrätz begründeten und ein preußisches Staatsinteresse bildenden Dualismus erhalten wollte, — das hat Bülow sich kaum klargemacht. Neu war in den Gedankengängen des deutschen Reichskanzlers auch ein gewisser Unterton der Ver-

[1] Brandenburg 275.
[2] Ebenda.

pflichtung Preußen-Deutschlands, der Hofburg für die Verluste in Deutschland und Italien — das Werk des preußischen Staates — Ersatz zu verschaffen und zu sichern, selbst auf die Gefahr europäischer Verwicklungen hin.

Denn daß diese nicht ausbleiben würden, zeigte sich sofort nach der Annexion; vor allem Serbien und Rußland, und mit ihm die übrige Entente und die Türkei, rührten sich gegen die endgültige Besitzergreifung dieser südslavischen Provinz und gegen die einseitige Aufhebung eines europäischen Vertrages. Aber Bülow schwankte angesichts dieser europäischen Krise keinen Augenblick. „Auch für den Fall," instruierte er den deutschen Botschafter in Wien, „daß Schwierigkeiten und Komplikationen eintreten sollten, werde unser Verbündeter auf uns rechnen können"[1]. Ja, er scheute sich nicht, — aus Furcht, bei mangelnder Unterstützung auch diesen letzten Bundesgenossen zu verlieren — dem österreichischen Minister des Auswärtigen am 30. Oktober 1908 geradezu eine Blankovollmacht auszustellen und so tatsächlich das strahlende Deutsche Reich zum Vasallen und Landsknecht der Hofburg zu erniedrigen. Er versicherte, daß Rußland von der deutschen Bundestreue gegenüber der Monarchie Kenntnis habe und fügte hinzu: „Ich werde daher die Entscheidung, zu der Sie schließlich gelangen werden, als die durch die Verhältnisse gebotene ansehen."

Deutschland war also jetzt auf Gnade und Ungnade an die Entschlüsse eines Staates gefesselt, der seiner augenblicklichen, d. h. der dualistischen inneren Struktur nach gar nicht imstande war, eine wahre „Lösung" des südslavischen Problems ins Auge zu fassen. Eine Eingliederung Serbiens in die Monarchie, sagte Ahrental im Frühjahre 1909 zum deutschen Botschafter, sei vorläufig wegen der eigenen inneren Zwistigkeiten unmöglich[2]. Fortwährend schwankte man in Wien zwischen Krieg und Frieden hin und her. Daß die ganze Aktion aus Gründen des Prestiges gegenüber den eigenen Nationen und ebenso gegenüber den auf

[1] Brandenburg 276.

[2] Brandenburg 285.

die Auflösung des Reiches wartenden Feinden unternommen sei, gab der Minister selbst zu, als er (Dezember 1908) dem deutschen Botschafter sagte: „Hoffentlich gelingt die Aktion! Wenn nicht, so bin ich natürlich erledigt. Aber dann gehen wir wenigstens mit Ehren unter, andernfalls wären wir elend von Stufe zu Stufe hinabgesunken"[1]. Nach der ganzen Auffassung von dem Verhältnis Deutschlands zu Österreich, und geleitet von der Erkenntnis, daß die Monarchie am Leben bleiben müsse, sah man in diesen Worten in Berlin wohl die beste Rechtfertigung der eigenen Haltung. Fest davon überzeugt, daß nur das unbedingte Eintreten für diesen letzten Verbündeten die Feinde am Eingreifen hindern könne, löste man schließlich, als schon der österreichische Einmarsch in Serbien drohte, die ganze Krise durch jene ernsthafte Vorstellung in Petersburg, daß Deutschland den Dingen ihren Lauf lassen werde, wenn Rußland die deutschen Ratschläge nicht annehme; dadurch baute man den zum Kriege keineswegs bereiten Russen die Brücke zum Rückzug. Dieses Vorgehen des Berliner Kabinetts wurde in Petersburg als „Ultimatum", als Drohung aufgefaßt und löste in der russischen Öffentlichkeit entsprechende Wirkungen aus; „es war das erstemal, daß wir uns von Österreich zur Wahrung seiner Interessen in die vorderste Linie schieben ließen"[2]. Das war das Ergebnis der Annexionskrise: Deutschland in der ersten Reihe gegen Rußlands neue Balkanpolitik, willenlos im Schlepptau der Hofburg und bereit, auf ihren Wunsch und Befehl sich in jedes beliebige Abenteuer zu stürzen. Das Bedenklichste war aber doch, daß sowohl in Wien wie in Berlin die Meinung entstanden war, daß es nur eines starken Auftretens, des leisen Klirrens mit dem deutschen Degen bedürfe, um Rußland einzuschüchtern und so die eigenen, d. h. die österreichischen Balkanwünsche durchzusetzen.

Gegen diese neueste deutsche Politik versuchte Rußland sich noch einmal zu wahren. Vom 17. Mai 1909 stammt ein

[1] Brandenburg 287.

[2] Brandenburg 285.

denkwürdiger Entwurf des russischen Außenministers Iswolski. Er wollte dem Deutschen Reiche einen Vertrag vorschlagen, wonach dieses sich verpflichten sollte, den Casus foederis nicht als gegeben zu betrachten, wenn Österreich über seinen augenblicklichen Besitzstand — zu dem Bosnien gerechnet wurde — hinausgreife und dadurch in Konflikt mit Rußland komme. Dafür wollte er die russische Neutralität im Fall eines englischen Angriffs auf Deutschland versprechen[1]. Die russische Gegengabe war zwar klein. Aber auch von Deutschland wurde ja nichts Neues verlangt. Es wäre doch einfach die Rückkehr zur Bismarckschen Politik gegenüber Österreich gewesen. Der Reichsgründer hatte ja von Anfang an betont, daß das deutsch-österreichische Bündnis von 1879 lediglich den Besitzstand der beiden Kaiserreiche sichere, aber keine Erwerbsgenossenschaft sei. Nie hatte er in Wien einen Zweifel daran gelassen, daß jedes Vorgehen Österreichs am Balkan auf eigene Rechnung und Gefahr geschehe. Der ganze Rückversicherungsvertrag war in gewissem Sinne nur eine Umschreibung und zugleich Gewährleistung dieser deutschen Haltung. Aber seitdem war er erloschen, und in einer seltsamen deutschen Romantik hatte Kaiser Wilhelm ohne Änderung des Vertragstextes die Bundespflicht gegenüber der Hofburg erweitert. Ja, im Jahre 1909 wäre Deutschland entschlossen gewesen, auch gegen Rußland zu fechten, um Serbien der Habsburger Monarchie zu unterwerfen. Davor wollte das Zarenreich den slavischen Bruderstaat und sich selber bewahren, und deshalb regte Iswolski jene vertraglich gesicherte Rückkehr zur Bismarckschen Auffassung des deutsch-österreichischen Bundes an. Aber Deutschland konnte darauf nicht mehr eingehen, weil es nach seinem ganzen Verhalten in der bosnischen Krise gegenüber Österreich nicht mehr frei war. Es konnte jetzt dem Zaren gegenüber dasselbe Land, das es eben noch Habsburg zu unterwerfen gewillt gewesen war, nicht gut als außerhalb seiner und Österreichs Interessensphäre bezeichnen. Das ist der Grund, weshalb es

[1] Brandenburg 299.

über den Iswolskischen Entwurf gar nicht einmal zu offiziellen Verhandlungen kam[1].

Aber trotzdem erhoben sich gegen diese neueste Auslegung der deutschen Bündnisverpflichtung auch aus den Reihen der deutschen Staatsmänner selber schwere Bedenken. Vor allem der Botschafter in Wien, Herr v. Tschirschky, warnte. Am 1. Mai 1910 schrieb er nach Berlin die denkwürdigen Worte: „Deutschland ist keine Balkanmacht; wir haben im vergangenen Jahre aus Gründen höherer Politik das Schwergewicht unseres politischen Einflusses für Österreichs Balkaninteressen in die Wagschale geworfen. Wir werden aber meines Erachtens gut tun, einer Wiederholung dieses Vorganges möglichst vorzubeugen. Wir müssen uns für die Zukunft freie Hand bewahren und uns so wenig wie möglich in Balkanfragen hineinziehen lassen, schon deshalb, um im psychologischen Moment unsere Stellungnahme frei wählen, bzw. so teuer wie möglich verwerten zu können“[2].

Diese Erwägungen scheinen nicht ohne Eindruck auf den neuen Reichskanzler Bethmann Hollweg gewesen zu sein. Er versuchte die gefährliche Umstrickung zu lösen und durch Annäherung an Rußland die Freiheit des Handelns gegenüber Österreich wiederzugewinnen. Bei der Potsdamer Entrevue im November 1910 erklärte der Kanzler dem russischen Außenminister Sassonow: falls Österreich Expansionspläne verfolge — was nicht der Fall sei —, „so wären wir weder verpflichtet noch gewillt, für sie einzutreten“[3]. Dieselbe Versicherung erneuerte er dem russischen Minister im Juli 1912 auf dessen Frage[4].

Diese Politik der freien Hand war aber bei der Starrheit der Bündnissysteme augenscheinlich nicht mehr durchzuführen. Während der Balkankriege schwankte Deutschland zwischen Warnung und Unterstützung der Österreicher hin und her. Zwar ließ man (Herbst 1912) in Wien erklären, Deutschland werde nicht ohne weiteres

---

[1] Ebenda.

[2] Brandenburg 309.

[3] Brandenburg 314.

[4] v. Siebert, Diplomat. Aktenstücke zur Ententepolitik der Vorkriegsjahre. 707.

den Satelliten Österreichs im Orient spielen[1]. Als aber die Gefahr der Festsetzung Serbiens an der Adria drohte und als dies in Wien für eine Verletzung vitaler Interessen erklärt wurde, — indem man bei Nachgeben in Abhängigkeit von den Serben und ihren südslavischen Stammesgenossen gerate[2] — waren Bethmann und seine Umgebung der Ansicht, daß eine mangelnde Unterstützung das Bündnis gefährde. Es war seltsamerweise der Kaiser, obwohl von ihm doch früher die Erweiterung der Bundespflicht ausgegangen war, der diesmal von bedingungsloser Unterstützung Österreichs gegen Serbien nichts wissen wollte. Er sah nicht ein, warum die Serben keinen Adriahafen haben sollten und erklärte: „daß er dieser Frage wegen noch weniger als um des Sandschaks willen einen Krieg gegen Rußland und Frankreich auf sich nehmen werde." Der Dreibund, so erläuterte er in Sätzen, die merkwürdig an Bismarck und dessen österreichisch-russische Politik erinnern, decke nur den Besitzstand der Verbündeten, nicht andere Ansprüche. „Das würde ich weder vor meinem Volke noch vor meinem Gewissen verantworten können"[3].

Die deutsche Staatsleitung aber war nach dem Scheitern des letzten Verständigungsversuches mit England über die Flottenfrage (Frühjahr 1912) nicht mehr frei. Die engere Verbindung Englands mit Frankreich und Rußland nach der verunglückten Sendung Haldanes konnte nicht verborgen bleiben. Man wollte und durfte Österreich in seiner Bedrohung jetzt noch weniger verlassen. Das stellte Bethmann dem Kaiser vor. Aber Wilhelm II. blieb dabei, daß ein Weltkrieg, eventuell unter Teilnahme Englands, ein Unternehmen sei, „bei dem alles aufs Spiel gesetzt werden muß, eventuell Deutschland untergehen kann." Wegen Albanien und Durazzo könne man diese Gefahr nicht auf sich nehmen. Das Bündnis mit Österreich besage nicht, „daß das deutsche Heer und Volk den Launen der aus-

---

[1] Brandenburg 363.

[2] Brandenburg 368.

[3] Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 7. Nov. 1912. Brandenburg 369.

wärtigen Politik eines anderen Staates direkt dienstbar gemacht und quasi dafür zur Verfügung gehalten werden muß"[1].

Diese Bismarcksche Politik konnte jedoch von ihrem Zerstörer nicht mehr erneuert werden. Er mußte dem Reichskanzler schließlich zugeben, daß man Österreich nicht verlassen dürfe; das Einzige, was von seiner Aufwallung übrigblieb, war der Rat an Wien, taktisch so vorzugehen, daß es als der provozierte, der angegriffene Teil vor der Welt dastehe. In diesem Sinne erteilte der Reichskanzler der Hofburg seine Ratschläge und setzte hinzu, daß wir „bei weiteren Ereignissen keinen Augenblick vor Erfüllung unserer Bundespflichten zurückweichen" würden[2].

Man war also infolge des Zwangs der europäischen Lage wieder bei dem Bülowschen Rezept von 1908 angelangt. Sehr rasch trat auch beim Kaiser der Wandel ein. Wenige Tage nach jener energischen Äußerung hatte er den Besuch des österreichischen Thronfolgers, der ihm vorgestellt zu haben scheint, daß ein dauerndes Zurückweichen der Monarchie ihr Ansehen auch den eigenen Untertanen gegenüber schwer schädigen würde. Jedenfalls erklärte Wilhelm II. daraufhin, er wolle jetzt nicht mehr die Verantwortung auf sich nehmen, Österreich am Losschlagen zu hindern, da dessen Unterbleiben schwere Folgen für die innere Politik des Donaustaates haben könne[3]. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Franz Ferdinand damals unbedingt für den Krieg gewesen ist; er wird genau wie Berchtold gedacht haben, welcher nach dem Bericht des deutschen Botschafters vom 6. Dezember 1912 nur mit Ehren und einem diplomatischen Erfolge aus der Sache herauswollte. Er müsse einen solchen haben, um die Südslaven innerhalb des eigenen Staates ruhig zu halten; denn die südslavische Frage enthülle sich mehr und mehr als eines der wichtigsten Zukunftsprobleme der Monarchie[4]. Was dem gegenüber

---

[1] Brandenburg ebenda.

[2] Ebenda.

[3] Brandenburg 370.

[4] Brandenburg 371.

jedoch zu tun sei, wußte man nicht. Ratlos stand man dem scheinbar unlösbaren Problem gegenüber, weil man den Föderalismus nicht einführen konnte und wollte.

Und an diesen Staat, der bei Erhaltung seiner dualistischen Verfassung die drängendste innere Aufgabe nicht anders lösen konnte als durch einen Präventivkrieg, der auch nur ein Provisorium gebracht hätte, war das mächtige Deutsche Reich gefesselt! Es erhebt sich die Frage, was die deutschen Staatsmänner hätten tun sollen.

Zunächst: hatten die Lenker des Deutschen Reiches überhaupt eine deutliche Vorstellung von dem österreichischen Problem? Wußten sie, was der Dualismus bedeute, was die Umwandlung zunächst Cisleithaniens in einen demokratischen Völkerstaat eigentlich hieß? Ahnten sie, daß das ganze große Reichsproblem, einschließlich der südslavischen Frage, nur von Budapest aus zu lösen war? Diese Fragen müssen unbedingt verneint werden. Aber vor allem: hielt man die dualistische Monarchie für lebensfähig, oder hat man in Berlin gelegentlich doch an die Möglichkeit der Auflösung gedacht? Hat man sich in Berlin niemals wie in den anderen Ländern Europas Gedanken darüber gemacht, daß die eventuelle Auflösung des Donaureichs doch auch nationale Vorteile für das eigene Land bieten könne?[1]

Wir haben schon im ersten Abschnitt die Gründe kennen gelernt, die es der deutschen Staatsleitung seit Bismarck als ein Gebot der Notwendigkeit erscheinen ließen, Österreich-Ungarn als Großmacht zu erhalten. Die Gefahr eines unendlich verstärkten Flankendrucks vonseiten Rußlands und Frankreichs nach dem Zerfall der Donaumonarchie stand den deutschen Staatsmännern immer drohend vor Augen. Aber trotzdem ist der Gedanke an eine Auflösung Österreichs den deutschen Ministern hin und wieder gekommen, zuweilen auch vom Auslande nahegelegt. Es war während der ersten deutsch-englischen Bündnisverhandlungen 1899, als Balfour mit Bülow auch über die Zukunft Österreich-Ungarns sprach. Er fragte damals direkt, ob Deutsch-

[1] Vergl. dazu F. Hartung, Deutsche Geschichte 1871–1918. 2. Aufl. 298 f.

land in solchem Fall die Absicht habe, die cisleithanischen Provinzen — er meinte wohl die ganzen alten deutschen Bundesländer ohne Galizien und Dalmatien — zu nehmen? Bülow winkte ab. Daran habe Deutschland kein Interesse; er denke mit Schrecken daran, daß Rußland dann alle slavischen Teile der Monarchie und den ganzen Balkan erhalten werde[1]. Es war vor allem das böhmische Problem, das hier drohend auftauchte, und sicherlich der Gedanke, den der spätere deutsche Botschafter in London, Metternich, verfocht, daß man sich mit Rußland über das österreichische Erbe nicht werde verständigen können, sondern daß man mit dem Zaren darum werde kämpfen müssen.

Bülow hat dann im Februar 1905 zum ersten Male die Möglichkeit eines Zerfalls der Habsburger Monarchie amtlich zur Sprache gebracht, und zwar gegenüber Rußland. Er schlug im Winter 1905 dem Zarenreich nichts Geringeres vor, als ein Uneigennützigkeitsabkommen für den Fall, daß Österreich-Ungarn seiner Auflösung entgegentreibe.

Diese pessimistischen Gedankengänge kamen dem Reichskanzler, als die große ungarische Krise von 1904—05 die Habsburger Monarchie in den Grundfesten erschütterte. Stefan Tisza scheiterte mit seinem ersten Versuch, die Obstruktion des ungarischen Reichstages durch Änderung der Geschäftsordnung zu brechen. Die Unabhängigkeitspartei wurde bei den Neuwahlen gewaltig verstärkt; Tisza trat zurück, und Graf Wedel, der deutsche Botschafter in Wien, sah die schwersten Gefahren für die Doppelmonarchie voraus.

Die Aussicht auf eine solche europäische Krise allerersten Ranges erschreckte den Reichskanzler, und um die Gefahr der Zukunft zu beschwören, die sich aus den gefährlichen Gärungen im Habsburger Reich ergeben mußte, und um andererseits in Rußland den dauernden Ausstreuungen und Verdächtigungen über die deutschen Absichten entgegenzutreten, ließ er im Februar 1905 dem Petersburger Kabinett jene Uneigennützigkeitserklärung betreffend Österreich vorschlagen. Darin sollten beide Kontrahen-

[1] Brandenburg 116.

ten erklären, „unter keinen Umständen und gleichviel welche Wendung die inneren Verwicklungen Österreich-Ungarns nähmen, aus denselben für sich territoriale Vorteile irgendwelcher Art ziehen zu wollen“[1].

Aber dieser Versuch, das Zarenreich durch eine wechselseitige Uneigennützigkeitserklärung von vornherein zur Achtung des österreichisch-ungarischen Besitzstandes auch nach dem Tode des Kaisers Franz Joseph zu zwingen, mißlang. Der russische Außenminister Graf Lamsdorff entzog sich der deutschen Forderung, diese Erklärung seinerseits zu formulieren, aus naheliegenden Gründen. Wegen dieses „Streiks“ ist es nicht mehr zu einer deutsch-russischen Aussprache über diese Eventualitäten der Zukunft gekommen.

Wohl aber nahm Fürst Bülow am 14. April 1905 Gelegenheit, den deutschen Botschafter in Washington Speck von Sternburg in einem Erlasse eingehend von seiner Auffassung zu unterrichten, daß die etwaige Angliederung österreichischer Gebietsteile an das Deutsche Reich in Wahrheit eine Schwächung und ungeheure Gefahr bedeute.

Der Weisheit letzter Schluß war also auch hier die Erhaltung des Bestehenden. Aber die vielen gefährlichen Krisen, die man Österreichs wegen auf sich nehmen mußte, haben dann doch Bedenken über die Richtigkeit dieser Politik wachgerufen. Herr v. Tschirschky, Botschafter in Wien, schrieb am 22. Mai 1914 an den Staatssekretär v. Jagow: oft frage er sich, „ob es wirklich noch lohnt, uns so fest an dieses in allen Fugen krachende Staatengebilde anzuschließen und die mühsame Arbeit weiterzuleisten, es mit fortzuschleppen. Aber ich sehe noch keine andere politische Konstellation, die uns einen Ersatz bieten könnte. Denn ohne diese Allianz müßte unsere Politik notgedrungen auf eine Aufteilung der Monarchie hinzielen.“ Die Frucht müsse aber noch reifer werden, meinte er. Er gestand, nicht zu wissen, ob der Thronfolger einen bestimmten Reformplan habe, und wenn dies der Fall sei, ob seine Maßregeln helfen würden. Sei dies

[1] A. A. Nr. 7349, Bd. 22, S. 11.

aber nicht der Fall, so werde die Dezentralisation sehr schnell gehen, und wir müßten unsere Politik danach einrichten[1].

Diese Äußerungen des Botschafters zeigen uns die Ratlosigkeit der deutschen Regierung in hellstem Lichte. Man sieht, daß es so nicht weitergeht; man weiß, daß Österreich-Ungarn deshalb ein höchst gefährlicher Bundesgenosse geworden ist. Man lehnt 1912 die Lockung des russischen Außenministers: „Lâchez l'Autriche et nous lâcherons la France", ab, weil der Mechanismus der Bündnisse ein Ausbiegen scheinbar nicht mehr gestattet. Man hält an dem Satze von der Notwendigkeit der Erhaltung Österreichs fest, ohne sich klar zu machen, was denn die innerpolitischen Bedingungen dieser Erhaltung eigentlich sind.

Es hätte in dieser weltpolitischen Lage für Deutschland nur eine Möglichkeit gegeben, — immer vorausgesetzt, daß man die Monarchie im eigensten weltpolitischen Interesse nach wie vor erhalten wollte — um sie und sich zu retten: man hätte die Pläne Franz Ferdinands auf Föderalisierung des Reiches unterstützen, ja diesen Umbau der dualistischen Verfassung in Wien erzwingen müssen.

Daß dieser Umbau schwierig war, ja die befürchtete Gefahr des Zerfalles vielleicht gerade heraufgeführt hätte, konnte nicht zweifelhaft sein. Aber eine andere Rettungsmöglichkeit gab es schlechterdings nicht mehr.

Es ist erschütternd zu sehen, wie Franz Ferdinand um die Hilfe des Deutschen Reiches gegen Stefan Tisza warb. In den härtesten Ausdrücken verurteilte er, wie wir schon wissen, noch bei seiner letzten Zusammenkunft in Konopischt dem deutschen Kaiser gegenüber die magyarische Nationalitätenpolitik, die vor allem das Bündnis mit Rumänien entwertete und eine Lösung der südslavischen Frage in habsburgischem Sinne verbarrikadierte. In Deutschland aber verstand man die Tragweite dieser Dinge nicht; ja, selbst wenn man sie voll erkannt hätte, ist es sehr zweifelhaft, ob man dem Thronfolger die Hand zur Umbildung des Reiches geboten hätte. Das Einzige, was Kaiser Wilhelm wußte, war

[1] Brandenburg 409.

jetzt, eine „germanische Regierung“ in Österreich anzuraten. Denn in Preußen-Deutschland, wo seit der Vereinigung Rußlands mit dem englisch-französischen Bunde der „Entscheidungskampf gegen die Slaven“ erwartet wurde, befürchtete man von der Verwandlung des deutsch-magyarischen Doppelstaates einen slavischen Kurs. Man konnte in einer Zeit, wo die Donaumonarchie seit der Wendung Deutschlands nach dem Südosten und Kleinasien gewissermaßen neu entdeckt war und neue alldeutsche, alte großdeutsche Ideale hüben und drüben lebendig wurden, eine Beseitigung der sogenannten — in Wahrheit längst nicht mehr bestehenden — deutschen Vorherrschaft in Österreich nicht mit herbeiführen; ebensowenig aber die Brechung der magyarischen Herrschaft in Ungarn. In dem sicher erwarteten Weltkampf zwischen Germanentum und Slaventum konnte man nicht wünschen, das stärkste nichtslavische Volk der Monarchie, die treuesten Anhänger des deutschen Bündnisses, die von Stefan Tisza so kraftvoll geführten Magyaren etwa einem slavischen Kurs zu opfern. War es so sicher, daß die Südslaven, selbst wenn sie von Franz Ferdinand befreit waren, so zuverlässige Kämpfer gegen das drohende Rußland sein würden wie die Magyaren? Hatte man deshalb die Vergewaltigung und Magyarisierung der zwei Millionen Deutschen in Ungarn geschehen lassen, um im Augenblick der Gefahr dennoch diese Magyaren abzustoßen? Und waren sie nicht unter Stefan Tisza gerade die mächtigste Stütze für eine Großmachtpolitik der Monarchie? Waren Preußen und Ungarn nicht die alten Verbündeten in Mitteleuropa, und konnte ein föderalistisches Groß-Österreich nach Ausschaltung des magyarischen Ungarn nicht etwa seine alten Pläne in Deutschland wieder aufnehmen? Bot nicht gerade das durch den Dualismus in seiner nationalen Selbständigkeit gesicherte Magyarentum die beste Stütze Preußens gegen die doch auch von Bismarck nicht für unmöglich gehaltene Wiederkehr einer katholisch-großdeutschen Politik der Hofburg?

Alle diese Erwägungen haben die deutschen Staatsmänner mehr oder weniger bewußt sicherlich angestellt. Aber eines ist gewiß, näm-

lich daß der Gedanke: die Unterstützung Franz Ferdinands, die Föderalisierung der Monarchie sei ein Gebot der Stunde, ihnen nie gekommen ist.

Und so nahm denn das Verhängnis seinen Lauf. In völliger Unkenntnis des wahren Problems der Monarchie hatte man versäumt, das einzige noch bleibende Rettungsmittel zu verlangen, und glaubte jetzt zu sehen, daß diese dualistische, deutsch-magyarische Doppelmonarchie nach der Ermordung des Thronfolgers in der Tat keine Wahl habe, als den Krieg zu führen — schon um die Sprengung durch die Südslaven von innen heraus zu verhindern.

Dabei machte sich außer dem Londoner Botschafter Fürsten Lichnowsky, der Österreich gut kannte, niemand klar, daß eine etwaige Besetzung oder militärische Züchtigung Serbiens niemals eine wirkliche „Lösung" des südslavischen Problems bedeuten könne, solange Ungarn aufrecht stand; daß man also höchstens wegen eines auf die Dauer unhaltbaren Provisoriums die furchtbarsten Gefahren über die Zentralmächte heraufbeschwöre. „Die erste Voraussetzung für eine derartige Politik," schrieb er, „müßte aber ein klares Programm sein, das auf der Erkenntnis beruht, daß der heutige staats- und völkerrechtliche Zustand innerhalb der serbokroatischen Völkerfamilie... auf die Dauer nicht haltbar ist. Zunächst bezweifle ich nun, daß in Wien ein großzügiger Plan, der allein die Grundlage einer dauernden Regelung der südslavischen Frage bieten würde, ich meine den Trialismus mit Einschluß Serbiens, gefaßt worden ist. Nach meiner Kenntnis der dortigen Verhältnisse glaube ich auch gar nicht, daß man in der Lage ist, eine derartige staatsrechtliche Umgestaltung der Monarchie in die Wege zu leiten. Denn es wäre hierzu vor allem der Widerstand Ungarns zu überwinden, das sich gegen eine Abtretung von Kroatien mit Fiume auf das äußerste wehren würde. Zur Durchführung eines derartigen Programms fehlt es in Wien auch an der hierzu geeigneten kraftvollen Persönlichkeit... Eine militärische Züchtigung Serbiens hätte daher niemals den Zweck oder das Ergebnis einer befriedigenden Lösung der so überaus schwierigen südslavischen

Frage, sondern bestenfalls den Erfolg, die mühsam beigelegte orientalische Frage von neuem ins Rollen gebracht zu haben..." Zum Schluß faßte der Fürst seine Ansicht in die Frage zusammen: „ob es sich für uns empfiehlt, unseren Genossen in einer Politik zu unterstützen, bzw. eine Politik zu gewährleisten, die ich als eine abenteuerliche ansehe, da sie weder zu einer radikalen Lösung des Problems, noch zu einer Vernichtung der großserbischen Bewegung führen wird"[1].

In Berlin sah man nach dem Attentat von Sarajewo jedoch das österreichische Problem auf die Tagesordnung gesetzt und zweifelte trotz aller Warnungen nicht, daß die Monarchie jetzt handeln müsse, um am Leben zu bleiben. Man glaubte, es werde sich alles wiederholen, was bei den früheren Krisen geschehen war. Daß Rußland unruhig werden würde, erwartete man, glaubte aber nicht an seine Kriegsbereitschaft. Mit England verhandelte man gerade über einen kolonialen Ausgleich und wiegte sich in trügerischer Sicherheit.

Entscheidend war die Stellungnahme Kaiser Wilhelms. Warum vergaß er in diesem Augenblick so vollständig alle seine alten Bedenken gegen die bedingungslose Unterstützung des österreichischen Bundesgenossen? Warum stellte er jetzt die gewaltigen Machtmittel des Deutschen Reiches der Hofburg ohne Bedingung zur Verfügung?

Abgesehen von den allgemeinen politischen Erwägungen (Rettung Österreichs aus Lebensgefahr, Neutralität Englands, Zurückweichen Rußlands), gab es noch einen besonderen psychologischen Grund für seine entschiedene Stellungnahme. Kern hat ihn höchst wahrscheinlich gemacht: auch der deutsche Kaiser stand, wie Graf Berchtold und durch ihn Franz Joseph, schon unter dem suggestiven Einflusse Conrads v. Hötzendorff. Wie 1912, so hatte auch im Herbst 1913 der österreichische Generalstabschef dem deutschen Kaiser gegenüber direkt und indirekt geklagt, daß Deutschland der Monarchie in den Arm falle,

[1] Fürst Lichnowsky an den Reichskanzler, 16. Juli 1914. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. I, Nr. 62, S. 88 ff.

wenn sie ihr Ansehen gegen Serbien herstellen wolle. Es war im Festtrubel der Leipzig-Feier im Oktober 1913, als Kaiser Wilhelm Gelegenheit fand, mit Conrad über diese Dinge zu reden. Die Lage war wieder höchst kritisch; von neuem drohte der Krieg mit Serbien, das mit der Besetzung Albaniens ganz Europa trotzte; ein österreichisches Ultimatum wurde nach Belgrad gerichtet. Aber in diesem Augenblick konnten die Gegner des Conradschen Präventivkrieges dennoch einigermaßen beruhigt sein; wenn es nämlich jetzt zum Kriege der Monarchie mit Serbien kam, dann handelte sie gewissermaßen im Auftrag Europas, um dessen neue Schöpfung Albanien zu sichern. Das ist der Grund, weshalb auch Stefan Tisza, Franz Ferdinand und Kaiser Wilhelm energisch auftreten konnten. In diesem Zusammenhang muß man die Worte des deutschen Kaisers zu Conrad vom 18. Oktober 1913 verstehen, die dieser sofort aufzeichnete[1]: Der Kaiser meinte, das Maß sei voll; er stehe ganz auf Österreichs Seite. „Ich gehe mit Euch. Die andern (Mächte) sind nicht bereit, sie werden nichts dagegen unternehmen. In ein paar Tagen müßt Ihr in Belgrad stehen. Ich war stets ein Anhänger des Friedens, aber das hat seine Grenzen. Ich habe viel über den Krieg gelesen und weiß, was er bedeutet. Aber endlich kommt die Lage, in der eine Großmacht nicht länger zusehen kann, sondern zum Schwert greifen muß."

Es war für die Entscheidung Kaiser Wilhelms im Juli 1914 nicht gleichgültig, daß, wie 1909, so auch im Herbst 1913 das starke Auftreten der durch Deutschland gedeckten Monarchie genügt hatte, um die Krise zu lösen. „Nachdem er im Festgefühl von Leipzig den österreichischen Generalstabschef, wie er meinte, so vollständig getröstet und sich selbst aus der unangenehmen Lage des furchtsam Zurückhaltenden mit einem frischen Entschluß befreit hatte, lag es im Juli 1914 für das Vorstellungsleben des Kaisers nur zu nahe, diese Methoden ein drittes Mal zu wählen[2]."

---

[1] Conrad III, 470.

[2] F. Kern, Conrad von Hötzendorff und der Weltkrieg. Zeitschrift für Politik XIV, Heft 1, 58.

Ferner ist wohl zu beachten, daß er sich ja im Vorjahr verschiedentlich gegen den Vorwurf Conrads wegen mangelnder Unterstützung Österreichs zu verteidigen gehabt hatte; und jetzt nach dem Attentat glaubte er, „nun wirklich nicht zu sehr Furcht vor kräftigem Auftreten zeigen zu dürfen, um sich die Österreicher nicht ganz zu verprellen oder sie in einen endgültigen Kleinmut hineinzutreiben"[1].

Diese Stimmung geht aus den kaiserlichen Randbemerkungen zu einem Wiener Bericht Tschirschkys vom 30. Juni 1914 klar hervor. Zu den Worten des Botschafters: „Hier höre ich bei ernsten Leuten vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden" — bemerkte der Herrscher „jetzt oder nie". Zu dem Satze, daß er, der Botschafter, jeden Anlaß benutze, um ruhig, aber sehr nachdrücklich vor übereilten Schritten zu warnen, schrieb er an den Rand: „Wer hat ihn dazu ermächtigt? das ist sehr dumm! geht ihn gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist, was es hierauf zu tun gedenkt. Nachher heißt es dann, wenn's schief geht, Deutschland hat nicht gewollt! Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald[2]."

Daraus ergab sich dann seine Stellungnahme zu dem Handschreiben des Kaisers Franz Joseph am 5. Juli 1914.

„Tatsächlich ohne gefragt zu sein, was er zu den Conradschen Zielen meine, gab damals in Potsdam der Mann der unerschütterlichen Friedenspolitik sein Ritterwort, nicht dem Kriegspropheten Conrad, sondern dem ‚timiden' Grafen Berchtold, den er nicht noch mehr einschüchtern wollte, weil er nicht ahnte, daß auch ihn schon Conrad beherrschte, und dem Kaiser Franz Joseph, dessen eigene Friedensliebe er seit Jahrzehnten kannte, dessen Abhängigkeit von Berchtoldschen Manieren in jenen Tagen ihm verborgen blieb[3]."

---

[1] Kern a. a. O. 56.

[2] Bericht Tschirschkys an den Reichskanzler. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch I, Nr. 7, S. 10 f.

[3] Kern a. a. O. 56.

Auch die Haltung des Reichskanzlers und des deutschen Generalstabschefs ist aus dem gleichen Gedankengang zu erklären. Auch Moltke wollte 1914 „dem Bundesgenossen nach so vielen Enttäuschungen, über die er sich beklagte, in einem so beispiellos peinlichen und schwierigen Augenblick, wie ihn das Attentat heraufbeschworen hatte, möglichst geringe neue Opfer an Prestige und Selbstgefühl zumuten".

„Das war ja eben die psychologische Wirkung des Attentats auf alle die Männer, die jahrelang der Wiener Kriegspartei ihre Gespensterseherei ausgeredet hatten: mit einem Schlage schien der ewige Schwarzseher Conrad erschütternd und unwiderruflich Recht behalten zu haben[1]."

Man war also entschlossen, auf jede Gefahr hin seine Bundespflicht zu erfüllen; um so unbegreiflicher ist es, daß man den Österreichern bezüglich der Art des Vorgehens gegenüber Serbien völlig freie Hand ließ. Zu der serbischen Frage könnten wir keine Stellung nehmen, erklärte Bethmann Hollweg, da sich das unserer Kompetenz entziehe. Und von rührender politischer Unschuld zeugt ein Schreiben des Staatssekretärs von Jagow an den Wiener Botschafter vom 17. Juli, in welchem er sich schüchtern nach den Zielen der serbischen Aktion erkundigt. „Für die diplomatische Behandlung des Konflikts mit Serbien wäre es von dessen Beginn an nicht unwichtig zu wissen, welches die Ideen der österreichisch-ungarischen Staatsmänner über die künftige Gestaltung Serbiens sind, da diese Frage von wesentlichem Einfluß auf die Haltung Italiens und auf die öffentliche Meinung und die Haltung Englands sein wird ... Ew. Exz. wollen versuchen, im Gespräch mit dem Grafen Berchtold sich hierüber eine Aufklärung zu verschaffen, dabei aber den Eindruck vermeiden, als wollten wir der österreichischen Aktion von vornherein hemmend in den Weg treten oder ihr gewisse Grenzen oder Ziele vorschreiben. Es wäre uns nur von Wert, einigermaßen darüber orientiert zu sein, wohin der Weg etwa führen soll[2]."

---

[1] Kern a. a. O. 57.

[2] Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch I, Nr. 61, S. 87 f.

In einer Frage also, von der, wie Kaiser Wilhelm zwei Jahre vorher so richtig bemerkt hatte, der Untergang des Deutschen Reiches abhängen konnte, nahm man keine Stellung! Dagegen erwartete man aufs bestimmteste ein rasches und energisches Vorgehen Österreichs gegen Serbien. Darin sah man die beste Gewähr für die Lokalisierung des Konfliktes. Man war eben fest überzeugt, daß jetzt die Entscheidungsstunde für die Monarchie geschlagen habe und daß die Beseitigung der serbischen Gefahr eine Lebensfrage für den Verbündeten bedeute. Deshalb billigte man das Vorgehen Berchtolds — eine Haltung, die auf Kaiser Franz Joseph und Stefan Tisza so entscheidend eingewirkt hat.

Dabei muß man sich aber in aller Schärfe klarmachen, daß Deutschland damals mit seiner Meinung, es müsse eine Sühneaktion gegen Serbien durchgeführt werden, es sei das Attentat eine Angriffshandlung seitens des Königreichs Serbien — wenn man auch die Einzelheiten noch nicht kannte — und die Lokalisierung dieses Konfliktes sei möglich, keineswegs allein stand. Noch in den letzten Julitagen war Sir Edward Grey der Meinung, daß die Österreicher Belgrad besetzen und dann ihre Bedingungen bekanntgeben sollten. Für die Haltung Rußlands und Frankreichs in dieser Krise kann man die deutsche Staatsleitung nicht verantwortlich machen, zumal sie, als der Weltkrieg drohte, dann mit höchster Energie in Wien — wenn auch vielleicht zu spät, da die österreichische Kriegserklärung an Serbien die diplomatischen Verhandlungen störte — abwiegelte.

Was als unbegreiflich erscheint, ist eben die Tatsache, daß man sich in Berlin nicht von vornherein über die Einzelheiten des österreichischen Vorgehens gegen Serbien und seine letzten Ziele — das nur streng im Rahmen der Sühneaktion gehalten werden durfte, wie auch Tisza wollte — unterrichten ließ. Wäre es nicht selbstverständliche Pflicht unserer Politik gewesen, fragt Brandenburg mit Recht, „wenn sie dem Verbündeten in einer Lage, die zum Weltkrieg führen konnte, unbedingte Hilfe versprach, wenigstens zu fordern, daß jeder Schritt, der getan werde, vorher genau mit Deutschland vereinbart werden müsse? Wenn

wir die Folgen mit auf uns nehmen sollten, wenn wir die ganze Blüte unserer Wirtschaft, das Leben vieler Tausende aufs Spiel setzen sollten für die Erhaltung der Protektorstellung Österreichs auf der westlichen Balkanhalbinsel, so konnten wir wenigstens verlangen, daß kein Schritt ohne unsere Zustimmung geschehe. Nur dann konnten wir wirksam darauf dringen, daß jede Maßregel unterblieb, die Österreich als den Angreifer erscheinen lasse. So aber mußten wir für die gesamte uns in ihren Endzielen unbekannte Politik Österreichs die volle Verantwortung auf uns nehmen, weil wir ja von vornherein alles gebilligt hatten, was man in Wien tun würde"[1].

Der Grund für diese Haltung war, daß man glaubte, wenn man die Einzelheiten der geplanten Aktion nicht kannte, um so offener den übrigen Mächten sagen zu können, daß das alles nur Österreich angehe. Dadurch hoffte man am ehesten, den Konflikt lokalisieren zu können.

Das war eine schwere moralische Belastung für Deutschland. Aber es gab noch eine andere, ebenso schwere.

Man hatte es unterlassen, auf Föderalisierung der Monarchie zu dringen, auf die Herstellung eines Kaisertums vieler freier Völker. Und nun ging man in den Krieg, nicht um dieses freie Völkerkaisertum herzustellen, sondern um die deutsch-magyarische, d. h. in Wahrheit allein die magyarische Herrenstellung über die 45 Millionen der Monarchie zu verteidigen und zu verewigen. Das deutsche Volk wurde nicht nur zur Erhaltung Österreich-Ungarns, sondern zugleich der magyarischen Zwingherrschaft über Deutsche, Rumänen, Slovaken, Ruthenen und Südslaven eingesetzt; dieselbe deutsche Nation, deren eigenes staatliches Dasein auf dem Prinzip der Nationalität beruhte! Aber nachdem man 1866 in doppelter Hinsicht das Prinzip: Staat geht über Nation! — für Kleindeutschland und für Österreich-Ungarn — proklamiert hatte, blieb keine Wahl. Damals verzichtete man, doch auch im preußischen Staatsinteresse, auf die volle nationale Einigung, die Aufnahme Deutschösterreichs nach Zerschlagung der

[1] Brandenburg 416 f.

Habsburger Monarchie, und stützte seitdem dieses Staatswesen gegenüber den Ansprüchen seiner Völker. Und das mächtige deutsche Volk zog zur Erhaltung der magyarischen Herrenstellung in demselben Zeitpunkt in den Krieg, wo in Preußen die Konservativen in einem dem magyarischen ähnlichen Starrsinn jede Wahlrechtsänderung zugunsten der aufstrebenden demokratischen Massen verhinderten, obwohl die preußische Krone ihr Wort für eine Wahlreform verpfändet hatte. Die Parole von der Freiheit und Befreiung der Völker konnten nicht die Mittelmächte, nur ihre Feinde ausgeben.

Aber war diese Unterstützung Österreichs nach der Ermordung des Thronfolgers wirklich die einzige Möglichkeit für Deutschland? Gab es nicht doch noch eine andere?

Vielleicht.

Diese Möglichkeit bestand darin, daß man jetzt, wo man nach dem Attentat von Sarajewo den einzigen denkbaren Retter der Monarchie beseitigt sah, das Steuer energisch umstellte und diese tatsächlich zu den Toten warf; d. h. man hätte jetzt, wo wirklich jede Aussicht auf Österreichs Erhaltung geschwunden war, das nationale Prinzip nicht nur für alle Völker Österreichs und Ungarns, sondern vor allem auch für Deutschland selber proklamieren müssen. Man hätte in Wien jetzt, selbst unter Drohungen, die Erhaltung der Ruhe erzwingen und dann mit den übrigen europäischen Mächten Verhandlungen über die künftige Aufteilung des Donaustaates einleiten müssen; und zwar um so eher, als man dadurch vielleicht die Entente noch hätte sprengen können. Es wäre jetzt, da Österreich offenbar verloren war — wegen des nicht mehr zu brechenden magyarischen Starrsinns — die Zeit gekommen gewesen, dem ohne politische und ideale Ziele, nur im Wirtschaftsleben und in Wirtschaftssorgen, im materiellen Kleinkram befangenen deutschen Volke ein neues, großes, unverlierbares Ziel zu zeigen: Großdeutschland! die endliche wirkliche Einigung des gesamten deutschen Volkes in Mitteleuropa und damit die Vollendung des 1866 und 1870 erst begonnenen Werkes. Diese Wendung hätte allerdings einen ganzen Staatsmann erfordert,

der zugleich imstande gewesen wäre, den dann nötigen Umbau der Bismarckschen Reichsverfassung durchzuführen, dieses ganze „kunstvoll gefertigte Chaos," wie Kaiser Friedrich die Verfassung nannte, in einen großdeutschen Kosmos zu verwandeln.

Aber man braucht diese Möglichkeit nur anzudeuten, um zu wissen, daß das alles unmöglich war, daß weder die Lenker des Staates noch das deutsche Volk in seinen führenden Schichten imstande und bereit waren, diese großdeutsche Politik aufzunehmen.

So kam es dann dazu, daß das deutsche Volk für Habsburg unter die Waffen trat. Man möchte es eine späte Rache der Geschichte nennen, daß dieses Haus, das solange über Deutschland geherrscht, das im deutschen Leben die tiefsten Spuren hinterlassen hatte, jetzt das 1866 auf seine Kosten errichtete kleindeutsch-großpreußische Reich mit sich in den Abgrund riß, als sich zeigte, daß die durch die preußisch-ungarischen Siege errichtete Staatsordnung Mitteleuropas nicht länger haltbar war, als sich klar erwies, das weder in Ungarn, noch in Österreich, noch in Preußen-Deutschland eine wahrhafte Lösung des österreichischen und Balkanproblems zu finden war, seitdem der lebendige Träger des föderalistischen, d. h. des alten österreichischen Prinzips gefallen war, der die Hypertrophie von Preußen und Ungarn als Gefahr für Mitteleuropa so lebhaft beklagt hatte.

Und so trat denn das deutsche Volk zum furchtbaren Waffengang an, um dasjenige Reich zu retten, das gerade infolge der 1866 errichteten mitteleuropäischen Staatsordnung unheilbarem Siechtum verfallen war. Es war eine Ironie der Geschichte, daß im Augenblick der höchsten Gefahr für seinen Bestand das Haus Habsburg nicht nur seine eigenen Völker, die Deutschösterreicher, Magyaren, Slaven und Rumänen auf die Wälle rief, sondern auch gleichsam autokratisch über die fast siebzig Millionen Deutschen im Reiche verfügen konnte. Bismarck hatte sein Werk nur errichten können, weil er in entscheidender Feldschlacht diesen Einfluß des Hauses Habsburg über Deutschland gebrochen und vernichtet hatte. Im Jahre 1914

hielt man es in der Hofburg zu Wien für selbstverständlich, daß man über die Waffenmacht auch des alten preußischen Nebenbuhlers und seiner deutschen Verbündeten bestimmte.

Die Gründe kennen wir; sie liegen vor allem in der fehlerhaften auswärtigen Politik des Deutschen Reiches seit Bismarcks Sturz. Der Gründer des preußisch-deutschen Staates hat klar vorausgesehen, was unter Wilhelm II. kommen würde. In ewig denkwürdigen Sätzen, die heute wie grausige Prophetie klingen, erläuterte er in jener für den damaligen Kronprinzen Wilhelm bestimmten Denkschrift die Grundzüge seiner österreichischen Politik: „Jedenfalls," schrieb Fürst Bismarck, wie wir uns erinnern wollen, am 9. Mai 1888, „würde Österreich, wenn es nach Verbrennung unserer Schiffe in der russischen Richtung unsere alleinige Stütze bliebe und wir Rußland und Frankreich als geborene Gegner uns gegenüber hätten, einen analogen Einfluß auf das Deutsche Reich wiedergewinnen, wie wir ihn 1866 mit Glück beseitigt haben. Die Sicherheit unserer Beziehungen zum österreichisch-ungarischen Staate beruht zum größten Teil auf der Möglichkeit, daß wir, wenn Österreich uns unbillige Zumutungen macht, uns auch mit Rußland verständigen können."

So wirkte sich die durch den Sturz des Reichsgründers bedingte völlige Umstellung der deutschen Staatsleitung gerade auf diesem Gebiete am furchtbarsten und verhängnisvollsten aus. Die auswärtige Politik war auch hier das Schicksal.

4. Großdeutschland

Aber fragen wir doch: war es nur die Kurzsichtigkeit der deutschen Staatsmänner, die es zu dieser engen Verbindung mit Österreich-Ungarn kommen ließ? Lagen hier nicht uralte geschichtliche und politische Bindungen vor? Sollte es nicht im tiefsten Grunde das Bewußtsein von der Einheit und Untrennbarkeit des ganzen mitteleuropäischen Länderbestandes und vor allem von dem lebendigen Dasein der großen, im Grunde trotz aller staatlichen Schranken dennoch unteilbaren und einigen deutschen

Kulturnation gewesen sein? Und zugleich das Gefühl der sittlichen Verpflichtung gegenüber dieser großen und ehrwürdigen Lebensgemeinschaft?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns das Schicksal des großen deutschen Volkes in Mitteleuropa in einem weiteren Rahmen noch einmal kurz vor Augen führen.

Seit den Tagen des heiligen römischen Reiches war dem deutschen Volke die innige Verbindung mit den mitteleuropäischen Ländern des Hauses Habsburg, insonderheit mit den Deutschen in Österreich und Böhmen, eine Selbstverständlichkeit. Und so mußte Metternich nach den Befreiungskriegen, als die Stimme der Nation sich zum erstenmal für eine neue Verbindung an Stelle des zerbrochenen alten Reiches erhob, sein Österreich fest im übrigen Deutschland verankern. Zwar ließ er sich von den Militärs, denen Kaiser Franz zustimmte, bereden, die alte Wacht am Ober- und Mittelrhein zu verlassen und auf die Erwerbung des Breisgaues, der Ortenau, der Pfalz und von Mainz zu verzichten. Aber der Kaiserstaat wurde die Präsidialmacht des Deutschen Bundes; und gegenüber den anderen europäischen Mächten blieb die tausendjährige Verbindung aller deutschen Stämme völkerrechtlich in unbestrittener Geltung. „Deutschland" war, um ein späteres Bismarcksches Wort zu gebrauchen, damals tatsächlich auch an der Donau, in der Steiermark und in Tirol zu finden.

Nun zweifelte der Staatskanzler nicht, daß die französischen demokratischen Ideen von der Souveränität der einen und unteilbaren Nation, diese liberale und demokratische Gedankenwelt des aufstrebenden Bürgertums, die von ihm geschaffene Staatsordnung Mitteleuropas umzustürzen drohten. Die Souveränität der Fürsten im Deutschen Bunde sollte gegen die Kammern der Einzelstaaten, d. h. gegen das nationale und das liberale Programm einen mächtigen Damm bilden.

In den Revolutionsjahren 1848—49 brach sein Werk zusammen: gegen den dritten Stand und die aufstrebenden sozialen Kräfte der Zeit gerichtet, konnte es nicht dauern. Drei Mög-

lichkeiten ergaben sich in diesen Jahren. Zunächst die großdeutsche Republik, d. h. volle Einigung der Gesamtnation nach dem Zerfall Österreichs und der Verjagung der deutschen Dynastien. Das war der radikal demokratische Gedanke; er war verfrüht, weil alle sozialen Voraussetzungen fehlten. Die zweite Möglichkeit war der kleindeutsche Bundesstaat unter Preußens Führung, der um so eher erreichbar schien, als Österreich nicht zerfiel, sondern sich gewaltig aufrichtete und zu einem zentralistischen Großösterreich wurde, das auch Ungarn einbezog, das also seine deutschen Teile einem deutschen Nationalstaat nicht überlassen wollte und konnte. Aber es zeigte sich bald, daß die preußisch-kleindeutsche Lösung ohne Entscheidungskampf mit Österreich nicht durchzuführen war. Denn gerade dies neue zentralistische Großösterreich des Fürsten Schwarzenberg brauchte, um zu leben und alle seine Völker unter deutscher Führung zu bändigen, den allerengsten und innigsten Zusammenhang mit Deutschland. Hatte Fürst Metternich den Flügelstaaten Mitteleuropas, Preußen und Ungarn, gewisse Bewegungsfreiheit gegönnt — die Vormacht in Norddeutschland bzw. die Erhaltung des Ständetums — so durfte Fürst Schwarzenberg dem preußischen Nebenbuhler im eigensten österreichischen Staatsinteresse das Feld nicht überlassen. Dem Programm des kleindeutsch-preußischen Bundesstaates mit dem Parlament trat — als dritte Möglichkeit für die Lösung des mitteleuropäischen Problems — das des Siebzig-Millionen-Reiches, der Aufnahme Großösterreichs in den Deutschen Bund und der mitteleuropäischen Zolleinigung entgegen.

Also bestimmte damals schon die innere Verfassung der Habsburger Monarchie das Schicksal der deutschen Nation auf das tiefste. Einem mehr patriarchalisch-föderalistischen Österreich, wie demjenigen Metternichs, das mit Preußen zusammen den friedlichen Dualismus im Deutschen Bunde durchführte, hätte Bismarck sich nicht entgegengestellt. Er wurde jedoch ein erbitterter Feind dieses zentralistischen, germanisierenden Schwarzenbergschen Großösterreich, das die Aufnahme in den Deutschen Bund und zugleich dem preußischen Staate gegenüber die Vorherrschaft

in Deutschland erstrebte. Daß dieses Großösterreich, das eben die aufständigen Magyaren bei Világos (1849) besiegt hatte, den preußischen Staat in Olmütz unter Kriegsdrohungen zwang, (1850) seinem deutschen Ehrgeiz zu entsagen, vergaßen die Preußen nicht.

Das zentralistische Großösterreich Schwarzenbergs und später Schmerlings beruhte also darauf, daß Preußen und Ungarn gebändigt waren.

Dabei darf man nicht vergessen, daß das Österreich dieser Zeit dem deutschen Volke dennoch etwas zu bieten hatte: die Herrschaft über die weite Monarchie und dazu die Gewißheit, daß, solange der Deutsche Bund mit Einschluß von Österreich bestand, die deutsche Nation doch noch durch ein wenn auch nur loses Band umschlossen, daß die „Teilung" Deutschlands noch vermieden wurde, gegen die gerade die österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament so ergreifend und erschütternd gekämpft und geredet hatten.

Es ist bezeichnend, daß Bismarck sogleich nach Übernahme seines Amtes dem österreichischen Kaiserstaat riet, seinen Schwerpunkt nach Ofen zu verlegen, d. h. Deutschland zu räumen und Ungarn zum Hauptland der Monarchie zu machen. Mit Spannung verfolgten die Magyaren, die der Staatsminister v. Schmerling zwingen wollte, in den erweiterten österreichischen Reichsrat zu treten, den sich vorbereitenden Kampf um die Herrschaft in Deutschland, der auch für sie die Entscheidung brachte.

Wir kennen schon die Folgen der Schlacht bei Königgrätz: Österreich ward aus dem uralten Verband der deutschen Stämme verwiesen, damit Preußen Kleindeutschland errichten könne. Und sofort mußte die Dynastie und mußten die Deutschösterreicher, ihrer Wurzelkraft und ihrer Verbindung mit Deutschland beraubt, den Magyaren den Dualismus mit allen seinen unermeßlichen Folgen bewilligen.

Wie stand es aber um Kleindeutschland? War dies Werk Bismarcks wirklich gesichert und bedeutete es die endgültige Lösung des großen deutschen Problems in Mitteleuropa?

Im Jahre 1850 schrieb der alte Fürst Metternich an einen Freund: „Unterstützung haben sie (die preußischen Vergrößerungspläne) bei der Umsturzpartei infolge der Verblendung gefunden, unter welcher die preußischen Vergrößerungsabsichten dem Thron der Hohenzollern den Untergang bereiten sollten. Wäre das preußische Unionsunternehmen (der kleindeutsche Bundesstaat) zur Ausführung gekommen, oder sollte es noch zu ihr gelangen, so wäre der Stufengang der Ereignisse der folgende. Ein Teil der deutschen Gebiete würde in Preußen aufgehen; Preußen wäre alsdann bestimmt, in einer deutschen Republik aufzugehen"[1].
Auch die außenpolitischen Folgen dieser kleindeutschen Gründung sah der alte Meister voraus; das Bündnis und den Vernichtungskampf aller Staaten Europas gegen diese Bildung.

Wenn man die Dinge so betrachtet und den Ausgang von 1918 erwägt, dann erscheint Bismarcks ganzes Wirken als ein einziger heldenhafter Kampf gegen das Hereinbrechen des Unheils, das Metternich und auch er selber fürchtete und gegen das er mit unerhörter Geisteskraft die Wälle errichtete: in der Verfassung, in der Pflege der konservativen Gedanken und nicht zuletzt durch die sorgsame und geniale auswärtige Politik, vor allem den Dreikaiserbund.

Wie tief Bismarck sah, zeigt jenes Wort zu Kaiser Alexander III., daß nicht nur das Zarenreich, sondern auch der preußisch-deutsche Staat eine Niederlage als Monarchie nicht überleben würde. Und immer wieder mahnte er die Herrscher, daran zu denken, daß die Stunde für den Sieg der republikanischen Richtung in Europa gekommen sei, wenn die Heere der drei Kaiserreiche einmal gegen, anstatt miteinander auf dem Schlachtfelde erschienen!

So betrachtet bedeutet die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages innenpolitisch die Durchstechung des mächtigsten Dammes, den der Reichsgründer gegen die demokratische Flut

[1] Metternich und Kübeck, Ein Briefwechsel, 138. Von Metternich gesperrt.

errichtet hatte; die auswärtige Politik wirkte entscheidend auf die innere zurück. Wie Metternichs Werk durch den dritten, so wurde die Schöpfung des Fürsten Bismarck durch den vierten Stand bedroht.

Wir haben schon gesehen, wie dieses kleindeutsche Reich, um die österreichisch-ungarische Monarchie zu erhalten und das Bündnis zu sichern, durch eine fehlerhafte auswärtige Politik, die gerade vorwiegend aus Rücksicht auf dieses Österreich erfolgte, in Europa vereinsamt und von den Wünschen der Hofburg abhängig wurde, sodaß also der Zustand eintrat, den Bismarck so sehr gefürchtet hatte. Das war um so schlimmer, als dieses dualistische Österreich-Ungarn, an das Deutschland gefesselt war, schließlich den Frieden der Welt aufs höchste bedrohte. Alles wäre darauf angekommen, Franz Ferdinand gegen Stefan Tisza zu unterstützen, wenn man überhaupt die Habsburger Monarchie und damit das kleindeutsche Reich erhalten und sichern wollte. Statt dessen rettete in weltgeschichtlicher Stunde der Ministerpräsident des — von Preußen groß gemachten — Ungarn, Stefan Tisza, die dualistische Verfassung und räumte, als der Erzherzog dahinsank, gerade dadurch bei den leitenden Staatsmännern und Generälen der Monarchie die letzten Bedenken gegen den Präventivkrieg hinweg, der jetzt die einzige Rettung Österreich-Ungarns und damit der 1866 von Bismarck und den Magyaren errichteten Staatsordnung Mitteleuropas schien.

Großdeutsche Politik — Teilung Österreichs — lag den preußisch-deutschen Staatsmännern vollständig fern, weil sie Preußen und sein Werk in Deutschland nicht der Zerstörung aussetzen wollten. Statt dessen gab man dem österreichischen Verbündeten Vollmacht zu jedem Abenteuer. Es wurde also das deutsche Heer eingesetzt, nicht nur um überhaupt die staatliche Verbindung der Völker des Donaubeckens zu sichern, sondern auch, um diese längst unmögliche dualistische Verfassung, die scheinbare deutsch-magyarische Herrschaft über Slaven und Romanen zu behaupten — nicht nur aus außenpolitischen, sondern auch aus innerpolitischen, preußischer Staatsraison entstammenden Grün-

den. So bezahlte also schließlich das großpreußisch-kleindeutsche Reich nachträglich für die Schlacht von Königgrätz einen hohen, den höchsten Preis: es bezahlte mit dem Einsatz seines Lebens!

Es ist eine tragische Ironie der Geschichte, daß die Sieger von 1866—67 gerade dadurch, daß sie mit höchster Kraft ihr Werk verteidigten, schließlich die völlige Zerstörung ihrer Staatsordnung erzielten und daß nun durch den Zusammenbruch von 1918 die Tore geöffnet wurden für eine neue und doch zugleich uralte Gestaltung des deutschen Lebens.

Als in dem unerhörten Schlachtensturm des Sommers und Herbstes von 1918 die letzte deutsche Kraft verblutete, als der brüllende Kanonendonner in Flandern, in Frankreich, im Elsaß, in Italien und am Balkan zum Grabgeläut der Mittelmächte wurde und die Sterne der Häuser Habsburg und Hohenzollern verblichen, da sprengte das längst vergessene und in der Schlacht bei Königgrätz zu den Toten gesenkte Großdeutschland den Sargdeckel und zeigte sich dem in Blut und Tränen verzweifelnden deutschen Volke als ein neues und unverlierbares Ideal!

Denn jetzt, wo das Habsburger Reich zerfallen war, hatte die Fernhaltung der österreichischen Brüder aus dem Deutschen Reiche jeden Sinn verloren. Bis 1918 hatten sie auf der Bresche gekämpft, auf der Wacht im Osten und Süden gestanden, und es hatte das trotz aller nationalen Wandlungen doch immer noch von ihnen geleitete Reich eine Erweiterung des deutschen Geltungsbereiches in Europa bedeutet. Jetzt aber konnten die Österreicher nach Erfüllung einer beispiellos schweren, weltgeschichtlichen Aufgabe ins Vaterhaus zurückkehren. Aber, wie einer der edelsten österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament, Camillo Wagner, vorausgesagt hatte: sie kamen nicht mehr alle. Es war das seiner böhmischen, mährischen und südtirolischen Volksgenossen schmählich beraubte und verstümmelte, ausgehungerte, aus tausend Wunden blutende Deutsch-Österreich, das sich im November 1918 feierlich als Staat und zugleich als Teil des Deutschen Reiches proklamierte.

Aber in der neuen deutschen Republik verstand man die Bitte

um Einlaß nicht. Es ist die Schuld der damaligen revolutionären Regierung der sog. Volksbeauftragten, daß sie aus Feigheit und zugleich aus Unkenntnis der geschichtlichen und politischen Zusammenhänge die große Stunde versäumten und lieber erst das Anschlußverbot des Feindbundes abwarteten.

Diese Haltung zeigt uns, welche Schwierigkeiten noch zu überwinden sind, ehe die Grenzpfähle fallen können. Nicht nur außenpolitische, sondern auch innenpolitische; denn der Anschluß Österreichs ist zugleich eine Frage des nationalen Willens. Die in kleindeutschen Gedankengängen erzogene Nation muß erst umlernen und sich ihrer wahren Größe erst wieder erinnern. Daß die Aufnahme Österreichs in den nationalen Staat — ganz abgesehen von dem Widerstand unserer Nachbarn — nicht einfach sein wird, sondern viele und schwierige Fragen der Verfassung, der Wirtschaft, der Konfession, ja der zweiten Reichshauptstadt und unzählige andere aufwirft, ist selbstverständlich. Aber das darf kein Grund sein, die Brüder fernzuhalten oder sich ergebungsvoll in den Willen der Franzosen zu fügen. Wenn unsere Feinde nicht eine gewaltige Stärkung von dem Anschluß Österreichs erwarteten, hätten sie ihn nicht verboten.

Es ist in allem furchtbaren Unglück, das uns betroffen hat, ein Trost, daß nun durch den Zusammenbruch des Habsburger Reiches die alte Frage: Großdeutsch oder Kleindeutsch überwunden ist, daß in dem Gedanken an die Herstellung des alle Glieder unseres Volkes umfassenden Staates sich alle Deutschen zusammenfinden können, in der Hoffnung, daß aus dem zersplitterten deutschen Volke vielleicht doch noch einmal eine Nation wird.

Es gibt vielleicht kein herrlicheres Zeugnis dafür, daß die alten Gegensätze zwischen Kleindeutsch und Großdeutsch, Preußen und Österreich, Protestantismus und Katholizismus, in der künftigen höheren Einheit sich auflösen können und zum Teil schon jetzt geschwunden sind, als die Worte, mit denen der preußische General v. Cramon, im Kriege Militärbevollmächtigter im österreichischen Hauptquartier, seine Eindrücke schildert, mit

denen er von Österreich Abschied nahm[1]: „Der Zug führte mich noch einmal durch deutsch-österreichisches Land, das in herrlicher Sommerpracht vor mir ausgebreitet lag. Es ging quer durch den Wiener Wald über St. Pölten der Donau zu. Als wir bei Melk an den Strom kamen, bot sich uns, von der Nachmittagssonne beschienen, ein wundervolles Bild: auf steiler Felswand erhob sich das alte Stift, die Stirn gegen Westen gerichtet, umsäumt von den Waldbergen der Wachau. Drüben über dem Fluß blinkte aus tiefem Grün das Gemäuer der mächtigen Ruine Weißenstein, und gegen Abend hin, wo Pöchlarn liegt — das Bechelaren Rüdigers aus der Nibelungennot — leuchtete das Donautal in milder, unvergleichlicher Schönheit.

Mich überkam — Trost und Befreiung zugleich — der selige Gedanke: uralter, unveräußerlicher, deutscher Boden!

Viel, unendlich viel hat durch den furchtbaren Ausgang des Krieges das deutsche Volk verloren. In Schutt und Trümmern liegt des alten Reiches Herrlichkeit. Aber ein Gewinn schien der unglücklichen Nation in dieser Zeit tiefster Erniedrigung doch zu werden: hier, dieses Land, so wundervoll in seiner gesegneten Sommerlichkeit, in seinem Reichtum an stolzer geschichtlicher Überlieferung — dieses Stück deutscher Erde rüstete zur Heimkehr nach Alldeutschland. Feindes Rachsucht wehrte ihm bisher den Weg, trotzdem muß die Stunde kommen, die die Erfüllung bringt."

[1] v. Cramon, Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege. 199.

Verzeichnis der im Text genannten Personen

SCHÜSSLER

Österreich und das deutsche Schicksal

*